Donnerstag, 10. Oktober 1985 - D ★★★

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Nr. 236 - 41. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 120 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Rechtsbereinigung: Die USA stehen nach Angaben ihres neuen Gesandten in Berlin, Kornblum, Gesprächen über eine Streichung veralteter alliierter Rechtsvorschriften „völlig offen" gegenüber. Über eine Änderung des Berlin-Status könne jedoch nicht diskutiert werden. (S. 5)

Umfrage: Eine deutliche Zunahme der positiven Einstellung der Bevölkerung gegenüber Staat und staatlichen Aktivitäten stellte das Ipos-Institut in einer Untersuchung für das Bundesinnenministerium fest. Als vorrangige politische Aufgaben würden die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Waldsterben angesehen. (S. 5)

Umwelt: Im bayerischen Bergwald steigen die Schäden in besorgniserregendem Umfang. Laub- und Nadelbäume in tiefer gelegenen Landesteilen haben sich dagegen spürbar erholt, geht aus der Waldschadensinventur 1985 hervor. (S. 12)

Sanktionen: Die SPD hat die von ihr verlangten wirtschaftlichen Maßnahmen gegen Südafrika, darunter ein Investitionsstopp und die Verweigerung neuer Exportbürgschaften, formell im Bundestag beantragt. – Die japanische Regierung verbot gestern den Export von Computern für die Polizei.

Golfkrieg: Das unter deutscher Flagge fahrende Containerschiff „Jolly Indaco" ist im Persischen Golf von irakischen Kampfflugzeugen mit Raketen angegriffen und schwer beschädigt worden. Von den 25 Besatzungsmitgliedern wurde offenbar niemand verletzt. Wenig später attackierte die irakische Luftwaffe erneut den iranischen Ölverladehafen Kharg.

Rüstung: Mit nur drei Stimmen Mehrheit wurde im Europa-Parlament ein Antrag der SDI-Gegner zurückgewiesen, daß sich die EG nur auf das Eureka-Projekt konzentrieren und eine Teilnahme am amerikanischen SDI-Programm ablehnen sollte. (S. 9)

Popularitätstief: 51 Prozent der britischen Wähler sind nach einer Meinungsumfrage der Ansicht, daß Premierministerin Thatcher vor den nächsten Unterhauswahlen – spätestens im Frühjahr 1988 – zurücktreten sollte.

Protest: Mit einer einstündigen Arbeitsniederlegung protestierten rund 500 Beschäftigte saarländischer Ministerien und anderer oberster Landesbehörden gegen die vor der SPD-Landesregierung geplante Streichung der Ministerialzulage. Eine Putzfrau würde dadurch 70 Mark, ein Minister-Stellvertreter bis zu 500 Mark monatlich verlieren.

ZITAT DES TAGES



❝ China ruht offensichtlich in sich selbst. Es hat jetzt auch das Tor zur Welt aufgerissen. Das wird über eine Generation hinweg zu Veränderungen führen ❞

Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß in einem WELT-Interview zum Abschluß seines China-Besuchs (S. 8) FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Konjunktur: Eine vorerst gespaltene Entwicklung der Baukonjunktur sagt das Forschungsinstitut DIW voraus. Im Wohnungsbau werde das Volumen zurückgehen, im Wirtschafts- und öffentlichen Bau dagegen zunehmen. Im Jahresdurchschnitt 1985 werde das Bauvolumen insgesamt um acht Prozent unter dem Vorjahresniveau liegen. (S. 15)

Dritte Welt: Finanzminister Stoltenberg sicherte den Entwicklungsländern auf der Tagung von Weltbank und IWF in Seoul Zusammenarbeit „im Geiste wirklicher Partnerschaft" zu. (S. 15)

Lockerung: Die in der Cocom-Liste fixierten Exportbeschränkungen werden im Fall Chinas gelockert, beschloß das „Komitee zur multilateralen Kontrolle westlicher Technologieexporte in den Ostblock" in Paris.

Börse: Die deutschen Aktienbörsen schlossen gestern überwiegend schwächer. WELT-Aktienindex 226,35 (22,72). Am Rentenmarkt hielten sich die Umsätze in Grenzen. BHF-Rentenindex 104,983 (105,168). Performance-Index 107,915 (108,076). Dollarmittelkurs 2,6418 (2,6436) Mark. Goldpreis 326,55 (326,35) Dollar.

KULTUR

Literatur: Im 18. Jahrhundert war der „sanfte Revolutionär" Marivaux in Deutschland einer der meistgelesenen französischen Autoren, dann geriet er in Vergessenheit. Langsam beginnen die Verleger im deutschsprachigen Raum, nicht zuletzt dank der unermüdlichen Übersetzerin Gerda Scheffel, sich jetzt seiner zu erinnern. (S. 23)

Steirischer Herbst: Den Trend hatte Peter Vujica, Intendant des Grazer Festivals, schon in seiner Eröffnungsrede angedeutet: Die Produzenten der modernen Kunst seien in eine Phase der Aufarbeitung gekommen. In der Tat beschäftigen sich viele der in Graz aufgeführten Werke mit Rückschau und Erinnerungen. (S. 23)

SPORT

Olympia: Die Gespräche zwischen Vertretern aus Süd- und Nordkorea und dem IOC über die Möglichkeit einer gemeinsamen Gastgeberrolle bei den Sommerspielen 1988 in Seoul wurden in Lausanne ohne Ergebnis beendet. Ein neues Treffen soll im Januar stattfinden.

Fußball: Nach dem 3:1-Sieg von Bayer Leverkusen in Hamburg hat Otto Schwericke, der ehemalige Präsident des Vereins und Chef-Justitiar der Bayer AG, die Arbeit in der Vergangenheit heftig kritisiert: „Dettmar Cramer hat uns drei Jahre Entwicklung gekostet." (S. 9)

AUS ALLER WELT

Kokain: Einen internationalen Fonds, aus dessen Mitteln die Blätter des Coca-Strauchs unmittelbar nach der Ernte von den Erzeugern gekauft werden, schlug Bolivien der UNO vor. Dadurch könnte der Kokainmarkt ausgetrocknet werden. (S. 24)

Hotel: New Yorks Skyline ist um eine phantasievolle Fassade reicher. Für 1,5 Milliarden Mark entstand am Times Square ein neues Super-Hotel. (S. 24)

Wetter: Wolkig, im Norden zeitweise Regen. Bis 15 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Die Terroristen geben auf. „Achille Lauro" wieder frei

Deutsche Touristen kehren heim / Israelisches Ehepaar an Bord getötet?

DW. Kairo

Zwei Tage nach der Kaperung des italienischen Kreuzfahrtschiffs „Achille Lauro" durch palästinensische Terroristen fand der Piratenakt gestern ein unblutiges Ende. Nach Angaben der Palästinenser-Organisation PLO haben sich die sechs Entführer ergeben. Die Terroristen einigten sich nach Verhandlungen mit den ägyptischen Behörden und einem Vertreter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz darauf, das Kreuzfahrtschiff zu verlassen und die Geiseln „wohlbehalten" freizugeben. Sie gingen an Bord eines Schleppers der ägyptischen Marine in der Bannmeile des ägyptischen Hafens Port Said.

Unklar blieb bis gestern abend, ob die Palästinenser nach der Kaperung des Schiffes Geiseln getötet haben. Am Dienstagabend hieß es – fußend auf verstümmelt aufgefangenen Funksprüchen – sie hätten zwei Amerikaner getötet. Gestern war die Rede davon, die palästinensischen Terroristen hätten ein israelisches Ehepaar umgebracht. Anschließend teilten die Entführer jedoch über Funk mit, alle an Bord befindlichen Geiseln seien wohlauf. Das Schiff hatte nach zweitägiger Irrfahrt durch das östliche Mittelmeer gestern Anker vor Port Said geworfen.

Jene deutschen Passagiere des Schiffes, die am vergangenen Montag an einem Landausflug in Ägypten teilgenommen hatten und damit den Geiselnehmern entkommen waren, kehrten noch gestern in die Bundesrepublik Deutschland zurück. Sie wurden mit einer Chartermaschine zunächst von Kairo zum römischen Flughafen Fiumicino und von dort aus nach Frankfurt geflogen.

Das entführte Schiff, das am Dienstag zwischen Zypern und Beirut gekreuzt hatte, nahm am gestrigen Nachmittag vor Port Said Funkverbindung mit Vertretern der ägyptischen Regierung auf, die einen Krisenstab unter dem Vorsitz von Verteidigungsminister Abdel Halim Abu Ghazala gebildet hatte. Bei den ersten Verhandlungen hatten die Entführer ihre Forderung nach der Freilassung von 52 in Israel inhaftierten Palästinensern aufrechterhalten. Parallel zu den Verhandlungen mit der ägyptischen Regierung gab es Kontakte zur PLO. Außerdem war inzwischen ein ägyptisch-italienisch-palästinensischer Krisenstab gebildet worden.

SEITE 9: Ein Freund Arafats

Informationen des israelischen Außenministeriums besagen inzwischen, das Palästinenserkommando habe ursprünglich geplant, im israelischen Hafen Ashod – einer Station der Kreuzfahrt – einen großangelegten Terroranschlag durchzuführen. Aus logistischen Gründen und ohne eine vorherige Genehmigung der PLO-Führung hätten die Terroristen dann jedoch ihre Pläne geändert und statt dessen die „Achille Lauro" gekapert. Diese Andeutungen wurden gestern von einem anonymen Anrufer bei einer Nachrichtenagentur in Beirut bestätigt. Er erklärte, das Kommando sei zu dieser Geiselnahme „gezwungen gewesen". Ursprüngliches Ziel sei der „israelische Feind" gewesen.

Die großen Reedereien der westlichen Welt haben sich nach dem Piratenakt darauf verständigt, ihre Sicherheitsvorkehrungen zu verstärken. Sie stehen mit den Grenzschutz- und Zollbehörden in enger Verbindung. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß Kreuzfahrtschiffe aus Sicherheitsgründen nur eine begrenzte Menge von Treibstoff an Bord haben.

DER KOMMENTAR

Hellere Zukunft

HERBERT KREMP

Der erste Bundespräsident, der Israel einen offiziellen Besuch abstattet, wurde als Freund empfangen. Dies ist ein seltenes Ereignis. Das Wort Freund hat besonders in der deutschen Sprache einen persönlichen Sinn, der auf Völker und Staaten, auf die Beziehungen des öffentlichen Lebens insgesamt, nicht übertragen werden kann. Dort gibt es Interessen, die so lange halten, wie es sich um gemeinsame Interessen handelt. Auf dem Hintergrund der nüchternen Wirklichkeit gewinnt Weizsäckers Begegnung mit Israel ein unverwechselbares Profil. Es weist aus der Vergangenheit in eine hellere Zukunft.

Der Aufenthalt des Bundespräsidenten fällt in eine von Gewalt umwitterte Atmosphäre. Die Chance für Verhandlungen, die in das ungewisse Wort vom „Friedensprozeß" eingetaucht wurde, scheint nicht groß. Jerusalem ist nicht an irgendeinem Ergebnis interessiert, das die Diplomatie als Lösung verbuchen könnte, nicht an einer anästhesierender Behandlung, sondern an der zuverlässigen Sicherung seiner Existenz. Der hohe Anspruch entspricht der Aktualität und Dringlichkeit der Gefahr. Israel hat Gegner, aber es hat auch Feinde. Ihr gegenwärtiger Ausdruck ist der Terrorismus, ihr Ziel die Vernichtung des jüdischen Staates, den die jungen Vereinten Nationen 1947 legalisierten und den Ben Gurion im Jahre darauf proklamierte. Was tut diese Weltorganisation heute in Sachen Israel und in Sachen Terrorismus?

Das Profil der deutsch-israelischen Beziehungen ist demgegenüber fester, ihm eignen Züge der Verbindlichkeit. Dies gilt allerdings nur für die „reale Demokratie" Bundesrepublik Deutschland, nicht für den „realen Sozialismus" jenseits der Elbe, der sich die arabischen Interessen zu eigen gemacht hat. Auch hierin ist die Welt über Deutschland hinaus gespalten. Wenn der Bundespräsident den „Ausbruch aus dem nahöstlichen Teufelskreis von Gewalt und Gegengewalt" für erforderlich hält, setzt er die Gewalten sicher nicht gleich. Von Freunden fordert die Gefährdung Israels entschiedenes Denken.

Sowjetische Vorschläge „unannehmbar"

Washington rechnet mit langwierigen Verhandlungen / Sicherheit Europas gefährdet

FRITZ WIRTH, Washington

Die jüngsten nuklearen Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion, die eine Reduzierung der Nukleararsenale beider Großmächte um 50 Prozent vorsehen, sind der Reagan-Administration in ihrer gegenwärtigen Form unannehmbar. Dennoch sind die USA bereit, mit den Sowjets über diese Vorschläge zu verhandeln. Präsident Reagan hält allein schon die Tatsache, daß die Sowjets diese Vorschläge machten, für eine vielversprechende Entwicklung.

Diese Einschätzung der jüngsten Gorbatschow-Initiative gab am Dienstag ein leitender Beamter der Reagan-Administration, der zum ersten Mal die sowjetischen Vorschläge den Journalisten im Weißen Haus analysierte unter der Bedingung, daß seine Anonymität bewahrt bleibt.

Er erklärte: „Wenn die Sowjets in diesen Verhandlungen zum Geben und zum Nehmen bereit sind, können durchaus Fortschritte erzielt werden." Andererseits sind die Bedenken von amerikanischer Seite gegen die Vorschläge der Sowjets so weitreichend und so grundsätzlicher Natur, daß mit überaus langwierigen Verhandlungen gerechnet werden muß.

Es ist deshalb in hohem Maße unwahrscheinlich, daß in den gegenwärtigen Abrüstungsverhandlungen in Genf, wo die Vorschläge Gorbatschows in der letzten Woche vorgelegt wurden, diese Gegensätze auch nur annähernd ausgeräumt werden können, bevor die beiden Regierungschefs am 19. und 20. November am gleichen Ort zusammentreffen, oder, daß auf dem Gipfel selbst ein entscheidender Durchbruch zu erwarten ist. Man spricht im Weißen Haus davon, daß die sowjetischen Vorschläge zunächst nur als ein Startpunkt zu verstehen seien.

Nach Angaben des Beamten der Reagan-Administration sind die wesentlichen Bedenken und Einwände der amerikanischen Analytiker gegen die Vorschläge Gorbatschows:

1. Sie erhöhen beträchtlich die sowjetische Fähigkeit zu einem nuklearen Erstschlag.

2. Sie sind in hohem Maße ungleichgewichtig und würden der Sowjetunion ein deutliches Übergewicht an ballistischen Raketen sichern.

3. Sie würden die Sicherheit der amerikanischen Alliierten gefährden und sie weitgehend schutzlos gegen mögliche sowjetische Raketenangriffe machen.

4. Wesentliche Elemente der Abrüstungsvorschläge wären nicht verifizierbar.

5. Sie koppeln weiterhin die Reduzierung von sowjetischen Offensivwaffen mit einem Verbot amerikanischer Defensivsysteme wie dem SDI-Programm.

Eine der Hauptstücken der sowjetischen Vorschläge ist nach Meinung des amerikanischen Beamten die Tatsache, daß sie nur solche Systeme zu den strategischen Nuklearwaffen zählen, die in der Lage sind, das Terri-

● Fortsetzung Seite 14

Kollek verweist auf Schicksal geteilter Städte

Co. Jerusalem

Der Jerusalemer Bürgermeister Teddy Kollek versicherte gestern bei einem Empfang für Bundespräsident Richard von Weizsäcker: „Es ist besser, in einer Stadt mit Schwierigkeiten als in einer geteilten Stadt zu leben." Den ehemaligen Berliner Regierenden Bürgermeister wies er auf die unweit des Rathauses verlaufende Stadtmauer hin, die einst Jerusalem geteilt habe, aber nie mehr teilen werde. Kollek betonte: „Städte sollten nicht geteilt werden. Es ist, als wenn man einen Körper in zwei Teile zerschneidet." Von Weizsäcker, der Jerusalem als eine „in der Welt einzigartige Stadt" bezeichnete, besuchte gestern ferner die Hebräische Universität, sprach mit Parlamentspräsident Hillel, unternahm einen mehrstündigen Rundgang durch die Altstadt und lud Staatspräsident Chaim Herzog sowie mehr als 900 Gäste abends zu einem Konzert der Jungen Deutschen Philharmonie.

Seite 3: Weitere Beiträge

Washington unterrichtet die Verbündeten

gba. Bonn

In einstündigem Gespräch mit Bundeskanzler Kohl hat der Sonderberater des amerikanischen Präsidenten, Paul Nitze, gestern in Bonn die Bewertung der neuen sowjetischen Abrüstungsvorschläge aus Sicht der Regierung in Washington dargelegt. Das Gespräch des Kanzlers mit Nitze sei „Teil des Gesamtprozesses der mit der amerikanischen Regierung verabredeten Abstimmung zur Vorbereitung des Gipfeltreffens" Präsident Reagans mit dem sowjetischen Generalsekretär Gorbatschow am 19. und 20. November in Genf, erklärte Regierungssprecher Ost. In diesem Zusammenhang sei auch die heutige Begegnung des Kanzlers mit Präsident Mitterrand in Bonn und Berlin zu sehen, bei dem Kohl über die Ergebnisse des Gorbatschow-Besuches in Paris und die Bewertung der sowjetischen Abrüstungsvorschläge durch die französische Regierung informiert werde.

Bangemann rügt die Sprache des DGB

„. . . als befänden wir uns im Kriegszustand" / In Sorge um den sozialen Frieden

GÜNTHER BADING, Bonn

Die Bundesregierung „sucht nicht den Konflikt mit den Gewerkschaften. Aber wir scheuen uns nicht vor dem geradlinigen Weg", schreibt Bundeswirtschaftsminister Bangemann in einem Thesenpapier zur Protestwoche des DGB. Konkret bezieht er sich damit auf den Streit um den „Streikparagraphen" 116 im Arbeitsförderungsgesetz, der die Neutralitätspflicht des Staates im Arbeitskampf sicherstellen soll. „Die bisherige Regelung ließ Auslegungen zu, die diese Neutralität verletzten", schreibt Bangemann. Würde die Bundesanstalt für Arbeit zur Streikersatzkasse, so stünde das im Arbeitskampf verloren gehende Geld den Bedürftigen nicht mehr zur Verfügung. „Eine gesetzlich eindeutige Regelung" sei „unerläßlich, da die Sozialpartner eine Einigung zwischen sich nicht für möglich halten."

In dem Papier setzt sich Bangemann mit der aktuellen DGB-Argumentation auseinander. Er habe die Sorge, daß die geplante Aktionswoche „zu Emotionalisierungen führt und dem sozialen Frieden abträglich ist." Die Sprache des DGB bestärke ihn in dieser Sorge, „denn Worte wie Attacke, Arbeitskampfrecht, Angriffsaussperrung, Trommelklang, Antikriegstag, eine Waffe in Händen, Kampfentschlossenheit, klingen, als befänden wir uns im Kriegszustand."

Vorwürfe und Behauptungen der Gewerkschaften, etwa: Die Bundesregierung mache eine Politik für wenige, betreibe eine gefährliche Politik des Sozialabbaus, gefährde den sozialstaatlichen Grundkonsens, wolle die gewachsene Arbeits- und Sozialverfassung zu Lasten der Arbeitnehmer verrücken, bekämpfe nicht ernsthaft die Arbeitslosigkeit, „diffamieren die Bundesregierung und sie sind alle falsch. Das Gebot der Stunde müßte gemeinsames Handeln zugunsten der von Arbeitslosigkeit Betroffenen heißen. Diffamierung ist das Gegenteil."

Ausdrücklich erinnert Bangemann daran, daß es zwischen Regierung und Gewerkschaften auch Übereinstimmungen gebe. So sei „noch nicht weit genug verbreitet", daß inzwischen auch der DGB im technischen Fortschritt nicht die Ursache für die Arbeitslosigkeit sehe. Es sei an die Forderung des IG Chemie-Vorsitzenden – und SPD-Bundestagsabgeordneten – Hermann Rappe zu erinnern, den Schnellen Brüter in Kalkar in Betrieb zu nehmen und die Entsorgungsanlage in Wackersdorf voranzutreiben. Rappe habe auch den „Salto populistischer Politik" des nordrhein-westfälischen SPD-Politikers Farthmann in Sachen Schneller Brüter kritisiert.

Mehr Beschäftigung sei nur mit mehr Wachstum und durch privates Handeln zu erreichen. Die Regierung sei weiter zu gemeinsamen Handeln mit DGB und Arbeitgebern bei der Bewältigung der Arbeitslosigkeit bereit. Die DGB-Aktion aber laufe dem zuwider, „vor allem dann, wenn damit nur ein Ziel verfolgt wird: diese Regierung zu schwächen und sie abzulösen, egal wie gut sie für die Bürger ist."

Vizeminister in Moskau verurteilt

DW. Bonn

Der Stellvertretende sowjetische Bauminister Viktor Wischnjakow ist wegen Korruption zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Für die Zuteilung von Wohnungen habe Wischnjakow Bestechungsgelder in Höhe von 100 000 Rubel (rund 360 000 Mark) erhalten, berichtete die Regierungszeitung „Iswestija". Weitere 100 000 Rubel habe er durch Schiebereien mit Autos eingenommen.

Wann das Urteil verkündet wurde, geht aus dem Bericht nicht hervor. Anfang August war jedoch Bauminister Witali Schudin entlassen worden, ohne daß die Maßnahmen gegen den 55jährigen öffentlich erläutert wurde.

Seite 14: Man will Taten sehen

Konsens in der deutschen Frage?

DW. Berlin

Der vorliegende Entwurf einer Entschließung zur Deutschlandpolitik, erarbeitet von den Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP, kann eine „deutliche und begrüßenswerte Revision" früherer Thesen der Sozialdemokraten bedeuten. Der Berliner Bundessenator, Professor Scholz, drückte in einem WELT-Interview die Hoffnung aus, daß die großen Parteien zu einheitlicher Linie und Gemeinsamkeit in der deutschen Frage zurückfinden; daß zugleich die „unbestreitbare Offenheit" der deutschen Frage nicht weiter in Zweifel gezogen wird. Das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes dürfe nicht zur Disposition gestellt werden.

Seite 4: Nicht diskriminieren

Die DKP will den Protest „politisieren"

Auseinandersetzung um die Politik der Bundesregierung soll „angeheizt" werden

GÜNTHER BADING, Bonn

Für die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) zählt die Protestwoche des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zu den „Aktionshöhepunkten" dieses Jahres. Dazu will die DKP Aktionseinheiten mit dem DGB und „demokratische Bündnisse" mit anderen Gruppierungen eingehen, um, so die erklärte Taktik, die Proteste der Gewerkschafter gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung in Zusammenhang zu bringen mit dem „alles entscheidenden Kampfziel", die Militarisierung des Weltraums zu verhindern".

So hat es die Führung der Kommunistischen Partei schon im Juni formuliert. Ebenso wie bei den Streiks zur Durchsetzung der Arbeitszeitverkürzung im vergangenen Jahr wollen die Kommunisten die DGB-Aktionswoche „politisieren" und die Auseinandersetzung in den Betrieben „anheizen". Dadurch hoffen sie, das „Klassenbewußtsein" der Arbeitnehmer zu stärken und so – als längerfristige Perspektive – die „subjektiven Faktoren" für eine „revolutionäre Situation" zu fördern. In der Schrift „Marxismus und Gewerkschaften" des Marxistischen Studentenbundes Spartakus heißt es ganz offen, die „Politisierung der gewerkschaftlichen Kämpfe" müsse der „Heranführung der Arbeiterklasse und der Gewerkschaftsbewegung an revolutionäres Bewußtsein" dienen.

Noch im März hatte die DKP beklagt, es gebe noch kein „Konzept des gewerkschaftlichen Widerstandes" gegen die „reaktionäre Politik der Rechtsregierung". Wenig später allerdings sagte der DKP-Vorsitzende Herbert Mies vor dem DKP-Parteivorstand, daß die „klassenkämpferischen Tendenzen im DGB insgesamt stärker geworden" seien. DKP-Präsidiumsmitglied Martha Buschmann sagte im Juni, es sei „von großer Bedeutung, daß die Gewerkschaften ihre Zurückhaltung gegenüber dieser Bundesregierung weitgehend aufgegeben" hätten.

Die kommunistische Zeitung „DVZ/die tat" prognostizierte am 17. Mai den „Herrschenden" einen „heißen Herbst". Das DKP-Zentralorgan „Unsere Zeit" (UZ), das ständig über die Vorbereitungen der Aktionswoche berichtet, lenkt den Blick immer wieder auf den angeblichen Zusammenhang von Rüstungskosten und „Sozialabbau". Das Blatt zitiert einen DGB-Kreisvorsitzenden: „Den Kampf gegen SDI und Hochrüstung einbeziehen."

Das Dreiergespräch der Regierung mit Arbeitgebern und dem DGB nahm die DKP zum Anlaß, gegen die „Sozialpartnerschaftsillusionen" zu agitieren.

Rekruten aus dem Baltikum zum Einsatz nach Kabul

Litauischer Jugendbund ruft zum Widerstand auf

KNA, Wilna/New York

Zum Widerstand gegen den Kriegsdienst in Afghanistan hat der neu gegründete geheime „Litauische Jugendbund" die Militärpflichtigen in seiner Heimat aufgerufen. In der Untergrundzeitschrift „Akademische Jugend", deren zweite Ausgabe soeben das „Litauische Informationszentrum" in New York erreichte, wird gleichzeitig darauf hingewiesen, daß die Brutalitäten der Roten Armee in Afghanistan der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte widersprechen.

Während in den ersten Jahren nach dem Einmarsch der Roten Armee vor allem Soldaten aus den sowjetischen Grenzgebieten in den Kämpfen in Afghanistan eingesetzt wurden, werden seit etwa zwei Jahren vorwiegend Rekruten aus dem Baltikum zum Kampf nach Afghanistan gebracht. Dies trägt nicht unwesentlich zur bereits vorhandenen Unruhe unter der Bevölkerung bei. Zahlreiche junge Männer aus den sowjetischen Ostsee-Republiken sind gefallen, Heimkehrer berichten von sowjetischen Greueltaten in Afghanistan. „Denkt an den Fall 1984, als vier nackte afghanische Frauen über Kabul aus einem Hubschrauber gestoßen wurden," heißt es in der Zeitschrift. Junge Soldaten sollten den militärischen Treueid verweigern, um damit gegen den ungerechten Krieg zu protestieren. „Befolgt nicht gedankenlos die Befehle der Offiziere, laßt uns nicht zu furchtsamen Instrumenten unserer eigenen Okkupanten werden!", schließt der Aufruf des Jugendbundes.

Der Bund war anläßlich des Internationalen Jahres der Jugend gegründet worden, hält aber die Namen der Mitglieder geheim, weil „angesichts der harten Tatsachen jede Zivilcourage unverantwortlich wäre". Der Bund besitzt ein stark national und religiös ausgerichtetes Programm – Litauen ist zu 75 Prozent katholisch – sowie eine eigene Satzung und hat die Aufnahme in den Litauischen Jugend-Weltbund mit Sitz in Los Angeles beantragt.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Mit dem Schrecken davon

Von Enno v. Loewenstern

Was die Geiselnehmer auf dem italienischen Ausflugschiff zur Aufgabe veranlaßt hat, ist noch nicht zu übersehen; möglicherweise hat die harte Reaktion Israels auf den Mord von Larnaca und jetzt die Empörung in den westlichen Ländern über diesen Rundum-Erpressungsversuch die palästinensische Führung davon überzeugt, daß diese Geiselnahme sich kontraproduktiv auswirken könnte. Es bleibt die Lektion, daß die Terroristen sich nicht scheuen, friedliche, unbeteiligte Reisende zu überfallen, wenn sie glauben, damit ihren Zielen nützen zu können; daß nicht Menschlichkeit sie zurückhält, sondern Kalkül. Daß, mit anderen Worten, der Horror sich jederzeit wiederholen kann.

Der weltweite Kampf gegen den Terrorismus, zu dem Präsident Reagan aufgerufen hat – mit einem beklagenswert zurückhaltendem Echo bei seinen bequemen Verbündeten – ist nicht dadurch überflüssig geworden, daß diese Ferienreisenden mit dem Schrecken davongekommen sind. Im Gegenteil, die Erinnerung daran, was hätte geschehen können, darf nicht damit verdrängt werden, daß es nicht geschehen ist.

Die palästinensischen Organisationen und ihre Verwicklung in diesen Vorfall sind auf das Gründlichste zu untersuchen. Bevor der deutsche Außenminister sich wieder darüber äußert, ob Vergeltungsschläge gegen die Hauptquartiere einer verbrecherischen Organisation seinen Vorstellungen vom Völkerrecht entsprechen, sollte er der deutschen Öffentlichkeit erläutern, wie es um diese Organisation und wie es um den Schutz deutscher und anderer Staatsbürger vor den Mordabsichten dieser Organisation steht. Bisher hat man es sich in vielen Regierungen des Westens leicht gemacht, solange Israel der Betroffene war; hat zu Nachgiebigkeit und zum Verzicht auf Gegenschläge aufgerufen, weil (als ob!) dadurch der „Teufelskreis der Gewalt weitergedreht" werde. Es wird Zeit, daß man sich darüber Gedanken macht, was man dazu beitragen will, diesen Teufelskreis und seine teuflischen Unternehmungen abzustellen.

Reden vom Freikauf

Von Werner Kahl

Amnesty international hat erstmals das Problem des über zwei Jahrzehnte praktizierten Freikaufs von Häftlingen aus „DDR"-Gefängnissen angesprochen. Die Organisation erinnert das Ostberliner Regime daran, daß es aufgrund seiner internationalen Verpflichtungen politische Gefangene „bedingungslos freilassen" muß.

Bisher wurden Fragen nach dem Menschenhandel in Deutschland stets mit der pauschalen Warnung abgewiesen, eine öffentliche Diskussion würde Hoffnungen auf vorzeitige Haftentlassung und Übersiedelung in den Westen zerschlagen. Dabei schien der Ostberliner Führung die Annahme, sie sei mit Geld zu vielem ansprechbar, nicht so ungelegen zu sein, wie es Bonner Politiker bei der Tabuisierung des Themas darstellten.

Der Handel in der Grauzone der innerdeutschen Beziehungen begann in der Zeit des Mauerbaus. In den „DDR"-Zuchthäusern waren damals viele Sozialdemokraten. Zwar lehnte das Gesamtdeutsche Ministerium damals Barzahlung ab. Unter dem Eindruck der Leiden ließ Bonn jedoch „Verrechnungseinheiten" (VE), wie sie im innerdeutschen Handel als Zahlungsmittel dienen, für den Kauf von Rohstoffen und Waren jährlich bereitstellen. Sie werden nach dem Prinzip des „Kopfgeldes" festgelegt. So kosten Lebenslängliche mehr, oder Ärzte, Wissenschaftler oder sogenannte Geheimnisträger.

Die Zahl der Häftlinge wurde dennoch nicht geringer. Vielmehr werden zunehmend „DDR"-Bewohner, die einen Ausreiseantrag stellen, eingesperrt und nach verhältnismäßig kurzer Haftzeit (sechs Monate bis zu eineinhalb Jahren) zum Freikauf angeboten. Die Rechnung Ostberlins ist dabei: Für die Genehmigung zur Ausreise erstattet Bonn nur einen verhältnismäßig geringen Pauschsatz; beim Freikauf darf die „DDR" jedoch das Zehnfache und nicht in wenigen Fällen erheblich mehr in Rechnung stellen. Die Zahl steigt, in diesem Jahr auf einen Rekord von dreitausend (insgesamt wurden bisher 25 000 Häftlinge freigekauft). Zählt man die rund 38 000 Ausreisenden von 1984 und die 16 000 bis 20 000 erwarteten Ausreisenden dieses Jahres dazu, so ergibt sich, daß, Nachgeschmack beiseite, die menschlichen Erleichterungen weit besser gemeistert werden als zu Zeiten der SPD-Regierung, die heute so heftig ihre Ostpolitik moniert.

Scheidung vor der Ehe

Von Heinz Horrmann

Hundert Jahre wird das Auto im Januar 1986 alt; es kann auf eine bewegte Vergangenheit zurückblicken. Nicht nur im Wandel von den frühen Kutschen zu den schnittigen Pfeilen von heute; der ständige Kostendruck im Entwicklungs- und Produktionsbereich hat Firmen auftauchen und verschwinden lassen und veranlaßt heute große Automobilhersteller zu weltweiten Kooperationen und Fusionen. Sie ließen sich leicht verwirklichen, wo ein starker Partner dominiert und der andere sich in der Rolle des Mitläufers zufrieden gibt. Die Beispiele der letzten Woche belegen das: Chrysler behält die Führung in der zukünftigen Produktionsgemeinschaft mit Mitshubishi. VW diktiert bei Seat, was getan werden muß.

Genau das wollte auch Fiat zum Schluß der langen Fusionsverhandlungen mit dem zweiten bedeutenden Familienunternehmen der Branche, Ford, erreichen. Anders war es zu Beginn der Gespräche vor zwei Jahren, als es beiden Firmen nicht rosig ging. Damals herrschte Übereinstimmung, daß gleichberechtigte Markendivisionen unter einer gemeinsamen Holding marschieren sollten. Jetzt aber bestand Agnelli, gestärkt durch eine neuerlich positive Entwicklung mit glänzenden Gewinnen durch moderne Motoren und erfolgreiche Modelle, auf den Führungsanspruch nach dem Schulterschluß. (Die Familie Agnelli hält 30 Prozent des Fiat-Aktienkapitals.)

Das sagte Henry Fords Vertretern nicht zu. In Europa ist zwar mit Fords Verkaufsbilanz kein Staat zu machen, doch im eigenen Land fuhr die Firma wieder Gewinne ein.

Ist damit die Zusammenarbeit der Branchenriesen beendet, bevor sie begann? In den Unternehmen beteuert man, daß lediglich Schluß mit den Gesprächen über eine Kapitalgemeinschaft sei; die Entwicklung von kostensparenden Einzelteilen und Aggregaten aber werde vorangetrieben.

Was ergibt sich aus der neuen Situation? Bei Ford in Köln wird sicherlich aufgeatmet. Eine Fusion hätte in jedem Fall Arbeitsplätze in der Bundesrepublik gekostet. Überdies können Techniker und Ingenieure wieder ohne Unruhe und Unsicherheit ausschließlich Ford-Typisches entwickeln.



„Sie Dürfen Investieren!" KLAUS BÖHLE

Le style c'est l'homme?

Von Carl Gustaf Ströhm

Michail Gorbatschow hat sein Debüt als Parteichef der KPdSU vor einem erwartungsvollen westlichen Publikum in Paris absolviert. Er hat sich dabei zunächst als medienwirksam agierender Politiker erwiesen, der die Chancen des audiovisuellen Zeitalters zu nutzen versteht. Dabei kommt dem Ersten Mann der Sowjetunion ein psychologischer Tatbestand zugute, den er geschickt umzusetzen vermag: Die westliche Mediengesellschaft war seit dem Abgang Chruschtschows vor zwei Jahrzehnten von sowjetischer Seite nicht gerade verwöhnt worden. In einer Welt, die dazu neigt, Form und Inhalt miteinander zu verwechseln und das erstere für wichtiger zu halten als das letztere, mußten die griesgrämigen, wenig telegenen alten Männer an der Spitze des Sowjetsystems eher negativ als beflügelnd wirken.

Nun taucht nach so vielen mageren Jahren ein Mann auf den Zinnen des Kreml auf, der nicht nur vom Blatt abliest, sondern frei spricht und argumentiert. Ein Mann überdies, der nicht ungeschlacht und übergewichtig wirkt, der schier ein westlicher Bankdirektor oder Manager sein könnte, der seine Ehefrau vorzeigt, statt sie nach sowjetischer Manier zu verstecken. Da die westliche Öffentlichkeit gegenüber der Sowjetunion nach dem Prinzip Hoffnung verfährt – man erwartet, daß sich in dem ungemütlichen Imperium doch endlich etwas zum Positiven ändern werde, weil es sich ändern müsse –, wirkt Gorbatschow auf die Phantasie der westlichen Medien und vieler westlicher Politiker so anregend wie seinerzeit der Mann mit dem Schuh.

Nikita Chruschtschow hat vieles in der Sowjetunion geändert – man denke an die Entstalinisierung. Das Sowjetsystem sieht seither anders aus als unter Stalin. Doch scheiterte Chruschtschow, weil sich die Grundfesten des Systems nicht reformieren ließen.

Von Gorbatschow wird gesagt, daß er aus den Fehlern Chruschtschows gelernt habe, daß er einer anderen Generation angehöre, die Krieg und Stalinismus nicht mehr handelnd miterlebte. Das befähigt den neuen Generalsekretär gewiß zu einer scheinbaren Unbefangenheit, wobei auch hier nicht vergessen werden sollte: käme Gorbatschow aus einem „normalen" Land, so wäre der Schick seiner Anzüge oder seiner Ehefrau kein Diskussionsthema. Erst vor dem dunklen Hintergrund des Sowjetsystems erscheint Gorbatschow als weißer Rabe.

Aber gerade die Tatsache, daß Gorbatschow so „medienwirksam" aufzutreten vermag, kann für ihn zu einem Bumerang werden. Seine unmittelbaren Vorgänger verstanden es, Distanz durch Unnahbarkeit zu verbreiten. Der von Gorbatschow aus der Außenpolitik verdrängte Gromyko machte ein so bärbeißiges Gesicht, daß niemand auf die Idee kam, mit ihm über Menschenrechte und Sacharow zu diskutieren. Indem Gorbatschow sich den Stil der Mediengesellschaft des Westens zu eigen macht, unterwirft er sich auch deren Gesetzen. Auch er unterliegt jetzt dem Verschleiß, dem Verlust an Respekt aus Mangel an Distanz, den diese Mediengesellschaft um alle Politiker verbreitet.

Eine der politisch-psychologischen Waffen, welche die Sowjetunion bisher einzusetzen vermochte, war ihre Undurchschaubarkeit. Das Imperium des GULag, der unendlichen Weiten Sibiriens und der Selbstisolierung umgab sich auch dort mit dem Schleier des Geheimnisses, wo es in Wirklichkeit kein Geheimnis gab. Gorbatschows Auftreten muß zur Entmythologisierung der UdSSR führen, und zwar im Positiven wie im Negativen. Chruschtschow bewegte bei seinem Frankreich-Besuch große Menschenmengen; Gorbatschow hat keine Massen mehr bewegt – und auch die Gemüter nicht. Sogar die französische Linke macht sich über den sowjetischen Kommunismus keine Illusionen mehr.



Entmythologisierung durch Charme: Gorbatschow FOTO: DPA

Seine Vorschläge zur Abrüstung hat der japanische Ministerpräsident Nakasone nüchtern charakterisiert: Gorbatschow versuche nicht nur mit allen Mitteln die amerikanischen SDI-Programme zu vereiteln, er verkaufe zugleich den Westeuropäern die Halbierung der Raketenrüstung als große sowjetische Konzession, obwohl es sich in Wirklichkeit um eine objektive Notwendigkeit für seine eigene Innenpolitik handle. Wenn Gorbatschow nämlich die Sowjetwirtschaft überhaupt wieder auf die Beine bekommen und die Krise des Imperiums überwinden will, muß er die Rüstungslasten vermindern. Damit wird auch Gorbatschows Drohung, falls es bei SDI bleibe, gebe es keine Verhandlungen mehr, gelassen als Bluff aufgenommen – was bei einem Gromyko erschrecken konnte, ist bei Gorbatschow nur noch Routine.

So führt der Weg vom Stil zum Inhalt der Politik Gorbatschows und damit zur Erkenntnis auch der innenpolitischen Gratwanderung, die er antritt. Man mag es ihm nicht so recht übelnehmen, daß er versucht, vor dem Genfer Treffen mit Reagan den Westen zu spalten; das gehört zu den bekannten Moskauer Spielregeln. Aber man muß ihm keine sentimentalen Gefühle entgegenbringen. Die sowjetische wie auch früher die kaiserlich russische Politik wurden nie durch außenpolitische Erfolge, sondern stets nur durch das Erkennen eigener Mißerfolge auf den Weg der Reform geführt. Erst wenn Gorbatschow und die gesamte sowjetische Oligarchie verstanden haben, daß ihre bisherige Politik falsch war, werden von Moskau wirklich substantielle Konzessionen zu haben sein. Die einzig wichtige Lehre, die mit seinem Auftritt verbunden ist und die hinter seinem Lächeln und Frau Raissas mehr oder weniger hochhackigen Schuhen nicht verlorengehen darf, ist die: In Moskau hat sich erst etwas bewegt, als SDI verkündet und trotz allem Druck beibehalten wurde.

IM GESPRÄCH Corazon Aquino

Cory for President

Von Christel Pilz

Auf den ersten Blick wirkt Corazon Aquino wie eine typische Filipina aus gutem Haus. Selbstbewußt, ohne sich aufzuspielen: klug ohne Besserwisserei, doch entschlossen, für ihre Überzeugung geradezustehen und, wenn notwendig, dafür ihre Stimme zu erheben. Ein wenig mollig, eher bieder als elegant, ungeziert, sympathisch. Sie hat früh geheiratet, vier Kinder großgezogen und sich damit beschieden, im Schatten ihres Mannes zu stehen, dessen Name jedermann in den Philippinen kennt: Benigno Aquino.

„Ninoy", wie ihn seine Freunde nannten, der Mann, an den Marcos vermutlich die Präsidentschaftswahlen von 1972 verloren hätte, hätte er nicht vorher Kriegsrecht verhängt und Ninoy wegen angeblichen Hochverrats hinter Gitter gesetzt. Da saß er acht Jahre lang. Erst 1980 entließ ihn Marcos zu einer Herzoperation nach Amerika, wo Ninoy und seine Familie drei Jahre lang ein Exilleben führten. Als Ninoy 1983 beschloß, zurückzukehren, war es eine Rückkehr in den Tod. Aquino hatte es als seine Aufgabe gesehen, das morsch gewordene Marcos-Regime abzulösen und die Nation vom Pfad zur Selbstzerfleischung zum Pfad der Versöhnung zurückzuführen. Er wurde erschossen, als er von Militärs umringt am 21. August aus dem Flugzeug stieg.

Sein Tod führte zu einer Welle nationalen Protestes. Hunderte von Bürgerinitiativen schossen aus dem Boden, zogen mit roten und gelben Fahnen durch die Straßen, in allen Provinzen, auf allen Inseln. Linksradikale und Gemäßigte marschierten zusammen. Der Ruf, Präsident Marcos solle zurücktreten, wurde ein Appell zum Kampf.

Wen aber hat die gemäßigte Opposition dem Volk als Alternative zu Marcos zu bieten? Viele der Oppositionsführer möchten in den Präsidentschaftswahlen von 1987 kandidieren, doch keiner der bekannten Politiker scheint das Zeug zum nationalen Führer zu haben. Wer auch hätte die Chance, von allen Oppositionsparteien als Gegenkandidat zu Marcos akzeptiert zu werden? Sie



Über den Tod des Mannes hinaus: Corazon Aquino FOTO: DPA

scheinen allmählich einzusehen, daß keiner von ihnen ein zweiter Aquino ist – wie aber steht es mit seiner Frau?

„Cory for President" heißt es neuerdings auf Plakaten von Demonstranten. Cory sagt, sie ziehe es vor, im Privatleben zu bleiben, sie habe keine politischen Ambitionen. Trotz unzähliger Aufforderungen, Parteien oder Gruppen beizutreten, erhielt sie ihre Unabhängigkeit. Doch sie hielt Reden auf Veranstaltungen der Opposition. Stets mahnt sie zu Vernunft und nationaler Verantwortung. Sie redet ohne Haß auf Marcos, obwohl sie, wie sie sagt, mehr denn je davon überzeugt ist, daß Präsident Marcos persönlich den Mord an ihrem Mann befohlen hat.

Cory denkt über ihr eigenes Leid hinaus. Wie viele Landsleute haben gelitten wie sie, haben ihre Männer und Söhne in undurchsichtigen Morden verloren! Sie denkt an das Schicksal der Nation. Corazon Aquino, 52 Jahre alt, fordert nicht nur ein Ende des Marcos-Regimes, sie warnt zugleich vor der Gefahr eines Sieges der Kommunisten. Zwei Jahre nach dem Tod ihres Mannes ist sie dabei, ihre Witwenrolle abzustreifen und Ninoys Erbe aufzugreifen. Hinter ihrem Lächeln zeigt sich Entschlossenheit, ein Mensch mit innerer Stärke und politischem Gespür.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Zeitungen beschäftigen sich vor allem mit der „Achille Lauro":

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Es ist das Ergebnis der Feigheit und Verantwortungslosigkeit, die in dieser und in vielen anderen Regionen der Welt das Handeln der Großmächte seit fünzig Jahren gekennzeichnet haben. Das Resultat ist heute da: Der Libanon existiert nicht mehr, Israel ist noch nie so stark bedroht worden, selbst die Sowjets sind vor Geiselnahmen nicht mehr sicher, und der gelähmte Westen beobachtet aus der Ferne die Tat einer Handvoll von Desperados.

LA STAMPA

Egal, wie die Affäre ausgehen wird, die Entführung des Kreuzfahrtschiffes zeigt brutal die Grenzen der Politik auf, die der Ministerpräsident und sein Außenminister in den vergangenen zwei Jahren im Mittelmeer betrieben haben ... Die diplomatische Vermittlerrolle, die von Andreotti und Craxi verfolgt wurde, ist aus den Angeln gehoben worden. **(Turin)**

Lübecker Nachrichten

Die Palästinenser-Organisation PLO mag sich öffentlich von der Schiffsentführung distanzieren. Jedoch sprechen die Tatsachen gegen eine „Mäßigung" der PLO, von der in letzter Zeit so viel geredet wird. Die Schiffsentführer gehören einer palästinensischen Unterorganisation an.

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Die Volksfront für die Befreiung Palästinas ist die Untergrundarmee des Georges Habbasch – nicht irgendeine Sekte, sondern der von der PLO des Jassir Arafat abgespaltene radikale Teil der Palästinenser, der sich am entschiedensten allen bisherigen Friedensaktionen widersetzt hat. Er ist der verlängerte Arm Syriens und bezogen auf die sowjetische Patronage für Damaskus auch eine Spielkarte Moskaus im Nahen Osten. **(Heidelberg)**

TAGESANZEIGER

Die Urheberschaft, die im weiteren Kreis der auf Syrien orientierten Gegner Arafats zu vermuten ist, läßt ... darauf schließen, daß man den ewig unschlüssigen PLO-Chef in den Augen der Palästinenser abwerten wollte. **(Zürich)**

STUTTGARTER ZEITUNG

Auch diesmal gibt es eine Splittergruppe, die wahrscheinlich für den Anschlag verantwortlich ist. Sie wird zwar dem Gesamtverband der palästinensischen Befreiungsorganisation zugerechnet, befindet sich aber an deren äußerstem Rand ... Die PLO ist von Israel in die Verliererecke gedrängt worden. Das mag ihre Anfälligkeit für Terrorakte, die sie nie ganz aufgegeben hat, erhöht haben.

Der „neue Kopf" gesteht Ungeschicklichkeit ein

Wie Kandidat Schröder um die Grünen laviert / Von Michael Jach

Der „neue Kopf", der als Nachfolge-Hoffnungsträger der absoluten Sieger an Saar und Rhein-Ruhr den CDU-Ministerpräsidenten Ernst Albrecht an der Leine ablösen will – noch immer ist der genaue Wahltermin nicht bekannt; man spricht von Anfang Juni –, hat die erste Probe seiner Fertigkeiten vorgeführt. Ausgerechnet bei der Gretchenfrage schlechthin, der Beziehung zu den Grünen, fiel dem SPD-Spitzenbewerber Gerhard Schröder der doppelte Boden aus der Trickkiste.

Andere Themen werden in Niedersachsen kaum erörtert; zur gelegentlich aufgeworfenen ungünstigen Entwicklung der Arbeitslosenzahlen seit 1976 kontert Albrecht mit Hinweisen auf die damals von der SPD übernommene „ungünstige Struktur" – überdies: welche Partei hat damals den Bundeskanzler gestellt? Die Landwirtschaft ist nicht sonderlich zufrieden mit Brüssel und damit Bonn, aber wenn Schröder sich auch mal auf einem Bauernhof beim Mistschaufeln abbilden läßt, so ist noch nicht sicher, daß die Bauern justament von der SPD das Heil höherer Preise erwarten. So bleibt zur SPD eigentlich nur die Frage: Wenn sie nicht den schier unglaublichen Sprung von 36,5 auf 50 Prozent schafft – und Albrecht ist weder ein Zeyer noch ein Worms –, wie will die SPD dann regieren?

Am vorletzten Sonntag sah Schröder sich genötigt, diese Frage in einem Interview mit Radio Luxemburg zu beantworten. Dabei nun bestätigte er dem Fragesteller ausdrücklich, dieser habe ihn richtig verstanden, daß er, Schröder, soeben „der bisher ja noch angepeilten Koalition mit den Grünen eine Absage erteilt" habe. Diese seien nämlich „nicht bündnisfähig".

Das klang angenehm in den Ohren derjenigen niedersächsischen Sozialdemokraten, die, wie vor allem der vom DGB herkommende SPD-Landesvorsitzende Johann Bruns, von den Grünen nichts halten. Zwar hatte Bruns, um das Gespann mit Schröder nicht jetzt schon zu verheddern, seit jenem 24. August 1984 Parteidisziplin geübt, als der kaum zwei Monate zuvor zum Spitzenkandidaten gekürte ehemalige Juso-Vorsitzende dem SPD-Landesvorstand sein „grundsätzliches Ja zur Zusammenarbeit mit den Grünen" klarlegte. Nach jenem RTL-Interview aber atmete Bruns vernehmlich auf: „Schröder hat für die notwendige Klarheit gesorgt."

Nicht für lange, wie der unglückliche Parteivorsitzende alsbald erfuhr. Noch in sein öffentliches Frohlocken hinein ließ sein Spitzenkandidat verbreiten, das sei alles gar nicht so gemeint gewesen. Er habe eben „ungeschickt formuliert".

Damit hatte er, wenn schon nicht seinen Gegner, so doch seinen eigenen Landesvorsitzenden vorgeführt. Bruns stand da als Naivling. Seither hört man ihn über Schröders Abneigung gegen Rück- und Absprachen klagen.

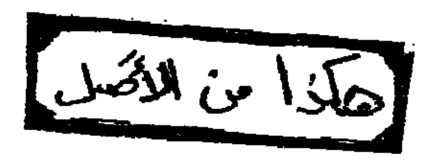
Die Partei biß die Zähne zusammen und gab folgende Sprachregelung heraus: Die SPD will einen „ungeteilten Regierungsauftrag", dem die Grünen nur unnötig Stimmen entziehen würden. Bündnisdiskussionen könnten nur Stimmenentzug fördern, weil sie die Aufmerksamkeit der Wähler „ablenken".

Nun kommt es darauf an, ob sich die Wähler davon ablenken lassen, daß jemand das Land regieren will, der mal so und mal so redet und sich selbst Ungeschicklichkeit bescheinigt. Das ist kein glanzvoller Start gegenüber Albrecht, dem der Ruf der Kompetenz nachgeht.

Die Blamage bleibt frisch, weil die Frage immer wieder gestellt wird; Schröder behilft sich mit Formeln wie: „Ausgrenzen" sei nicht seine Politik. Und zum Stichwort „nicht bündnisfähig" pflegt er halblaut anzufügen (und der arme Bruns neuerdings auch): „... wie sie personell und programmatisch durch die jetzige Landtagsfraktion vertreten sind". Will sagen: Wenn erst die Stimmen abgegeben sind, könnte Schröder die nächste grüne Landtagsfraktion (falls es eine geben sollte) doch noch für bündnisfähig erklären. Damit wird den Grünen suggeriert, bei ihrem Doppelparteitag in Norddeich Ende Oktober und Mitte November in Burgdorf im Interesse der SPD möglichst nicht auf Bürgerschreck zu machen mit „Sofortausstieg aus der NATO", „Sofortausstieg aus der Atomwirtschaft" oder „Abschaffung des Verfassungsschutzes".

Im Juli verbreitete die SPD ein Umfrage-Ergebnis, wonach sie annähernd 50 Prozent habe. Schröder selbst empfahl damals freilich, sich davon „nicht besoffen machen zu lassen". Die Regierung berichtete ihrerseits über Umfragen, wonach die Union bei 46 Prozent lag (bei der letzten Landtagswahl: 50,7); die SPD bei immerhin 43,6 (36,5); die FDP lag knapp unter fünf, und die Grünen lagen um fünf Prozent.

Diese beiden Parteien sind derzeit im Landtag vertreten. Die FDP hat bei den letzten drei Landtagswahlen (Saar, NRW, Berlin) den Einzug ins Parlament geschafft, die Grünen sind zweimal gescheitert. Neue Umfragen gibt es nicht, dafür aber viel Ablenkung.



Jerusalem bereitet Richard von Weizsäcker, dem ersten deutschen Staatsoberhaupt in Israel, einen herzlichen Empfang

Das Geheimnis Jerusalems und die Kraft einer Rede

Von BERNT CONRAD

Fanfaren schmetterten, als Richard von Weizsäcker die Gangway auf dem Ben-Gurion-Flughafen betrat. Unter dem Donner von Salutschüssen erklang das Deutschlandlied. Im warmen Herbstwind flatterten schwarz-rot-goldene Fahnen neben der Flagge Israels und dem Davidstern. Dunkel schimmerte ein eisernes Kreuz auf der hellgrauen Luftwaffen-Boeing. Ein normaler protokollarischer Vorgang? Vielleicht anderswo, aber bestimmt nicht in diesem Staat, der von den Überlebenden des deutschen Massenmords an sechs Millionen Juden buchstäblich aus der Wüste gestampft worden ist.

Würde es gutgehen mit dem ersten Staatsbesuch eines deutschen Präsidenten bei den Geschwistern, Kindern und Enkeln der Opfer? Auch Richard von Weizsäcker mag in diesem Augenblick eine leichte Gänsehaut verspürt haben. Aber Chaim Herzog, Israels Staatspräsident, nahm dem Gast sofort jede Befangenheit: „Wir bewillkommnen Sie und Ihre Gattin als wahre und erprobte Freunde unseres Volkes", versichert er mit großer Herzlichkeit.

Der einstige General und UNO-Botschafter ließ keinen Zweifel daran, worauf Weizsäckers hohes Ansehen, von dem sich der Bundespräsident in diesen Tagen überall in Jerusalem selbst überzeugen konnte, ganz wesentlich beruht: auf seiner Bundestagsrede vom 8. Mai 1985 zum 40. Jahrestag des Kriegsendes.

Ihr Text hat in Israel wahre Wunder bewirkt. Denn zum ersten Mal hatten die Politiker dieses von so schweren Problemen geplagten Landes das Gefühl, sich einem deutschen Staatsmann gegenüberzusehen, der ohne Pathos und Beschönigung die lastenden Fragen von Schuld und Sühne, Verantwortung und Wiedergutmachung in geradezu souveräner Weise zu beantworten verstand. Und der bei ihnen die Überzeugung hinterließ: Auf ihn können wir uns verlassen, auch wenn er einmal nicht unserer Meinung sein sollte.

Chaim Herzog kam darauf bei der Begrüßung – während die auf dem Rollfeld angetretene israelische Ehrenformation geradezu preußische Zackigkeit bewies – unverzüglich zu sprechen: „Wohl das wichtigste Ereignis am 40. Jahrestag der Beendigung des tragischen Weltkrieges war Ihre mutige Ansprache an den Bundestag vom 8. Mai 1985. Diese Ansprache ist eines der eindrucksvollsten Dokumente unserer Zeit. Sie förderte die Sache der Aussöhnung und hob die Schranken zwischen den Generationen in unseren beiden Ländern", sagte der Staatspräsident.

Richard von Weizsäcker hat Feststellungen dieser Art seitdem immer wieder gehört. Sie bilden ein politisches Kapital, das nicht nur dem gegenwärtigen Staatsbesuch zugute kommt, sondern – sinnvoll genutzt und systematisch weiterentwickelt – der Bundesrepublik langfristig wertvollen Ertrag bringen kann.

Das war bei jeder Veranstaltung dieser Tage spürbar – bei der symbolischen Begrüßung mit Brot und Salz im idyllischen Rosengarten der Knesset, dem israelischen Parlament, ebenso wie beim festlichen Abendessen in der modernistisch strukturierten Residenz des Staatspräsidenten und bei einem freundschaftlichen Empfang des Jerusalemer Bürgermeisters Teddy Kollek im Rathaus.

Dabei haben die Israelis derzeit eigentlich ganz andere Sorgen: Bitter wirken Sparpolitik und Inflationsbekämpfung auf die privaten Haushalte; Ärger herrscht über die raschen Verurteilungen des israelischen Bombenangriffs auf die PLO-Zentrale bei Tunis durch westliche Staaten, einschließlich der Bundesrepublik; neuen Zündstoff hat die kurz vor Weizsäckers Ankunft bekannt gewordene Möglichkeit des Verkaufs einer deutschen Munitionsfabrik an Saudi-Arabien beschert.

Doch nicht einmal die in der israelischen Presse scharf vorgetragene Kritik an Bonn konnte die vorzügliche Atmosphäre dieses Staatsbesuches beeinträchtigen. Die wenigen Demonstranten, die vor der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem, an der Klagemauer und vor dem Rathaus gegen Weizsäckers Visite protestierten, hatten angesichts der Gesamtstimmung eher den Charakter einer Rarität.

Tatsächlich bot der Bundespräsident auch keinen Angriffspunkt. Nach seinen letzten Reden in der Bundesrepublik ohnehin Erfolg gewohnt, nahm er das Lob seiner Gastgeber mit liebenswürdiger Bescheidenheit entgegen, ging auf jede Begrüßung einfühlsam ein und beeindruckte seine Zuhörer beim Festbankett des Staatspräsidenten mit einer neuen Rede, die historische Verantwortung mit einem religiösen Bekenntnis zu christlich-jüdischer Gemeinsamkeit und den vorsichtig formulierten Appell zum Verzicht auf Gewalt und Gegengewalt verband.

Manchem deutschen Teilnehmer ging die offizielle Begeisterung für Weizsäcker schon beinahe etwas zu weit. Als der Bundespräsident und Bürgermeister Kollek beispielsweise die Teilnehmer des gestrigen Rathaus-Empfangs eine halbe Stunde warten ließen, konnte man am Raunen hören: „Wäre das Helmut Kohl vor eineinhalb Jahren passiert, hätte man gesagt: ‚Das ist wieder einmal typisch, dieser Kanzler weiß wirklich nicht, wie man sich in Israel benehmen muß.'" Richard von Weizsäcker aber nimmt das niemand übel. Tatsächlich herrschte helle Begeisterung, als sie kamen.

Ein Vergnügen etwas zweifelhafter Art bereiteten deutsche Touristen ihrem Staatsoberhaupt gestern in der orientalisch verwinkelten Jerusalemer Altstadt. Weizsäcker hatte vorgehabt, an diesem Vormittag einmal „ganz privat" zu den heiligen Stätten und den touristischen Sehenswürdigkeiten zu pilgern. Wobei sich der private Charakter allein schon wegen der völkerrechtlich heiklen Frage des Status von Ost-Jerusalem anbot. Aber natürlich konnte das nicht klappen. Wie schon bei Kohls Besuch 1984 sammelten sich schnell wachsende Touristenscharen um den Präsidenten und jubelten ihm zu. Auch die Journalisten, vor allem die Fotografen, ließen sich nicht fernhalten. So schritten Richard und Marianne von Weizsäcker, leicht amüsiert, aber auch etwas irritiert, von einem Sicherheitskordon und den Blitzlichtern der Reporter umgeben, durch dicht gestaffelte, dann und wann aufwogende Touristenschwärme. Auf dem Tempelberg erklang sogar in volltönendem Chorgesang: „Hoch soll er leben." Da konnte keine Besinnlichkeit aufkommen.

Aber ein Bundespräsident ist eben niemals Privatmann – schon gar nicht in Israel. Um so intensiver nahm Weizsäcker, wie schon bei Staatsbesuchen in anderen Ländern, die Möglichkeit wahr, nicht nur mit Politikern, sondern auch mit Wissenschaftlern, Geistlichen und Künstlern zu sprechen. Besonders beeindruckt zeigte er sich, als ihm Kollek im Rathaus eine verblüffende Vielzahl von Bürgern unterschiedlicher Herkunft, Sprache und Religion vorstellte.

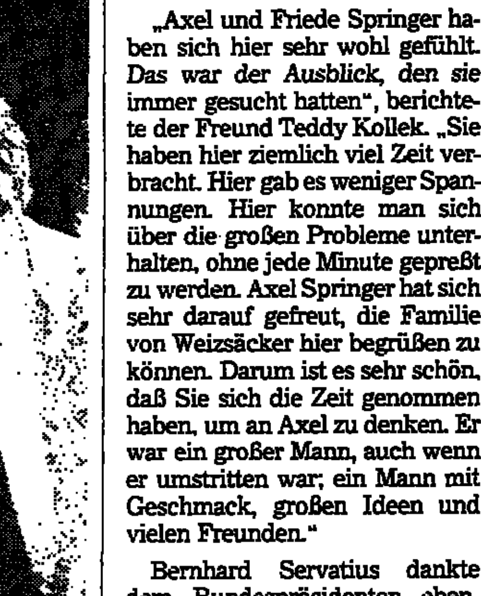
„Dies ist wirklich eine einzigartige Stadt in der Welt", gestand Weizsäcker. Und er fügte eine Erfahrung hinzu, die schon mancher in Israel gemacht hat: „Ich hatte noch nirgendwo so wie hier das Gefühl, daß man am Beginn eines Gesprächs weit voneinander entfernt ist, aber nach einiger Zeit spürt, einander sehr nahe zu sein. Das ist das Geheimnis Jerusalems." Weil der Bundespräsident dies erkannt hat, fällt ihm der Erfolg in dieser Stadt nicht schwer.



Rundgang durch die Altstadt Jerusalems: Richard von Weizsäcker vor der Klagemauer der Juden FOTO ATHENSTADT/DPA







Stationen eines Staatsbesuchs: Stilles Gedenken in Yad Vashem, der Gedenkstätte für die Opfer des Holocaust; gelöste Stimmung beim Gespräch mit Staatspräsident Chaim Herzog und Jerusalems Bürgermeister Teddy Kollek im Rosengarten der Knesset FOTOS: AP/DPA

„Axel Springers Liebe zu Israel lebt weiter"

Die Aussöhnung mit dem jüdischen Volk und das Einstehen für den Staat Israel bleiben auch künftig entscheidende Grundsätze des Verlagshauses Axel Springer. Darauf wies der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Axel Springer AG, Bernhard Servatius, gestern in Gegenwart des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker und des Jerusalemer Bürgermeisters Teddy Kollek in der Wohnung des vor zwei Wochen verstorbenen Verlegers Axel Springer in Jerusalem hin.

Eigentlich war Richard von Weizsäcker für den gestrigen Morgen mit Springer selbst verabredet gewesen. Der Verleger wollte dem Bundespräsidenten während dessen Staatsbesuch in Israel seine Wohnung dicht neben dem traditionsreichen King-David-Hotel mit ihrem bezaubernden Blick auf die Jerusalemer Altstadt zeigen. Nach dem plötzlichen Tod Springers baten Servatius und Springers Weggefährte und enger Mitarbeiter Ernst Cramer den Präsidenten, trotz allem an der Verabredung festzuhalten und auf diese Weise über den Dächern Jerusalems des Verstorbenen zu gedenken.

Richard und Marianne von Weizsäcker sagten spontan zu. In aller Frühe, noch vor Beginn des offiziellen Besuchsprogramms, gingen sie gemeinsam mit Teddy Kollek die paar Schritte vom Hotel zum benachbarten Apartmenthaus und blickten dann mit Servatius, Cramer und dem früheren israelischen Botschafter in Bonn, Yohanan Meroz, vom Balkon auf die in der Morgensonne glitzerndern Mauern, Türme und Dächer des alten Jerusalem.

„Axel und Friede Springer haben sich hier sehr wohl gefühlt. Das war der Ausblick, den sie immer gesucht hatten", berichtete der Freund Teddy Kollek. „Sie haben hier ziemlich viel Zeit verbracht. Hier gab es weniger Spannungen. Hier konnte man sich über die großen Probleme unterhalten, ohne jede Minute gepreßt zu werden. Axel Springer hat sich sehr darauf gefreut, die Familie von Weizsäcker hier begrüßen zu können. Darum ist es sehr schön, daß Sie sich die Zeit genommen haben, um an Axel zu denken. Er war ein großer Mann, auch wenn er umstritten war; ein Mann mit Geschmack, großen Ideen und vielen Freunden."

Bernhard Servatius dankte dem Bundespräsidenten ebenfalls herzlich. „Alle Juden in der Welt haben in Axel Springer einen großen Freund verloren. Er liebte dieses Land und seine Menschen", betonte der Vorsitzende des Springer-Aufsichtsrates. „Aber er liebte sein eigenes Volk zu sehr, als daß er es ihm erlaubt hätte, aus seiner geschichtlichen Verantwortung und seiner Chance auszusteigen. Das hat nichts zu tun mit dem Alter, das einer 1945 erreicht hatte, als sei dies alles ein Stück persönlicher Schuld."

Mit großem Nachdruck fuhr Servatius fort: „Ich schlage hier gewissermaßen eine Seite seines Testaments auf. Axel Springer hat dies als sein Vermächtnis an die nächste Generation weitergegeben. Ich erkläre ganz bewußt im Namen aller, die Axel Springer folgen: Wir stehen in dieser Verantwortung."

An Kollek und darüber hinaus an das israelische Volk gewandt, stellte Servatius fest: „Sie haben einen großen Freund verloren. Er aber hat schon zu Lebzeiten dafür gesorgt, daß Freunde sein Werk fortsetzen und in seiner Verantwortungsgemeinschaft stehen. Axel Springers Herzensanliegen ist heute das unsrige. Ich versichere Ihnen im Namen der Familie Springer und im Namen des Verlagshauses Axel Springer: Axel Springers Liebe zu Israel ist uns ein hohes Gut, das weiterlebt. Wir bleiben beisammen, wir bleiben bei euch – ohne Wenn und Aber."

In der gegenwärtigen Lage gilt es nach den Worten von Servatius, unter den vier Grundsätzen des Hauses Springer – neben dem Eintreten für die Wiedervereinigung Deutschlands, dem Kampf gegen Extremismus und der Bejahung der freien sozialen Marktwirtschaft – gerade jene Aufgabe besonders pfleglich zu behandeln, die lautet: Aussöhnung mit dem jüdischen Volk und Einstehen für das israelische Volk und seine Ideale.

Alle, die vom Balkon der Springer-Wohnung über die Heilige Stadt schauten, waren von dieser ganz unsentimentalen Stunde des Gedenkens und des Bekenntnisses bewegt. Auch Richard von Weizsäcker, der sich erinnerte: „Was mir an Axel Springer immer besonders imponiert hat, war letzten Endes sein Glaube und seine ganz persönlich ausgedrückte Aufrichtigkeit. Die Beziehung, die er in tiefer Zuneigung zum eigenen Volk zu Israel hatte, hat ihn auf der Basis seines Glaubens zu einer Einstellung gebracht, die mir in dieser Weise nie begegnet war."

Nachdenklich, aber mit Zuversicht, gingen die Teilnehmer auseinander. BERNT CONRAD

Wie aus einer „deutschen Woche“ ein landespolitischer Streitfall wurde

MICHAEL JACH, Buxtehude

Nach vorangegangener Verweigerung grüner und alternativer Gruppen hat eine sozialdemokratische Teilnahme-Absage dazu geführt, daß die derzeit laufende „Deutschlandpolitische Woche" der niedersächsischen CDU-Landesregierung in Buxtehude zum landespolitischen Streitfall geriet. Bei einem im Mittelpunkt des Programms stehenden Podiumsgespräch zwischen den deutschlandpolitischen Obleuten der Landtagsfraktionen (mit Ausnahme der Grünen) sollte gestern abend für die SPD der Abgeordnete Heinz Radloff, Osterode, das Wort haben.

Sein Landtags-Fraktionschef Karl Ravens jedoch „bedauerte sehr", dem verantwortlichen Landesminister für Bundesangelegenheiten, Wilfried Hasselmann, „mitteilen zu müssen", daß die SPD-Fraktion „sich nicht beteiligt".

Damit bezog Ravens wenige Tage vor Eröffnung der Veranstaltungswoche Position in einer Auseinandersetzung, die in Buxtehude schon im Juli entbrannt war, um das von Hasselmann gewählte Motto „Einheit durch Freiheit – Freiheit durch Einheit?". Die Veranstalter – neben dem Ministerium die Landeszentrale für politische Bildung – wollten ein breites Informationsangebot über die „DDR" mit „offener Diskussion" aller interessierten Gruppen und Überzeugungen verbinden; das Fragezeichen hinter dem Motto sollte die weitherzige Absicht dokumentieren. Solche „Offenheit" habe sich bei den bisher drei früheren „Wochen" der Vorjahre (in Oldenburg, Nordhorn und Rotenburg/Wümme) „bestens bewährt".

Diesmal aber gab es Widerstände gegen das Konzept der Landesregierung. Nachdenklichkeit über die Teilung Deutschlands nicht nur in Reichweite der innerdeutschen Grenze, sondern eben auch in grenzfernen Regionen zu wecken. Vordergründig wurde das Motto befehdet – trotz aller Formulierungskünste. Es lasse „Gedanken an den kalten Krieg" aufkommen, begründete namens der Verweigerungskoalition der Buxtehuder Grünen-Abgeordnete im Landtag, Rolf Schörshusen.

Die gewichtigste Absage kam von der Buxtehuder Halepaghen-Schule, deren Direktor – in Kenntnis des Mottos – zunächst eifrig bei der Sache war. Ein mitbestimmender Kollektivausschuß wollte es anders. Nach Auskunft kenntnisreicher Stadtpolitiker spielte im Hintergrund ein seinerzeit noch für seine Nominierung fechtender, inzwischen aufgestellter SPD-Landtagskandidat eine Schlüsselrolle.

Der SPD-Abgeordnete Radloff zog seine Zusage schließlich auch in Etappen zurück. Wie von Hasselmann-Mitarbeitern zu erfahren war, hat er das Ministerium zunächst telefonisch wissen lassen, er werde wohl „andere Terminverpflichtungen" haben. Ravens schob dann die politische Begründung nach.

Kundige aus der Partei vertrauten der WELT an, man habe mit den Buxtehuder Genossen gleichziehen müssen.

Ravens wirft Hasselmann vor, der städtische Vorbereitungsausschuß habe trotz Zusage bei Programmplanung und Motto-Wahl nicht „voll mitwirken" dürfen. Der erste Teil des Vorwurfs geht ins Leere. Anhand des Mottos allerdings war ersichtlich versucht worden, die der „Woche" zugedachte inhaltliche Debatte vorwegzunehmen, diese damit vorzuprägen. Darauf ließ Hasselmann sich nicht ein, obwohl ein Unterhändler seines Hauses, in Bedrängnis geraten, schon Anstalten zu ungedeckten Zugeständnissen gemacht hatte. Daraufhin war von „Wortbruch" die Rede. „So war der Konflikt unvermeidlich", schreibt Ravens.

So ganz wohl kann dem Fraktionschef dabei nicht gewesen sein. Nur einen Briefabsatz weiter heißt es: „In der Deutschlandpolitik sollte es möglich sein, die grundsätzlichen Positionen gemeinsam zu formulieren, zumal zwischen allen demokratischen Parteien in der Frage ‚Freiheit und Einheit' Gegensätze nicht bestehen."

Der gewiefte Minister spitzte die Ohren. Zur Eröffnung an Ort und Stelle forderte er die SPD auf, „mit eindeutigen Klarstellungen und einem Bekenntnis zu Freiheit und Einheit zu den Grundpositionen gemeinsamer Deutschlandpolitik zurückzukehren".

Unterdessen nimmt die Deutschlandpolitische Woche in Buxtehude ihren weitgehend unbeeinträchtigten Verlauf. Außer jener „mitbestimmten" sind die Schulen der Stadt beteiligt mit einschlägigem Unterricht, einem Wettbewerb für themenbezogene Schülerarbeiten und einer entsprechenden Ausstellung. Volkshochschule, Industrie- und Handelskammer, Bundeswehr, selbst die evangelische Kirche schlossen sich nicht aus.

Einer, der dem Gezerre um „Freiheit und Einheit" verständnislos gegenübersteht, ist der Postbeamte Jürgen Ritter aus Barum bei Uelzen. SPD-Mitglied Ritter zeigt im Rahmen der „Woche" zum 25. Mal seine weithin bekannte Fotoausstellung „Deutsch-Deutsche Realität" („D-D-R") mit bewegenden Bilddokumenten von der tödlichen Grenze mitten durch Deutschland. In der Pressekonferenz anläßlich des kleinen Jubiläums – in Anwesenheit übrigens des Stader SPD-Bundestagsabgeordneten Wolfgang Schwenk – fragte ihn eine Buxtehuder Journalistin, deren Zeitung schon an der Motto-Debatte ausgiebig Anteil genommen hatte: „Was haben Sie eigentlich gegen die DDR?"

Stuttgart: CDU im Konflikt mit dem Rundfunk

dpa, Stuttgart

In Baden-Württemberg sollen keine neuen regionalen oder lokalen Programme der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zugelassen werden. Einen entsprechenden Beschluß faßte die CDU-Mehrheitsfraktion im Landtag. Wie CDU-Fraktionschef Erwin Teufel mitteilte, bleibt es bei der im Regierungsentwurf vorgesehenen Regelung, wonach die öffentlich-rechtlichen Regionalprogramme auf dem Stand vom 31. Dezember 198[illegible] festgeschrieben werden sollen. Allerdings will die CDU in den Gesetzentwurf der Regierung eine Bestimmung einfügen, wonach spätestens vier Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes eine Überprüfung der Situation möglich sein soll. Die Landesregierung soll hierzu einen Bericht zu der Frage vorlegen, ob es zur ausgeglichenen Versorgung der Bevölkerung mit Rundfunkprogrammen erforderlich ist, den Landesrundfunkanstalten die Veranstaltung regionaler und lokaler Programme zu gestatten.

Der Intendant des Süddeutschen Rundfunks (SDR), Hans Bausch, äußerte die Befürchtung, daß künftig die Medienpolitik in Baden-Württemberg, wie derzeit bereits in Bayern, „nur noch vor den Gerichten" stattfinden werde. Die sogenannte Bestands- und Entwicklungsgarantie für das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem sei „nicht mehr glaubwürdig", heißt es in seiner Stellungnahme. Der SDR werde sogar gezwungen, zwei Regionen seines Sendegebiets mit „regionalen Fensterprogrammen" unversorgt zu lassen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Privates Fernsehen klagt über Behinderungen durch den Staat

SAT 1 sieht Existenz gefährdet / Erhebliche Benachteiligung gegenüber ARD und ZDF

I. STORSBERG, Bonn

SAT 1, der erste private deutsche Fernsehveranstalter mit einem bundesweiten Vollprogramm hat die verantwortlichen Medienpolitiker mit einer deprimierenden Bilanz konfrontiert. Die Hoffnung auf eine „medienpolitische Wende" habe bei den privaten Fernsehveranstaltern zu „Optimismus und der Bereitschaft zu hohem finanziellem Engagement" (250 Millionen Mark) geführt, sagte SAT 1-Geschäftsführer Jürgen Doetz vor der Presse in Bonn. Seit 1. Januar 1985 wird das SAT 1-Programm über den Verteilsatelliten ECS 1 mit 80 Sendestunden pro Woche von Ludwigshafen aus verbreitet. Das Fazit nach eineinhalb Jahren privaten Fernsehens: „Die notwendige Aufschließung des neuen Medienmarktes wird von einer untätigen oder unwilligen Bürokratie in einem Ausmaße behindert und verschleppt, daß die wirtschaftliche Fortexistenz der privaten Programmveranstalter ernstlich infrage gestellt scheint." Ohne Verständigung auf eine umfassende, zwischen politischem Willen und technischen Möglichkeiten abgestimmten Strategie müsse daher „noch in diesem Jahrzehnt das Kapitel 'privater Rundfunk in Deutschland aus Deutschland' geschlossen werden".

Doetz stellte einen zehn Punkte umfassenden Forderungskatalog auf, der der Bundesregierung, den Regierungschefs der Länder, den Bundes- und Landtagsfraktionen sowie einigen Institutionen und Verbänden zugeleitet wurde. Darin fordert Doetz Rahmenbedingungen für eine einheitliche Medienpolitik. Große Hoffnungen werden dabei in die vom 23.10. bis 25.10. stattfindende Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder in Saarbrücken gesetzt. Da die Länder aus ihrer rundfunkrechtlichen Zuständigkeit „unterschiedliche Regelungskompetenzen mit den neuen Programmangeboten ableiten" sehen sich überregionale Programmveranstalter unterschiedlichen Verbreitungsbedingungen ausgesetzt. Es gibt unterschiedliche Werbebedingungen, unterschiedliche „Rangordnungen" bei der Zulassung der Einspeisung und Kabelkanalzuteilung und unterschiedliche „Abgaben"-Regelungen. Die Folge davon sei, daß SAT 1 den kleinsten gemeinsamen Nenner der Zulassungsbedingungen" finden und sich daher an dem „rigorosesten Landesgesetzgeber" orientieren müsse. Dies führe zu einer erheblichen Benachteiligung gegenüber ARD und ZDF. Die Monopolstellung der öffentlich-rechtlichen Anstalten werde gestärkt. SAT 1 findet das deshalb so bedauerlich, weil Umfrageergebnisse zeigen, daß sich das private Programm großer Beliebtheit erfreut. Doetz: 54 Prozent der Zuschauer sehen lieber SAT 1 als ARD und ZDF, nur elf Prozent bevorzugten die beiden öffentlich-rechtlichen Programme.

Gefordert wird weiter eine Verbesserung der Werbemöglichkeiten. Im Gegensatz zu dem mischfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und dem „Pay TV" trage sich privater Rundfunk ausschließlich aus Werbung. Die Finanzierung sei deshalb nur gesichert bei „20 Prozent der Sendezeit an Werbemöglichkeiten, Sonn- und Feiertagswerbung sowie einer maßvollen Unterbrechungswerbung".

Scharfe Kritik richtete Doetz auch gegen die „Zusatzpaketregelung", wie sie in Bayern beschlossen wurde. Danach werden die „landeseigenen" Programme und die herangeführten Programme wie SAT 1 zu einem Zusatzpaket gebündelt und zu einem Preise von zusätzlich 3,90 Mark pro Monat an die Verbraucher verkauft. Die Folge davon sei, „die Einrichtung eines Zusatznetzes für die Verbraucher, die das Zusatzpaket kaufen wollen". Bei diesem Einbau entstünden Kosten von 200 Mark. Diese Kosten, die zu den Grundgebühren hinzukommen, bewirkten, daß sich die „Verbreitungschancen für SAT 1 einschneidend verringern".

Doetz wendete sich außerdem gegen die schon am Montag vom BDVZ kritisierte „Abschiebung von privaten Anbietern auf Sonderkanäle". (WELT v. 8.10.)

Abschließend wandte sich Doetz an die Bundespost. SAT 1 sei auf eine hohe Verkabelungsquote – schätzungsweise 4,5 Millionen Haushalte in der Bundesrepublik – angewiesen, um seine Finanzierung zu sichern. Zur Zeit seien nur 1,5 Millionen Haushalte verkabelt. Doetz forderte daher eine „effizientere Werbung um den Kunden". Dazu gehöre auch, daß der Kunde seine finanziellen Belastungen langfristig übersehen könne. Dies sei bei dem zur Zeit herrschenden „Herantasten der Post an eine taugliche Tarifstruktur" nicht möglich. Da der Postverwaltungsrat heute über die am 1. Januar 1986 in Kraft tretende 28. Änderungsverordnung berate, sei zu hoffen, daß Gebühren beschlossen würden, welche mindestens für fünf Jahre Gültigkeit behielten.

Kritisiert wurde von Doetz auch die Monopolstellung der Bundespost bei der Vermietung von Kabelkanälen, die im Vergleich zum Ausland zu einer zweieinhalbfach höheren Miete geführt habe.

Bundespostminister Schwarz-Schilling (CDU) rechnet offenbar nicht damit, daß die Bundesländer in einem Staatsvertrag eine einvernehmliche Lösung für die Neuordnung des Rundfunkwesens in der Bundesrepublik finden werden. Er sehe vielmehr die Möglichkeit von Verwaltungsabkommen. Dies erklärte er am Montag vor dem allgemeinen Hamburger Presseclub.

„Die Berliner Bundestagsabgeordneten dürfen nicht mehr diskriminiert werden“

Senator Scholz zum Entwurf einer gemeinsamen deutschlandpolitischen Entschließung

DW. Bonn

Die Experten von Union, FDP und SPD haben einen Entwurf für eine gemeinsame deutschlandpolitische Entschließung erarbeitet (siehe WELT vom 9. Oktober). Der Vorschlag liegt jetzt den einzelnen Fraktionen zur Beratung vor. *In einem Interview mit der WELT* bezieht der Berliner Senator für Bundesangelegenheiten, Rupert Scholz, Position zu dem Papier. Der Senator begrüßt den Entwurf vor allem deshalb, weil von maßgebenden SPD-Politikern in jüngster Zeit „die unbestreitbare Offenheit der deutschen Frage in Zweifel gezogen worden ist". Dieser Entwurf bedeute gegenüber solchen Thesen eine deutliche und begrüßenswerte Revision. Der vorliegende Vorschlag würde auch den Interessen Berlins durchaus Rechnung tragen.

WELT: Seit gestern liegt der Entwurf einer gemeinsamen Entschließung der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP zur Deutschlandpolitik vor. Erwarten Sie, daß mit dieser Entschließung der Weg zurück zu einer gemeinsamen Deutschlandpolitik gefunden wird?

Scholz: Kein politisches Gebiet ist mehr auf Grundkonsens angewiesen als die Deutschlandpolitik. Deshalb ist nachdrücklich zu hoffen, daß eine entsprechende Einigung tatsächlich erreicht wird. Mit der vorangegangenen Entschließung vom 9. 2. 1984 war der deutschlandpolitische Grundkonsens, vor allem im Bekenntnis zur Offenheit der deutschen Frage, im Bekenntnis zum Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes und zum Selbstbestimmungsrecht der Deutschen noch mit aller erforderlichen Eindeutigkeit und Einhelligkeit formuliert. *Zu dieser Linie und Gemeinsamkeit* muß zurückgefunden werden.

WELT: Ist diese Gemeinsamkeit in der Zwischenzeit fraglich geworden?

Scholz: Ja. Vor allem von maßgebenden SPD-Politikern ist in der Zwischenzeit die unbestreitbare Offenheit der deutschen Frage in Zweifel gezogen worden, ist das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes zur Disposition gestellt worden und ist überhaupt – mit Bahr gesprochen – gemeint worden, daß die Deutschlandpolitik „die Chancen der Geschichte in der Teilung suchen" solle. Der vorliegende Entwurf einer gemeinsamen Entschließung bedeutet solchen Thesen gegenüber eine deutliche und begrüßenswerte Revision.

WELT: Hätte heute nicht die Bekräftigung der seinerzeitigen Entschließung von 1984 genügt? Warum wird nicht nur auf diese Entschließung Bezug genommen, sondern darüber hinaus auch ein maßgebend neuer Text verfaßt?

Scholz: Mit Sicherheit hätte die alleinige Bekräftigung der seinerzeitigen Entschließung ausgereicht. Andererseits ist nach den deutschlandpolitischen Differenzen der vergangenen Monate, vor allem nach dem durch weite Teile der SPD reichenden Kurswechsel in der Deutschlandpolitik wohl keine andere Möglichkeit gegeben, als teilweise auch einen neuen Text gemeinsam zu verfassen. Von größter Bedeutung ist hierbei jedoch das Moment der Gemeinsamkeit.

WELT: Wird in dem neuen Entschließungsentwurf den Interessen Berlins Rechnung getragen?

Scholz: Den Interessen Berlins wird durchaus Rechnung getragen. Denn Berlin wird unverändert als der maßgebende Prüfstein der Beziehungen zwischen Ost und West genannt. Es wird des weiteren die *nationale* Aufgabe der Stärkung und der Erhaltung der Lebenskraft und Freiheit Berlins betont.



Senator Rupert Scholz
FOTO: HANS W. HÖFT

WELT: Es fällt auf, daß in diesem Entschließungsentwurf die Frage offizieller Beziehungen zwischen dem Bundestag und der Volkskammer der „DDR" nicht angesprochen wird. Andererseits war zu hören, daß auch hierüber auf seiten der Koalition eine Einigung erzielt worden sei?

Scholz: Die Frage offizieller Beziehungen zwischen dem Bundestag und der Volkskammer wirft große Probleme auf, denen man nicht mit dem bloßen Votum nach mehr Kontakten zwischen beiden deutschen Staaten ausweichen kann. Das gleiche gilt für den häufig gehörten Hinweis, daß offizielle Beziehungen des Bundestages auch zu anderen Ostblock-Parlamenten mit ebenso wenig demokratischer Legitimation wie die Volkskammer bestünden.

Die Volkskammer wirft darüber hinaus zentrale statusrechtliche Probleme sowie spezifische Probleme hinsichtlich der Einbeziehung Berlins auf. Die Volkskammer repräsentiert zum einen den Anspruch der DDR auf Ost-Berlin als Hauptstadt, die Volkskammer enthält heute direkt gewählte Abgeordnete aus Ost-Berlin, und die Volkskammer nimmt für sich das Recht in Anspruch, nicht nur für die DDR, sondern auch für Ost-Berlin direkt gesetzgeberisch tätig sein zu dürfen. Alles dies sind mit dem für ganz Berlin geltenden alliierten Status unvereinbare Tatbestände. Offizielle Kontakte des Bundestages zur Volkskammer dürfen nicht den Anschein erwecken, als akzeptierten wir diese Statusverstöße. Hier bedarf es einer eindeutigen rechtlichen Verwahrung.

WELT: Die Koalitionsrunde soll sich auf ein konditioniertes Ja zu offiziellen Beziehungen des Bundestages zur Volkskammer geeinigt haben. Welche Bedingungen sind Ihrer Auffassung nach unbedingt einzuhalten?

Scholz: Neben den vorgenannten rechtlichen Vorbehalten muß vor allem gewährleistet sein, daß die Berliner Bundestagsabgeordneten nicht, wie bisher, diskriminiert werden. Im Verhältnis zur Volkskammer sind die Berliner Bundestagsabgeordneten voll gleichberechtigt zu behandeln.

WELT: Man hört, daß entsprechende Beziehungen des Bundestages zur Volkskammer auch die Begründung von Städtepartnerschaften einschließen soll.

Scholz: Kontakte und Partnerschaften auf kommunaler Ebene haben zwar mit der Frage von Bundestag und Volkskammer nichts unmittelbar zu tun, sind aber politisch außerordentlich wünschenswert. Gerade in der Frage von Städtepartnerschaften hat sich im innerdeutschen Verhältnis bisher nichts bewegt. Gerade hier kann die DDR ihr wirkliches Interesse nach mehr Verständigung und engerem Dialog durch die Begründung entsprechender Städtepartnerschaften unter Beweis stellen. Persönlich könnte ich mir auch entsprechende Partnerschaften zwischen Bezirken von West-Berlin und Ost-Berlin vorstellen. Gerade hierin könnte sogar ein besonderer Beitrag zur 750-Jahr-Feier Berlins liegen.

WELT: Bisher hat sich die Koalition, auch der Bundestagspräsident, gegenüber offiziellen Beziehungen des Bundestages zur Volkskammer ablehnend verhalten. Ist in diesen neuen Überlegungen ein deutschlandpolitischer Akzentwechsel zu sehen?

Scholz: Dies glaube ich nicht. Im Gegenteil, gerade die sorgfältige Betonung der notwendigen Voraussetzungen für entsprechende Beziehungen des Bundestages zur Volkskammer belegen die richtige und konsequente Fortführung der bisherigen Politik.

CDU-Studie beklagt Mangel an Profil

DW. Bonn

Drei Wochen nach der kritischen Lage-Analyse der CDU in Nordrhein-Westfalen durch Basilius Streithofen, Leiter des Gesellschaftswissenschaftlichen Instituts Walberberg, kursiert nun eine innerparteiliche Wahlanalyse, die zu einem ähnlichen niederschmetternden Resultat kommt wie der streitbare Dominikanerpater. Pikanterweise sitzen die Verfasser dieser Studie in der rheinischen Geschäftsstelle der CDU in Köln.

Das Papier, das an die Führungskräfte der Partei verschickt wurde, trägt den Titel „Interner Diskussionsbeitrag zur Lage und Positionsbestimmung der CDU Rheinland". Es weist dem rheinischen CDU-Vorsitzenden Worms sowie Kanzler Kohl ein gerüttelt Maß Schuld an der Wahlschlappe am 12. Mai zu. Wie zu erfahren war, soll es sich bereits um eine entschärfte Version handeln. „Wir haben lange daran gebrütet", war gestern aus Köln zu erfahren.

Keine neuen Impulse

Die „bisher schwerste Wahlniederlage" und das „schlechteste Wahlergebnis aller Landtagswahlen seit 1947" führen die Autoren, die zum hauptamtlichen Mitarbeiterstab der Kölner Geschäftsstelle gehören, zurück auf:

- den „dogmatischen Einfluß" der Meinungsforscher auf die parteiliche Darstellung sowie den Mangel an „neuen Impulsen",
- die Wahlkampfaussage „Aufschwung nur mit uns" sei von den Auswirkungen der Bundespolitik negativ beeinflußt worden,
- die Kritik der CDU am wirtschaftlichen Niedergang von NRW sei als Miesmacherei empfunden worden,
- es sei ein Meinungsklima entstanden, in dem die CDU – vor allem im Ruhrgebiet – kaum noch vorkommt,
- die Partei sei von einem „Profilmangel" gekennzeichnet.

Sie habe sich nicht mehr als in allen Gruppen verankerte Volkspartei präsentieren können: „Sie erreicht weder die Köpfe noch die Herzen der Menschen."

Mangelnde Koordination

Die Organisation der Partei funktioniere zwar, heißt es in dem Papier weiter, doch: „Organisation ist kein Ersatz für Politik."

Besonders kritisch vermerkt wurde, daß die „ursprünglich klaren Zuständigkeiten der Wahlkampfführung im Verlauf des Wahlkampfes auf eine Vielzahl unkoordinierter Beratergremien verlagert", worden seien. „Mal Bonn, mal Düsseldorf, mal Solingen, mal Dortmund, mal Köln." Solingen ist eine Anspielung auf die zuständige Werbeagentur, und mit Dortmund ist die westfälische CDU-Führung unter Biedenkopf gemeint.

CDU weist These der „neuen Armut" zurück

Heftige Debatte um SPD-Vorwürfe im Kieler Landtag

GEORG BAUER, Kiel

Im Vorfeld der auf den 2. März terminierten Kommunalwahl in Schleswig-Holstein ist es im Kieler Landtag zu heftigen Auseinandersetzungen über die Frage einer „neuen Armut" in der Bundesrepublik Deutschland und im nördlichsten Bundesland gekommen. In der Debatte, die durch eine Große Anfrage der SPD an die Landesregierung ausgelöst worden war, verwahrte sich der Landtagsabgeordnete und CDA-Landesvorsitzende, Eberhard Dall'Asta, gegen den Vorwurf, die Politik der Union sei durch „Erbarmungslosigkeit" und „Kaltherzigkeit" geprägt.

Er erinnerte die Sozialdemokraten daran, daß der frühere Familienminister Heiner Geißler die „neue soziale Frage" nicht in jüngster Zeit aufgeworfen habe, sondern bereits 1975/76, als die SPD noch von dem „Modell Deutschland" geschwärmt habe. Geißler habe damals auf die sich verschärfende Situation der nicht organisierten, der berufstätigen Frauen und der Familien mit Kindern aufmerksam machen wollen. Gerade die Familien seien von der Politik der SPD an den „Rand des Ruins" gedrängt worden.

Kritisch setzte sich Dall'Asta auch mit den Rentenerhöhungen auseinander, die die SPD/FDP-Koalition in der Zeit von 1978 bis 1981 beschlossen hatte. Statt sie entsprechend der Rentenformel etwa 1978 um 8,3 Prozent zu erhöhen, sei sie gleichgeblieben. Auch 1981 habe man die Renten nur um vier Prozent und nicht, wie es die Formel vorsieht, um 5,8 Prozent erhöht.

Unter Hinweis auf die Preissteigerungsrate in dieser Zeit, die von 2,8 Prozent auf 5,9 Prozent geklettert sei, sprach der Landtagsabgeordnete von einer „Zangenbewegung" zu Ungunsten der Rentner. „Sie haben den Rentnern das Geld genommen. Wir geben es ihnen teilweise wieder zurück", warf der Christdemokrat der SPD vor.

Dall'Asta räumte ein, daß es eine Armut, oft sogar eine verschämte materielle Armut gebe, die zu einer seelischen Armut führen könne. Die SPD nutze diesen Tatbestand aber zu Agitation. Sie versuche die Gesellschaft zu spalten.

Entscheidend aber ist nach Meinung der CDU, daß die Preisstabilität Schluß macht mit der „Ellenbogengesellschaft der Inflation" und die sozialen Sicherungssysteme durch die Politik der unionsgeführten Regierung wieder sicher geworden sind.

Der SPD-Landtagsabgeordnete Rudolf Johna hatte zuvor die Landesregierung für den Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 10,7 Prozent (September) verantwortlich gemacht, die höchste Arbeitslosenzahl eines Septembermonats seit 1952. Nicht nur das Verhältnis der Arbeitslosengeldempfänger habe sich drastisch zu Ungunsten der Empfänger von Arbeitslosenhilfe verändert. Auch die Zahl der Konkurse und Vergleichsverfahren habe im vergangenen Jahr einen neuen Höchststand erreicht. In Schleswig-Holstein liege der Zuwachs mit 17,4 Prozent erheblich über dem Bundesdurchschnitt mit vier Prozent.

Die positive Einstellung zum Staat ist in der Bevölkerung gewachsen

Ipos-Umfrage: 70 Prozent der Befragten mit Demokratie „sehr" oder „eher" zufrieden

GÜNTHER BADING, Bonn

Eine „deutliche Zunahme der positiven Einstellung gegenüber Staat und staatlichen Aktivitäten" hat das Institut für praxisorientierte Sozialforschung (ipos) in Mannheim in der jährlichen, vom Bundesinnenministerium in Auftrag gegebenen Untersuchung über Einstellungen der Bevölkerung zu aktuellen Fragen der Innenpolitik herausgefunden. Die Ergebnisse der Untersuchung bestätigen vor allem nicht die häufig geäußerten Vermutungen über eine generelle zunehmende Unzufriedenheit mit dem politischen System in der Bundsrepublik Deutschland.

Rund 70 Prozent aller Befragten sind mit unserer Demokratie „sehr" oder „eher" zufrieden. Dabei zeigen sich allerdings beachtliche Unterschiede zwischen den Anhängern der Regierungsparteien CDU/CSU und FDP und den Anhängern der Oppositionsparteien SPD und Grüne. In der vom 1. bis zum 14. Juni dieses Jahres bei 1839 repräsentativ ausgewählten Befragten vorgenommenen Erhebung waren 88,4 Prozent der Unionsanhänger und 80,1 Prozent der FDP-Wähler mit der Demokratie zufrieden, dagegen nur 62,. Prozent der sich in dieser Umfrage zur SPD bekennenden Befragten und 41,5 Prozent der Grünen.

In der Analyse der unterschiedlichen Grundeinstellungen hat im Vergleich zur Untersuchung von 1984 laut ipos „das Regierungs-Oppositionsmuster in diesem Jahr eine etwas schärfere Kontur erhalten". Die Befragten neigen mehrheitlich einem System zu, dessen Wirtschaftsordnung als marktwirtschaftlich, leistungsorientiert und wachstumsfördernd beschrieben werden kann. In dieser Gesellschaft sollten nach Meinung der Mehrheit allerdings die menschlichen Qualitäten mehr zählen als die reine Leistung. Bei wichtigen politischen Entscheidungen sollten die Bürger beteiligt sein. Vorsorge für Alter und Krankheit des einzelnen sei Sache des Staates. Im Zweifelsfall müsse der Umweltschutz wichtiger sein als das Wirtschaftswachstum.

In der Frage, ob diese Gesellschaft mit möglichst wenig Polizei auskommen sollte oder aber eine starke Polizei brauche, die für Sicherheit und Ordnung sorgt, halten sich Befürworter und Ablehner die Waage. Insgesamt, so stellt ipos fest, seien die SPD-Anhänger in ihren Grundeinstellungen „denen der Wähler der Koalitionsparteien CDU/CSU und FDP wesentlich näher als denen der Grünen".

ipos faßt die Fragen zu staatlichen Vorhaben in einer Bewertung zusammen, aus der sich Zustimmung und Kritik gegenüber dem Staat ablesen lassen soll. Dabei ergab sich, daß die vorbehaltlose Zustimmung zum Staat, die 1984 bei 28,3 Prozent gelegen hat, um 7,3 auf 35,6 Prozent in diesem Jahr angewachsen ist. Die kritische Zustimmung lag mit 46,7 (1984) fast gleichauf mit 45 Prozent in diesem Jahr. Vorbehalte gegen den Staat äußerten im Vorjahr 14,7, im Juni dieses Jahres nur noch 12,4 Prozent, und die Zahl der Befragten mit „starken Vorbehalten" gegenüber unserem Staatswesen und dem staatlichen Handeln sank von 4,8 auf 3,2 Prozent.

Bei der Frage nach der Wichtigkeit von politischen Aufgaben und Zielen wurde wie auch in der ipos-Studie vom vergangenen Jahr der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Rang eins eingeräumt (86,5 Prozent). An zweiter Stelle stand mit 72,2 Prozent die Aufgabe „Waldsterben bekämpfen" und „wirksamer Umweltschutz" (70,0 Prozent). Gleichauf damit lag das Ziel „Renten sichern" mit 71,6 Prozent. Dahinter folgten Verbrechensbekämpfung (60 Prozent), Kampf gegen Rauschgift (57,1 Prozent), Preisanstieg bekämpfen (49 Prozent), Bürokratie abbauen (34,7 Prozent) und Datenschutz verbessern mit 30,2 Prozent. FDP-Politiker, die die Verbesserung des Datenschutzes zu einem wichtigen Ziel ihrer Partei erhoben haben, müssen überrascht feststellen, daß sich nur ganze 15,6 Prozent der ausgewiesenen FDP-Anhänger für dieses Ziel einsetzen.

Während die meisten Befragten für strenge Abgasregelungen sind, liegt die Zustimmung zum Tempolimit wesentlich niedriger; beim Autobesitzer ist sie sogar auf nur noch rund 45 Prozent abgesunken. Als Erfolg wertet das Ministerium, daß die Abgasregelung zur Verbesserung der Luftreinhaltung mit 94,5 Prozent nahezu einstimmig befürwortet wird, ebenso daß 94,4 Prozent der Befragten von den Steuervergünstigungen für schadstoffarme Autos gewußt haben.

Bei der Frage nach der Strafbarkeit von Gesichtsvermummung während einer Demonstration gibt es klare Mehrheiten: 72 Prozent wollen die Strafbarkeit, bei den Unionsanhängern sind es sogar 86 Prozent, bei der FDP 79 Prozent, bei der SPD 69 und bei den Grünen nur 24 Prozent.

DGB-Thesen finden intern Widerspruch

gba. Bonn

Die Darstellung der IG Metall und der DGB-Spitze, daß die Zunahme der Beschäftigung in der Metallindustrie von Juni 1984 bis Juli 1985 um 3,4 Prozent (116 862) auf die Verkürzung der Wochenarbeitszeit um eineinhalb Stunden zurückzuführen sei, stößt selbst in Gewerkschaftskreisen auf Unverständnis. Diejenigen Gewerkschafter, die das alleinige Heil nicht in der 35-Stunden-Woche, sondern in einer nach Branchen differenzierten Mischung von Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeitverkürzung sehen, nennen als Gegenargumente:

- Von Mai 1984 bis Juli 1985 wurde ein Produktionszuwachs von zehn Prozent verzeichnet. Bei einem bisher stets unterstellten 50prozentigen Produktivitätseffekt hätte dies zu 178 712 zusätzlichen Arbeitsplätzen führen müssen. Tatsächlich seien aber nur 116 862 Arbeitnehmer zusätzlich eingestellt worden. Der Rationalisierungseffekt habe also höher, etwa bei zwei Dritteln, gelegen.
- Rein rechnerisch, und so argumentiere die IG Metall, solle die Wochenarbeitszeitverkürzung um 1,5 Stunden einen Beschäftigungseffekt von 3,75 Prozent erbringen. Unter Berücksichtigung des Produktivitätseffekts von 50 Prozent und bei 3 574 243 Beschäftigten in der Metallindustrie hätte der Beschäftigungseffekt also zwischen 1,8 und 1,9 Prozent liegen müssen – gleich 64 500 Neueinstellungen.
- Diese 64 500 hätten, wenn die Arbeitszeitverkürzung sich tatsächlich in neuen Stellen niedergeschlagen hätte, dem Beschäftigungseffekt aufgrund der höheren Produktivität von knapp 180 000 Stellen hinzugeschlagen werden müssen.

Aussprache mit dem Staatsanwalt

Nea. Mainz

Mit drei Stunden wesentlich länger als geplant dauerte das Gespräch zwischen dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel (CDU) und dem Koblenzer Generalstaatsanwalt Hans-Joachim Ulrich. Die Unterredung, an der auch Justizminister Bickel (CDU) teilnahm, diente, – wie es in einem kurzen Kommuniqué heißt – der Klärung des im Zusammenhang mit dem Weingesetz „belasteten Verhältnisses zwischen Justizminister und Generalstaatsanwalt" und der „Wiederherstellung der bisherigen Zusammenarbeit". Weiter wird betont, die Staatsanwaltschaft sei als Teil der Exekutive Weisungen des Ministers unterworfen. Die strittige Rechtsfrage der Auslegung des Weingesetzes sei durch die Rechtsverordnung des Ministers „endgültig geklärt".

Ein Gespräch zwischen Minister Bickel und fünf Mainzer Staatsanwälten, die um ihre Versetzung gebeten hatten, soll folgen.

Angriffe auf Pressefotografen

dg. Frankfurt

Zu massiven Behinderungen von Journalisten und Pressefotografen ist es gestern in Frankfurt am Rande der sogenannten Trauerkundgebung für den bei einem Wasserwerfereinsatz ums Leben gekommenen Frankfurter Demonstranten Günter Sare gekommen. Aus dem Zug der etwa 2000 überwiegend jugendlichen Teilnehmer und aus Lautsprecherwagen wurde immer wieder gerufen: „Verpißt euch, Fotografen! Weg mit der Presse!" Sowohl während des sieben Kilometer langen Weges als auch am Höchster Friedhof, wo auch ein „DDR"- und ein sowjetisches Fernsehteam auf das Eintreffen des Zuges warteten, wurden Fotografen von Teilnehmern des Trauermarsches angegriffen. Einen großen Anteil der Marschteilnehmer stellten kommunistische Organisationen. Die Hauptansprache hielt Altkommunist Emil Carlebach von der kommunistischen VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes).

„Wir Amerikaner stehen zu Berlin"

Der neue US-Gesandte John Kornblum: Der Status der Stadt muß unantastbar bleiben

F. DIEDERICHS, Berlin

Berlin gilt in den Augen der USA als integraler und aktiver Bestandteil der westlichen Welt, dessen Status aufrechterhalten werden muß, um die deutsche und europäische Teilung nicht zu akzeptieren. Mit diesem deutlichen Bekenntnis zu Berlin beantwortete der neue Gesandte der Vereinigten Staaten in Berlin, John C. Kornblum, jetzt die Kernfrage einer Expertendiskussion der Hermann-Ehlers-Akademie, die Antworten zu dem Thema gesucht hatte: „Berlin braucht die Vereinigten Staaten – brauchen die Vereinigten Staaten Berlin?"

Kornblum, Kissinger-Schüler und langjähriger Berlin- und Deutschlandexperte im State Department, betonte weiter, die USA fühle sich durch ihre Präsenz in Berlin mitverantwortlich für das Fortleben der deutschen Nation und ihrer Zusammenführung. Man mache hier deutlich, daß die Situation in der „DDR" nicht endgültig sein könne.

Angesichts der in Berlin immer häufiger vorgetragenen Forderung nach einer Rechtsbereinigung der alliierten Vorschriften und Gesetze wies Kornblum darauf hin, das Besatzungsstatut der Westalliierten für Berlin sei „offizieller Status, jedoch nie so gehandhabt worden". Die USA stünden Gesprächen über eine Streichung veralteter Rechtsvorschriften „völlig offen" gegenüber. Eine derartige Durchforstung alliierten Rechts in Berlin ist nach Worten Kornblums durchaus mit dem Status der Stadt vereinbar. Der Gesandte betonte, er könne die Ungeduld mancher Berliner verstehen, die bestimmten Rechtsvorschriften des Besatzungsrechts mit Unverständnis gegenüberstünden. Diskutiert werden könne deshalb die Art der Ausübung der alliierten Befugnisse, nicht aber eine Änderung des Berlin-Status.

Forderungen nach radikalen Einschnitten in das alliierte Besatzungsrecht waren in der Vergangenheit insbesondere von der Alternativen Liste in Berlin und der SPD erhoben worden, die Sozialdemokraten hatten sogar für die Einsetzung gemischter deutsch-alliierter Gerichte plädiert, um so eine Kontrollmöglichkeit alliierter Rechtsausübung zu haben.

Der Berliner Senator für Justiz und Bundesangelegenheiten, Rupert Scholz (CDU), hob angesichts dieser Forderungen hervor, in Berlin gelte vor allem und im Alltag deutsches Recht. Zu den vitalen Lebensbedingungen der Stadt gehöre die Rechtseinheit mit dem übrigen Bundesgebiet. Auch die Alliierten hätten sich stets dazu klar bekannt. Aufgrund ihrer besatzungsrechtlichen Befugnisse seien von den Alliierten nur „in minimalem Umfang Gesetze nicht für Berlin genehmigt worden", beispielsweise das Wehrpflichtgesetz. Die jetzt begonnene Bereinigung des alliierten Besatzungsrechts erfolge durch die Alliierten „in partnerschaftlichen Gesprächen mit dem Senat". Es seien Vorschriften abgeschafft worden, die „eigentlich nie praktiziert wurden".

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Alterssicherungssysteme

„Die Vollversorgung durch den Staat ist überholt"; WELT vom 26. September und „Der falsche Weg"; WELT vom 27. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

werden wir es jemals erleben, daß Politiker, Parteien oder diesen nahestehende Institute sich Gedanken über die Gesamtheit der „Alterssicherungssysteme in der Bundesrepublik Deutschland" machen?

Mit einer an Arroganz grenzenden Selbstverständlichkeit werden die Pensionen der Beamten als gesichert betrachtet. Über die aus Steuermitteln bezahlte Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes wird möglichst kein Wort verloren. Aber wieder einmal – und heute ist es ein schwarzer Politiker, womit nun langsam alle politischen Färbungen zu Wort kamen – wird über die Renten aus der gesetzlichen Sozialversicherung nachgedacht. Wie immer bei diesen Farbspielen sind die Zahlen- und Wertangaben weitgehend unschuldig-weiß!

Ich erhalte als ehemals abhängiger Erwerbstätiger nach 43 Berufs- und Beitragsjahren (davon 25 Jahre höchste Beitragsstufe) eine Rente von 57 Prozent meines letzten Nettoverdienstes. Was hätte ich eigentlich noch tun müssen, um wenigstens den „Durchschnitt von 64 Prozent" zu erreichen? Nun heißt aber „Durchschnitt" doch mathematisch, es muß auch noch eine höhere Marke erreichbar sein (?)! Wo aber liegt diese? Liegt schließlich doch der absolut überhaupt erreichbare Höchstbetrag bei der gesetzlichen Rentenversicherung gerade dort (2600 Mark), wo manche Altersversorgung der Staatsdiener gerade beginnt.

Ich weiß nicht, wo diese Weisen aus dem Morgenland der Sozialpolitik ihre Zahlen manchmal hernehmen. Wenn es auch pathetisch klingt – man ist geneigt zu sagen: Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie reden. Wenn auch natürlich, so ist es doch immer wieder bedauerlich, daß die Journalisten keine persönlichen Erfahrungen zum Rentenbezug haben, und sie daher solche Angaben der Sozialgötter mehr oder weniger unprüfbar in ihre Artikel übernehmen müssen.

Da ich Beiträge bezahlt habe, brauche ich mich auch nicht „vom Staat versorgt" zu fühlen.

Mit freundlichen Grüßen
B. W. Schuwe,
Hamburg 1

Falscher Stellenwert

„Washington: Eine neue Position der Sowjets?"; WELT vom 5. Oktober

Sie teilen in Ihrem Beitrag mit, daß der US-Außenminister Shultz erklärte, daß mit dem Angebot der UdSSR endlich etwas auf dem Tisch läge, über das sich sprechen ließe. Wenn auch Einschränkungen dem Artikel zu entnehmen sind, so kann man den Eindruck gewinnen, daß sich in der weiträumigen wie diffizilen Abrüstungsproblematik etwas bewegt. Es scheint, als täte die Sowjetunion einen Schritt in die „richtige Richtung". Beobachter, bei denen die Dogmatik der sozialistischen Staatengemeinschaft nicht ins Vergessen geraten ist, können sich hierbei nicht des Eindrucks erwehren, daß den Angeboten der falsche Stellenwert zugeordnet wird.

Sollte die Sowjetunion nun auf einmal zu Konzessionen bereit sein, die einen echten Fortschritt im Bereich der Rüstungsproblematik darstellen? Sollte sie unter einem ebenso spitzfindigen wie treuen Dogmatiker des Sozialismus, wie Gorbatschow, eine Maxime des sozialistischen Militärwesens, nämlich die militärische Überlegenheit des Sozialismus gegenüber dem „Imperialismus" anzustreben (vgl. z. B. Militärlexikon – DDR, Deutscher Militärverlag, S. 202 f.), aufgegeben haben?

Wer erkennt, daß die sozialistische Ideologie einen Wandel, der für solche Konzessionen unabdingbare Voraussetzung wäre, nicht vorzuweisen hat, muß folgern, daß es der Sowjetunion nicht um einen Schritt in die „richtige Richtung" geht, sondern um die Sicherung der bestehenden militärischen Übermacht.

Diese Tatsache wird auch durch den Umstand erhellt, daß das sowjetische Angebot an die Einstellung der SDI-Forschung gekoppelt wird. Ein Abwehrsystem, das den erfolgreichen Einsatz von Atomwaffen verhindern könnte, ist für einen Beobachter, der gegen jeglichen Einsatz von strategischen Waffen ist, begrüßenswert, sofern nicht nur eine Seite hierüber verfügt.

Ein Angebot der Sowjetunion, das mehr als ein taktischer Zug wäre, hätte folglich auf eine Zusammenarbeit mit den USA im Bereich eines solchen Abwehrsystems drängen müssen. So aber muß man befürchten, daß die UdSSR im Sinne der oben aufgeführten sozialistischen Militärmaxime einen potentiellen Vorsprung im Bereich eines weltraumgestützten Abwehrsystems sichern will. Sollte diese Befürchtung zutreffen, so dürfte eine weitere Eskalation der Rüstungsspirale folgen.

Detlef Seif,
Weilerswist 4

Wort des Tages

„Die Wahrheit gleicht dem Himmel und die Meinung den Wolken."

Joseph Joubert, französischer Moralist (1754–1824)

Notwendige Diskussion

„Sind die Palästinenser die Juden von heute?"; WELT vom 14./15. September

R. Seligmann wird mit seinem Machwerk zu meinem Film „Schatten der Zukunft" weder dem Inhalt noch den Intentionen meines Films gerecht.

So schreibt Herr Seligmann, nach „rhetorischen Eingangsfragen" über die Mitverantwortlichkeit der Deutschen im Israel-Palästina-Konflikt würde Anath in Israel „schier pausenlos mit der Frage konfrontiert: Wo warst Du (als das Unrecht an unserem Volk geschah)?" Diese Frage wird in dem Film von Palästinensern oder anderen nie gestellt, weil sie absurd ist. Anath ist mit 30 Jahren viel zu jung für diesen Schuldvorwurf, und sie beklagt im Film im ergreifenden Schlußgespräch mit ihrem Vater gerade dessen Versäumnis, ihr in der Jugend nichts über die Palästinenser gesagt zu haben.

Weiter schreibt Herr Seligmann, daß „das monotone, im Duett von Fuad und Anath vorgetragene Lied vom israelischen Unrecht wird immer wieder unterbrochen von Dokumentareinblendungen, aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten sowie Elegien über angeblich von Israel diskriminierte und gefolterte Palästinenser. Das ideologische Ziel: ... die Israelis seien die neuen Nazis ...". Auch das ist – falsch dargestellt. In dem Teil des Films, in dem Anath und Fuad zusammen oder allein Israel-Palästina bereisen, gibt es nur drei Dokumentareinblendungen, das bei einer Länge dieses Teils von 60 Minuten. Diese Archivbilder sind a) Sequenzen der frühen zionistischen Besiedlung Palästinas, b) Bilder jüdischer Verfolgung und Vernichtung, des Besuchs und der Kollaboration des Großmufti von Jerusalem mit Hitler in Berlin und UNO-Teilungsresolution, sowie c) Bilder vom Bäumepflanzen in Galiläa in den ersten Jahren nach der Staatsgründung. Schon die Aufzählung dieser unterschiedlichen Materialien zeigt, daß das angebliche Ziel der Gleichsetzung von Israelis mit den Nazis nicht möglich ist.

Es finden sich dort auch keine Zitate. Im ganzen Film gibt es nur zwei, in der Exposition, am Anfang ein Zitat von Elias Canetti über die Vorliebe der Deutschen zum Wald und den Satz von Nahum Goldmann „Ohne Auschwitz kein Israel". Auch Elegien über angeblich gefolterte Palästinenser kommen im Film nicht vor. Im Expositionsteil kommt ein Palästinenser zu Wort, der u. a. über seine Folterung im Gefängnis spricht. Daß Folterungen in israelischen Gefängnissen geschehen, ist eine traurige Tatsache, die durch Berichte von Amnesty International und der israelischen Presse mehrfach dargestellt wurden.

Gleich im nächsten Kapitel von Herrn Seligmann geht es falsch weiter. „Zu Leichenbergen von im KZ ermordeten Juden ertönt" nicht „der Kommentar: Die Deutschen haben unendliches Leid über viele Völker gebracht ...", sondern dieser Kommentar kommt später zu Bildern von den befreiten Kindern von Auschwitz, als sie anklagend die mit Nummern tätowierten Arme der Kamera, dem Zuschauer entgegenstrekken. Der Kommentar zu den Leichenbergen lautet: „Mein Vater hatte mich in einen Film mitgenommen, der mich über den Zweiten Weltkrieg aufklären sollte. Er hat ihn auch mitmachen müssen, es hätte keine andere Wahl gegeben, sagte er. Einige Bilder lassen mich seitdem nicht mehr los. Wie war es möglich, warum haben meine Eltern nichts gewußt, warum sich nicht gewehrt?"

Auch die nächste Szenenfolge über Ariel Sharon und die Flüchtlingslager Sabra und Chatila ist falsch dargestellt, die Szenenfolge ist genau umgekehrt. Allerdings ist es tatsächlich die Intention dieser Bilder, auf einen Mitverantwortlichen für den Libanonkrieg hinzuweisen, und ihn als einen gefährlichen Machtpolitiker darzustellen, so wird er auch in Israel von denkenden Menschen empfunden.

Die nächste Szenenbeschreibung ist wieder falsch, diesmal allerdings mit einer interessanten Fehlleistung verbunden. Er behauptet, daß mein Film darstelle, daß die palästinensichen Asylanten nicht durch die Friedrichstraße nach West-Berlin kommen könnten. Das Gegenteil sagt der Film. In meinem Kommentar heißt es: „1937, Bahnhof Friedrichstraße. Jüdische Jugendliche reisen nach Palästina ab. Sie konnten noch rechtzeitig entkommen. Solche erwartungsvollen Gesichter findet man heute bei Palästinensern, wenn sie über Bahnhof Friedrichstraße nach West-Berlin kommen." Die traurige Ironie deutscher Politik über den Eisernen Vorhang hinweg will es nun, daß durch Absprachen zwischen West und Ost Asylanten ohne Visum nicht mehr in die DDR zum Zweck des Transits in die Bundesrepublik Deutschland einreisen dürfen.

Von der Behauptung des „filmenden Demagogen" bleibt bislang nichts übrig, im Gegenteil, der erhobene Stein fällt auf den zurück, der ihn erhoben hat.

Das hat ja Tradition bei uns. Herr Dahlhaus, ein Direktor der Bundeszentrale für politische Bildung, von Beruf Kaufmann, protestiert schon seit Monaten gegen meinen Film, obwohl er ihn nicht gesehen hat.

Ich bin sehr an einer Auseinandersetzung über meinen Film interessiert, auch gerade von jüdischer Seite. Diese muß sich nur mit dem Phänomen auseinandersetzen, daß der Film in der Drehbuch- und Realisierungsphase durch ein breites Spektrum gesellschaftlicher Kontrolle gegangen ist, daß der Film nach der Fertigstellung hauptsächlich bei der Fachkritik und beim Publikum, dort wo man noch eines erreichen kann, auf positive Resonanz stößt. Ich meine nicht die absurde wie unbeweisbare Ovation von „Links und Rechts" nach der Premiere in Frankfurt, sondern die vielen kleinen Vorführungen, Diskussionen, die ich und andere Mitwirkende am Film bislang hatten. Ganz zu schweigen von dem höchsten Prädikat der Filmbewertungsstelle der Länder unter Vorsitz des langjährigen Leiters der Evangelischen Filmarbeit, Dr. Albrecht, der Einladung zum Filmfestival in Haifa, dem Urteil einer Überlebenden von Auschwitz, daß dieser Film Hunderttausende in Israel interessiere, daß er dort ins Schwarze treffe.

Die Palästinenser sind nicht die Juden von heute, der Film will gegen eine verbreitete Mentalität arbeiten, daß man einen dicken Schlußstrich unter das Kapitel des Nationalsozialismus machen könne. Dies gilt weder für die Generation der Täter noch für die Nachgewachsenen. Der Artikel von Herrn Seligmann tut nicht nur der jüdischen Sache Schaden an, er blockiert eine dringend notwendige Diskussion, zu der ich immer wieder und trotz alledem bereit bin.

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang Bergmann,
München

Leistungswille

„Idol und Zeitgeist"; WELT vom 5. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Ihrem Artikel heißt es in einem Abschnitt: „In einer Zeit, in der Siebzehnjährige gemeinhin von ‚no future' sprechen, in der viele dieser Altersklasse Leistung als unziemlich und unzeitgemäß abtun."

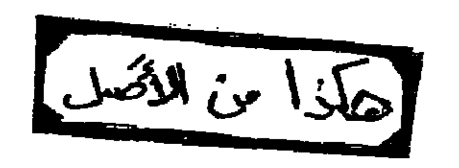
Ich glaube, daß man diesen Satz nicht unkommentiert stehen lassen kann, finden sich in ihm doch alle Floskeln von der „faulen Jugend" und der „besseren alten Generation" wieder.

Die meisten Jugendlichen fallen nicht auf die „No-future-Parolen" bestimmter Parteien herein, sind bereit, Leistung zu bringen und die Zukunft in die Hand zu nehmen. Verfallen Sie nicht in einen Pessimismus, der ja auch sonst nicht Ihre Botschaft ist, und sehen Sie den Tatsachen ins Auge!

Sicher wächst eine Generation heran, die im Wohlstand groß geworden ist, nur hat diese Tatsache nicht zu bedeuten, daß wir diesen kampflos entweichen lassen.

Mit freundlichen Grüßen
Oliver Kaiser,
Dissen

(So alt wie Boris Becker, aber ein schlechter Tennisspieler.)



Zauberwort „Asyl"

In dem weltbekannten Märchen „Ali Baba und die vierzig Räuber" öffnet sich der Berg mit der Schatzhöhle für jeden, der die Worte „Sesam, öffne Dich!" ausspricht.

Der Gesetzgeber hat es so eingerichtet, daß die Bundesrepublik Deutschland jedem Ausländer offensteht, der das Zauberwort „Asyl" ausspricht. Ein Asylant erhält kostenlos das, was jeder arbeitsfähige deutsche Bundesbürger sich mühsam erarbeiten muß: Wohnung, Nahrung, Kleidung, umfassende Hilfe des Staates. Ausländer, die im eigenen Land diese Glücksgüter nicht erlangen können, pilgern jetzt zu uns mit der Behauptung, „politisch verfolgt" zu sein.

Man kann unserem Gesetzgeber nicht den Vorwurf ersparen, daß er unklug gehandelt hat. Hat er nicht durch ungeschickte Wahl seiner Worte die Notleidenden des ganzen Erdballs dazu verführt, die Bundesrepublik Deutschland zum Ziel einer Völkerwanderung zu machen?

Sind nicht die deutschen Staatsbürger gegen ihren Willen zu einer Wohltätigkeit verdammt, die weit über die finanzielle Leistungsfähigkeit unseres Staates hinausgeht? Wir können nur wenigen helfen, nicht aber den vielen Millionen Hilfsbedürftigen in aller Welt. Die steigende Flut der Asylanten hat inzwischen Bund, Länder, Stadt- und Landgemeinden in kaum noch zu meisternde Schwierigkeiten gebracht. Der jährliche Kostenaufwand geht in die Milliarden. Das kann man auf die Dauer unserer Bevölkerung nicht zumuten. Unsere Medien prangern – bisher vergeblich – die sich anbahnenden katastrophalen Zustände an.

Worauf warten unsere Volksvertreter eigentlich noch? Ist etwa die im Parlament versammelte geistige Elite unseres Volkes außerstande, geeignete Maßnahmen zu finden, um dem Mißbrauch des Asylgedankens Einhalt zu gebieten? Will man anderen die Initiative überlassen? Unsere Volksvertretung hat sich schon viele Jahre an einer Entscheidung vorbeigedrückt, die überfällig ist. Liegt nicht bereits ein Notstand vor, der die zeitweilige Außerkraftsetzung der Asylbestimmung des Grundgesetzes rechtfertigt?

Karl Lossen, Bonn

Überreaktion von Lacoste

„Hoher Preis"; WELT vom 21. September

Sehr geehrter Herr Kageneck,

es ist schon schrecklich genug, daß gewaltlose Umweltschützer mit RAF-Methoden bekämpft werden und auch Menschenleben den Geheimdiensten gleichgültig sind, wenn es um die Durchsetzung ihrer Ziele geht, zum Beispiel: Greenpeace mit der „Rainbow-Warrior" von der Protestfahrt gegen die französischen Atomwaffentests auf Moruroa abzuhalten.

Wenn Sie genauer recherchiert haben, dürfte Ihnen auch bekannt sein, daß nur durch einen Zufall bei dem Anschlag auf die „Rainbow-Warrior" nicht die ganze Crew des Schiffes getötet wurde.

Deshalb ist es mir unverständlich, daß Sie den Chef des Geheimdienstes, Herrn Pierre Lacoste, derart in Schutz nehmen, daß Sie von Ehrenrettung sprechen und die „Greenpeace-Jünger", wie Sie sich ausdrücken, als die eigentlichen Schuldigen der Affäre hinstellen. Auch ist es eine Lüge, daß Greenpeace nur gegen die Atomwaffentests Frankreichs protestiert.

In Wahrheit kämpft Greenpeace seit 1971 gegen die Atomtests der Amerikaner, Franzosen, Engländer und Sowjets. Die sogenannte „Einäugigkeit" von Greenpeace dürfte somit keine Entschuldigung für die „Überreaktion" von Herrn Pierre Lacoste darstellen.

Mit freundlichen Grüßen
Jasmine Glaser, Waldmohr

Personalien

STIFTUNG

Der 1983 vom früheren Bundespräsidenten Dr. **Karl Carstens** und seiner Ehefrau Dr. med. **Veronica Carstens** gegründete Verein „Natur und Medizin e. V. – Fördergemeinschaft für Erfahrungsheilkunde" vergibt für das Jahr 1985 erstmals den mit 10 000 Mark dotierten „Dr.-Veronica-Carstens-Preis für Erfahrungsheilkunde". Mit dem Preis soll die wissenschaftliche Begründung der Erfahrungsheilkunde gefördert werden. Der Preis wird für besondere wissenschaftliche Leistungen auf dem Gebiet der Erfahrungsheilkunde verliehen, die einen bedeutenden Beitrag zur verstärkten Einbeziehung von Naturheilverfahren in die Forschung, in die ärztliche Ausbildung oder in die therapeutische Praxis darstellen. Vorschlagsberechtigt für den Preis sind Wissenschaftler, Ärzte sowie Wissenschaftsjournalisten, die auf dem Gebiet der Medizinberichterstattung ausgewiesen sind.

GEBURTSTAG

Franz Lenze feiert am Sonntag in seiner Wahlheimat München seinen 75. Geburtstag. Der gebürtige Sauerländer war in den Jahren 1953 bis 1972 stets der mit einem sehr hohen Stimmenanteil gewählte Abgeordnete des Wahlkreises 121 (Olpe/-Meschede) im Bundestag. Er kam 1957 in den Auswärtigen Ausschuß und wurde Verbindungsmann zwischen den Verteidigungsausschüssen des Bundestages und der Parlamentarischen Versammlung der Westeuropäischen Union. In der Beratenden Versammlung des Europarates war er als stellvertretender Fraktionschef der Christlichen Demokraten und als Vizepräsident des Ausschusses für Kommunalpolitik tätig. Zudem führte Lenze von 1950 bis 1968 den CDU-Bezirksverband Sauer-/Siegerland an und war in den Vorständen der CDU-Westfalen und der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU von Nordrhein-Westfalen. Außerdem gehörte er zu den Mitbegründern des privaten Seminars für Staatsbürgerkunde.

AUSWÄRTIGES AMT

Joachim-Richard Vogel, bisher deutscher Generalkonsul in Houston, Texas, wird Botschafter in Trinidad und Tobago. Mit Übernahme dieses Postens gehört Vogel zu den deutschen Diplomaten mit dem „größten diplomatischen Bauchladen" im Auswärtigen Amt. Für Botschafter Vogel geschrieben wurden dieser Tage auch die Beglaubigungsschreiben für Antigua, Barbados, Barbuda, Dominica, Grenada, Guyana, Nevis, St. Christoph, St. Lucia und St. Vincent. Der Berliner, Jahrgang 1936, Jurist, ist seit 1962 im Auswärtigen Amt tätig. Er war unter anderem an den Generalkonsulaten in Chicago und Recife (Brasilien) tätig sowie in Hongkong. Sein Vorgänger in Trinidad und Tobago, Botschafter Dr. **Johannes Reitberger**, wurde Generalkonsul in Marseille.

AUSZEICHNUNGEN

Als erster deutscher Wissenschaftler erhielt Professor Dr. **Tilo Pfeifer** den „Distinguished Service Award", eine Auszeichnung der 1959 in Budapest gegründeten Internationalen Meßtechnischen Konföderation (IMEKO). Professor Pfeifer leitet die Abteilung Meßtechnik im Laboratorium für Werkzeugmaschinen- und Betriebslehre der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen. Mit der Auszeichnung würdigt die IMEKO die Bemühungen Professor Pfeifers um die internationale Kooperation auf dem Gebiet der Meßtechnik.

*

Volker König aus Wedel bei Hamburg erhält für seine Verdienste um die Entwicklung von zahlreichen Behindertenhilfen den mit 12 000 Mark dotierten ersten Hauptpreis des Hamburger Senator-Neumann-Preises. Der 40jährige Ingenieur, der vor 17 Jahren durch Diabetes sein Augenlicht verlor, hat unter anderem eine „sprechende Schreibmaschine", Blindenbücher zum Abtasten und Blindentastführer für den Hamburger „Michel" und den Lübecker Dom entwickelt. Die alle vier Jahre für Verbesserungen im sozialen Bereich verliehene Auszeichnung wird am Freitag durch den Ersten Bürgermeister der Hansestadt, **Klaus von Dohnanyi**, überreicht.

*

Der baden-württembergische Minister für Wissenschaft und Kunst, Professor Dr. **Helmut Engler** hat in Stuttgart die Gewinner des Jazz-Preises Baden-Württemberg 1985 bekanntgegeben. Der Preis wurde dem Trompeter und Flügelhornisten **Johannes Faber** (geb. 1952) und dem Pianisten und Keyboard-Spieler **Jörg Reiter** (geb. 1958) zuerkannt. Minister Engler wird den Jazz-Preis 1985 während einer öffentlichen Gemeinschaftsveranstaltung des Süddeutschen Rundfunks, des Südwestfunks und des Landesmusikrates Baden-Württemberg am 8. November in der Neuen Staatsgalerie Stuttgart überreichen. Die beiden Preisträger haben zu Beginn dieses Jahres zusammen mit dem amerikanischen Schlagzeuger **Billy Copham** die Gruppe „Consortium" gegründet, die zu den besten Formationen der Jazz-Szene gehört. Der Preis ist mit 15 000 Mark dotiert und wird jährlich verliehen.

*

Mit der „Silbernen Akademieze", dem Preis der Kinderakademie in der Evangelischen Akademie Hofgeismar ist die deutsche Journalistin, Feuilletonistin und Kinderbuchautorin **Irinia Korschunow** aus München ausgezeichnet worden. Sie erhielt diesen Preis nicht nur als Autorin zahlreicher Kinderbücher, sondern auch als engagierte Förderin der Idee der Kinderakademie. Die Auszeichnung besteht aus einer silbernen Brosche, die eine Katze (Mieze) darstellt.

VERNISSAGE

Detlef R. Peters, Pressereferent in der Bayerischen Vertretung in Bonn, macht zur Zeit mit einer bemerkenswerten Bilderausstellung im Bonner Presseclub Schlagzeilen: In dem Journalistenclub zeigt er seine konstruktivistischen Bilder, die zwischen 1970 und 1981 in New York entstanden, wo Peters zuletzt als Konsul am Generalkonsulat tätig war. In New York hatte seinerzeit auch der dortige UNO-Botschafter und spätere Präsident der 35. UN-Vollversammlung, **Rüdiger von Wechmar**, zwei Peters-Bilder für sein Arbeitszimmer erhalten, zu einem Symbolpreis für einen Dollar pro Stück. Die beiden Gemälde, Titel „Die schwarze Wolke" und „Der goldene Mond", beließ von Wechmar, heute Botschafter in London, im UNO-Besitz.

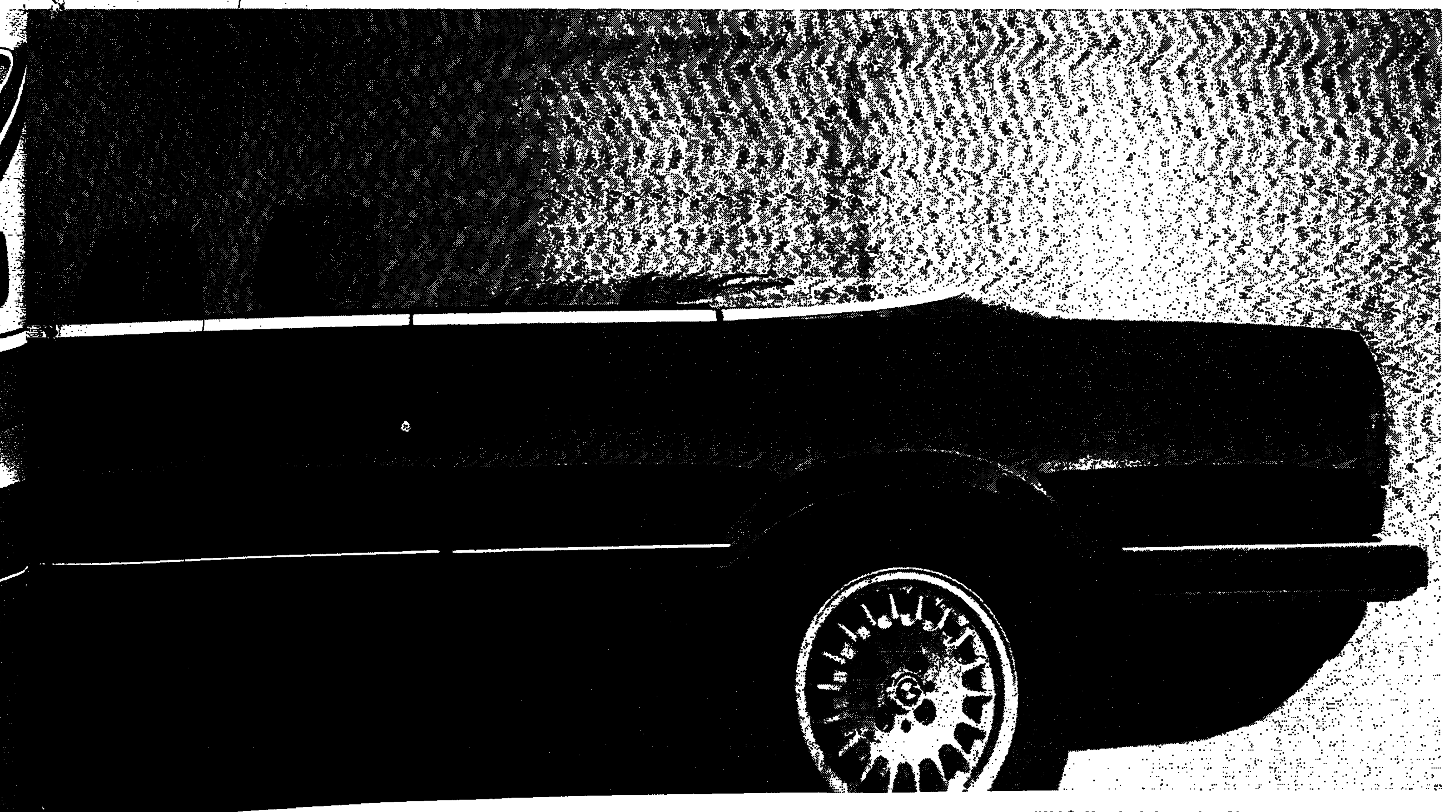
UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Klaus Görlitzer** wird ab dem Wintersemester 1985/86 gemeinsam mit den bereits am Institut für Pharmazeutische Chemie an der Technischen Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig arbeitenden Hochschullehrern das Fach Pharmazeutische Chemie in Lehre und Forschung vertreten. Professor Görlitzer war im September an den Lehrstuhl berufen worden. Görlitzer, 1940 als Sohn eines Pfarrers in Guben in der Niederlausitz geboren, verlor infolge der Wirren des Zweiten Weltkrieges früh seine Eltern. Er wuchs in Berlin auf, wo er sein Abitur ablegte und nach einer zweijährigen Praktikantenzeit, die er an einer Krankenhaus- und öffentlichen Apotheke ableistete, von 1961 bis 1964 Pharmazie studierte. Nach seiner Doktorarbeit und einer Assistentenzeit an der Freien Universität Berlin habilitierte er sich 1976 für das Fach Pharmazeutische Chemie. Ein Schwerpunkt seiner Forschungsarbeit bildet die Entwicklung von Arzneimitteln gegen allergisch auftretendes Asthma. Darüber hinaus ist Professor Görlitzer maßgeblich an der Erarbeitung eines neuen Arzneibuches beteiligt.

VERÄNDERUNG

Die Medizinisch-Pharmazeutische Studiengesellschaft e. V. (MPS) – Vereinigung Forschender Unternehmen der Arzneimittelindustrie und die Geschäftsführung der Paul-Martini-Stiftung (PMS) in Mainz haben als neuen Hauptgeschäftsführer Professor Dr. **Frank E. Münnich** berufen. Professor Münnich übernimmt das Amt von Professor Dr. **Helmut Kleinsorge**, der in den Ruhestand getreten ist. Professor Münnich (geboren 1937) hat in Heidelberg Volkswirtschaft studiert mit den Schwerpunkten in Wirtschaftstheorie, empirischer Wirtschaftsforschung und Statistik.

Paul Nitsche, Dirigent und Musikpädagoge, ist im Alter von 76 Jahren in Bergisch-Gladbach verstorben. Der gebürtige Lothringer genoß als Fachmann für Stimmbildung den Rang einer internationalen Kapazität, und seine Publikationen „Pflege der Kinderstimme" und „Stimmbildung und Stimmpflege in der Schule" gelten als Standardwerke, die in mehrere Sprachen übersetzt wurden. Den Hörern des Westdeutschen Rundfunks war Nitsches Stimme seit Jahren aus der Schulfunksendung „Wir singen" und aus der Volksmusiksendung „Singt mit uns" vertraut. Für regelmäßige aktive Teilnahme an den internationalen Kursen für Musikerziehung in Salzburg wurde Nitsche 1982 von der österreichischen Bundesregierung zum Professor ernannt. Bis zu seinem Tod leitete er die Chorgemeinschaft Bergisch-Gladbach, mit der er viele Tourneen in westeuropäische Staaten unternommen hatte.



London weist Gorbatschows Vorstoß zurück

gtm. Blackpool

Großbritanniens Verteidigungsminister Michael Heseltine wies auf dem Kongreß seiner konservativen Partei jeglichen Versuch der Sowjetunion zurück, die eigenständige britische Nuklearwaffe gegen die sowjetischen SS-20-Raketen aufzurechnen. Der Minister erklärte weiter, es scheine so, daß die beiden Supermächte bei ihren Verhandlungen in Genf gar nicht so weit voneinander entfernt stünden, aber dies beruhe auf der unterschiedlichen Zählweise der Nuklearköpfe. Die Wirklichkeit sehe allerdings anders aus.

Zur jüngsten Offerte Michail Gorbatschows, getrennt mit Großbritannien und Frankreich über deren nukleare Abschreckung zu verhandeln, erklärte Heseltine, „unsere Abschreckung ist nicht – wie die SS 20 – lediglich ein Teil eines riesigen Nuklearpotentials. Sie ist eine letzte Abschreckung gegen die ganze Schlagkraft des massiven sowjetischen Nukleararsenals".

Es überraschte ihn nicht, daß Moskau so intensiv versuche, Großbritannien zur Aufgabe dieser Abschreckungswaffe zu bewegen. Aber „kein neues Argument" sei bisher für einen solchen Schritt vorgetragen worden.

Einseitige nukleare Abrüstung, so Heseltine, mache einen Krieg wahrscheinlicher. Für ihn, so fuhr der Minister fort, sei entscheidend, daß es „gegen Nuklearwaffen keine konventionelle Verteidigung gibt". Er weigere sich, angesichts der sowjetischen Nuklear- und chemischen Waffen „unsere britischen Soldaten nackt aufs Schlachtfeld zu schicken".

Turgut Özals Schonfrist neigt sich dem Ende zu

Stabile Wirtschaftslage / Zwischenbilanz / Land im Umbruch

E. ANTONAROS, Athen

„Innerhalb von eineinhalb Jahren haben wir Änderungen vorgenommen, an die sich keine bisherige Regierung herangewagt hatte." Mit diesen Worten faßte der türkische Ministerpräsident Turgut Özal kürzlich die Zwischenbilanz seiner knapp zweijährigen Regierungszeit zusammen. Özals Äußerungen fielen zeitlich fast mit dem 5. Jahrestag der Machtergreifung durch das Militär im September 1980 zusammen. Der „Geburtstag" wurde vor dem Hintergrund der vor gut zwei Jahren eingeleiteten Rückkehr zum Parlamentarismus im Stillen begangen.

Doch während Özal, dessen konservative Mutterlandspartei gegen den Willen der Generalität die Parlamentswahl im November 1983 gewann, die Umkrempelung der türkischen Gesellschaft für sich verbuchen will, wird vom Militär unter der Hand darauf hingewiesen, daß ohne den Eingriff der Spitzenoffiziere die nun gefeierten Reformen nicht möglich geworden wären.

Tatsache bleibt: In den letzten Jahren sind die verkrusteten türkischen Gesellschaftsstrukturen so stark reformiert worden wie es seit den Zeiten des Staatsgründers Atatürk nicht mehr der Fall gewesen ist. Im innenpolitischen Bereich ist das östlichste NATO-Land nach einer mehrjährigen bürgerkriegsähnlichen Periode befriedet worden. Neben der Anwendung von weitgehend rabiaten polizeistaatlichen Methoden wurde dieses Ziel durch das Verbot aller Parteien erreicht, die in den letzten 20 Jahren das politische Geschehen in der Türkei bestimmt hatten. Zu ihnen gehörte erstaunlicherweise auch die von Atatürk gegründete „Republikanische Volkspartei". An ihre Stelle traten neue Formationen, die inzwischen auch gegen die Wunschvorstellungen der Generäle operieren.

Am deutlichsten ist die Strukturreform im Wirtschaftsbereich ausgefallen: Der Wirtschaftsexperte Özal zeigte sich, gelegentlich mit zähneknirschenden Generälen konfrontiert, fest entschlossen, die Allmacht des Staates zu demonstrieren. Vorgenommen wurden eine radikale Devisenreform, der „Verkauf" von defizitären Staatsunternehmen an die Privatwirtschaft, eine forcierte Exportförderung, eine Öffnung gegenüber der arabischen Welt. Nicht ohne einen gewissen Stolz konnte Özal auf seiner letzten Pressekonferenz Mitte September vermelden, daß die Wirtschaftslage „stabil" sei. Ein neues Beistandsabkommen mit dem IWF sei nicht mehr notwendig.

Özals Zwischenbilanz nach nur 21 Monaten an der Macht läßt sich tatsächlich sehen. Aber ob die mit Trommelschlag gefeierten und zweifellos längst fälligen Reformen von Dauer sein werden, ist zur Zeit noch völlig offen. Denn die Türkei ist, nicht zuletzt wegen der stillschweigend akzeptierten Machtverteilung zwischen Militär und Politikern, aber auch wegen der Umstände, die beim Entstehen der jetzigen Parteien Pate gestanden haben, ein Land im Umbruch.

In der türkischen Nationalversammlung verfügt zwar die „Mutterlandspartei" über 208 von 400 Mandaten und wird voraussichtlich bis zum Ende der fünfjährigen Legislaturperiode ungestört regieren können. Aber die Neugestaltung der türkischen Parteienlandschaft, die unmittelbar nach der Wahl im November 1983 begann, ist immer noch voll im Gange. Rechts von der Mitte hat sich die „Partei des rechten Weges" etabliert, die von Vertrauensleuten des früheren Ministerpräsidenten Süleyman Demirel kontrolliert wird.

Aber auch auf der linken Seite hat sich eine nennenswerte Opposition gegen Özal formiert. Kürzlich haben die obersten Gremien der in der Kammer mit 100 zu 12 Abgeordneten vertretenen „Populationspartei" und der außerparlamentarischen „Sodep" eine Fusion beschlossen. Würden in den nächsten Wochen Wahlen stattfinden, so ergab eine viel beachtete Meinungsumfrage, so würde dieser Linksparteienbund 38, Özals „Mutterlandspartei" hingegen nur 35 Prozent aller Stimmen erhalten. Özal wäre nicht mehr regierungsfähig.

Dieses für den Regierungschef nicht gerade erfreuliche Umfrageergebnis bedeutet nicht, daß die Linksparteien dem Durchschnittswähler attraktiver als die jetzige Regierungspartei erscheinen. Es ist jedoch ein Warnsignal an Özal, daß seine weiterhin rigorose Wirtschaftspolitik, worauf ja die relative Gesundung der Wirtschaft zurückzuführen ist, an Popularität stark einbüßt.



Nach dreijähriger Militärherrschaft wollten die meisten Türken 1983 Özal eine Chance geben und nahmen seine restriktive Einkommenspolitik, teilweise horrende Preiserhöhungen und höhere Steuern in Kauf. Özal konnte seine Maßnahmen weitgehend durchsetzen, weil das Militär die Einwirkungsmöglichkeiten der Gewerkschaften eingeschränkt hatte.

Diese Schonfrist scheint jetzt allmählich zu Ende zu gehen. Seinerseits kann sich Özal allerdings eine Abkehr von der bisherigen Austerity-Politik nicht erlauben, weil sich die türkische Wirtschaft keineswegs vollständig erholt hat. Sie wird vielmehr in zwei bis vier Jahren in eine besonders kritische Phase treten. In dieser Zeit muß Ankara nämlich die Mammutkredite zurückzahlen, die die Türken Anfang der achtziger Jahre im Ausland aufgenommen hatten. Die Auslandsschulden betrugen Ende 1984 knapp 20 Milliarden Dollar.

Das Ende der achtziger Jahre wird für die Türkei nicht nur wirtschafts-, sondern auch innenpolitisch von größter Bedeutung und zukunftsweisend sein. Denn 1990 erlischt auch das von den Generälen gegen die Spitzenpolitiker von einstmals verhängte Betätigungsverbot. Bülent Ecevit und Süleyman Demirel mischen hinter den Kulissen bereits kräftig mit. Nur wenige Türken können sich zwar vorstellen, daß ein Comeback der beiden Expremiers möglich ist. Aber Demirel und Ecevit sind erfahrene Überlebenskünstler, die nichts unversucht lassen werden, um an die Macht zurückzukehren.

Strauß: Peking stellt neue Weichen

Der CSU-Vorsitzende sieht große Chancen für wirtschaftliche Kooperation / WELT-Interview

DW. Peking

Auf wirtschaftlichem wie militärischem Gebiet zeichnen sich in der Volksrepublik China neue Weichenstellungen ab. Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß sprach in Peking mit den führenden Politikern. Er sieht mittel- und langfristig gute Chancen für die deutsche Wirtschaft zur Zusammenarbeit mit dem „Land der Mitte". Mit Strauß sprach Jochen Hehn.

WELT: Sie haben bei Ihrem Besuch in Qingdao in Ihren Reden mehrmals die deutsch-chinesische Vergangenheit erwähnt und dabei auf die deutschen Leistungen während der Kolonialzeit hingewiesen. Befürchteten Sie keine negativen Reaktionen Ihrer Gastgeber?

Strauß: Im ersten Teil meiner diesjährigen Chinareise, in Peking, habe ich im Gegenteil erlebt, daß die chinesischen Gastgeber selbst auf die deutsche Vergangenheit hingewiesen haben, die ich im zweiten Teil meiner Reise in Qingdao antraf. Dort war jedenfalls keine Emfpindlichkeit festzustellen. Ich von mir aus hätte dieses Thema überhaupt nicht angeschnitten. Es mag sein, daß bei örtlichen Stellen in Qingdao die Erwähnung der gemeinsamen Vergangenheit unterschiedlich aufgefaßt werden konnte, allerdings habe ich den einen Satz in meine Reden erst aufgenommen, als man mir in Peking sagte, man habe die besten Erinnerungen an die deutsche Vergangenheit in Qingdao. Aber das Ganze war sozusagen nur eine nebensächliche Erwähnung.

WELT: Sie sind bei Ihren vier Besuchen in China mit den bedeutendsten chinesischen Politikern zusammengetroffen. Ihr Gespräch mit Mao Zedong im Jahre 1975 bezeichnen Sie selbst als eines der herausragendsten Ereignisse Ihrer politischen Laufbahn. Können Sie uns sagen, warum Sie das so hoch einschätzen?

Strauß: Mao Zedong ist ohne Zweifel eine der großen politischen Gestalten des 20. Jahrhunderts. Er hat die Welt verändert. Leider werden alle Veränderungen der Welt und damit die Weltpolitik mit Blut geschrieben. Auch in China lief das nicht anders. Aber immerhin: Die Einigung Chinas, die Lösung der drei großen Probleme, nämlich Ausmerzung der Epidemien, erfolgreiche Bekämpfung der Hungersnöte und Ende aller fremden Besitznahmen in China, kennzeichnen seinen politischen Erfolg. China, das etwa 25 Prozent der Bevölkerung der Welt als Einwohner zählt, ist natürlich durch seine geographische Lage, durch die Größe seines Landes und durch die Zahl seiner Menschen ein bedeutender politischer Faktor. Im übrigen darf ich darauf verweisen, daß es nur zwei deutsche Politiker gibt, die von Mao empfangen worden sind, in der Reihenfolge ich – und etwas später Helmut Schmidt.

WELT: Mao sind auch viele Fehleinschätzungen unterlaufen, und heute wird er doch sehr kritisch bewertet.

Strauß: Mag sein, das ist eine Frage der chinesischen Politik. Aber immer wieder erlebe ich auch, daß man ihn bei Gesprächen erwähnt, seine grundlegenden Weichenstellungen hervorhebt. Ich habe sein Bild überlebensgroß in Peking am Platz des Himmlischen Friedens gesehen. Wie die einzelnen chinesischen Gruppierungen heute zu Mao stehen, ob sie ihn mehr verehren oder weniger verehren, mehr ablehnen oder weniger ablehnen, ist eine Sache, die mit mir nichts zu tun hat.

WELT: Zu welchen chinesischen Politikern haben Sie den direktesten Zugang?

Strauß: Deng Xiaoping. Mit ihm habe ich jetzt viermal gesprochen, das erstemal drei Stunden, das zweitemal zwei, und dann jedesmal eine Stunde, wobei lediglich das Programm das Ende des Gesprächs herbeigeführt hat. Er wollte es gerne fortsetzen, ich hätte es gerne fortgesetzt, so war es auch diesmal.

WELT: Deng hat Ihnen gegenüber gesagt, daß er enttäuscht sei über die Entwicklung des sowjetisch-chinesischen Verhältnisses nach dem Amtsantritt des sowjetischen Parteichefs Gorbatschow.

Strauß siebt neue Dimensionen.
FOTO: RUDOLF DIETRICH

Strauß: Man soll nicht mehr herauslesen, als der Natur der Sache entspricht. Daß die Chinesen mit ihrem großen Nachbarstaat in erträglichen Beziehungen leben wollen, wird deutlich. Daraus zu schließen, daß die rote Weltmacht, dargestellt durch die Sowjetunion und China, wieder als eine politische Einheit in Erscheinung tritt, wäre völlig abwegig. Das sowjetisch-chinesische Verhältnis wird, wie ich allen Gesprächen entnommen habe – nicht nur dem mit Deng –, belastet durch folgende politischen Schwerpunkte:

- Die Besetzung Afghanistans durch die Sowjetunion;
- die Einflußnahme der Sowjetunion über Vietnam in Kambodscha;
- die Massierung starker sowjetischer Streitkräfte in der Mongolei und am Ussuri;
- die Unwilligkeit der Sowjetunion, mit den Chinesen überhaupt über Grenzfragen zu reden. Das heißt, nach chinesischer Ansicht hat sich die sowjetische Haltung gegenüber China in keinem entscheidenden Punkte so geändert, daß eine Normalisierung oder gar eine Freundschaft zwischen beiden Ländern aufkommen könnte. Daher ermahnen ja auch die Chinesen dauernd die Europäer, ihre Verteidigungsfähigkeit zu stärken und auszubauen, sich nicht auf eine Neutralisierung einzulassen. All diese Warnungen würden doch nicht von einer Macht kommen, die sich selber als sowjetfreundlich oder als Diener der sowjetischen Interessen verstehen würde. China ruht offensichtlich in sich selber, hat großes Selbstbewußtsein und hat jetzt auch das Tor zur Welt aufgestoßen, was über eine Generation hinweg zu Veränderungen führen wird, vor allem im wissenschaftlichen Bereich.

WELT: China reduziert seine Truppenstärke um eine Million. Gleichzeitig hat es Ende vergangenen Monats erfolgreich den Abschuß einer Trägerrakete von einem U-Boot erprobt. Wie schätzen Sie diese beiden Fakten im Hinblick auf die in Peking immer wieder geäußerte Furcht vor der militärischen Bedrohung durch die Sowjetunion ein?

Strauß: Mittelstreckenrakten einfacher Bauart haben die Chinesen offensichtlich schon lange. Das ist ja auch der Kern ihrer nuklearen Bewaffnung als Abschreckung gegen etwaige Sowjet-Angriffe. Inwieweit das funktionieren würde, kann ich nicht beurteilen. Aber bei den anderen von Ihnen genannten Entwicklungen gibt es doch keinen Gegensatz. Was nützen vier Millionen Mann, wenn man sie nicht modern bewaffnen kann? Eine modern bewaffnete Kompanie kann ein vorsintflutlich ausgerüstetes Regiment vernichtend schlagen. Worauf es den Chinesen ankommt, ist eine moderne konventionelle Bewaffnung bei der Panzer- und Luftabwehr und eine moderene konventionelle Luftwaffe. Da haben sie noch ungeheuer viel aufzuholen. Und die chinesische Leistungsfähigkeit wirtschaftlich-finanzieller Art reicht bei weitem nicht aus, eine Armee von vier Millionen Mann so modern auszustatten. Und sie werden auch bei der reduzierten Armee sich Schwerpunkte suchen müssen, denn moderne konventionelle Bewaffnung ist ja teurer als nukleare. Ein modernes Kampfflugzeug wie der Tornado kostet 50 Millionen Mark, wozu noch der gewaltige Aufwand für den Unterhalt kommt, ein moderner Zerstörer kostet eine Milliarde, ein Panzer vom Typ Leopard 1 kostet eine Million und Leopard 2 drei Millionen. Und eine modern ausgestattete, bewegliche, mit großer Feuerkraft und Zielsicherheit ausgerüstete Truppe kann natürlich eine unbewegliche Massenarmee vernichtend schlagen.

WELT: Ist das also auch eine Abkehr von Mao, von seiner Volkskriegs-These?

Strauß: Bis zu einem gewissen Grade ja. Die Volkskriegs-These wäre dann sozusagen die Ultima ratio. Wenn die eigene Armee geschlagen wäre, dann den Volkskrieg zu führen. Aber in diesem Zusammenhang ist es wohl politisch von entscheidender Bedeutung, darauf hinzuweisen, daß bei meinem ersten Gespräch mit Deng Xiaoping im Januar 1975 er von der Unvermeidbarkeit des 3. Weltkriegs gesprochen hat, und ein solcher Waffengang zwischen den beiden Supermächten werde die ganze Welt in Mitleidenschaft ziehen. China hat sich auch darauf vorbereitet, nicht zuletzt durch einen zivilen Bevölkerungsschutz. Ein Beispiel dafür ist die Untertunnelung Pekings, ein gigantisches Bauwerk, das Milliarden gekostet haben muß.

Ich habe damals schon widersprochen und darauf hingewiesen, daß die Führer der Sowjetunion ein großes Risiko scheuen, der Kreml nicht risikobesessen, sondern risikobewußt ist, daß die Verteidigungsfähigkeit Europas und die Verteidigungsfähigkeit Chinas ein ausgleichendes und friedensbewahrendes Element darstellen würden. Ich habe damals nur wenig Glauben für meine Darlegung gefunden. Beim letzten Gespräch hat mir Deng Xiaoping jedoch bestätigt, er sei überzeugt, der 3. Weltkrieg könne vermieden werden, weil die Europäer im Aufstieg seien, China im Aufstieg sei, und diese Mächte würden dann das labile Gleichgewicht, das die Zweiteilung der Welt zwischen Washington und Moskau bedeutet, durch ein stabiles Gleichgewicht von vier großen Komponenten ersetzen.

WELT: Wurde die angeblich geplante Lagerung von deutschem Atommüll in China in Ihren Gesprächen erwähnt?

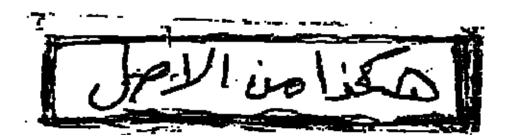
Strauß: Dieses Thema kann man vergessen. Das ist eine der vielen Phantasien, die bei uns verbreitet worden sind. Dies hat in keinem Gespräch auch nur andeutungsweise eine Rolle gespielt.

WELT: Wie schätzen Sie die Möglichkeiten der deutschen Wirtschaft in China ein?

Strauß: Kurzfristig schlecht, mittelfristig gut, langfristig sehr gut. Das heißt, man soll keine kurzfristigen Erwartungen auf rasche Ergebnisse oder gar rasche Profite hin haben, aber man muß das ganz als ein mittel- und langfristiges Programm der Zusammenarbeit ansehen. Hier geht es zunächst darum, kleinere Anfänge zu machen, den ersten Schritt richtig zu setzen, sozusagen eine menschliche Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen.

WELT: Was war das herausragende Ergebnis, was das bewegendste Erlebnis Ihrer China-Reise?

Strauß: Ein bewegendes persönliches Erlebnis war es wieder, diesen witzigen, energischen, gescheiten, alten großen Mann zu erleben: Deng Xiaoping.



Napoleon Duarte beugt sich den Rebellen nicht

El Salvadors Präsident im Entführungsdrama um Tochter Ines

W. THOMAS, San Salvador

José Napoleon Duarte denkt oft an jene Freunde, die ihn einst für verrückt erklärten, weil er Präsident der Krisennation El Salvador werden wollte. „Sie hatten recht", sagt er heute, „das ist ein mörderischer Job."

Im 16. Monat der Präsidentschaft erlebt der christdemokratische Politiker die schwersten und schmerzlichsten Prüfungen seiner politischen Karriere. Nie habe er so gelitten wie nach der Entführung seiner Tochter Ines am 10. September, bekannte er. Selbst die Haftzeit und die Folterungen im Jahr 1972 seien leichter zu ertragen gewesen. „Wenn die Hintermänner dieser schrecklichen Tat einen Vater peinigen wollten, der auch als Präsident dieser Republik dient, dann haben sie ihr Ziel erreicht." Der fast 59jährige Mann sieht mitgenommen aus. Er wirkt um Jahre gealtert.

Ines Guadelupe Duarte Duran (35), *geschieden und dreifache Mutter, ist* das älteste der sechs Duarte-Kinder. Die junge Frau stand ihrem Vater besonders nahe. Sie managte den erfolgreichen Wahlkampf im letzten Jahr und übernahm dann die Leitung eines privaten Rundfunksenders. Sie studierte nebenbei Publizistik an der „Neuen Universität". Der Kidnapping-Fall ereignete sich vor dem Universitätsgebäude. Ein Leibwächter wurde bei einem Schußwechsel getötet. Neben Ines entführten die sechs Täter noch Ana Cecilia Villeda, eine ihrer Freundinnen und Mitarbeiterinnen. Obgleich die Entführer sich zunächst nicht identifizierten, ahnte Duarte gleich die richtige Adresse: die „Nationale Befreiungsfront Farabundo *Marti" (FMLN), die marxi*stische Rebellenbewegung.

Seit die Regierungstruppen das militärische Geschehen diktieren, sind die Partisanen zu schlagzeilenträchtigen Terroraktionen zurückgekehrt. Die spektakulärste Operation dieser Art vor der Entführung der Duarte-Tochter war ein Massaker im Juni im Vergnügungsviertel Zona Rosa, dem 13 Personen zum Opfer fielen, unter ihnen vier amerikanische Marineinfanteristen.

Am 17. September, eine Woche nach der Entführung, erhielt Duarte das erste Lebenszeichen von der Tochter. Die Guerrilleros übermittelten dem Präsidenten eine Tonbandaufnahme: „Papa, heute ist Montag, der 16. September. Hier spricht deine Tochter. Ich möchte dir sagen, daß es mir gutgeht. Grüße an die Familie. Ich möchte weiter sagen, daß ich mich in den Händen des Guerrilla-Kommandos Pedro Pablo Castillo der FMLN befinde." Die Rebellen bestanden auf direkte Verhandlungen und *lehnten* ein Vermittlungsangebot mit der katholischen Kirche ab. Duarte ließ den Entführern über das Rote Kreuz Sprechfunkanlagen zuspielen, so daß er jederzeit mit ihnen Kontakt aufnehmen konnte – und umgekehrt. Unbestätigten Berichten zufolge kennt er den Aufenthaltsort der Tochter, San Antonio Los Ranchos, eine kleine Gemeinde in der Provinz Chalatenango. Die Streitkräfte halten sich zurück, weil man um das Leben der beiden Entführten fürchtet.

José Napoleon Duarte mußte in den letzten Wochen zwischen seinen Pflichten als Präsident und seinen Gefühlen als Vater abwägen, eine nervenaufreibende Situation. „Glücklicherweise" – so ein Duarte-Berater – zeigte die Armeeführung Verständnis und unterstützte die Entscheidung, 24 inhaftierte FMLN-Leute zum Austausch anzubieten. Bereits Anfang letzter Woche hatte der Präsident zwei politische Häftlinge freigelassen, als „Geste des guten Willens". Die Rebellen fordern jedoch die Freiheit für insgesamt 34 Personen und übermittelten eine Namensliste. Duarte entgegnete, daß zehn der genannten Personen nicht in Gefangenschaft sind. So sei Mario Aguinada, der Sohn eines Guerrilla-Führers, bereits im April bei einem Gefecht ums Leben gekommen.

Bisher ist fraglich, ob die Entführer ihre Forderungen zurückschrauben und Kompromißbereitschaft in einem *zweiten Punkt zeigen: Duarte* wünscht, daß die FMLN neben den beiden Frauen auch 23 früher entführte Bürgermeister befreit. Die meisten sind Mitglieder der Christdemokratischen Partei. Während eines Funkkontaktes am vergangenen Wochenende erklärten die Rebellen, das Schicksal der Bürgermeister müsse „bei anderen Verhandlungen" erörtert werden. Das Offizierskorps drängt dagegen, auch die Bürgermeister in den Austausch einzubeziehen.

Duarte hätte sich eine energischere internationale Reaktion auf dieses Verbrechen gewünscht. Einflußreiche Organisationen wie Willy Brandts Sozialistische Internationale reagierten überhaupt nicht. Die Kubaner verdächtigt er einer Komplizenrolle, weil sie die FMLN taktisch beraten.

Die Jugoslawen streiten sich wieder über ihre Herkunft

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

„Wir müssen begreifen, daß in Jugoslawien niemand ein Slawe sein will!" Mit diesem ironischen Stoßseufzer bezog das Belgrader Nachrichtenmagazin „Nin" Stellung zu einer Diskussion, die in dem von Wirtschaftskrisen, Inflation und anderen akuten Sorgen geplagten Lande der Tito-Nachfolger mit großem Ernst geführt wird: Mit der Frage nämlich, woher die Völker Jugoslawiens eigentlich stammen und wer ihre Urväter in grauer Vorzeit waren.

Jugoslawien heißt wörtlich übersetzt „Süd-Slawien" – also Land der südlichen Slawen. Diese Namensgebung geht davon aus, daß die Völker, welche die jugoslawische Föderation bilden – vor allem Serben, Kroaten, Mazedonier und Slowenen – eben Slawen sind, die sich im Laufe der Völkerwanderung auf der Balkanhalbinsel niederließen. Nun hat aber ein angesehener slowenischer Schriftsteller namens Matej Bor – er ist zugleich Mitglied der Laibacher Akademie – die These aufgestellt, sein Volk, die Slowenen, seien Nachfahren der alten Veneter, die schon um 1000 v.Chr., also längst vor der Völkerwanderung und dem auf das 6. Jahrhundert unserer Zeitrechnung angesetzten Eindringen der slawischen Stämme – in Norditalien und dem heutigen slowenischen Siedlungsgebiet gesessen seien. Damit wären die Slowenen als Volk bereits mehrere tausend Jahre alt und hätten trotz ihres Namens mit ihren slawischen Brüdern herkunftsmäßig nicht sehr viel zu tun.

Die „venetischen" Theorien des Schriftstellers Matej Bor erhielten durch die Tatsache, daß sie in der Tageszeitung der KP Sloweniens, dem Laibacher *„Delo" abgedruckt* wurden, politisches Gewicht. In den anderen Teilrepubliken Jugoslawiens, vor allem aber in Belgrad, war man mit der Vermutung rasch bei der Hand: Die Slowenen, mit 1,9 Millionen Einwohnern zwar eine der kleinsten, wirtschaftlich aber am weitesten entwickelten territorialen Einheiten, versuchen sich auf solche Weise aus der jugoslawischen Gemeinschaft „abzuseilen". Wenn die Slowenen nämlich keine Slawen und keine Blutsbrüder der Kroaten und Serben sind, dann werden auch die geistigen und emotionellen Bande zu den Brudervölkern in der Föderation etwas lockerer. Dann bestätigt sich gewissermaßen geschichtswissenschaftlich, was die Slowenen im täglichen Leben schon längst praktizieren: Die Distanz zum Balkan, der für viele Slowenen jenseits der slowenisch-kroatischen Landesgrenze beginnt.

Fast gleichzeitig meldete sich auf einer wissenschaftlichen Konferenz im serbischen Kloster Decani im Kosovo-Gebiet ein Professor der Universität Pristina mit der Erklärung zu Wort, auch die Serben – das zahlenstärkste Volk Jugoslawiens – seien überhaupt keine Slawen, sondern ein kleiner türkischer Stamm aus dem Kaukasus. Diese Behauptung muß das gesamte bisherige Geschichtsbild der Serben, das um die mystisch verklärte Schlacht auf dem Amselfeld (Kosovo polje) 1389 kreist, ins wanken bringen. In dieser Schlacht war das mittelalterliche Serbenreich durch die Türken vernichtet worden. Der serbische Zar Lazar und seine Krieger starben den Märtyrertod. Wie aber soll der Kampf gegen die ungläubigen Türken weiter als zentrales historisches und nationales Element des serbischen Bewußtseins bestehen, wenn die Serben selber – Türken waren?

Ein seltsamer Zufall, der vielleicht gar keiner ist: Urheber dieser „Türken-Theorie" ist der Universitätsprofessor Skender Risaj – ein Albaner aus dem Kosovo. Zwischen der albanischen Bevölkerung der jugoslawischen Provinz Kosovo und den dort siedelnden Serben (die bereits in der Minderheit sind) wird ein zäher Kampf um die Frage geführt, ob Kosovo rein albanisch oder (auch) serbisch sein soll. Die Serben untermauern ihren Anspruch auf Kosovo historisch: Hier ist heiliger serbischer Boden. Hier liegt das Schlachtfeld, das mit dem Blut der serbischen Helden getränkt und in einem Epos verewigt wurde, welches im nationalen Bewußtsein der Serben ebenso tief verankert ist wie seinerzeit bei den Deutschen das Nibelungenlied. Wenn aber nun die Serben gar keine Slawen sondern abstammungsmäßig selber Türken sind, bricht auch der geistige Anspruch – Christentum und Slawentum gegen die „Ungläubigen" verteidigt zu haben, in sich zusammen. Das Fazit wäre: Ob Kosovo von „christlichen Serben" oder meist mohammedanischen Albanern besiedelt wird, ist unerheblich.

Dem abgeklärten Westeuropäer mögen solche Geschichtstheorien absurd vorkommen – aber gerade die Deutschen wissen, daß solche Bilder in gewissen politischen und ökonomischen Situationen zu einer bewegenden Kraft werden können. Der jugoslawische Sprachwissenschaftler Pavlie Ivic meinte dazu: „Diese Theorien treten offenbar dann hervor, wenn in der jugoslawischen Gemeinschaft etwas nicht in Ordnung ist. Sie sind ein Signal der Erosion des Jugoslawentums als Idee".

Lissabon: Neue Regierung im November

AFP, Lissabon

Der Führer der bei den vorgezogenen Parlamentswahlen als Sieger hervorgegangenen rechtsliberalen Sozialdemokraten (PSD), Cavaco Silva, wird seine Regierung Anfang November bilden. Dies hat er nach einer Unterredung mit dem portugiesischen Staatspräsidenten Eanes bekanntgegeben.

Cavaco Silva erklärte, er werde Konsultationen mit möglichen Koalitionspartnern, insbesondere mit den Christdemokraten (CDS), in Kürze beginnen. Nach der Vorstellung des neuen Kabinetts werde er das Programm seiner Regierung der neuen Kammer vorlegen, sagte Silva.

Der scheidende portugiesische Ministerpräsident Mario Soares wird noch so lange an der Spitze der Übergangsregierung bleiben, bis sein Nachfolger mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt wird. Dies teilte Soares am Dienstag nach einem Gespräch mit Staatspräsident Eanes mit.

Nach der vernichtenden Niederlage der Sozialisten bei den vorgezogenen Parlamentswahlen am Sonntag hatte Soares zunächst erklärt, er wolle sein Amt bis zu Bildung der neuen Regierung seinem bisherigen Stellvertreter, Rui Machete, übergeben, der Mitglied der Sozialdemokratischen Partei (PSD) ist. Machete habe diesen Vorschlag jedoch unter Hinweis auf die Verfassungswidrigkeit des Vorgehens abgelehnt.

Abul Abbas, ein Freund Arafats

Die Piraten der „Achille Lauro" / Bekannt für spektakuläre Aktionen / Neue Taktik?

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Die Gruppe, die den Luxusliner Achille Lauro gekapert hatte, gehört der Palästinensischen Befreiungsfront (PLF) an. Die PLF war 1976 von Mahmoud Abbas Zeidan, besser bekannt unter dem Namen „Abul Abbas" *gegründet worden, und zwar* zusammen mit Talat Yakub und Abdel Fattah Ghanem. Sie ging aus der Organisation des Achmed Dschibril (Palästinensische Volksfront zur Befreiung Palästinas- Generalkommando) hervor. Abul Abbas war mit der Unterstützung, die Dschibril den Syrern bei deren Aktionen gegen Arafat in Libanon zusagte, nicht einverstanden. Mit etwa 200 Kämpfern spaltete er sich ab und gründete seine eigene Organisation.



Terror aus der Luft und auf See: Abul Abbas FOTO: AP

Dschibril blieb pro-syrisch, Abul Abbas hielt sich bei Arafat. Seine Gruppe ersetzte Dschibrils Organisation in der PLO. Abul Abbas ist Mitglied des PLO-Exekutivrates und ein Vertrauter und Freund Arafats. Der heute 36jährige Terrorist blieb auch bei Arafat, nachdem dieser im Spätsommer 1982 Beirut verlassen mußte und sein Hauptquartier nach Tunis verlegte. In Tunis ist auch das Hauptquartier des PLF-Chefs. Seine Leute erhalten ihren Sold von der Fatah, der größten Kampforganisation innerhalb der PLO, die mehrheitlich nach wie vor auf Seiten Arafats steht. Erst vor vier Wochen war Abul Abbas auf dem PLO-Kongreß in Tunis als Führer der PFL bestätigt worden. Er begleitete Arafat auf dessen Reise in den Irak im Februar dieses Jahres und war auch dabei, als Arafat mit Saddam Hussein zusammentraf.

Die Iraker haben die Gruppe Abbas seit ihrer Entstehung mit Geld und Waffen unterstützt. Diese Unterstützung gewährten sie jedoch nicht den Splittergruppen, die sich unter Führung des zeitweiligen PLF-Chefs Talat Yakub abspalteten und mit den Syrern gemeinsame Sache gegen Arafat machten. Abul Abbas kämpfte auch 1983 Seite an Seite mit Arafat gegen die pro-syrischen PLO-Rebellen um Abu Musa. In dieser Zeit spalteten sich auch Talat Yakub und Abdel Ghanem von der PLF ab. Sie gründeten jeweils eigene Organisationen, die heute unter syrischer Kontrolle vorwiegend im Libanon tätig sind und auch zu der pro-syrischen „Front des nationalen palästinensischen Heils" mit Sitz in Damaskus gehören.

Während der Führungszeit Yakubs als PLF-Chef war Abul Abbas zuständig für militärische Operationen. In diesen Jahren (1979 bis 1981) wurde die PLF wegen spektakulärer Aktionen bekannt. Sie versuchte mit Segelflugzeugen und Heißluftballons Ziele in Israel anzugreifen. Auf ihr Konto gehen auch einige Terroraktionen, die von See aus gestartet wurden. Mehrere israelische Zivilisten, unter ihnen auch Kinder, wurden getötet, als die Männer von Abbas bei Naharia im April 1979 und im November 1979 bei Akhziv mit Schlauch- und Motorbooten landeten. Von Überläufern und palästinensischen Gefangenen erfuhren die Israelis, das PLF-Guerrillas sich oft an Kommandos mit anderen PLO-Gruppen beteiligen.

Die Kaperung der Achille Lauro und die Vermittlungsaktion von PLO-Leuten lässt die Vermutung aufkommen, daß die PLO sich einer neuen Taktik bedient: Auf der einen Seite spektakuläre Terroraktionen , die die Existenz der PLO Arafats im arabischen Raum demonstrieren, und auf der anderen Vermittlungsaktionen, die dem Westen und insbesondere den Amerikanern und Europäern die PLO Arafats als diplomatisch anerkennenswerte Organisation darstellen sollen. Auch in der Vergangenheit sind Terrorakte von PLO-Führern in Interviews mit westlichen Medien verurteilt, in Gesprächen mit arabischen Medien jedoch gepriesen worden.

Parlament in Straßburg lehnt Nein zu SDI ab

M. G. MÖHNLE, Straßburg

Mit nur drei Stimmen Mehrheit hat das Europäische Parlament in Straßburg einen Antrag der SDI-Gegner gekontert, wonach die Europäische Gemeinschaft sich endgültig nur auf das Eureka-Projekt konzentrieren und eine „Teilnahme an dem amerikanischen SDI-Programm am politischen, ökonomischen, wissenschaftlichen und ethischen Gründen" ablehnen sollte. In der großen Debatte über „Europa und die technologische Herausforderung" hat Michel Poniatowski, französischer Liberaler und Vorsitzender des Ausschusses für Energie, Forschung und Technologie diese Forderung erhoben, wobei ihm hier die meisten französischen Abgeordneten und die gesamte Linke im Parlament folgten.

Bernhard Sälzer, CDU-Europaabgeordneter aus Hessen, sagte stellvertretend für die Christdemokraten: „Wir können doch nicht mit Pfeil und Bogen gegen die SS 20 antreten." Trotz dieser Differenzen haben sich die Europäer grundsätzlich darauf verständigt, daß sie geschlossen und geeint der amerikanischen und japanischen Herausforderung im technologischen Bereich entgegentreten müssen. Alle großen Fraktionen im Europäischen Parlament waren sich einig, daß die EG genügend Potential habe, um in den Bereichen Mikroelektronik, Biotechnologie, Weltraumforschung und Herstellung neuer Werkstoffe eine Welt-Spitzenstellung behaupten zu können.

SCHACH

Kurzer Kampf, aber theoretisch sehr interessant

LUDEK PACHMANN, Bonn

Einen kurzen, aus theoretischer Sicht aber sehr interessanten Kampf gab es in der 13. Partie der Schach-Weltmeisterschaft in Moskau. Herausforderer Garri Kasparow wagte es diesmal nicht, eine Neuerung des Titelverteidigers Anatoli Karpow gleich scharf zu beantworten. Seine späteren Versuche wurden ziemlich einfach abgewehrt. Die Partie endete nach 24 Zügen remis, der Spielstand bleibt ausgeglichen (6,5:6,5). Kasparow benötigt 12,5 Punkte, um den Titel zu gewinnen.

Die kommentierte Partie (Weiß Kasparow, Nimzoindisch): **1.d4 Sf6, 2.c4 e6, 3.Sc3 Lb4, 4.Sf3 ...**

Schon zum vierten Mal wählte Kasparow diesen weniger üblichen Aufbau. In der 11. Partie machte Karpow keine guten Erfahrungen mit 4. ..., 0-0, 5.Lg5 c5, 6.e3. Nun kehrt er zur Fortsetzung der ersten Partie zurück. Aber gleich im nächsten Zug folgt eine interessante theoretische Neuerung.

4. ... c5, 5.g3 Sc6(!?), 6.Lg2(!?) ...

Kritisch für die Bewertung der neuen Variante wäre 6.d5 exd5, 7.cxd5 Se7, 8.d6 Sed5, 9.Ld2 oder 6. ... Lxc3+, 7.bxc3 Sa5, 8.Dd3.

6. ... Se4, 7.Ld2 Lxc3, 8.bxc 0-0, 9.0-0 f5,

Die schwarze Stellung macht einen sehr guten Eindruck. Der Doppelbauer c3/c4 ist eine Schwäche der weißen Position. Falls 10.d5, so Sa5! und der Bauer c4 ist schwer zu dekken.

10.Le3(!) Sxc3, 11.Dd3 cxd, 12.Sxd4 Se4(!),

Mit der Rückgabe des Bauern wird der starke Läufer g2 eliminiert. Schlecht wäre 12. ... a4, 13.c5! und der Springer kommt auf a4 in Schwierigkeiten, da Sxc5 nach 14.Sxc6 eine Figur verlieren würde.

13.c5(!) Sxd4, 14.Lxd4 b6(!),

Schlechter wäre Sf6 wegen 15.Tab1 mit einer starken Angriffsstellung.

15.Lxe4 fxe, 16.Dxe4 La6, 17.cxb axb, 18.De5 Df6, 19.De3 Dh6(!),

Der Damentausch führt forciert zum vollen Ausgleich. Falls nun 20.f4, so wäre Weiß nach den Zügen Lc4, 21.a3 b5 eher im Nachteil, da der schwarze Läufer die Königsstellung bedrohen kann.

20.Dxh6 gxh, 21.Tfe1 Lc4, 22.a3 b5, 23.Tad1 Tf5, 24.Lb2 Td5 – Remis.

FUSSBALL / Ribbecks Arbeit zahlt sich aus: Leverkusen 3:1 in Hamburg

Kritik an der Vergangenheit: „Durch Dettmar Cramer drei Jahre verloren“

ULRICH DOST, Hamburg

Es kommt selten genug vor, daß Erich Ribbeck einmal lächelt. Das Hurra-Geschrei, die wilden Gesten, die platten Sprüche – all das gehört nicht zum Wesen des Trainers von Bayer 04 Leverkusen. Ribbeck zählt mehr zu den kühlen Analytikern.

Am Dienstag abend im Hamburger Volksparkstadion huschte denn auch nur ein kurzes Lächeln über das Gesicht des Trainers, mehr nicht. Dabei hatte seine Mannschaft den Hamburger SV in einem Nachholspiel der Fußball-Bundesliga mit 3:1 besiegt, wodurch der Sprung auf den fünften Platz der Tabelle gelang. Jubel war dennoch nicht angesagt. Ribbeck: „Auch wenn es in Leverkusen einige nicht hören wollen: Wir waren nicht so stark. Die Mannschaft hat viel zu hektisch gespielt. Gegen die Großen wie Bremen, Gladbach, München und Stuttgart müssen wir uns steigern, wenn wir gut abschneiden wollen.“

Gejubelt – meist zur falschen Zeit – und Sprüche geklopft haben sie in Leverkusen in den letzten drei Jahren genug. Da hieß der Trainer Dettmar Cramer. Der durfte das Geld des Bayer-Werks mit beiden Händen ausgeben, ihm tanzten die Spieler auf der Nase herum, sofern sie dies mit ihren vollen Taschen noch tun konnten. Da war von UEFA-Cup-Plätzen die Rede und von langfristigen Konzepten, die es gar nicht gab. Die Liga rieb sich vergnügt darüber die Hände, daß alles Geld nicht ausreichte, um Erfolg zu haben. Die Millionen-Truppe war nur ein paar Pfennige wert. Erich Ribbeck kämpfte gegen dieses Image an.

Und die Funktionäre machen es sich leichter, die Vergangenheit aufzuarbeiten. Mit dem ersten Auswärtserfolg in Hamburg strichen sie die drei letzten Jahre einfach aus und holten den Knüppel aus dem Sack. Die Schläge gelten Dettmar Cramer und Günter W. Becker, jenem Vorstandsmitglied der Bayer AG, das dafür verantwortlich ist, wieviel Geld das Werk in den Sport steckt. Jürgen Schwericke, selbst zehn Jahre lang Präsident, dann aber von Cramer und Becker ins zweite Glied gedrückt, sieht am Ende des Tunnels wieder helles Licht. In Hamburg machte sich Schwericke, Chef-Jurist des Bayer-Werkes, zum Wortführer der Vergangenheitskritiker: „Durch Dettmar Cramer haben wir drei Jahre verloren. Der wollte doch immer nur das dicke Geld abholen. Wir waren in der Entwicklung schon viel weiter als Bayer 05 Uerdingen. Die aber wurden Pokalsieger, wir schafften nichts. Das lag an der sogenannten Männerfreundschaft zwischen Cramer und Becker. Becker hätte Cramer doch auch noch fünf Mittelstürmer gekauft.“

Selbst das Bayer-Werk hat Sportchef Becker inzwischen gerügt. Von Hermann-Josef Strenger, dem Vorstandsvorsitzenden der Bayer AG, mußte er sich sagen lassen, er solle künftig das Geld nicht mehr so sinnlos ausgeben. Außerdem sei es angebrachter, wenn sich Becker in der Öffentlichkeit etwas zurückhalte. Lange ist der Sportchef ohnehin nicht mehr im Amt. Am 31. Dezember 1986 wird er pensioniert. Schwericke: „Der Becker ist in fünf Tagen vergessen.“ Beckers Nachfolger wird Jürgen Schwericke heißen: „Davon kann man ausgehen. Das ist alles im Werk schon programmiert.“



Setzt neue Markierungen: Trainer Erich Ribbeck. FOTO: SIMON

Was Schwericke an Trainer Erich Ribbeck so mag, ist das, was sie bei Cramer alle zur Weißglut getrieben hat. Schwericke: „Ribbeck ist ein Trainer, der unabhängig in seinen Entscheidungen ist.“ Das hatte zur Folge, daß sich unter dem neuen Trainer einige Dinge geändert haben. Ribbeck redet nicht nur, sondern setzt das auch um, was er sagt. Cramer redete viel, doch alles blieb beim alten. Cramer wollte stets neue Spieler, Ribbeck holte nicht einen. Cramer versprach den Fans in Leverkusen den offensiven Fußball. Aber erst Ribbeck praktizierte ihn.

In Hamburg ließ der frühere DFB-Trainer mit Roman Geschlecht und Alois Reinhardt lediglich zwei Spieler auflaufen, die als reine Abwehrspezialisten zu bezeichnen sind. Alle anderen drängt es eher in die Offensive. Cramer sprach immer davon, den jungen Leuten „im Sog von Waas und Bum Kun Tscha“ eine Chance zu geben. Selten war davon etwas zu sehen. Ribbeck hat in den ersten zehn Spielen mit Drews (18 Jahre), Zanter (20), der derzeit wegen eines Schlüsselbeinbruchs ausfällt, und Thomas Zechel (20) bereits drei Nachwuchsspieler eingebaut. Gerade Drews und Zechel fielen in Hamburg besonders durch ihre forsche und selbstbewußte Spielweise auf – weil sie auf das Vertrauen des Trainers bauen können.

Was Cramer einfach nicht mehr wahrhaben wollte, weiß Ribbeck: Nur am Geldbeutel sind die Profis zu packen, nur über Disziplin in allen Lebenslagen kommt der Erfolg. Ribbeck führte eine neue Prämienregelung ein. Nur der verdient gut, der immer spielt und gewinnt. Das Absahnen ist in Leverkusen vorbei. Wer zu spät zum Training kommt, zahlt beim ersten Mal 50 Mark in die Mannschaftskasse. Ab dem zweiten Mal sind 100 Mark fällig. Bei Ribbeck gibt es auch nächtliche Kontrollanrufe.

Wenn die Mannschaft bei Abendspielen erst am frühen Morgen in Leverkusen wieder ankam, übernachteten Bast, Schreier und Patzke, die alle in Bochum wohnen, auf Vereinskosten im Ramada-Hotel. Ribbeck hat es ihnen auch erlaubt, aber nur, wenn sie die Rechnung selbst bezahlen. Seitdem fahren die Spieler brav nach Hause. Essen und Getränke wie Cola und Limo, Nudeln und Pommes frites, die dick machen, hat Ribbeck verboten.

Cramer war Weltmeister im Geldausgeben, Ribbeck ist Sparmeister. Bislang hat Ribbeck mehr Erfolg.

STAND ● PUNKT / ***Bellevue und Tour de France***

Bellevue heißt ein Schloß in Berlin, Sanssouci eines in Potsdam, beide sind mit der Geschichte der deutschen Hauptstadt so eng verbunden wie Spree und Havel mit ihrer Landschaft. Nur zwei kleine Indizien für die historische Tatsache, daß die Stadt sich allem Französischen öffnete und es liebte (und noch immer liebt). 1685 nahm Berlin die Hugenotten auf, die 35 Jahre später schon 20 Prozent der Bevölkerung stellten. 1750 lud sich Friedrich der Große den Philosophen Voltaire ins Haus (und stritt mit ihm). Beispiele, nur kleine Beispiele.

Aber sehr schöne mit dem Blick auf 1987, die 750-Jahr-Feier der Stadt und den Plan, die Tour de France deshalb in Berlin starten zu lassen: Bellevue, das heißt „schöne Aussicht“.

Ob nun von hier aus schnurstracks und „ohne Sorge“ nach Sanssouci eingekehrt werden darf, ist die große Frage. Die Tour-Veranstalter haben bei Interessenten schon immer schöne Aussichten genährt (sogar in New York), am Ende aber abgewinkt und ihre wahren Absichten offenbart, ohne Sorge um die Gefühle abgeblitzter Bewerber: Die Konkurrenz im eigenen Lande sollte angestachelt werden, der Ehrgeiz, das Geld aufzubringen, das andere vielleicht zu zahlen bereit wären. Das muß auch der Senat der Stadt wissen, für den Senatsdirektor Karl-Joachim Kierey erklärte, bei einer Bürgschaft von drei Millionen Mark und einer vorläufigen Kostenübernahme von rund zwei Millionen Mark falle die Entscheidung zugunsten Berlins.

So einfach ist das nicht, da verbirgt sich sogar die Gefahr, daß Berlin nur als finanzielles Druckmittel für Monaco eingesetzt wird, das sich ebenfalls beworben hat, Startort zu sein. Im starken Traditionsbewußtsein der Franzosen ist die Tour de France nun einmal eine französische Veranstaltung, die allenfalls nur kurz die Grenze überschreiten darf.

Voltaire hat gesagt: „Das wahrste Wort der Menschensprache heißt: Vielleicht.“ So ist es denn wohl: eher Bellevue als Sanssouci, eher schöne Aussicht als Planung ohne Sorgen.

que

SPORT-NACHRICHTEN

Ludo Coek gestorben

Antwerpen (dpa) – Der belgische Fußball-Nationalspieler Ludo Coek ist im Alter von 30 Jahren in einem Krankenhaus in Antwerpen an den Verletzungen gestorben, die er sich am Montag bei einem Autounfall zugezogen hatte. Coek, der für den FC Anderlecht spielte, bestritt 46 Länderspiele für Belgien.

Mikkola verlängerte

Düsseldorf (sid) – Der finnische Weltklasse-Rallyefahrer Hannu Mikkola und sein Beifahrer Arne Hertz haben ihren Vertrag für das Jahr 1986 bei Audi verlängert. Zuvor hatten sich schon Walter Röhrl (Regenburg) und sein Beifahrer Christian Geistdörfer für die neue Rallye-Saison bei Audi verpflichtet.

Juventus – Verona live

Zürich (sid) – Das Spiel der zweiten Runde des Europapokals der Landesmeister zwischen Titelverteidiger Juventus Turin und dem italienischen Meister Hellas Verona wird am 6. November im italienischen Fernsehen live übertragen. Laut Beschluß der Europäischen Fußball-Union (UEFA) muß das Spiel wegen der Tragödie von Brüssel unter Ausschluß der Öffentlichkeit ausgetragen werden.

Sundermann muß zahlen

Straßburg (sid) – Der deutsche Trainer Jürgen Sundermann wurde von einem Arbeitsgericht in Straßburg zur Zahlung von 60 000 Mark an seinen früheren Klub Racing Straßburg verurteilt. Der Verein forderte von Sundermann (jetzt Trainer von Trabzonspor in der Türkei) das Geld wegen „Nichterfüllung seiner Aufgabe, katastrophalen Versagens und Herbeiführung einer aggressiven und ungerechten Stimmung“.

80 Fans festgenommen

London (dpa) – 80 randalierende Fans aus London wurden beim Liga-Pokalspiel zwischen dem FC Southampton und Millwall vorläufig festgenommen. Nach Polizeiangaben hatten etwa 150 Schlachtenbummler auf den Straßen von Southampton Schlägereien angezettelt.

ZAHLEN

FUSSBALL

Bundesliga, Nachholspiele: München – Hannover 6:0 (1:0), Hamburg – Leverkusen 1:3 (0:2). – Junioren-Auswahlspiel (U 18): Israel – Deutschland 1:2.

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Toulouse, 1. Runde: Tulasne (Frankreich) – Westphal (Deutschland) 6:0, 6:2, Nastase (Rumänien) – de Minicis (Italien) 6:3, 1:6, 6:3, Smid (CSSR) – Benhabiles (Frankreich) 6:4, 6:0.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Männer, 7. Spieltag: ATSV Saarbrücken – TTC Altena 9:7.

TENNIS

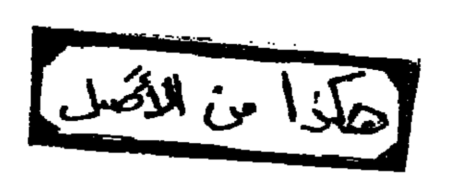
Wundersame Heilung

sid, East Rutherford

Bei welchem Wunderheiler war er denn wohl in den letzten Tagen? Es geht um Ivan Lendl, Nummer eins der Tennnis-Weltrangliste. Vor zehn Tagen konnte er den rechten Schlagarm nicht heben. Eine Nervenentzündung habe stechenden Schmerz vom Ellenbogen aus bis in den kleinen Finger geschickt, sagte er. Deshalb konnte er beim Davispokal-Halbfinale gegen Deutschland nicht im Einzel, also auch nicht gegen Boris Becker antreten. Im Doppel spielte er schwach.

Und nun – welch wundersame Heilung: Beim Schauturnier in East Rutherford (USA) spielte Lendl überaus fit. Er besiegte Jimmy Connors, also den Vierten der Weltrangliste, mit 6:1, 6:2. In diesem kurzen, einseitigen Spiel schlug der verletzte rechte Schlagarm gleich bei neun Aufschlagsassen zu. Im sogenannten Finale trifft Lendl nun (wer hätte das gedacht) auf John McEnroe (6:1, 6:2 gegen Gomez), womit die Schau denn ihren Abschluß findet. Für die vier Spieler liegen 340 000 Dollar bereit. Wie diese Summe verteilt wird, bleibt geheim. Bei Schauturnieren verdient nicht immer der Sieger das meiste.

Ist das der Grund für Lendls Verletzung, hatte er Angst, sein Anteil würde sinken, wenn er gegen Boris Becker in Frankfurt verliert?



SIEMENS

Der kleinste und größte BS2000-Computer von Siemens. Vorgestellt in Mips.

Jetzt war in Zürich Premiere für 11 neue Zentraleinheiten und den neuen PC-2000 des europäischen Betriebssystems BS2000 von Siemens.

Dadurch verdoppelt sich die Zahl der Zentraleinheiten auf 22. Und ihre Leistungsbreite macht gleich drei Sprünge nach oben: Auf rund 11, 15 und 27 Mips (Millionen Instruktionen pro Sekunde). Parallel dazu wird der bisherige Leistungsbereich (0,3 bis 8 Mips) um 7 Leistungsstufen erweitert.

BS2000 ist damit das durchgängigste Betriebssystem in der internationalen Computer-Landschaft: Bei den Zentraleinheiten haben der kleinste und größte BS2000-Computer ein Leistungsverhältnis von 1:80. Nimmt man den PC-2000 dazu, dann ist die Bandbreite 1:200.

Die Vorteile können Sie sich ohne Computer ausrechnen: Ihre Datenverarbeitung kann wachsen, ohne daß mit neuen, größeren Zentraleinheiten kostspielige Umstellungen notwendig werden. Betriebssystem, Programme und die Erfahrungen Ihrer Mitarbeiter – alles bleibt in der BS2000-Familie.

Da Sie davon ausgehen müssen, daß der Bedarf an DV-Kapazität in Ihrem Unternehmen jährlich um 30% bis 50% wächst, ist der Nutzen sehr schnell sechsstellig.

Hinzu kommt, daß Sie nicht ständig Zentraleinheiten austauschen müssen. Die Leistung innerhalb der einzelnen BS2000-Modellreihen läßt sich vielmehr durch Hochrüsten kontinuierlich steigern – um bis zu 400%.

Somit sind Sie für das Wachstum Ihres Unternehmens bestens gerüstet – auf jeden Fall, was die Datenverarbeitung betrifft.

Wenn Sie mehr darüber wissen wollen, schreiben Sie an Siemens AG, Infoservice 13/1295 Postfach 156, 8510 Fürth.

Aufgaben gibt's überall. Siemens Computer auch.

A 19100-D-Z-105

Zur gleichen Stunde, als gestern in Bonn eine Umfrage veröffentlicht wurde, wonach die Bevölkerung Maßnahmen gegen das Waldsterben als die nach der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zweitwichtigste Aufgabe betrachtet, legte Bayerns Landwirtschaftsminister Hans Eisenmann (CSU) im Münchner Landtag die Waldschadensinventur 1985 vor. Zwei gegensätzliche Ergebnisse stechen dabei hervor.

Zerstörung am Berghang – Erholung im Tal

Von PETER SCHMALZ

In den Höhen des Bergwaldes steigen die Schäden in besorgniserregendem Umfang. Laub- und Nadelbäume in tiefer gelegenen Landesteilen haben sich dagegen spürbar erholt. Die schadensfreien Flächen im gesamten Raum südlich der Donau mit Ausnahme des Hochgebirges und in den tiefgelegenen Nadelwaldgebieten Nordbayerns haben um 23 100 Hektar zugenommen. Das sind 2,5 Prozent der bayerischen Waldfläche von 2,4 Millionen Hektar. Darüber hinaus ist in fast allen diesen Gebieten ein Rückgang der stärkeren Schäden um knapp 63 000 Hektar zu beobachten.

„Für uns ist das ein eindrucksvoller Beweis, daß sich nicht nur schwach geschädigte, sondern auch stärker betroffene Bäume wieder erholen können", kommentiert der Fachminister dieses Resultat, für das er zwei Gründe sieht: mehr Regen und damit günstigere Wachstumsbedingungen für die Bäume und eine besonders in Bayern beachtliche Reduzierung der SO_2-Immissionen. Nach einer Untersuchung des bayerischen Umweltministeriums sank im Freistaat der Schwefeldioxid-Ausstoß aus Haushalten, Industrie und Kraftwerken von 720 000 Tonnen im Jahr 1976 auf 280 000 Tonnen im vergangenen Jahr. Bis 1989 sollen weitere 100 000 Tonnen zurückgehalten werden.

Die Menge der schwer geschädigten Bäume mit über 60 Prozent Nadel- oder Blattverlust (Schadstufen 3 und 4) nahm zwar übers Jahr rein statistisch um die Hälfte zu, ist jedoch mit nur drei Prozent noch immer minimal. Jeder vierte Baum gilt als mittelstark geschädigt mit einem Blatt- oder Nadelverlust von 26 bis 60 Prozent. Auch betrug die Zunahme nur ein Prozent. Um zwei auf 33 Prozent stieg die Zahl der schwachgeschädigten Gewächse mit Verlusten bis 25 Prozent.

Minister Eisenmann warnte davor, diese letzte Gruppe als „sterbende Wälder" zu bezeichnen, und verwies auf den Forschungsbeirat „Waldschäden/Luftverunreinigung", der rät, diese Stufe 1 aus der Schadensbilanz herauszunehmen. Danach, so der Minister, wären immerhin 72 Prozent der bayerischen Waldfläche „nicht wesentlich geschädigt". Besonders in dieser Stufe vermuten Experten auch zahlreiche Schäden durch den extrem strengen Frost im vergangenen Winter.

Daß in der bayerischen Bilanz '85 überhaupt mehr kranke Bäume verzeichnet werden mußten, geht in erster Linie auf das Baumsterben im Bergwald zurück. Eisenmann: „Diese Entwicklung bereitet uns große Sorgen." Wurden im Vorjahr an 34 Prozent der Bäume im Hochgebirge und in den Mittelgebirgslagen deutliche Schäden registriert, so zeigt sich jetzt dieses Schadensbild bereits an jedem zweiten Baum. Im gleichen Zeitraum nahm die Zahl der völlig gesunden Bäume rapide ab: von 38 auf nur noch 22 Prozent. Dabei ist die Tanne besonders betroffen, von der nur noch acht Prozent gesund sind, im Vorjahr waren es immerhin noch 19.

Zur Sanierung und Aufforstung gefährdeter Bergwälder gab der bayerische Staat in den vergangenen zehn Jahren 17 Millionen Mark aus. Dies wäre aber kaum mehr als ein Notgroschen im Vergleich zu den zu erwartenden Kosten, falls der Bergwald nicht gerettet wird und seine Schutzfunktion durch künstliche Maßnahmen ersetzt werden müßte. Hangverbauungen aus Holz und Eisen, die Straßen und Ansiedlungen vor Lawinen und Erdrutschen sichern, kosten zwischen 10 000 und 200 000 Mark je Hektar, in extrem schwierigen Lagen sogar eine Million.

Von den 230 000 Hektar bayerischen Gebirgswaldes sind nach Feststellungen des Landwirtschaftsministeriums bereits 5000 Hektar Problemflächen, die ihre Schutzfunktion mit Fichten, Tannen oder Buchen nicht mehr oder nur noch unvollkommen wahrnehmen können. Es wäre ein Milliardending, müßten diese Wälder durch Schutzbauten ersetzt werden.

Ventil aus zweiter Hand

Ein Herzklappen-Ersatz ist auch bei Senioren kein Risiko

Von JOCHEN AUMILLER

Die dritte gemeinsame Herztagung der deutschen, österreichischen und Schweizer Kardiologen wartete in Wien mit nur einem Hauptthema auf: dem Herzklappenersatz. Der Austausch der entzündlich veränderten, degenerierten Herzklappen gegen Metall- oder Bioklappen macht den Herzchirurgen schon seit einigen Jahren Kopfzerbrechen. Nicht etwa, weil der Klappenersatz generell ins Gerede gekommen wäre, die Probleme liegen vor allem in den technischen Details und in der Nachsorge der Herzpatienten.

Langzeitstudien, von Prof. D. Horstkotte, Medizinische Universitätsklinik Düsseldorf, vorgetragen, belegen eindeutig, daß der prothetische Herzklappenersatz ein großer Fortschritt ist. So leben nach zehn Jahren noch 80 Prozent der Operierten (mit einer Enge der Mitralklappenöffnung), aber nur noch 30 Prozent der konservativ Behandelten. Ähnlich sind die Zahlen auch bei anderen Klappenfehlern. Entscheidend für die Überlebenszeit und -qualität ist allerdings die richtige Wahl des Operationszeitpunktes, aber auch die Wahl der richtigen Prothese.

Prinzipiell gibt es zwei unterschiedliche Klappentypen: die mechanischen, die durch ein relativ hohes Thrombembolierisiko (plötzlicher Verschluß eines Blutgefäßes durch einen in den Kreislauf verschleppten Blutpfropf) belastet sind, und biologische Klappen, die im Laufe der Jahre ebenfalls degenerativ zerstört werden. Etwa seit Mitte der 70er Jahre bevorzugen viele Herzchirurgen die Bioprothesen. Es zeigte sich allerdings, daß die Überlebenszeit dieser Bioprothesen zu wünschen übrig läßt. Nach acht Jahren „Betriebszeit" müssen zehn bis 40 Prozent der Bioprothesen wegen Degeneration der Klappen ausgetauscht werden.

Die Zweitoperation ist aber entgegen langjähriger Meinung keineswegs so unproblematisch wie angenommen. Würden die Funktionsdefekte der Bioklappen rechtzeitig entdeckt, wäre das Risiko der Zweitoperation nicht höher als das des Ersteingriffs. Leider werden in der Praxis die Funktionsdefekte der Klappen häufig so spät entdeckt, daß der Herzmuskel bereits in Mitleidenschaft gezogen wurde und das Operationsrisiko wesentlich höher wird.

Überhaupt, das mußte man den Ausführungen von Prof. Hans Georg Borst, Medizinische Hochschule Hannover, entnehmen, steht es mit der Nachsorge der Klappenpatienten nicht gerade zum besten. Häufig werden die Patienten mit einer Bioklappe von den niedergelassenen Ärzten mit gerinnungshemmenden Medikamenten therapiert, ohne daß dies erforderlich wäre. Diese sogenannte Antikoagulation ist aber recht komplikationsträchtig: Es drohen Blutungen.

Künftig muß wieder in jedem Einzelfall genauer geprüft werden, ob mechanische Klappen oder Bioprothesen verwendet werden sollen. Hier gibt es zahlreiche Entscheidungskriterien, die sich an der Vorschädigung des Herzens, der betroffenen Klappe, aber auch am Alter des Patienten orientieren. Die Operationstechnik ist ausgefeilter, der Herzmuskel kann medikamentös während der Operation geschützt werden, und die Fortschritte in der Intensivbehandlung nach dem Eingriff haben das Operationsrisiko bei Senioren stark herabgesetzt.


Schon fast Routine: Auswechseln einer Herzklappe FOTO: MÜHLBAYER

Die Göttinger Herzchirurgen berichteten über 212 Patienten, die zwischen 1977 und 1985 jenseits des 70. Lebensjahres am Herzen operiert wurden. Die Operationssterblichkeit lag bei ihnen nicht entscheidend höher als bei jüngeren Patienten. Die Funktionstüchtigkeit der hier bevorzugten Bioprothesen über sechs bis zehn Jahre wird bei diesen Herzkranken im fortgeschrittenen Alter als ausreichend betrachtet. Der Klappenersatz soll nämlich bei ihnen in erster Linie die Beschwerden lindern, die Lebensqualität bessern. Erst in zweiter Linie geht es um eine Verlängerung der Lebenserwartung.

Edelgas im Gipskarton

25 Jahre Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung

Von DIETER THIERBACH

Eine Institution, die zu den 13 Großforschungseinrichtungen der Bundesrepublik zählt und sich zum Ziel gesetzt hat, die wissenschaftlichen Grundlagen zur Bewältigung der komplexen Umweltproblematiken zu erarbeiten, feiert heute ihr 25jähriges Bestehen: die in Neuherberg im Norden Münchens ansässige „Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung", kurz GSF genannt. Ihr Ziel: Forschung zum Schutz des Menschen und seiner Umwelt vor den schädlichen Auswirkungen der Zivilisation.

Die Arbeit der zehn GSF-Institute gliedert sich in fünf Schwerpunkte: Verteilung von Chemikalien und ihre Risiken in der Umwelt, biologisch-medizinische Wirkungen und Wirkungsmechanismen von Chemikalien und Strahlung, Strahlenschutzforschung, Behandlung und Beseitigung gefährlicher Abfälle sowie Verbesserung der medizinischen Versorgung.

Die GSF beschäftigt bei einem Haushaltsvolumen von rund 150 Millionen Mark fast 1600 Mitarbeiter, darunter – Ende 1984 – 413 Wissenschaftler: unter anderem 93 Physiker, 76 Chemiker, 59 Biologen, 47 Diplom-Ingeniure, 41 Mediziner, 17 Mathematiker und 16 Geologen. Nach Gründung der Einrichtung als Außenstelle des Karlsruher Kernforschungszentrums im Jahr 1960 stand zunächst die Erforschung der Wirkung radioaktiver Strahlung auf Lebewesen im Vordergrund.

Vier Jahre später wurde die Außenstelle in die selbständige „Gesellschaft für Strahlenforschung" umgewandelt. In den 60er Jahren kam der Schwerpunkt Umweltchemikalien dazu; man änderte 1971 den Namen entsprechend der neuen Zielsetzung.

In den folgenden Jahren siedelten sich zahlreiche medizinische Arbeitsgebiete wie Abteilungen für Pathologie, Säugetier- und molekulare Genetik an.

So wurden zur Nachahmung der Umweltbedingungen in geschädigten Wäldern bei der GSF Expositionskammern (EPOKA's) entwickelt, in denen bis zu zehn Jahre alte Laub- und Nadelbäume wachsen. Man erzeugt definierte klimatische Bedingungen, wie unterschiedliche Temparaturen und Sonneneinstrahlzeiten; aber auch Regen und Frost. Selbst Schadgase können einzeln oder kombiniert eingeleitet werden. Beobachtet wird die Reaktion der Bäume, ausgewertet werden Veränderungen in der Atmung und Photosynthese sowie die Entwicklungen von Nadeln und Wurzeln.

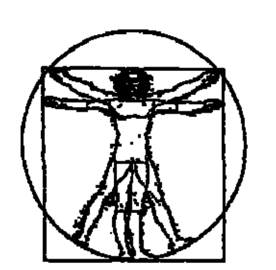
In einer umfangreichen Studie untersuchte die GSF in 5000 Wohnungen die Belastung der Bevölkerung im Bundesgebiet durch das radioaktive Edelgas Radon. Baubiologen waren durch ihre „Untersuchungen" zu dem Schluß gekommen, daß zahlreiche Baustoffe, u. a. zementgebundenes Material und Gipskartonplatten, Radon gleich im Übermaß abgeben. In ihrem „Wohngift"-Buch stellten sie dazu fest, daß die Konzentration an Edelgas in den Innenräumen immer größer als in der Außenluft sei.

Eine solche Strahlenbelastung, bedingt durch die Eigenaktivität der Baustoffe, wiesen die GSF-Wissenschaftler ins Reich der Phantasie. Ihre Messungen zeigten, daß – wenn überhaupt – der Boden unter den Häusern die Hauptquelle für die radioaktive Strahlung ist und nicht – wie an anderer Stelle lauthals verkündet – das Baumaterial. Ihre konsequente Empfehlung an alle Übervorsichtigen lautete, durch Abdichten der Fundamente den Radongehalt in den Wohnungen senken.

AUS LABORS UND INSTITUTEN

Neues vom Mars

Mountain View/USA (AP) – Auf dem Planeten Mars gibt es nach Ansicht amerikanischer Wissenschaftler bis zu hundertmal mehr Wasser, als bisher angenommen wurde. Nasa-Mitarbeiter berichteten gestern, diese Erkenntnisse seien ein Ergebnis der Flüge der



unbemannten „Mariner"- und „Viking"-Raumsonden, die in den 70er Jahren zum Mars entsandt worden waren. Die Auswertung von 20 000 Fotos habe Anzeichen dafür ergeben, daß die Pole des Planeten ständig von Eiskappen überzogen seien.

Hilfreiche Biologie

Erlangen (dpa) – Zur Erforschung der in vielen Pflanzen enthaltenen natürlichen Abwehrstoffe und zur Entwicklung biologischer Schädlingsbekämpfungsmittel hat das BMFT dem Institut für Organische Chemie an der Universität Erlangen-Nürnberg rund 500 000 Mark bewilligt. Wie Institutsleiter Hans Bestmann mitteilte, führten erste Untersuchungen des interdisziplinär arbeitenden Teams aus Chemikern und Biologen bereits zur Auffindung eines Öls im Balsamkraut, das Insekten zu töten vermag.

Dia-Schau per TV

Rochester (D. T.) – In den USA ist jetzt eine neue Methode vorgestellt worden, um bis zu 50 Farb-Dias auf eine Video-Floppy-Disc umzuspielen und anschließend über den Fernseher wiederzugeben. Das „Umkopieren" der ausgewählten Bilder von Farbnegativen besorgt die Entwicklungsanstalt; dabei sind Farb- und Helligkeitskorrekturen möglich. Das Videogerät gibt es auch als Ausführung für Aufnahme und Wiedergabe, damit man Einzelbilder aus Fernsehsendungen oder von der Videokamera aufzeichnen kann.

Ein kleiner Vorgeschmack (aus auto motor und sport) auf den Ford Scorpio mit serienmäßigem ABS. Sie erfahren alles andere bei Ihrem Ford-Händler.

Das integrierte Anti-Blockier-System ermöglicht kürzere Bremswege und das Fahrzeug bleibt auch bei einer Vollbremsung lenkfähig.

auto motor und sport

Leiser Riese: Der Scorpio ist ein geräumiger Reisewagen mit exzellentem Federungskomfort und niedrigem Innengeräusch.

K-DL 662

auto motor und sport 9/85

Scorpio Ford

Sowjetische Vorschläge „unannehmbar“

● Fortsetzung von Seite 1

torium der anderen Großmacht zu erreichen. Damit würden über 2000 sowjetische Gefechtsköpfe, die die amerikanischen Alliierten in Europa, nicht aber die USA direkt bedrohen, aus der Zählung der Sowjets bei einer Reduzierung der Nuklearsenale ausgeschlossen.

Das wiederum hätte zur Folge, daß sich das Verhältnis sowjetischer nuklearer Gefechtsköpfe gegen Ziele in den Vereinigten Staaten von gegenwärtig 3:1 auf 6:1 zugunsten der Sowjetunion verdoppeln würde, weil sich die Zahl der Ziele in den USA – im wesentlichen amerikanische Raketensilos – drastisch verringern würde, während sich die Raketenziele für die USA in der Sowjetunion zahlenmäßig nur unwesentlich verringern würden. Zugleich würde die Fähigkeit der USA, ihre europäischen Verbündeten zu schützen, ernsthaft in Frage gestellt. Mit anderen Worten, erklärte der Beamte: „Es wäre für die Sowjets in Ordnung, Europa nuklear zu bedrohen, nicht jedoch für Europa, dieser Drohung mit gleichen Mitteln zu begegnen."

Diese Zählweise und Interpretation des westlichen nuklearen Raketenarsenals stehe einem wirkungsvollen Abrüstungsabkommen im Wege, das nach amerikanischer Ansicht auf Gleichgewichtigkeit und damit auf strategischer Stabilität basieren müsse. Ein derartiges Abkommen müsse außerdem sicherstellen, daß sich für keine der beiden Seiten die Chancen zu einem nuklearen Präventivschlag erhöht.

Der Beamte bemängelte ferner Unklarheiten in den sowjetischen Vorschlägen in der Frage eines Verbots der Modernisierung von Nuklearsystemen. In ihrer gegenwärtigen Form ließen sie die Vermutung offen, daß die Sowjets die SS 24 und SS 25 nicht als neue Waffensysteme, sondern nur als die Fortentwicklung bestehender Typen begreifen.

Geht Gorbatschow der Atem aus? In Moskau will man Taten sehen

R.M. BORNGÄSSER, Moskau

Moskaus KP-Chef Michail Gorbatschow ist von seiner ersten offiziellen Auslandsreise in den Westen als KP-Chef in die Sowjetunion zurückgekehrt. Nun muß sich der Praktiker Gorbatschow wieder bewähren. Er, der das Sowjetvolk aus dem Labyrinth der sowjetischen Mißwirtschaft führen will. Denn noch in diesem Jahr, so versprach der Generalsekretär im Sommer in Minsk, soll das „komplette System eines flexibleren modernen Wirtschaftsmechanismus" ausprobiert werden. „Wir haben entschieden, was getan werden muß, wir können nicht stehenbleiben, sondern müssen handeln, handeln und nochmals handeln – so rief er seinen Zuhörern in Minsk zu.

Mit radikaler Diktion

Um diese Änderungen und diese Neufassung der Richtlinien für den Fünfjahresplan 1986–1990 durchzusetzen, hat er rigoros Leute seines Vertrauens um sich versammelt und sie auf hohe Posten gehievt. Selten hat es bisher im Kreml in so kurzer Zeit so viele Personalveränderungen gegeben. Ein Prozess der Verjüngung, der immer noch anhält, und sicher erst im kommenden Februar, anläßlich des 26. Parteitages abgeschlossen sein wird.

Zuletzt wurde der 56jährige Nikolaj Ryschkow in das Amt des Ministerpräsidenten gehievt. Ein Wirtschaftsmann, der sich durch die gleich radikale Diktion wie der Parteichef selber auszeichnet. Da ist ferner Jegor Ligatschow, der 64 Jahre alte Russe, Flugzeugingenieur, der einst von Andropow aus dem sibirischen Tomsk nach Moskau geholt wurde. Ihn sehen manche westliche Beobachter als den Chefideologen der sowjetischen Partei. Neu ist auch der 62 Jahre alte Viktor Tschebrikow, der das KGB leitet. Ihm vertraut Parteichef Gorbatschow offensichtlich. Stellte doch bereits Andropow diesen Mann an die Spitze der mächtigen Geheimpolizei im Sowjetbereich. Gorbatschow machte ihn nach seinem Machtantritt zum Mitglied des Politbüros. Zu den Männern seines Vertrauens zählt auch der 57jährige ehemalige georgische Parteiführer Eduard Schewardnadse, der noch ungeübte Außenpolitiker, der den erfahrenen Andrej Gromyko ablöste, der jetzt sein Dasein nur in einem repräsentativen Amt als Präsidiumsvorsitzender eines Scheinparlaments fristet.

In der Wirtschaftspolitik kann sich der Parteichef außerdem auf die Politbüro-Mitglieder Geidar Alijew und Witalij Wortnikow sowie auf dem Politbüro-Kandidaten Wladimir Dolgisch stützen. Neulinge unter Gorbatschows Führung sind auch die Sekretäre im Zentralkomitee der KPdSU: der 62jährige Leningrader Parteichef Lew Saikow, der vermutlich für Rüstungsindustrie zuständig ist, ebenso der 54jährige Viktor Nikolow für Landwirtschaft und der 54jährige Boris Jelzin, von dem man aufgrund seiner früheren Tätigkeit annehmen kann, daß er für die Bauwirtschaft in der Sowjetunion zuständig ist.

Techniker ausgewechselt

Remedur Zuhauf gab es auch bei den einzelnen Ministerien, – vornehmlich in denen der bisher wenig produktiven Sowjetwirtschaft – an dessen Spitze der Parteichef während dieses Sommers neue Minister setzte, ohne daß viel Aufhebens davon gemacht wurde:

Abgesehen vom Außenministerium unter Schewardnadse wurde das Ministerium für hoch- und mittlere Fachschulen neu besetzt. (Gennadij Jagodin, früher im Mendelew chemischen-technischen Institut, Moskau). Ferner das Ministerium für Leichtindustrie (Wladimir Kljew), das Ministerium für Industriebau (Arkadij Schechpetilnikow, früher zuständiger Minister für Industriebau in der Ukraine), außerdem das Ministerium für Industriebau, Bau und Material (Sergej Voenschkin, früher Minister dieses Bereichs). Ausgewechselt wurde auch die Spitze im Ministerium für Transportwesen (Wladimir Breschnew), für Eisen und Metall (Serafin Kolpakow), für elektrotechnische Industrie (Gennadij Woronowsky) und für Energie und Elektrifizierung (Anatolij Majorets).

Eine junge Mannschaft

Unter dem neuen Generalsekretär gab es auch bei den sowjetischen Botschaften im Ausland ein starkes Revirement: So in Botswana, Burma, Äthiopien, Ungarn, Jordanien, Kenia, Lesoto, Mongolei, Nepal, Niederlande und Pakistan wurden neue Botschafter ernannt. Auch auf Landesebene wurden mächtige Amtsverweser in Pension geschickt und durch jüngere ersetzt. Mit dieser neuen Mannschaft versucht Gorbatschow nun, die wirtschaftlichen Weichen neu zu stellen. Noch in diesem Monat soll eine Plenarsitzung des Zentralkomitees stattfinden, wie man in Moskau munkelt. Gorbatschow und seine neuen Leute stehen unter Druck. Schon stößt der Elan des KP-Chefs – anfangs von der sowjetischen Bevölkerung begrüßt, auf eine „zunehmende Unlust". Wenn der allgemeine Eindruck nicht täuscht, so beginnt die anfangs so hohe Popularitätswelle, worauf der neue Generalsekretär getragen wurde, zu sinken. Gorbatschows starke Eigenmächtigkeit – ein Verstoß gegen den kollektiven Führungsstil überhaupt – der die Mitglieder des Politbüros zur Staffage herabsinken läßt, bringt zwangsläufig böses Blut mit sich. Die Sowjetbevölkerung will endlich „Taten" sehen, nicht nur „Vorwürfe" und „Versprechen" hören.

Wörner enttäuscht über Tokios Desinteresse am Tornado-Geschäft

Japans Regierung hofiert den Minister / Rüstungskooperation bleibt auf bisherigem Niveau

RÜDIGER MONIAC, Tokio

Seit fast 15 Jahren ist kein deutscher Verteidigungsminister von der japanischen Regierung so „hofiert" worden wie Manfred Wörner jetzt bei seinem Besuch in Tokio, weder Helmut Schmidt 1971 noch Hans Apel 1980. Der Premierminister hat ihn empfangen, und sein japanischer Amtskollege gab ihm die Ehre, anläßlich einer Abendeinladung beim deutschen Botschafter das Wort zu ergreifen – was nach Beteuerung von Diplomaten ganz ungewöhnlich ist. Der japanische Verteidigungsminister Kato beschrieb am Dienstagabend in der Residenz von Botschafter Boss, wie problemlos die Beziehungen zwischen Japan und der Bundesrepublik seien; wie ähnlich auch die beiderseitige Sicherheitslage als Verbündete der USA und von der Sowjetunion bedrohte Staaten aussehe.



Bundesverteidigungsminister Wörner schreitet in Tokio die Ehrenformation der japanischen Armee ab FOTO: AP

Trotz solcher japanischer Gesten der Wertschätzung jedoch macht die Stimmung in der deutschen Delegation eher den Eindruck der Niedergeschlagenheit. Wörner war am Sonntag in Tokio eingetroffen, um sich drei Tage lang in Gesprächen mit Regierungsmitgliedern und einflußreichen Fachleuten einen Überblick über die Lage der Sicherheitspolitik in Japan zu verschaffen. Was die Vereinbarung einer breiten sicherheitspolitischen Zusammenarbeit anbetrifft, hat er sich offenbar übertriebene Hoffnungen gemacht.

Mit besonderen Erwartungen hatte die deutsche Delegation wohl einer engen Rüstungskooperation entgegengesehen, aber die Erwartungen trogen. Die Vorstellung, Japan könnte seine „Selbstverteidigungs-Streitkräfte" mit Hilfe deutscher Waffentechnik auf einen modernen Stand bringen, war eine Selbsttäuschung. So zeigte die japanische Regierung zum Beispiel nicht das mindeste Interesse am Kampfflugzeug „Tornado".

„Wer hat uns nur so falsch beraten?" fragte man sich in der deutschen Delegation nach Wörners Besuchen bei Premierminister Nakasone und Verteidigungsminister Kato. Noch 24 Stunden zuvor hatten alle Anzeichen darauf hingedeutet, Tokio sei auf dem besten Wege, mit den drei am „Tornado" beteiligten Partnern Großbritannien, Italien und der Bundesrepublik ins Geschäft zu kommen – ähnlich wie es mit Saudi-Arabien und Oman gelungen war.

Doch nichts geschah. Die Flugzeugmodelle, die zum Abschluß einer gemeinsamen Willenserklärung in der „Tornado"-Zusammenarbeit den Gastgebern hätten überreicht werden sollen, blieben eingepackt, ebenso die Modelle des Flakpanzers „Gepard" und der Feldhaubitze. Dem Minister blieb die bittere Erkenntnis: „Für eine breite Rüstungskooperation mit Japan gibt es für uns keine Basis. Solche Wünsche muß man sich abschminken."

Was sich allerdings an Rüstungskäufen der Japaner in der Bundesrepublik anbahnt, muß sich keineswegs verstecken. Es erreicht zwar nicht die Größenordnung des „Tornado"-Projekts, war jedoch schon vor Wörners Besuch sicher: Tokio wird bei „Rheinmetall" in Düsseldorf in kleinen Stückzahlen die Glattrohrkanone des Leopard II-Panzers kaufen und in Lizenz nachbauen. Auch die Feldhaubitze 70, eine deutsch-italienisch-britische Kooperation, fand bei den Japanern Anklang. Schon in nächster Zukunft soll ein Vertrag über die Lieferung von 25 Stück dieser 155 mm-Kanone auf Selbstfahrlafette abgeschlossen werden. Bis zur Stückzahl von 400 will Japan die Waffe dann selbst bauen.

In Wörners Delegation wurde gerätselt, warum die japanische Regierung die Kooperation auf so niedrigem Niveau hält. Die wahrscheinlichste Erklärung: Japan ist in seiner äußeren Sicherheit vollständig von den USA abhängig. Aufgrund eines bilateralen Vertrages ist die Regierung gezwungen, amerikanische Wünsche für eine Rüstungszusammenarbeit bevorzugt zu berücksichtigen.

Seit die Bonner Richtlinien für den Waffenexport Japan auf die Stufe eines NATO-Landes gestellt haben, sind die Beschränkungen in der Rüstungskooperation mit Tokio verschwunden. Wenn Japan dennoch nicht durch die offene Tür gehen mag, dürfte das, so vermutet man in der Bonner Delegation, in erster Linie daran liegen, daß Japan seinen Export in die Vereinigten Staaten nicht behindern möchte.

Frankreichs Sozialisten proben den Grabenkrieg

Parteitag zur Vorbereitung auf die nächsten Parlamentswahlen

A. GRAF KAGENECK, Paris

In einem sozialen Klima, das nach dem Willen der kommunistischen Gewerkschaft CGT mit der monatelangen Ruhe gebrochen hat und von sorgfältig provozierten „Punktstreiks" in der Automobilindustrie und der Eisenbahn gekennzeichnet ist, zieht die Sozialistische Partei Frankreichs am Freitag in ihren letzten Kongreß vor den Parlamentswahlen des kommenden März. Drei Tage lang wird sie in Toulouse die Chancen abwägen, trotz einer dramatischen Popularitätsabnutzung in vier Jahren Regierungszeit noch einmal siegen oder wenigstens „die Möbel retten" zu können. Vor allem aber muß sie mit ihrem Erbübel, der Spaltung in Tendenzen und Familien, fertig werden. Ob es ihr gelingt, trotz des Aufkommens einer starken internen Opposition unter dem früheren Landwirtschaftsminister Michel Rocard eine geschlossene Wahlkampfplattform vorzulegen, ist die Frage, die am Wochenende beantwortet werden muß.



Das Phänomen: Rocard FOTO: JUPP DARCHINGER

Das neue Phänomen ist wieder einmal Rocard. Seit seinem Rücktritt als Minister im vorigen April (aus Protest gegen die Wiedereinführung des Verhältniswahlrechts) hatte sich der brillante Tausendsassa des Sozialismus in aller Stille auf die einzige Aufgabe vorbereitet, die ihn je gereizt hat: die Eroberung der Macht im Elysee-Palast. 1980 war er gegen Mitterrand im Kampf um die Investition der Partei unterlegen. 1988 ist wieder alles offen und wenn die Sozialistische Partei vermutlich zur Bedeutungslosigkeit zurückgesunken ist, rechnet er sich Chancen gegen Mitterrand und Barre, vielleicht Chirac aus.

Vorläufig begnügt sich der Gründer der kleinen Splitterpartei PSU (Vereinigte Sozialisten) damit, seine Ideen zu einem „modernen Sozialismus" wie kürzlich auf einem Forum der angesehenen Wirtschaftszeitung „Expansion" zu verkünden. Und es läßt sich nicht leugnen, daß sie ankommen. Rocard will im Grunde eine liberale Wirtschaftspolitik, die sich in nichts mehr von der einer bürgerlichen Partei unterscheidet, alle marxistischen Dogmen über Bord wirft und vom Sozialismus nur bewahrt, was man einen Schutz vor Ausbeutung der Arbeiter durch einen zu ungezügelten Liberalismus nennen könnte. Schon in den siebziger Jahren hatte Rocard auf sozialistischen Parteitagen den Profit als Motor der Expansion und des sozialen Fortschritts bezeichnet und sich damit in eine Ecke manövriert, aus der er jahrelang nicht mehr herauskommen zu können schien. Nach dem Sieg der Sozialisten 1981 verschwand er als unbedeutender Planungsminister ganz von der Bildfläche und wurde erst 1984, nach dem Bruch mit den Kommunisten, von Premierminister Fabius wieder auf einen „heißen" Posten, den des Landwirtschaftsministers, berufen.

Heute ist das anders. Rocard ist wieder da und seine Popularität reicht weit über den engen Rahmen der Sozialistischen Partei hinaus, wie sämtliche Meinungsumfragen ausweisen. Auf dem „Expansions"-Forum erzielte er Beifallstürme meist jüngerer Unternehmer, als er von der „Verjüngungskur" sprach, die der französische Sozialismus in den vier Jahren Machtausübung durchgemacht habe, von den total abgewirtschafteten Verstaatlichungsdoktrinen, denen er radikal den Kampf ansage. Das steht auch in seiner Parteitagsentschließung, die überraschend 30 Prozent der Stimmen in den Abstimmungen der einzelnen Landesverbände zu den Parteitagen erzielte und damit ein sehr ernst zu nehmender Konkurrent für die Parteimehrheit hinter dem „Ersten Sekretär", Lionel Jospin, ist.

Jospin gelang es, alle anderen Strömungen der Partei, die „Mitterrandisten", die Anhänger des früheren Premierministers Mauroy und den linken Flügel unter Jean-Pierre Chevenement, auf einen gemeinsamen, „Entschließung eins" genannten Text festzulegen, dessen eher bescheidenes Hauptanliegen ist, aus der Partei „die tonangebende Macht auf der Linken · für die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre zu machen". Das klingt schon wie ein „leises Servus" an die Macht und enthält im Grunde nichts anderes als die ewig gleiche Kampfansage an die Kommunisten, den ersten Platz in der Arbeiterbewegung in Anspruch nehmen zu wollen.

Wie üblich wird man in Toulouse versuchen, zu einer Synthese der beiden Entschließungen zu kommen. Sowohl Jospin wie Rocard bezeichnen sie als „schwierig". Die Partei hat sich indes verjüngt. Denkbar wäre, daß unter der nachwachsenden Generation die Anhängerschaft Rocards in Toulouse zunimmt und unter ihrem Druck eine Einigung zustande kommt.

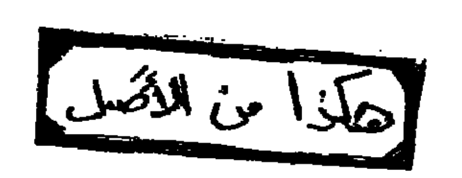
„USA werden keine Truppen abziehen“

GÜNTHER BADING, Bonn

Weder die amerikanische Verteidigungsinitiative SDI noch irgendeine andere ernsthafterweise denkbare Militärdoktrin kann nach Ansicht des amerikanischen Unterstaatssekretärs für die Luftwaffe, Tidal W. McCoy, zu einem „Abkoppeln" der amerikanischen Sicherheit von der der europäischen NATO-Verbündeten führen. In einem Gespräch mit der WELT sagte McCoy, der in Europa Verbände der US-Luftwaffe besucht: „Ich kann mir keine Umstände vorstellen, unter denen wir größere Verbände der US-Streitkräfte aus Europa abziehen würden." Er könne auch keinen Trend in der öffentlichen Meinung seines Landes ausmachen, der darauf hinausliefe. Selbst die Kritiker der gegenwärtigen Truppenstärke der USA in Europa im amerikanischen Kongreß seien davon überzeugt, daß die Sicherheit der europäischen Verbündeten „um jeden Preis" verteidigt werden müsse. Ein Abzug amerikanischer Truppen sei nur dann denkbar, wenn das Gastgeberland sich gegen einen Verbleib in der NATO oder in deren militärischer Struktur entscheide.

McCoy, der in Bonn auch mit Vertretern des Verteidigungsministeriums konferierte, beschrieb die Verteidigungsanstrengungen auf beiden Seiten des Atlantiks als eine zyklische Entwicklung. Während die Vereinigten Staaten, auch wegen ihres Engagements in Vietnam, eine ganze Reihe von Jahren wenig in die militärische Zukunft des Bündnisses in Europa investiert hätten, seien die Streitkräfte der europäischen Partner – insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland und in Großbritannien – in den siebziger Jahren verbessert und auf einen hohen Stand der Kampffähigkeit gebracht worden. Seit der Regierungsübernahme durch Präsident Ronald Reagan hätten nun wiederum die USA größere Anstrengungen unternommen, um gegen die wachsende sowjetische Bedrohung besser gewappnet zu sein. Es sei nun, wie es auch General Rogers schon erklärt habe, an der Zeit, daß die Europäer sich wieder stärker bemühten. Dies werde auch hilfreich sein bei den Versuchen Verteidigungsminister Weinbergers und des Präsidenten, den amerikanischen Kongreß dazu zu bewegen, die Begrenzung der Truppenstärke der US-Kräfte in Europa fallenzulassen.

Als konkretes Beispiel für verstärkte Anstrengungen Europas nannte er die Angleichung der logistischen Voraussetzungen für den Erhalt der Kampffähigkeit zwischen den Streitkräften. Die in Europa nebeneinander liegenden Verbände verschiedener NATO-Länder müßten hier einen einheitlichen Standard haben, da sonst die Verteidigungskette an ihrem schwächsten Glied aufgesprengt werden könnte.



Vorsprung mit Leistung

adh. – Nichts Neues von Apotheken? Zumindest vordergründig sieht es so aus. Steigende Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen für Arzneimittel, steigende Apothekenumsätze – an dieser Entwicklung hat sich gegenüber den vorangegangenen beiden Jahren auch in diesem Jahr bisher nichts geändert. Gleichwohl verändert sich die Apotheken-Landschaft. Immer noch sieht der von den Apotheken drängende Nachwuchs häufig sein Heil allein in der Selbständigkeit. Die Folge: Eine stetig wachsende Zahl von öffentlichen Apotheken muß sich den Arzneimittelmarkt teilen.

Beim Apothekertag in Berlin rufen die Berufsorganisationen diese Entwicklung noch einmal ins Bewußtsein. Viel dringlicher aber ist die Aufforderung an die Apotheker, ihre Funktion als Arzneimittel-Nahversorger zu unterstreichen. Dazu gehört aber auch, daß sich eine Apotheke eben nicht als „Drugstore" gebärden sollte, um dem Supermarkt mit dem nicht-apothekenpflichtigen Sortiment Paroli zu bieten. Nur dann hat die Forderung „Arzneimittel gehören in die Apotheke" Berechtigung, nur dann zieht auch das Argument, daß Apothekenwettbewerb nicht über den Preis, sondern über die Leistung stattfindet.

Und da gibt es in der Tat erhebliche Unterschiede. Sie haben nichts mit der Größe des geführten Lagers zu tun, sondern schon eher mit dem Einsatz des Apothekenleiters. Daß mit einem Mehr an Beratung durchaus mehr Kunden zu gewinnen sind, hat sich noch nicht überall in der preisgebundenen Apothekenwelt herumgesprochen.

AEG-Gerüchte

Wb. – Selbst in einer Phase allgemeinen Kursauftriebs fällt die Entwicklung eines Wertes besonders ins Auge: die der AEG-Aktie, deren Bewertung durch die Börse seit Monatsbeginn von 142 auf 171,50 Mark (am Dienstag – der Mittwoch brachte einen leichten Rückgang auf 168) gestiegen ist. Woher die erhöhte Nachfrage kam und worauf sie sich gründete, ist noch ungewiß. Die Gerüchteküche rund um die Börse wollte von größeren Aufkäufen wissen. Ausländische Käufer waren im Gespräch, insbesondere die Japaner, und selbst vom Konkurrenten Bosch war die Rede, eine Annahme, die schon aus Gründen des Kartellrechts ins Reich der Phantasie zu verweisen ist. Ein derartiger Kurssprung kommt freilich auch nicht von ungefähr; größere Einkäufe müssen da schon stattgefunden haben. Ob aus spekulativer Motivation oder längerfristigem Anlageninteresse wird sich noch zeigen. Beides würde aber darauf hindeuten, daß man von der AEG-Aktie noch einiges erwartet. Den Bemühungen um ein neues Image als Technologie-Konzern scheint allmählich Erfolg beschieden.

HAUSHALT / Junge Unternehmer und Steuerzahler fordern Subventionsabbau

Wachstumsimpulse durch eine Reaktivierung der Marktkräfte

HEINZ HECK, Bonn

Der Bundesverband Junger Unternehmer (BJU) und der Bund der Steuerzahler haben gestern – ebenso wie tags zuvor das Kieler Institut für Weltwirtschaft – einen nachhaltigen Subventionsabbau gefordert. Nur so könnten die Staatsausgaben dauerhaft begrenzt sowie Steuerlast und Neuverschuldung nachdrücklich gesenkt werden.

Deutsche Unternehmen plädieren fast ausnahmslos für einen Subventionsabbau, mit dessen „Erlösen" eine Steuerreform finanziert werden sollte. Nach einer Umfrage des BJU zusammen mit der „Wirtschaftswoche" versprechen sie sich hiervon eine Reaktivierung der Marktkräfte, die zu größeren Wachstumsimpulsen führe. Nicht einmal drei Prozent der befragten Unternehmen sprachen sich gegen Subventionsabbau aus. Über 40 Prozent wären sogar zum Subventionsverzicht bereit, wenn dies nur auf nationaler Ebene geschähe. Damit verliert nach Meinung des BJU die These an Gewicht, wonach ein solches Vorgehen nur international abgestimmt möglich sei.

Im Gegenzug wünschen die Unternehmer eine Lohn- und Einkommensteuerreform (46,7 Prozent der Befragten), die Abschaffung der Gewerbesteuer (34,0), die Senkung der Körperschaft- (8,5) und der Vermögensteuer (3,8). Die Umfrageergebnisse machen deutlich, daß von Subventionen nur geringe Impulse auf das unternehmerische Verhalten ausgehen. So sagen 50 Prozent der Empfänger, daß das Subventionsprogramm das betriebliche Vorhaben nicht beeinflußt habe. Nach Meinung von 45 Prozent der Befragten haben die staatlichen Hilfen keinen Einfluß auf die Anzahl der Arbeitsplätze. Rund ein Drittel der Unternehmen sieht sich in dieser Frage unter Wettbewerbsdruck: Sie seien gezwungen, Subventionen zu beantragen, da sie sonst gegenüber ihren Konkurrenten im Nachteil seien. Fast alle Unternehmer (rund 95 Prozent) bestätigen, daß Mitnahmeeffekte bei Subventionen überwiegen.

Für den Bund der Steuerzahler ist der Subventionsabbau Bestandteil einer umfassenden Strategie zur Haushaltssanierung, die nach seiner Auffassung noch nicht so weit vorangekommen sei, wie dies in der öffentlichen Diskussion vielfach behauptet werde. Zwar werde das Defizit bei Bund, Ländern und Gemeinden in diesem Jahr auf knapp 45 Mrd. DM zurückgehen (gegenüber dem bisher größten Fehlbetrag von fast 76 Mrd. DM 1981). Doch hätten hierzu neben der Ausgabendrosselung auch Einnahmeerhöhungen beigetragen, mit denen in Zukunft nicht ohne weiteres zu rechnen sei.

Der Bund der Steuerzahler stellt vier Forderungen an die künftige Steuer- und Finanzpolitik:

– Verzicht auf weitere Abgabenerhöhungen. Der Durchschnittsverdiener habe 1985 bereits 42,7 Prozent seines Einkommens in Form direkter und indirekter Abgaben abzuführen. Die heimlichen Steuererhöhungen seien von 1981 bis 1984 bereits von 4 auf rund 15 Mrd. DM gestiegen.

– Der Bund müsse Vorsorge für zu erwartende geringere Einnahmen aus Bundesbankgewinnen treffen (1985 mit einem Rekordbetrag von 12,9 Mrd. DM). Die vor allem durch teuren Dollar und hohes Zinsniveau verursachten Gewinne seien in Zukunft nicht mehr zu erwarten.

– Mit einer weiteren Begrenzung der Neuverschuldung würden zugleich günstige Voraussetzungen für die künftige Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung geschaffen. Zwar sei die Neuverschuldung in den letzten Jahren verringert worden, doch habe der Schuldenstand von 1981 bis 1985 von 529 auf rund 750 Mrd. zugenommen. Er sollte mittel- und langfristig langsamer wachsen als die Staatsausgaben.

– Bund, Länder und Gemeinden sollten ihre Ausgaben dauerhaft eindämmen. Nur so seien die zuvor genannten Forderungen zu erfüllen. Beispielhaft nennt der Verband Subventionsabbau bei der Regionalförderung, im Wohnungswesen, der Landwirtschaft sowie bei der Sparförderung und Vermögensbildung. Dann bliebe Spielraum für Steuerentlastungen.

WÄHRUNGSKONFERENZ

Stoltenberg: Japan sollte seine Märkte weiter öffnen

CLAUS DERTINGER, Seoul

Bundesfinanzminister Stoltenberg betonte gestern auf der Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank die Bereitschaft der Bundesrepublik zu partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern. Als Beweis der Hilfsbereitschaft hob er hervor, daß die deutschen Entwicklungshilfezahlungen stärker zunehmen als die gesamten Staatsausgaben.

Als wichtigen Beitrag zur Wiederherstellung des weltwirtschaftlichen Gleichgewichts forderte Stoltenberg von Japan eine Öffnung seiner Märkte für ausländische Waren und Kapital. An die Amerikaner appellierte der Minister, das Haushaltsdefizit abzubauen.

Auch den Entwicklungsländern empfahl Stoltenberg eine solide Haushaltspolitik, die zusammen mit einer Bekämpfung der Inflation und auf mehr Marktwirtschaft abzielenden inneren Reformen die beste Voraussetzung für Wirtschaftswachstum sei. „Zwischen Anpassung und Wachstum gibt es keinen Widerspruch", sagte Stoltenberg, der ein Klima wirtschaftspolitischer Stabilität als den Schlüssel zur Wiederherstellung des Vertrauens ausländischer Geldgeber sowie der Gläubiger der Entwicklungsländer bezeichnete: Nur bei solchen Voraussetzungen sei es möglich, die Kapitalfluchtströme umzukehren und ausländische Direktinvestitionen anzulocken.

Die Bundesrepublik werde weiterhin zu einem nachhaltigen Wachstum der Weltwirtschaft beitragen, versprach Stoltenberg. Er wies darauf hin, daß die deutsche Wirtschaft derzeit mit einer Jahresrate von über drei Prozent wachse und daß die Bundesrepublik ihren Partnern damit expandierende Exportmärkte biete.

Geschehe nichts zum Abbau des Protektionismus, muß man sich nicht wundern, wenn sich der Verdacht erhärtet, US-Finanzminister Baker habe seinen Plan überhaupt nur erdacht, um von diesem Kernproblem, das die Weltwirtschaft und ganz besonders auch die Entwicklungsländer bedroht, abzulenken.

Wenn in Seoul auch noch vieles offen blieb, so müsse man doch mit der diesjährigen großen Finanztagung von IWF und Weltbank nicht so ganz unzufrieden sein. Die Voraussetzungen für eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern haben sich durch den Dialog eher wieder verbessert.

Und es gibt einige Indizien dafür, daß Washington eine etwas flexiblere Haltung gegenüber den beiden supranationalen Institutionen einnimmt, die einiges dazu beitragen können, daß die Dritte Welt mit ihren Problemen besser fertig wird.

Der große Krach blieb aus

Von CLAUS DERTINGER, Seoul

Wer nicht allzu große Erwartungen gehegt hat, kann kaum enttäuscht sein vom diesjährigen Treffen der beiden multinationalen Finanzinstitutionen, dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank, zu dem sich die für die Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik Verantwortlichen aus 149 Ländern seit Ende letzter Woche in Seoul versammelt haben. Positiv zu werten ist sicherlich das Klima der Gespräche zwischen den Vertretern der Industrieländer und der Entwicklungsländer. Der große Krach, den die kürzlich bei den Vereinten Nationen mit besonderer Schärfe formulierten Deklamationen der Dritten Welt zu signalisieren schienen, ist ausgeblieben.

Freilich hat die Tagung in Seoul auch keinen Durchbruch bei den Bemühungen zu einer Überwindung der Schuldenkrise gebracht, die sich in diesem Jahr wieder zugespitzt hat, was nicht nur auf das Schuldkonto jener Entwicklungsländer in Lateinamerika geht, die nicht den Mut zu durchgreifenden wirtschaftspolitischen Reformen haben. Schließlich haben auch die Konjunkturabkühlung in den USA, die nach wie vor zu hohen amerikanischen Zinsen, der sich ausbreitende Protektionismus und der Rückgang der Rohstoffpreise sowie das Zögern der Banken bei der Vergabe neuer Kredite in einigen hochverschuldeten Ländern zu einem Rückschlag beigetragen.

Die Gefahr einer krisenhaften Zuspitzung an der internationalen Schuldenfront ist zwar nicht abgewendet; aber sie ist vielleicht nicht mehr ganz so bedrohlich, wenn die USA, die als größte Finanz- und Wirtschaftsmacht mit ihrer besonderen Verantwortung für die Weltwirtschaft ihren Schwüren auch Taten folgen lassen. Immerhin gewinnt man den Eindruck, daß sich in den USA etwas bewegt.

Das Haushaltsdefizit und seine katastrophalen Folgen für die Weltwirtschaft ist jedenfalls mehr als bisher in das Bewußtsein der Politiker und der Öffentlichkeit gerückt. Präsident Reagan versucht eine Front gegen den Protektionismus aufzubauen und in der Schuldenkrisenstrategie zeigt Washington etwas mehr Flexibilität, so zum Beispiel in der Frage der Aufstockung der Mittel für die Weltbankschwesteragentur IDA, die billige langfristige Kredite an die ärmsten Entwicklungsländer gibt.

Auch der Baker-Plan ist in diesem Zusammenhang zu nennen, wenngleich noch nicht abzusehen ist, ob er sich auch verwirklichen läßt und der Vedacht noch nicht ganz entkräftet ist, daß ihn die USA als Manöver gestartet haben, um von der Notwendigkeit abzulenken, daß die Amerikaner vor allem ihr eigenes Haus in Ordnung bringen müssen, wenn es in der Weltwirtschaft wieder aufwärts gehen soll.

Der Ansatz dieser Washingtoner Initiative, die freilich in den Einzelpunkten nicht viel Neues bringt, ist jedenfalls richtig, und nach der ersten demonstrativen Erregung scheint inzwischen ein positiveres Nachdenken über Bakers Apell an die Banken, mehr Kredite an schuldgeplagte Länder zu geben, zumindest in deutschen Bankkreisen einzusetzen.

Man will offenbar die in der Klemme steckenden amerikanischen Großbanken nicht im Stich lassen, obwohl sich der Eindruck, es handle sich letztlich um eine „Winterhilfe" für die US-Banken, nicht ganz verwischen läßt. Über dieses Thema werden die internationalen Bankiers aber wohl noch einige Zeit diskutieren.

Es ist keineswegs ein Manko, daß die internationalen Schuldenmanager in Seoul wieder einmal die Forderungen der Dritten Welt nach einer völligen Umkrempelung des internationalen Wirtschafts- und Währungssystems eiskalt abgelehnt haben. Denn die Ursache dafür, daß bei der Bewältigung der Schuldenkrise in einigen Ländern ein neuer Rückschlag eingetreten ist, liegt ja nicht in den Zwängen dieser Systeme.

Das beweist schon die Tatsache, daß es einigen Ländern mit der auf drastische innere Wirtschaftsreformen abzielenden Strategie des IWF gelungen ist oder zu gelingen scheint, ihrer Probleme Herr zu werden. Das sollte ermutigen, auf diesem Weg fortzufahren, auf den im Prinzip auch die Vorschläge des US-Finanzministers verweisen.

AUF EIN WORT

„Unsere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ist auf Transparenz, Dialog und Konsensfähigkeit angelegt. Die Wirtschaft muß sich deshalb durch kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit artikulieren, um Vertrauen zu schaffen und Identifizierung zu ermöglichen. Öffentlichkeitsarbeit ist eine unternehmerische Aufgabe."

Hugo Jung, Präsident der DPRG Deutsche Public Relations-Gesellschaft, Bonn FOTO: JOPPEN

DIW: Wohnungsbau zieht erst 1986 an

dpa/VWD, Berlin

Die Baukonjunktur läßt vorerst eine gespaltene Entwicklung erwarten. Es wird Rückgänge des Bauvolumens im Wohnungsbau und eine Zunahme im Wirtschafts- und öffentlichen Bau geben, schreibt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in seinem jüngsten Wochenbericht. Erst 1986 dürften sich die drei Baubereiche gleichgerichtet entwickeln. Im Jahresdurchschnitt 1985 werde das Bauvolumen um acht *Prozent unter dem Ergebnis von 1984* liegen. Seit dem Höchststand 1965 ist die Zahl der Beschäftigten am Bau um etwa 600 000 gesunken.

APOTHEKER

Weitere eigene Beiträge zur Kostendämpfung zugesagt

tb. Berlin

„Alle Arzneimittel nur aus der Apotheke". Diese Forderung hat der Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA), Klaus Stürzbecher, anläßlich des Deutschen Apothekertages 1985 in Berlin erneut erhoben. Er wies dabei auf die gesundheitlichen Risiken einer unkontrollierten Selbstbedienung mit Arzneimitteln außerhalb der Apotheken hin, aber auch auf die wirtschaftlichen Interessen der Branche. Vom Staat forderte Stürzbecher, die Absicherung der Apotheken dadurch, daß ihnen alle mit der Arzneimittelversorgung zusammenhängenden Funktionen übertragen werden.

Die Apotheker seien bereit und in der Lage, weitere Aufgaben zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen zu übernehmen. Er nannte den Ausbau der Arzneimittelherstellung in der Apotheke mit den Vorteilen der Preiswürdigkeit und der Möglichkeit patientengerechter Dosierung.

Abgelehnt wird der Preiswettbewerb zwischen den einzelnen Apotheken. An den einheitlichen Apotheken-Abgabepreisen will man unbedingt festhalten.

Eingegrenzt sehen möchte die Bundesvereinigung den „Mißbrauch mit den Ärztemustern". Es sollten nur noch Arzneimittel, die neu auf den Markt kommen, zur „Erprobung" durch den Arzt zugelassen werden. Muster „alter" Arzneimittel sollten nur an neu zugelassene Ärzte abgegeben werden dürfen.

Im ersten Halbjahr 1985 hat die Zahl der Apotheken in der Bundesrepublik um weitere 97 auf 17 063 zugenommen. Der Umsatz erhöhte sich nominal um sechs Prozent auf rund zwölf Mrd. DM.

KOMMUNALE UNTERNEHMEN

Rommel gegen Einführung eines „Wasserpfennigs"

dos. Hannover

Für eine Versachlichung der Umweltschutz-Diskussion in der Bundesrepublik hat sich der Präsident des Verbandes Kommunaler Unternehmen (VKU), der Stuttgarter Oberbürgermeister *Manfred Rommel*, gestern in Hannover ausgesprochen. Erforderlich sei ein Programm, das Schritt für Schritt verwirklicht werden könne. Wichtig dabei sei, daß der „Umweltschutz seinen Preis hat und dieser bezahlbar sein muß", erklärte Rommel anläßlich der VKU-Verbandstagung.

Ein Ärgernis sei in diesem Zusammenhang, daß die Grenzwerte durch nachträgliche Anordnungen der zuständigen Behörden verschärft würden und den Preis so in die Höhe trieben. Oft genug erfolge diese Verschärfung „ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Vertretbarkeit".

Die Versorgungswirtschaft leiste auf diesem Gebiet ihren Beitrag. Beispiele dafür seien der Ausbau der Fernwärmenetze und der leitungsverbundenen Energieversorgung. Die kommunalen Kraftwerke würden künftig allein für Umweltschutzinvestitionen 3,8 Mrd. DM ausgeben.

Mengenprobleme in der Wasserversorgung seien in der Bundesrepublik nicht zu erwarten. Allerdings sei es notwendig, den Belastungen des Grundwassers und auch der Flüsse wachsende Aufmerksamkeit zu widmen. Das Problem der steigenden Nitratbelastung des Grundwassers habe seine Ursache vor allem in der landwirtschaftlichen Düngung.

Nachdrücklich sprach sich Rommel gegen die Einführung des sogenannten Wasserpfennigs aus. Die Dinge würden auf den Kopf gestellt, meinte Rommel, wenn die Landwirtschaft Geld dafür erhielte, daß sie die Umwelt nicht verschmutzt.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Änderungen bei Cocom

Paris (J. Sch.) – Das von den NATO-Staaten (ohne Island) und Japan 1950 gegründete Komitee für die multilaterale Exportkontrolle (Cocom) hat sich auf seiner Sitzung in Paris mit einem Meinungsaustausch über die technische Verbesserung dieser Kontrollen begnügt. Dem amerikanischen Antrag, sie gegenüber der Sowjetunion zu verschärfen, wurde nicht stattgegeben. Jedoch soll die Embargoliste für sensible Exporte in die Ostblockstaaten vom nächsten Monat an permanent und nicht wie bisher alle drei Jahre revidiert werden. Auf französischer Seite ist man für eine Lockerung. Grundsätzliche Einigkeit bestand darin, der Volksrepublik China ein flexibleres Sonderstatut zu geben, vor allem was den zivilen Nuklearbereich betrifft.

Entwurf für Handelsgesetz

Washington (VWD) – Die Republikaner im US-Repräsentantenhaus haben einen Gesetzentwurf für ein neues Handelsgesetz eingebracht, das entgegen dem Entwurf der Demokraten keine Einführung von Importquoten und *Zusatzzöllen* vorsieht. *Dafür* sieht es vor, der US-Industrie größere Rechte im Falle unfairer Handelspraktiken ausländischer Unternehmen einzuräumen. Gleichzeitig sieht der Entwurf vor, die Rechte des Präsidenten zu beschneiden, wenn er *sich über Rechtsmittel* der *Handels*kommission hinwegsetzen will. Außerdem wollen die Republikaner eine Freihandelszone mit Kanada.

Einkaufskartell beim Bau

Düsseldorf (VWD) – Über ein vom Bundeskartellamt genehmigtes Einkaufskartell wollen rund 50 mittelständische Bauunternehmen aus dem gesamten Bundesgebiet eine Verbesserung ihrer Marktposition durchsetzen. Wie die damit befaßte Einkaufsgesellschaft Bamaka, Düsseldorf, mitteilte, soll der Zusammenschluß Wettbewerbsnachteile gegenüber den Großfirmen der Branche verringern und die Konzentration der Hersteller von Baumaschinen, -geräten und -fahrzeugen ausgleichen.

Umsätze gestiegen

Wiesbaden (VWD) – Die Einzelhandelsumsätze in der Bundesrepublik sind im August im Vergleich zum Vorjahr bei jeweils 27 Verbrauchstagen um nominal 3,4 Prozent und um real 1,9 Prozent gestiegen. Dies geht aus vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes hervor. In den ersten acht Monaten des Jahres erhöhte sich der Einzelhandelsumsatz im Vorjahresvergleich um nominal 2,1 Prozent und real 0,4 Prozent. In der Gliederung nach Betriebsformen konnten die Versandhandelsunternehmen im August nominal fünf Prozent mehr und die Warenhausunternehmen nominal zwei Prozent mehr umsetzen.

Gemeinnützigkeit kritisiert

Düsseldorf (AP) – Die sofortige Streichung des gesetzlichen Paragraphen über den gemeinnützigen Status von Kapitalgesellschaften und der damit verbundenen Steuerpriviligien hat der Präsident des Zentralverbandes der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer, Theodor Paul, gefordert. Er reagierte damit auf die Forderung aus den Reihen der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden, als gemeinnützig anerkannte gewerkschaftseigene Unternehmensgruppen künftig stärker gewinnorientiert arbeiten zu lassen.

Besuch aus Finnland

Bonn (dpa/VWD) – Der finnische Handels- und Industrieminister Seppo Lindblom ist gestern auf Einladung von Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) zu einem dreitägigen Besuch in der Bundesrepublik eingetroffen. Lindblom wird heute mit Bangemann und dem Staatssekretär im Forschungsministerium, Hans-Hilger Haunschild, zusammentreffen. Nach Angaben des Wirtschaftsministeriums stehen im Mittelpunkt der Gespräche die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und Fragen der industriellen und technologischen Zusammenarbeit.

Bald mehr Fluggäste

Genf (dpa/VWD) – Im Jahre 2000 werden weltweit doppelt so viele *Menschen in die Luft gehen wie heut*zutage. Das prophezeite Günter O. Eser, der deutsche Generaldirektor der International Air Transport Association (IATA), vor der Presse. Derzeit beförderten die internationalen Fluggesellschaften rund 800 Millionen Passagiere im Jahr. Nach Schätzungen der Organisation, die vom 28. bis 30. Oktober ihre 41. Generalversammlung in Hamburg abhält, werden es im Jahre 2000 rund 1,6 Milliarden Fluggäste sein. Deshalb hätten die Fluggesellschaften in den nächsten zehn Jahren einen Bedarf von 4200 neuen Verkehrsflugzeugen.

INVESTITIONSKREDITE

Bangemann: Nachfrage seit 1984 erheblich gestiegen

VWD, Bonn

Für nicht erforderlich hält Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann eine weitere Verbesserung der ERP-Konditionen, für die sich der Bundesrat am 27. September ausgesprochen hatte. Er verwies vor dem Kabinett auf die bisher günstige Abwicklung des ERP-Programmes 1985.

Insgesamt herrsche eine rege, seit 1984 erheblich gestiegene Nachfrage nach zinsgünstigen Investitionskrediten. Sie könne 1985 aus der *Kombination* von ERP-Darlehen mit den Eigenmitteln der Hauptleihinstitute befriedigt werden.

Auch im kommenden Jahr werde aus heutiger Sicht die hohe Nachfrage bedient werden können, da dann außer den Mitteln der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und der Lastenausgleichsbank (LAB) das um eine Mrd. DM aufgestockte ERP-Zusagevolumen von *4,4 Mrd. DM* bereitstehe.

Die allgemeinen Mittelstandsprogramme der KfW werden wie im Vorjahr bisher mit zwei Mrd. DM in Anspruch genommen. Die KfW rechnete mit einem *Gesamtvolumen* von rund 3,6 Mrd. DM für 1985. Die speziellen Umweltschutzprogramme der KfW werden ebenfalls planmäßig belegt. Bisher sind rund 300 Mill. DM für kleine und mittlere Unternehmen und ebenfalls 300 Mill. DM für Großunternehmen zugesagt worden. Noch stärker ist die Nachfrage nach dem KfW-Gemeindeprogramm: Von insgesamt zwei Mrd. DM sind bereits jetzt 510 Mill. DM mit Zusagen belegt. Bis zum Jahresende rechnet die KfW mit rund einer Mrd. *DM Zusagen*. Sie wird damit in diesem Jahr rund 5,7 (3,3) Mrd. DM an zinsgünstigen Eigenmittelkrediten zusagen.

VERMÖGENSBILDUNG / Birgit Breuel will einen neuen Anlauf versuchen

Kostenneutrale Lösungen möglich

HEINZ STÜWE, Bonn

Niedersachsens Wirtschaftsministerin Birgit Breuel läßt in der Vermögenspolitik nicht locker: Nachdem die Bundesregierung den von Niedersachsen initiierten Gesetzentwurf des Bundesrates abgelehnt hat, will Frau Breuel einen neuen Anlauf unternehmen, um doch noch in dieser Legislaturperiode die zweite Stufe der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand zu erreichen und damit „die Zusage, die Bund und Länder gemeinsam gegeben haben, auch einzulösen". Sobald wie möglich möchte Frau Breuel deshalb, wie sie gegenüber der WELT versicherte, ein Gespräch mit ihren Parteifreunden Gerhard Stoltenberg und Norbert Blüm führen, um zu klären, was noch in dieser Wahlperiode möglich ist.

Daß die Bundesregierung die Bundesrats-Initiative „in Bausch und Bogen" abgelehnt habe, ohne selbst eine Alternative zu bieten, mag Frau Breuel nicht akzeptieren: „Ich bin eher wütend als resigniert."

„Völlig unverständlich" sind für Frau Breuel die Einwände, die Bonn plötzlich gegen die Aufnahme von GmbH-Anteilen in den Anlagekatalog mache. Der Verkehrswert könne nur durch aufwendige Gutachten festgestellt werden. GmbH-Anteile *seien außerdem mit einem erhöhten* Risiko behaftet, weil jeder Gesellschafter für die Aufbringung aller Stammeinlagen persönlich hafte. Frau Breuel betont dagegen, daß niemand in die GmbH-Beteiligung hineingezwungen werden solle. Wenn jedoch ein Unternehmer den Mut habe, Arbeitnehmern GmbH-Anteile anzubieten, sollte er nicht bestraft werden, indem er nicht gefördert werde.

Wenn der Finanzminister auf Steuermindereinnahmen von 300 bis 400 Mill. Mark hinweise, habe sie dafür Verständnis. „Dann jedoch einfach nein zu sagen, ist keine politische Antwort", meint Frau Breuel. Sie deutet an, daß auch kostenneutrale Lösungen möglich seien: So etwa der erste Entwurf aus *Hannover*, der allerdings das Kontensparen nicht und das Bausparen mit einem reduzierten Fördersatz berücksichtigte.

Daß die erst als Kompromiß in den Gesetzentwurf aufgenommene Regelung, wonach *Zinsen und Gewinnanteile* aus vermögenswirksamen Spar- und Lebensversicherungssparverträgen in Beteiligungstiteln angelegt werden müssen, erhebliche Umstellungen erfordert, räumt die Ministerin ein. Und sie läßt durchblicken, daß über die Förderung dieser Sparformen weiter nachgedacht werde. Keinesfalls könne aber, wie sich aus der Bonner Stellungnahme ergebe, die Förderung des Kontensparens unverändert bleiben, bekräftigte Frau Breuel. „Jetzt geht es darum, ein neues Instrument populär zu machen – die Anlage im Produktivkapital."

CHINA / Goldförderung soll ausgeweitet werden

DIW: Verschuldung steigt

AP, Berlin

In China steigen seit Ende vergangenen Jahres nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin die Importe erheblich schneller als die Exporte. Unter Berufung auf Angaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) schrieben die Wirtschaftsforscher in ihrem neuesten Wochenbericht, dies habe im ersten Halbjahr 1985 zu einem Handelsbilanzdefizit von 6,4 Milliarden Dollar geführt. Die chinesischen Währungsreserven – ohne Gold – seien von Oktober 1984 bis März 1985 um über 30 Prozent, von 17,3 Milliarden auf 11,9 Milliarden Dollar zurückgegangen.

Seit dem Frühsommer dieses Jahres häuften sich die Meldungen über eine Verschärfung der Einfuhrkontrollen, Versuche zur partiellen Stornierung geltender Verträge und einen Order-Stopp bei bestimmten Importgütern, vor allem Autos und längerlebigen Konsumgütern, hieß es weiter. Die Frage sei, ob China eine größere Stornierungswelle, wie zu Beginn der achtziger Jahre, vorbereitet, meint das DIW. Im laufenden Jahr könne das Handelsbilanzdefizit Chinas 12 Milliarden Dollar übersteigen.

Das DIW kam in seinem Bericht zu dem Schluß, daß China mittelfristig nicht werde umhin können, sich stärker als bisher zu verschulden. Die Voraussetzungen hierfür seien aus Gläubigersicht nicht ungünstig. Die Volksrepublik besitze in der internationalen Finanzwelt einen guten Ruf. Die Netto-Verschuldung habe gegen Ende 1984 knapp 3 Milliarden Dollar betragen. Die Schuldendienstquote – Zinsen und Tilgungen bezogen auf den Export von Gütern und Diensten – habe 1984 unter fünf Prozent gelegen. Außerdem sind die chinesischen Goldvorkommen hinter denen Südafrikas, der UdSSR und den USA die viertgrößten der Welt, wie der Minister für geologische Bergbau-Ressourcen, Zhu Xun, Anfang dieser Woche erklärte. In der Förderung liegt China auf Platz sechs. Das könnte sich ändern, wenn 139 weitere Bergwerke – wie geplant – bis 1990 den Betrieb aufnehmen.

So sei zu vermuten, schreibt das DIW, daß die jüngsten Einfuhrbeschränkungen nicht der Auftakt zu größeren Eingriffen in die Außenwirtschaft sind, die lediglich Rückschritte bei den Reformen bringen. Vielmehr werde eine außenwirtschaftliche Anpassung über eine weitere Abwertungspolitik gesucht.

EG / Filmproduktion kann erhöhte Nachfrage in den neunziger Jahren nicht decken

Gemeinsamer Rundfunkmarkt nötig

WILHELM HADLER, Brüssel

Ein gemeinsamer Rundfunkmarkt ist nach Ansicht des Wirtschaftsausschusses des Europaparlaments sowohl für die Entwicklung einer modernen Informations-Infrastruktur wie für die Zukunft der europäischen Programmindustrie unverzichtbar.

In einer Entschließung, die heute in Straßburg beraten wird, fordert der Ausschuß deshalb einmütig ein gemeinsames Vorgehen der Mitgliedsstaaten bei der Schaffung eines integrierten Breitband-Telekommunikationsnetzes sowie „die Entwicklung einer echten europäischen Kommunikationsindustrie".

Der Entschließung liegt ein Bericht des holländischen Liberalen Gijsbert de Vries zugrunde, in dem die industriellen, technischen, rechtlichen und wettbewerbspolitischen Aspekte des Problems dargestellt werden. Der Preis, den die EG für das Fehlen eines gemeinsamen Rundfunkmarktes zahlen müsse, „steigt rapide", heißt es.

Während die europäischen Fernmelde- und Rundfunkmärkte von 1982–1987 nur um 6,7 Prozent jährlich wüchsen, werde in den USA mit Zuwachsraten von [illegible],8 und in Japan von 10,1 Prozent gerechnet. Verschlimmert werde diese Lage noch dadurch, daß die europäische Industrie unter diesen Umständen nicht in der Lage sei, ein auf großen Binnenmärkten für hochentwickelte Geräte und Dienstleistungen basierendes Exportpotential aufzubauen.

De Vries hält es für „unvorstellbar", daß die für die Errichtung leistungsfähiger Informations- und Kommunikationsnetze erforderlichen Investitionen (in der EG rund 220 Mrd. DM) ohne Stimulierung der privaten Nachfrage finanziert werden können. Finanzielle Anreize gingen jedoch von der Nachfrage „nach mehr und besseren Fernsehprogrammen" aus.

Deshalb ist nach seiner Meinung auch von größter Bedeutung, daß „genügend Programmaterial zum richtigen Preis angeboten wird". Zur Zeit produzierten die vier größten Mitgliedsstaaten jährlich etwa 1000–5000 Stunden Spielfilme, Fernsehfilme, Serien und Dokumentationen. Es sei zu erwarten, daß die Nachfrage nach solchen Produktionen in der Gemeinschaft mit Anbruch der neunziger Jahre auf 300 000 bis 500 000 Stunden wachsen werde.

Gehe man davon aus, daß 50 Prozent in Drittländern eingekauft werden und 25 Prozent Wiederholungen sind, so werde die europäische Programmindustrie zwischen 75 000 und 125 000 Stunden Material produzieren müssen, meint der EG-Abgeordnete. Wegen der kleinen Binnenmärkte und entsprechend hohen Kosten könnten die europäischen Produzenten jedoch kaum mit ihren amerikanischen Kollegen konkurrieren.

Eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung der Informationsindustrie sind nach dem Bericht gemeinsame Normen. Illustriert werde dies durch den zersplitterten europäischen TV-Markt, wo Philips über 100 verschiedene Typen von Fernsehgeräten liefern müsse, um den unterschiedlichen europäischen Normen genügen zu können: „Die Existenz der rivalisierenden Pal- und Secam-Normen für Farbfernsehgeräte innerhalb Europas ist ein klassisches Beispiel dafür, wie es in Zukunft möglichst nicht gemacht werden sollte."

VOLKSWAGEN / Über Belegschaftsabbau bei Seat einig

Verhandlungen gehen weiter

DOMINIK SCHMIDT, Wolfsburg

Die Volkswagen AG in Wolfsburg will aus Spanien stammende Meldungen, wonach am 22. November der Vertrag über die Übernahme einer Mehrheitsbeteiligung an dem staatlichen spanischen Automobilunternehmen Seat unterzeichnet werden soll, nicht bestätigen. Nach Angaben eines Sprechers hat der VW-Vorstand noch „keine definitive Entscheidung" getroffen. Fest stehe, daß am 22. November der VW-Aufsichtsrat tagt. Frühestens an diesem Tag also könne das Gremium sich mit diesem Thema beschäftigen und im Falle einer entsprechenden Vorstandsvorlage das Projekt absegnen.

Ohne Kommentar bleibt in Wolfsburg die Frage, in welchen Punkten bislang noch keine Einigung erzielt wurde. Bislang galt die unterschiedliche Einschätzung des Verschuldungsgrades von Seat als der eigentliche Streitpunkt. Hinzu kam die Forderung von VW, die Seat-Belegschaft drastisch zu reduzieren. Zumindest in dieser Frage, so verlautet aus Madrid, sei nunmehr Einigung erzielt worden. Nach Angaben der spanischen Metallarbeitergewerkschaft UGT sei vereinbart worden, daß in den Seat-Betrieben weitere 4500 Mitarbeiter durch vorzeitige Pensionierungen und Abfindungen ausscheiden. Danach würde die Belegschaft noch rund 18 500 Personen betragen. Seat hatte bereits in den vergangenen Monaten 5000 Mitarbeiter entlassen.

Die finanziellen Bedingungen, unter denen der Erwerb von 51 Prozent des Seat-Kapitals durch VW erfolgen soll, bleiben vorerst ungenannt. Seat hatte 1984 einen Fehlbetrag von annähernd 700 Mill. DM ausgewiesen. Der Sanierungsbedarf wird auf 2 bis 3 Mrd. DM geschätzt. Diese Mittel müßten von der spanischen Staatsholding Ini aufgebracht werden.

VW läßt keinen Zweifel daran, daß Seat aus strategischen Überlegungen für Wolfsburg ein passender Partner ist. Der vor zwei Jahren geschlossene Kooperationsvertrag habe die Erwartungen noch übertroffen. Allein im bisherigen Verlauf 1985 sind rund 50 000 VW- und Audi-Fahrzeuge in Spanien verkauft worden. Daraus errechnet sich für VW einen Marktanteil von fast 10 Prozent.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aschaffenburg: W. Koch GmbH, Mömbris; **Bad Segeberg:** Gerhard Blume; **Bielefeld:** Nachl. d. Friedhelm Althof; **Bitburg:** Thommes-Haus Fertigbau GmbH & Co. KG, Daleiden; Thommes-Haus Fertigbau GmbH, Daleiden; **Bochum:** Rex-Fliesenmarkt GmbH, Herne 1; **Bonn:** LOGIS EDV GmbH, Praxiscomputer, Bad Godesberg; **Braunschweig:** ARCUS Datentechnik GmbH; **Brühl:** Metallbau Dornbusch GmbH, Wesseling; **Cloppenburg:** Albert Abeln Kabelverlegung u. Gasleitungsbau GmbH, Emstek; **Hildesheim:** Nachl. d. Wwe. Johanna Kratz geb. Vergin; **Husum:** Heinrich Benn GmbH; **Kehl:** Format, Forst- u. Landmaschinen Marketing GmbH; **Lübbecke:** 1. Polstergestelle Eckardt GmbH u. Co. KG, 2. Eckardt Verwaltungs-GmbH, Hüllhorst; **Lübeck:** Hosen-Zentrale Rolf Simbruk Spezialgeschäfte f. Hosen GmbH & Co. KG, Stockelsdorf; **Meldorf:** Klaus Schwien, Albersdorf; **München:** STAMA - Bau GmbH; Nachl. d. Sophie Elise Hohenberger; **Neunkirchen-Saar:** ATW Auto-Montan-Werk GmbH; **Niebüll:** Wenck, Schütt & Co., Kampen; Bauunternehmen Karl-Heinz Krutz GmbH, Kampen; Carsten Krebs, Kampen; BETA Grundstücksges. mbH, Kampen; Quickborner Grundstücks-Verwertungs-ges. mbH, Kampen; Gfs Ges. f. Stadtsanierung mbH, Kampen; Favorit Grundstücksges. mbH, Kampen; **Norderstedt:** Günter Adolf Behrens, Kaufm.; **Nürnberg:** Georg Meier GmbH & Co., Altdorf; **Paderborn:** P. & T. Raumausstattungs-Handelsges. mbH, Bad Lippspringe; **Rüsselsheim:** Garten- u. Landschaftsbau Walter Reinheimer GmbH; **Schwelm:** Günter Simon GmbH, Ennepetal; **Seligenstadt:** Ulrich Paulsen, Kaufm., Inh. d. Paulsen Massivhaus, Rodgau; **Überlingen:** Peter Haas, Bermatingen; **Villingen-Schwenningen:** Otto Roth, Säge- u. Hobelwerk, Niedereschbach; Cemigrat Oberflächentechnik GmbH, St. Georgen.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Duisburg: TEKA Fenster GmbH & Co. oHG Fertigung u. Montage, Oberhausen 11; Siegfried Müller Schiffselektronik Handelsges. mbH; **Köln:** Felten & Guilleaume GmbH – nicht identisch mit der Fa. Felten & Guilleaume Energietechnik GmbH –, Köln-Mülheim; **Vaihingen:** KG i. Albert Irion Nachfolger GmbH & Co., Illingen; **Villingen-Schwenningen:** Friedrich Schreiber, Bauunternehmer, Donaueschingen; **Wiesbaden:** Trepel AG; **Wolfratshausen:** Günter Michael Santen, Inh. d. Mode Napoleon, Tegernsee; **Worms:** Rotapack-Rotations-Formulardruck u. Verarbeitungs GmbH, Osthofen.

Vergleich beantragt: München: Systeko Vertrieb v. Baukonstruktionen GmbH; **Nordhorn:** Henk Reinders Plastic GmbH, Ringe OT Neugnadenfeld; Henk Reinders GmbH & Co., Ringe OT Neugnadenfeld; **Stuttgart:** Johner-Bau-GmbH, Nürtingen.

JAPAN / Pkw-Importe aus der Bundesrepublik 1985 voraussichtlich in Rekordhöhe

Deutsche Autos auf Erfolgsfahrt

FRED de LA TROBE, Tokio

Die Zahl der in diesem Jahr in Japan abgesetzten Personenwagen aus der Bundesrepublik wird nach Schätzungen japanischer Fachkreise mehr als 40 000 Autos und damit einen neuen Rekord erreichen. Schon in den ersten acht Monaten 1985 wurden 26 319 Wagen oder 25,8 Prozent mehr als in der gleichen Vorjahreszeit verkauft. Bis zum Jahresende dürfte sich der günstige Trend fortsetzen.

Von 1980 bis 1983 hatte der Absatz ausländischer und darunter auch deutscher Pkws in Japan stagniert. Mit der Zunahme der Verbraucherausgaben stieg aber der Verkauf deutscher Autos im fernöstlichen Inselstaat 1984 auf die bisher höchste Marke von 32 634 Wagen. In dieser Zahl waren 17 410 „Santana"-Modelle, die lokal bei der Firma Nissan hergestellt wurden, nicht eingeschlossen. Insgesamt wurden 1984 in Japan 41 982 ausländische Personenwagen abgesetzt.

Nach den deutschen Modellen folgten in weitem Abstand 2382 amerikanische Wagen. Der Marktanteil der deutschen Pkws liegt in Japan bei über 1,4 Prozent. Im Vergleich dazu beträgt der Marktanteil japanischer Autos in der Bundesrepublik zwölf Prozent. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres setzten die Japaner hierzulande 193 060 Wagen ab. Das kam einer Zunahme von 3,3 Prozent im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum gleich.

Der Anteil der deutschen Modelle unter allen nach Japan importierten ausländischen Wagen stellte sich in den ersten acht Monaten 1985 auf 80,5 Prozent und überstieg damit zum ersten Mal vier Fünftel aller Einfuhren. Die erfolgreichsten deutschen Marken in diesem Zeitraum waren Volkswagen mit 8017 Pkws oder 26,8 Prozent mehr als in der gleichen Vorjahreszeit, BMW mit 7736 oder 26,9 Prozent Zuwachs und Mercedes-Benz mit 6364 oder 31,8 Prozent Zuwachs. Als Ursachen des Erfolgs der deutschen Autos in Japan nennen Fachkreise die frühzeitige Einstellung auf die japanischen Verkehrsverhältnisse wie Einbau von Rechtssteuerung, die von den Japanern anerkannte gute Qualität, Preissenkungen und ein größeres Angebot kleinerer Modelle.

Den Gesamtabsatz ausländischer Pkws in Japan veranschlagen Fachkreise in Tokio für dieses Jahr auf etwa 50 000 Wagen. Im Gegensatz zu den deutschen Erfolgen ist der Absatz amerikanischer Autos im Inselreich seit sechs Jahren rückläufig. In den ersten acht Monaten 1985 wurden nur 1298 US-Wagen verkauft, 18,5 Prozent weniger als in der gleichen Vorjahreszeit. Damit sind die amerikanischen Modelle von den englischen und italienischen, die bisher etwas zurücklagen, überholt worden. Den amerikanischen Pkw schadete besonders der starke Dollar und damit der vergleichsweise hohe Preis sowie der höhere Benzinverbrauch.

Nach den bisherigen Ergebnissen in diesem Jahr wird die japanische Pkw-Produktion 1985 auf etwa 7,5 Mill. Autos ansteigen. Das wären neun Prozent mehr als im Vorjahr. Die höhere Ausbringung wird wegen der steigenden Inlandsnachfrage und den höheren Exporten, vor allem in die USA, möglich. Die freiwillige Ausfuhrquote in die USA für japanische Pkws wurde um 24 Prozent auf 2,3 Mill. Wagen erhöht.

Neue Strategie für Mexiko?

VWD, Seoul

Mexiko gilt als erster Kandidat der US-Regierung für Umschuldungsverhandlungen nach der von Finanzminister Baker in Seoul verkündeten neuen Strategie. Eine endgültige Entscheidung ist noch nicht getroffen worden. Zunächst solle festgestellt werden, ob die mexikanische Regierung an Verhandlungen aufgrund dieser Vorschläge interessiert sei. Falls dies der Fall ist, müßte in Gesprächen eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Schuldnerland, den internationalen Institutionen und Geschäftsbanken vereinbart werden; alle müßten sich dazu verpflichten, dem Schuldnerland zu helfen.

Mexiko müßte sich dann verpflichten, mit einer stärker als bisher marktorientierten Politik eine Gesundung der Wirtschaft zu erreichen, unrentable Staatsbetriebe in Privathand zu überführen und Anstrengungen für verstärkte Auslandsinvestitionen zu unternehmen. Die internationalen Institutionen wie Weltbank und Interamerikanische Entwicklungsbank würden den IWF bei der Überprüfung über die Einhaltung der Sanierungsbemühungen in der mexikanischen Wirtschaft unterstützen und möglicherweise mit der Vergabe zusätzlicher Kredite die Versuche politischer Einflußnahme bremsen. Die US-Regierung würde gleichzeitig Einfluß auf die US-Banken nehmen, ihre in jüngster Vergangenheit geschrumpften Kreditvergaben an Mexiko wieder aufzustocken.

Es wird damit gerechnet, daß US-Finanzminister Baker in den nächsten Wochen informelle Gespräche mit mexikanischen Regierungsvertretern führen wird. Mexiko hatte die Regierungen westlicher Länder bereits verständigt, daß sie ihren derzeitigen Sanierungskurs politisch nicht durchsetzen könne ohne neue Auslandsgelder.

Verhandlungen über Stahlimporte

AP, Washington

Die USA und die Europäische Gemeinschaft haben gestern in Washington eine neue Runde von Verhandlungen über die Begrenzung des EG-Stahlexports in die Vereinigten Staaten aufgenommen. Die Verhandlungen waren am 17. September in Washington eröffnet worden; eine zweite Runde hatte in der darauffolgenden Woche in Brüssel stattgefunden.

Die USA wollen eine Fortführung und Ausweitung der bisher geltenden Vereinbarungen erreichen, die Ende des Jahres auslaufen. Die seit 1982 geltenden Vereinbarungen sehen vor, daß der Anteil der wichtigsten europäischen Stahlerzeugnisse am US-Stahlmarkt 5,4 Prozent nicht übersteigen soll.

Eine Sprecherin der EG-Delegation erklärte gestern vor Gesprächsbeginn, beide Seiten seien noch sehr weit voneinander entfernt. Die bisherigen Vereinbarungen beziehen sich auf große Produktkategorien wie schweren Baustahl und Walzbleche. Nach dem Wunsch der USA sollen jedoch künftig auch Draht, Schienen und Drahtstifte einbezogen werden. Das Amerikanische Eisen- und Stahl-Institut klagt in einem dem US-Handelsbeauftragten Clayton Yeutter zugeleiteten Positionspapier, die Stahlindustrie der USA sei durch unfaire Praktiken der ausländischen Konkurrenz an den Rand des Ruins gedrängt worden.

Die Vereinigten Staaten haben für die Beendigung der Verhandlungen mit der EG eine Frist bis zum 31. Oktober gesetzt. Präsident Ronald Reagan will erreichen, daß der ausländische Anteil am US-Stahlmarkt von etwa 25 auf etwa 18,5 Prozent zurückgedrängt wird. Die USA haben bereits mit 14 Ländern Vereinbarungen über Exportbeschränkungen abgeschlossen.

Devisenkontrollen weiter gelockert

J. Sch. Paris

Das französische Finanzministerium hat die Devisenkontrolle weiter gelockert. Nachdem es zunächst die Auslandsinvestitionen außerhalb der EG erleichterte und den Importeuren Devisenoptionsgeschäfte erlaubte, wurden jetzt die Banken ermächtigt, Außenhandelskredite ohne die Garantie der staatlichen Exportversicherungsgesellschaft Coface zu gewähren. Dadurch können Prämien in Höhe von ein bis sechs Prozent des Auftragswerts gespart werden.

Bisher waren nur Devisenkredite an Auslandskunden versicherungsfrei. Solche an französische Exporteure sowie sämtliche Franc-Kredite bedurften zur Freistellung einer ausdrücklichen Genehmigung der Zollbehörden. Selbst Exportkredite an westliche Industriestaaten mußten gegen das „Risiko" von politisch bedingten Rückzahlungsschwierigkeiten abgesichert werden.

Außerdem wurde die Bestimmung aufgehoben, wonach der französische Exporteur seinem Auslandskunden ein Zahlungsziel von nur 180 Tagen gewähren durfte, soweit dieser Franc-Kredite erhalten hat. Für Devisenkredite bleibt es bei der bisherigen 14tägigen Repatriierungspflicht.

NAMEN

Jürgen Ulderup, Gründer und Beiratsvorsitzender der Lemförder Metallwaren Jürgen Ulderup AG & Co., Lemförde, vollendet am 11. Oktober 1985 das 75. Lebensjahr.

Joachim Pützmann, Chef der zentralen Berliner Leitung der Siemens AG, ist mit Wirkung vom 1. Oktober 1985 zum Mitglied des Vorstandes des Arbeitgeberverbandes der Berliner Metallindustrie gewählt worden. Er tritt an die Stelle von Dr. **Dirk Forkel**, der am 30. September 1985 in den Ruhestand getreten ist.

Bertil Hagman (48), bisher Präsident bei Tetra Pak in Großbritannien, ist zum Präsidenten des Verpackungskonzerns Tetra Pak International berufen worden. Er tritt die Nachfolge des in den Aufsichtsrat überwechselnden Dr. **Hans Rausing** an.

Gert Abram (36), bisher Stellvertreter, wurde zum Geschäftsführer der AWV – Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung e.V., Eschborn, berufen. Er folgt in dieser Funktion Dr. **Gerhard Laß** nach, der im Frühjahr aus Altersgründen ausgeschieden ist.

Dietmar K. Gattwald wurde zum Geschäftsführer der delmod international, Berlin/Delmenhorst, bestellt.

WELT-TEXTILABKOMMEN / Gewerkschaft: Schutz vor Billig-Importen notwendig

Verlängerung bleibt heftig umstritten

GERNOT HELLER, Düsseldorf

Ein Büstenhalter „Made in Germany" ist zur Rarität geworden. Auch der deutsche Mann trägt nur noch in drei Prozent der Fälle Hemden aus heimischer Herstellung. Mit derartigen Beispielen sucht die Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB) die Öffentlichkeit derzeit verstärkt für die Forderung nach Verlängerung des Welt-Textilabkommens über 1986 hinaus zu gewinnen. Dies soll der hiesigen Industrie mit ihren 425 000 Arbeitsplätzen einen Schutz vor der Importflut aus Fernost bringen.

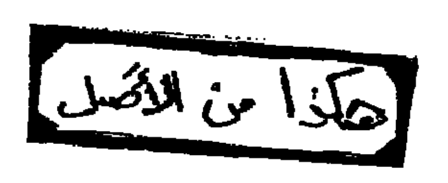
Aus der Sicht anderer Gruppen würde sich die Verlängerung des Textilabkommens dagegen negativ auswirken. Heinrich Weiss, Vorsitzender des Arbeitskreises China beim Ostausschuß der deutschen Wirtschaft, hält eine stärkere Förderung der deutschen Importe aus China für unabdingbar, wenn die hohen Exporthoffnungen der heimischen Wirtschaft sich künftig erfüllen sollen. China werde auf Dauer nämlich kein hohes Handelsdefizit hinnehmen.

Aber auch die Bundesregierung will offenbar nicht so, wie die Gewerkschaft fordert. „Die Regierung unterstützt uns zwar in der Forderung nach Verlängerung des Abkommens", neige aber dazu, in der anstehenden dritten Verlängerung des Abkommens eine Auslaufregelung mit festzuschreiben, erklärte ein GTB-Sprecher. Das sei für die GTB nicht annehmbar, denn man könne unmöglich vorhersehen, ob die Lage in wenigen Jahren dies zulasse.

Daß das Welt-Textilabkommen eine Form des Protektionismus darstellt, wird grundsätzlich sowohl bei Befürwortern als auch bei Gegnern des Vertrages nicht bestritten. Die Industrieländer schotten sich mit dem Abkommen gegen Exportgüter der Textil- und Bekleidungsindustrie ab. Grundlage des Welt-Textilabkommens war die Beschränkung der Importe aus den Entwicklungsländern, wobei im EG-Raum zuletzt ein durchschnittliches jährliches Wachstum von zwei Prozent zugelassen wurde. Konkrete Einfuhrmengen der Lieferländer wurden zwischen EG-Kommission und den einzelnen Ländern festgelegt.

Für ihr Festhalten an der Handelsbeschränkung führt die Gewerkschaft eine Reihe von Argumenten an. Immerhin seien seit 1970 von einst 3615 Textil-Betrieben nur noch 1832 übriggeblieben, in der Bekleidungsindustrie waren es 2540 von 5207. Der Verlust an heimischen Arbeitsplätzen durch die Importflut aus den Entwicklungsländern habe zugleich bei über 450 000 gelegen. Der Hauptvorwurf aber lautet, diese Länder hätten nur deshalb so billig anbieten können, weil sie mit Kinderarbeit, Hungerlöhnen und zum Großteil völlig fehlenden Sozialleistungen ein „Sozialdumping" ohnegleichen betrieben.

Zum anderen kritisiert sie, daß die Hauptlieferländer Hongkong, Südkorea, Taiwan und Macao keine Entwicklungsländer mehr seien. Allein diese vier Staaten vereinigten drei Viertel der deutschen Bekleidungsimporte auf sich. Schließlich legt die Gewerkschaft gerade den höher industrialisierten Ländern zur Last, daß sie wiederum ihren heimischen Markt gegen ausländische Anbieter mit hohen Zöllen abschotteten. (rtr)



KFW / Hohe Rückflüsse bei Entwicklungshilfe-Krediten

Deutsche Industrie profitiert

rtr, Frankfurt

Über 75 Prozent der von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) im vergangenen Jahr ausgezahlten Gelder für Projekte in Entwicklungsländern sind an die deutsche Industrie zurückgeflossen. Von insgesamt zwei Mrd. DM an Finanzierungen von Lieferungen, die Firmen außerhalb des jeweiligen Projektlandes erbrachten, gingen 1,48 Mrd. DM an deutsche Firmen, heißt es in einer KfW-Studie. 1983 hatte der Anteil mit 1,42 Mrd. DM noch bei 72,6 Prozent, gelegen.

Der Anteil der übrigen Industrieländer ging auf 18,2 (Vorjahr 20,9) Prozent oder 357,8 (409,1) Mill. DM zurück. Die Staatshandelsländer waren mit rund zwei (2,3) Prozent oder 40,9 (47,2) Mill. DM beteiligt, an die Entwicklungsländer flossen 4,6 (4,2) Prozent oder 91,0 (81,9) Mill. DM.

Nach den KfW-Statistiken zahlte das Institut im vergangenen Jahr insgesamt rund 2,6 Mrd. DM aus, nur wenig mehr als im Vorjahr (2,59 Mrd.) Davon entfielen allein 2,3 Mrd. DM auf projektgebundene Kredite, weitere 200 Mill. DM auf nicht gebundene Kredite und Zuschüsse sowie 100 Mill. DM auf projektergänzende Maßnahmen.

In den einzelnen Branchen ergaben sich nach Angaben der KfW stark unterschiedliche deutsche Lieferanteile. Von den insgesamt knapp zwei Mrd. DM an Zahlungen für Leistungen, die von Firmen außerhalb des Projektlandes erbracht wurden, entfielen in der Branche Elektrotechnik allein 77 Prozent auf deutsche Unternehmen.

Bei Ingenieur-und Architekturleistungen waren es sogar 89 Prozent und beim Fahrzeugbau 92 Prozent. Der Maschinenbau lag mit 75 Prozent im Durchschnitt, das Baugewerbe lag mit 59 Prozent deutlich im Hintertreffen. Von 1,5 Mrd. DM, die die KfW im vergangenen Jahr für Lieferungen und Leistungen an deutsche Firmen *auszahlte, entfielen* fast 90 Prozent auf diese fünf Spitzenbranchen.

Die meisten Gelder gingen mit 39 Prozent oder 577 Mill. DM an den Maschinenbau, mit rund 21 Prozent oder 316 Mill. DM an die Elektrotechnik und mit 14 Prozent oder 210 Mill. DM an das Baugewerbe. Elf Prozent oder 155 Mill. DM entfielen auf Ingenieur- und Architekturleistungen.

STIFTUNG VOLKSWAGENWERK / Wiederaufnahme der VW-Dividende bringt 1985 höhere Einnahmen

Mehr Mittel von Bund und Land gefordert

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Für eine Erhöhung des Grundkapitals der Stiftung Volkswagenwerk, Hannover, hat sich der Vorsitzende des *Kuratoriums, Werner Remmers,* ausgesprochen. Bei der Vorlage des Jahresberichts erinnerte Remmers an die in letzter Zeit neu belebte Frage der Privatisierung von Unternehmen, an denen Bund und Länder beteiligt sind. Dies gelte auch für die Volkswagen AG, an der der Bund und das Land Niedersachsen jeweils mit 20 Prozent beteiligt sind.

Gemäß der Satzung sind die öffentlichen Anteilseigner verpflichtet, bei einer Veräußerung von Anteilen die daraus realisierten Mittel der Stiftung zuzuführen. Alternativ hätten Bund und Land die Möglichkeit, entsprechend der jeweils gezahlten VW-Dividende der Stiftung Mittel zur Verfügung zu stellen. Hintergrund dieser Überlegungen, so Remmers, sei die Erhaltung der Leistungskraft der Stiftung. Seit der Gründung vor fast 25 Jahren habe sich durch den Kaufkraftschwund eine kräftige Minderung des Grundkapital-Wertes ergeben. Zur Höhe der Kapitalaufstokkung, die auch durch die Zuführung von „Drittmitteln" erfolgen könnte, wollte sich Remmers nicht äußern. Das derzeitige Stiftungskapital steht mit 1,36 Mrd. DM zu Buche.

Als „kurzfristig nicht lösbar" bezeichnete Remmers das leidige Problem der geltenden Körperschaftssteuerregelung. Trotz aller Bemühungen gebe es keine Anzeichen dafür, daß die dadurch benachteiligten gemeinnützigen Stiftungen wieder besser gestellt würden.

Zufrieden zeigen sich Vorstand und Kuratorium der Stiftung mit den Ergebnissen im Jahre 1984 (Remmers: „Ein gutes Jahr"). Die Stiftung bewilligte insgesamt 116 (1983: 119) Mill. DM. Die Förderungsmittel stammen in erster Linie aus den Erträgen des Stiftungskapitals. Wegen des Dividendenausfalls 1983 flossen im Berichtsjahr keine Erträge aus diesem Posten der Stiftung zu. Auf das „Niedersächsische Vorab" (Vorhaben, die von der niedersächsischen Landesregierung vorgeschlagen werden) entfielen 16,5 (39,3) Mill. DM.

Im Berichtsjahr gingen bei der Stiftung 1314 (1144) Anträge mit einem Volumen von 299 (233) Mill. DM ein. Davon wurden 341 (293) Anträge mit einem Volumen von 89 (68) Mill. DM abgelehnt. Die Ablehnungsquote veränderte sich gegenüber dem Vorjahr kaum: 35 Prozent der Anträge und 54 Prozent der beantragten Summen wurden nicht bewilligt. Positiv entschieden wurde über 639 (573) Anträge.

Der Bruttoertrag der Stiftung erreichte im Berichtsjahr 120,4 (125,9) Mill. DM. Ausgezahlt wurden Förderungsmittel in Höhe von 108,3 (110) Mill. DM. Davon gingen an ausländische Institutionen 10,1 Mill. DM.

Sehr viel günstiger ist die Situation im laufenden Jahr. Die Stiftung rechnet mit Bruttoerträgen von 150 Mill. DM. Die Steigerung wird maßgeblich beeinflußt durch die Wiederaufnahme der Dividendenzahlung von VW. Dadurch fließen der Stiftung 36 Mill. DM zu. Auch für die kommenden Jahre sei man zuversichtlich, aus Wolfsburger Erträgen Mittel zur Verfügung gestellt zu bekommen.

Wie in den beiden Vorjahren übertrafen auch 1984 die Bewilligungen in *den Natur-, Ingenieur- und Bio-Wissenschaften* mit 55,2 Prozent dem Volumen nach die Bewilligungen in den Geistes- und Gesellschafts-Wissenschaften. Dabei, so die Stiftung, sei allerdings zu berücksichtigen, daß geistes- und gesellschaftswissenschaftliche Projekte in der Regel „billiger" sind als naturwissenschaftliche Vorhaben. Von der Anzahl der geförderten Projekte her gesehen übertreffen die Geisteswissenschaften mit 54,1 Prozent die sogenannte hard science. Zu den neu eingerichteten Schwerpunkten gehörte 1984 das Thema „Management von Forschung und Entwicklung", mit dem die Stiftung fundierte Forschungen über Probleme im industriellen F+E-Management anregen will. Die ursprünglich als Versuch gedachte „Förderung der Infrastruktur in den Ingenieur-Wissenschaften" habe sich so bewährt, daß die Stiftung sie als Schwerpunkt weiterführen wird.

MAXHÜTTE

Werksschließung ohne Entlassungen

dpa/VWD, Sulzbach-Rosenberg

Die geplante Schließung des Kaltwalzwerks Haidhof der Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte mbH, Sulzbach-Rosenberg, *wird keine Entlassungen zur Folge haben,* versicherte der Vorstandsvorsitzende der Maxhütte, Joachim Oberländer. Den Verlust der 720 Arbeitsplätze in Haidhof wolle das Management durch verschiedene Maßnahmen ausgleichen. So sollen 260 Mitarbeiter in Sulzbach-Rosenberg und 123 in der in Haidhof verbleibenden Restproduktion Arbeit finden. 244 Mitarbeiter über 55 Jahre würden durch den vorgesehenen Sozialplan aufgefangen.

Oberländer unterstrich die Notwendigkeit der Sanierung, die den Gesamtbestand der Maxhütte mit ihren nach Stillegung der Kaltwalzanlage 5000 Mitarbeitern langfristig sichern solle. Er bestätigte, daß die Stilllegung, von der zunächst 710 Arbeitsplätze betroffen seien, nicht ohne Zustimmung der bayerischen Staatsregierung erfolgen könne. Bund und Land hatten sich in den letzten drei Jahren an der Modernisierung und Umstrukturierung der Produktion mit 180 Mill. DM beteiligt. Die staatliche Hilfe sei mit der Verpflichtung für das Unternehmen gekoppelt gewesen, Produktionspalette und 5000 Arbeitsplätze zu erhalten.

FRAUNHOFER-GESELLSCHAFT / Große Nachfrage

Mehr Vertragsforschung

DANKWARD SEITZ, München

Eine starke Nachfrage nach anwendungsorientierter Forschung verzeichnete 1984 die Fraunhofer-Gesellschat e. V.(FhG), München, und damit ein kräftiges Wachstum ihres Finanzvolumens um 13 Prozent auf 361 Mill. DM. Davon entfielen, wie dem Jahresbericht zu entnehmen ist, allein 311 Mill. DM (plus 13,5 Prozent) auf laufende Forschungsaufwendungen. 50 Mill. DM (plus elf Prozent) mußten in Bau und Erstausstattung neuer Institute investiert werden, „um der herrschenden Nachfrage zu genügen". Diese Erweiterungen beziehen sich vor allem auf die Gebiete Produktions- und Informationstechnik, Mikroelektronik, Umweltforschung, Transporttechnik, Arbeitswissenschaft und Silicatforschung.

Getragen wurde das Wachstum vor allem durch den Leistungsbereich Vertragsforschung, der 1984 ein finanzielles Volumen von 251 Mill. DM (plus 16 Prozent) erreichte. Besonders ausgeprägt ist dabei die Zusammenarbeit mit den Wirtschaftszweigen Maschinenbau (rund 20 Prozent) und Elektrotechnik (rund 16 Prozent). Etwa die Hälfte der Wirtschaftserträge der Gesellschaft stammen von Unternehmen mit mehr als 10 000 Beschäftigten, darunter so bekannte Firmen wie beispielsweise Audi, Bayer, Bosch, Daimler-Benz, IBM, Nixdorf, Siemens und Thyssen.

Der Bereich Vertragsforschung, der die Aktivitäten von 25 FhG-Istituten umfaßt, wurde 1984 zu 63 Prozent (159 Mill. DM) durch Erträge aus der *Auftragsforschung für Wirtschaft und* Staat finanziert. Die restlichen 37 Prozent wurden durch die „erfolgsabhängige Grundfinanzierung" von Bund und Ländern gedeckt.

Im Bereich Verteidigungsforschung, in dem sechs Institute arbeiten, wurden 1984 mit 47 Mill. DM vier Prozent mehr aufgewendet als im Vorjahr. Ende 1984 beschäftigte die FhG insgesamt 2 824 Mitarbeiter (plus fünf Prozent), darunter über 1000 Wissenschaftler, sowie darüber hinaus 653 Gastwissenschaftler.

AM verstärkt in Frankreich

Py. Düsseldorf

Die Aachener und Münchener Versicherungsgruppe (AM) hat ihre Präsenz in Frankreich verstärkt. Nach der Fusion der beiden wichtigsten französischen Versicherungsgesellschaften der Gruppe Présence, der Le Secours IARD und der La Providence IARD, wird die AM ihre über die Aachener Rück gehaltene Beteiligung an Le Secours (26,2 Prozent) auf 30 Prozent an der neuen Présence aufstocken.

Für diese Beteiligung bringt die Aachener Rück ihre bisherige Beteiligung ein und zahlt zusätzlich 55 Mill. DM. Sie bleibt an La Secours S. A., der Holding der Gruppe (700 Mill. Franc flüssige Mittel), mit rund sieben Prozent beteiligt. Das Prämienaufkommen der Gruppe Présence aus der Spitzengruppe der privatwirtschaftlich geführten Versicherungsgesellschaften des Landes hat ein Prämienaufkommen von knapp 5 Mrd. Franc. Mit dem Mehrheitspartner der neuen Gruppe, der Providence S. A., wird über verstärkte Kooperation gesprochen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Keramag im Plus

Düsseldorf (J. G.) – Aus einem diesmal auch durch Buchgewinne aus Bereinigung des Beteiligungskontos verbessertem Ergebnis kündigt die Ratinger Keramag AG an, daß für 1985 wiederum mit Dividende zu rechnen sei; für 1984 wurde sie nach drei Ausfalljahren aus 99,8 Mill. DM Umsatz mit dem Satz von 2,50 DM erstmals wieder gezahlt. Vor allem mit modischer Produktinnovation begründet dieser (nach Villeroy & Boch) zweitgrößte deutsche Sanitärkeramik-Produzent, daß er sich bis *Ende August 1985* mit zwei Prozent Umsatzplus vom neunprozentigen Branchenminus abhob. Das Keramag-Hauptwerk in Wesel sei im ersten Halbjahr 1985 als einziger Betrieb der Branche von Kurzarbeit verschont geblieben.

BASF in Jugoslawien

Ludwigshafen (dpa/VWD) – Die BASF AG, Ludwigshafen, wird als erstes europäisches Chemieunternehmen in Jugoslawien eine eigene Vertretung eröffnen. Die Arbeit im Zentralbüro Belgrad *mit Filialen in* Zagreb und Ljubljana soll nach Angaben des Unternehmens mit zwölf Beschäftigten noch in dieser Woche aufgenommen werden.

IBM baut in Berlin

Berlin (tb.) – Die IBM Deutschland GmbH, Stuttgart, will in diesem jahr in Berlin mehr als 25 Mill. DM investieren. Im nächsten Monat soll der Grundstein für ein neues Verwaltungsgebäude gelegt werden, teilte der Leiter des Berliner IBM-Werkes, F.K. Franz, anläßlich des 75jährigen *Jubiläums mit. Von 1980 bis 1984 hat* IBM in der Stadt mehr als 100 Mill. DM investiert. Beschäftigt werden rund 1500 Mitarbeiter.

Vorstand verkleinert

Hamburg (JB) – Die Umstrukturierung der Mobil Oil AG, Hamburg, wird auch zu einer Verkleinerung des Vorstands führen. Wie das Unternehmen mitteilt, haben sich auf Wunsch der Gesellschaft die Vorstandsmitglieder Friedrich Ebeling, zuständig für Mineralölvertrieb, Forschung, *Entwicklung, Anwendung und Umweltschutz,* sowie Carl Jacobi, zuständig für Personal, bereit erklärt, Ende dieses Jahres aus ihren Ämtern auszuscheiden. Über daraus entstehende organisatorische Veränderungen will die Mobil zu einem späteren Zeitpunkt informieren.

Vergleich angemeldet

Ulm (dpa/VWD) – Die Kässbohrer-Tochter Setra S.A. Madrid mit dem Werk für die Omnibusfertigung in Samano (Cantabria) hat jetzt Vergleich angemeldet. Dies teilte die Firma Karl Kässbohrer Fahrzeugwerke GmbH, Ulm, die mit 39 Prozent an der Setra S.A. beteiligt ist, in Ulm mit. Wie es heißt, mußten Verwaltungsrat und Geschäftsführung der Setra diesen Schritt tun, um die rechtlich vorgesehenen Möglichkeiten des Vergleichs als Hilfe für die geplante Umstrukturierung und Sanierung zu erhalten. An der Setra ist außerdem die Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern GmbH, Köln, mit 16 Prozent beteiligt.



Wenig Hoffnung am Rentenmarkt

Nach den jüngsten Maßnahmen der Bundesbank und den Äußerungen des US-Finanzministers Baker, daß die USA eine Eindämmung ihres Haushaltsdefizites und eine damit verbundene Dollar-Zinssenkung nicht befürworten, ist die Hoffnung auf eine weitere Zinssenkung verflogen. Die Erholung des Dollarkurses sowie die Emission der neuen Bundesanleihe, deren Konditionen als nicht marktgerecht empfunden werden, tun ein übriges. So kam es am Rentenmarkt zu einer weiteren Renditensteigerung. Öffentliche Anleihen wiesen Kursabschläge um etwa 0,25 Prozentpunkte auf.

Bundesanleihen

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei, PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

10 SC Ki ab sel Ein Sicht gab Welt ausfo diesn telve schar ren fach nach bleib row Titel Die Kasp. Sel Kasp. Aufbi Karpe zur F rück. folgt Neue Kri neuer Die sehr bauer weiße und ken. Mit der Schle der S rigkei Figur Sch mit ei Der zum v so wä schwa bedro

هكذا من الأصل

Warenpreise – Termine

Durchweg schwächer tendierten am Dienstag die Edelmetalle an der New Yorker Comex. Einbußen gab es auch bei den Kupfernotierungen. Gewinne bei den Kaffeenotierungen. Kakao wurde niedriger bewertet.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	8.10.	7.10.
Dez.	301,75	292,75
März	308,00	300,25
Mai	303,50	297,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
SLL 1 CW	253,65	253,65
Am. Durum	250,59	250,59

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
Okt.	120,80	116,00
Dez.	123,90	119,00
März	126,00	123,00

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	96,50	91,50
Dez.	98,50	94,50
März	102,20	99,10

HAFER Chicago (c/bush)		
Dez.	122,50	122,00
März	130,75	130,00
Mai	137,50	135,25

MAIS Chicago (c/bush)		
Dez.	224,25	221,75
März	235,50	232,75
Mai	240,75	238,50

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
Okt.	107,90	103,50
Dez.	110,00	107,00
März	114,00	112,00

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	8.10.	7.10.
Dez.	139,20	138,70
März	140,80	140,50
Mai	141,55	141,30

KAKAO New York ($/t)	8.10.	7.10.
Dez.	2263	2269
März	2338	2342
Mai	2384	2392
Umsatz	1599	1379

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 Jan.	5,07	4,90
März	5,34	5,30
Mai	5,53	5,50
Juli	5,72	5,72
Sept.	5,86	5,90
Umsatz	7296	9722

Isa-Preis fob karibische Häfen (US c/lb)		
	4,74	4,98

KAFFEE London (£/t) Robusta	8.10.	7.10.
Nov.	1608-1610	1581-1583
Jan.	1646-1648	1622-1625
März	1678-1680	1652-1655
Umsatz	2176	1519

KAKAO London (£/t)		
Dez.	1776-1777	1781-1782
März	1811-1812	1816-1817
Mai	1838-1839	1842-1843
Umsatz	2158	1179

ZUCKER London (£/t) Nr.6	8.10.	7.10.
Dez.	135,20-135,80	135,00-136,00
März	143,20-143,40	142,60-142,80
Mai	147,00-147,20	146,40-146,80
Umsatz	1518	1958

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg	9.10.	8.10.
schw. Saraw.spez.	792,50	790,00
weiß.Saraw.	920,00	920,00
weiß.Munt.	930,00	930,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)	8.10.	7.10.
Nov.	127,50	128,60
Jan.	125,45	126,60
März	124,30	125,35
Mai	123,30	124,40
Juli	122,20	123,40
Umsatz	700	350

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	8.10.	4.10.
	35,50	35,50

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	21,75	22,25

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Okt.	20,57	20,30
Dez.	20,27	20,18
Jan.	20,43	20,32
März	20,83	20,70
Mai	21,12	21,10
Juli	21,48	21,35
Aug.	21,55	21,45

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk		
	18,00	18,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	15,00	15,00
Choice white hog 4 % fr. F.	13,50	13,50

TALG New York (c/lb)		
top white	15,00	15,00
fancy	14,25	14,25
bleichf.	13,75	13,75
yellow max. 10% fr.F	10,25	10,25

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
Okt.	45,00	44,25
Dez.	45,00	44,45
Feb.	43,80	44,02

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Feb.	63,90	64,95
März	64,40	65,45
Mai	65,30	66,35

HÄUTE Chicago (c/lb)	8.10.	7.10.
Ochsen einh. schwere River Northern	57,50	57,50
Kühe einh. schwere River Northern	47,00	47,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
Nov.	506,25	503,50
Jan.	518,50	515,50
März	530,50	527,50
Mai	539,50	536,75
Juli	546,75	544,50
Aug.	546,00	544,50
Sept.	537,00	537,00

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
Okt.	137,20	135,80
Dez.	139,00	138,00
Jan.	140,00	139,30
März	141,50	141,00
Mai	142,50	142,50
Juli	145,00	144,50
Aug.	145,00	144,50

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	8.10.	7.10.
Okt.	344,00	334,00
Dez.	328,50	318,50
März	326,50	326,50

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	8.10.	7.10.
	20,50	20,50

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)	9.10.	8.10.
jegl. Herk. cif	780,00	780,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank		
	700,00	595,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	390,00	365,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk		
	133,50	117,75

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	452,50	442,50

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	–	255,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2	8.10.	7.10.
Okt.	60,95	60,65
Dez.	59,77	59,46
März	60,30	60,20
Mai	60,76	60,55
Juli	59,50	59,27
Okt.	53,95	53,85

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1		
	42,75	42,75

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.	9.10.	8.10.
Okt.	473-480	471-473
Jan.	489-492	482-488
März	500-503	487-488
Umsatz	75	75

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	8.10.	7.10.
Okt.	51,10	51,10
Dez.	51,10	51,10
März	51,50	51,50
Mai	52,20	52,20
Umsatz	0	18000
Tendenz: nominell		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	8.10.	7.10.
Okt.	605,00	603,00-605,00
Dez.	612,00-612,50	–
März	–	–
Umsatz	0	0

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	9.10.	8.10.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	8.10.	7.10.
Okt.	12255	12275
Nov.	12250	12360

KAUTSCHUK London (p/kg)	8.10.	7.10.
Nr.1 loco	58,00-61,00	58,00-61,00
Nov.	–59,00	–59,00
Dez.	–60,00	–60,00
Jan.	–	–
Tendenz: ruhig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	8.10.	7.10.
Nov.	184,50-186,00	185,50-186,50
Dez.	185,00-186,00	186,00-187,00
Nr. 2 Nov.	174,50-175,50	174,50-175,50
Nr. 3 Nov.	172,00-173,00	172,00-173,00
Nr. 4 Nov.	167,50-168,50	167,50-168,50
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)	9.10.	8.10.
BWC	520	520
BWD	495	495
BTC	525	525
BTD	500	500

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) – 31,1035 g; 1lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	9.10.	8.10.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	265,23-265,59	263,16-263,53
drittf. M.	273,65-273,83	271,96-272,15
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	104,23-104,42	104,33-104,51
dritt. M.	107,42-107,51	107,32-107,51
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	1176,24-1176,62	1172,50-1174,37
dritt. M.	1185,61-1187,48	1183,74-1187,48
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	176,06-176,81	176,06-175,81
Prod.-Pr.	206,51	206,51
REINZINN 99,9 %	3540-3575	3560-3595

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	9.10.	8.10.
	29,95	29,87

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	9.10.	8.10.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	375,82-379,01	378,34-381,53
BLEI in Kabeln	111,75-112,75	112,00-113,00
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	9.10.	8.10.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	338	339
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	370-377	372-377
MS 63	361-364	363-369

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	9.10.	8.10.
Leg. 225	330-335	330-342
Leg. 226	332-337	332-344
Leg. 231	367-370	367-377
Leg. 233	377-380	377-387

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	9.10.	8.10.
PLATIN (DM/g)	29,50	29,35
GOLD (DM/kg Feingold)		
Bank-Vkfpr.	28290	28170
Rückn.-Pr.	27540	27420
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	28410	28290
Rückn.-Pr.	27680	27560
verarbeitet	29810	29670
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	27810	27720
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	547,80	546,20
Rückn.-Pr.	531,50	529,90
verarbeitet	571,90	570,20

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	9.10.	8.10.
10.30	326,95	326,10
15.00	326,55	326,35
Zürich mit.	327,40-327,90	325,50-326,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	82300	84750
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	443,10	442,10
3 Mon.	455,25	454,25
6 Mon.	466,60	466,15
12 Mon.	489,85	490,15
PLATIN (£/Feinunze) London	8.10.	7.10.
fr. Markt	225,60	225,05
PALLADIUM (£/Feinunze) London	8.10.	7.10.
f. Händl.-Pr.	71,30	71,85

New Yorker Metallbörse

	8.10.	7.10.
GOLD H & H Ankauf	326,60	326,00
SILBER H & H Ankauf	630,00	629,00
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	306,00-312,00	293,00-297,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	101,00-102,00	101,00-102,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00
SILBER (c/Feinunze)		
Okt.	627,70	632,60
Dez.	635,00	640,00
Jan.	639,90	644,90
März	648,00	653,50
Mai	657,50	662,50
Juli	667,00	672,10
Sept.	677,50	682,50
Umsatz	12000	14000

KUPFER (c/lb)	8.10.	7.10.
Okt.	61,55	61,83
Dez.	62,25	62,55
Jan.	62,50	62,80
März	62,90	63,15
Mai	63,25	63,55
Juli	63,55	63,90
Sept.	63,05	64,25
Umsatz	6500	8100

Londoner Metallbörse

ALUMINIUM (c/lb)	9.10.	8.10.
mitt. Kasse	696,00-696,50	70[illegible]00-709,00
3 Mon.	718,50-719,00	73[illegible],50-731,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	278,00-278,20	27[illegible],25-278,75
3 Mon.	285,50-286,00	28[illegible],75-287,00
KUPFER Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	982,50-983,00	98[illegible],50-990,00
3 Monate	1005,00-1005,50	1010,[illegible]-1011,00
ab. Kasse	–	990,50-991,50
3 Monate	–	1013,[illegible]-1013,50
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	967,00-969,00	974,50-975,00
3 Monate	991,00-992,00	999,[illegible]-1000,00
ZINK (£/t)		
mitt. Kasse	454,50-455,50	47[illegible],00-472,00
3 Monate	–	–
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	8780-8790	8815-8818
3 Monate	8675-8680	8695-8700
QUECKSILBER ($/FL)	–	285-295
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	67-72

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	8.10.	7.10.
Nov.	83,35-83,45	83,40-83,60
Dez.	83,35-83,45	83,15-83,25
Jan.	82,80-82,90	82,60-82,65
Febr.	81,25	81,10-81,20

GASÖL – London ($/t)	8.10.	7.10.
Okt.	261,00-261,50	262,00-262,50
Nov.	256,75-257,00	255,75-256,00
Dez.	252,75-253,00	251,50-251,75
Jan.	249,75-250,00	249,25-249,50
Febr.	246,25-247,00	246,00-246,50
März	239,00-240,00	232,50-239,00
April	233,00-234,00	232,75-233,00
Mai	229,50-230,00	222,50-229,00

BENZIN – New York (c/Gallone)	8.10.	7.10.
Nov.	77,70-78,00	77,00-77,10
Dez.	74,45-74,55	73,80-73,90
Jan.	72,80	72,40-72,50
Febr.	72,60	72,25
März	72,80-73,00	72,45

ROHÖL – New York ($/Barrel)	8.10.	7.10.
Nov.	29,25-29,30	29,11-29,20
Dez.	28,59-28,64	28,47-28,55
Jan.	27,95-27,96	27,82-27,90
Febr.	27,45-27,48	27,34-27,42
März	26,98	26,90

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	9.10.	8.10.
Arabian Lg.	27,80	27,80
Arabian Hv.	25,75	25,80
Iran U.	unerh.	–
Forties	28,70	28,60
N.Sea Brent	28,75	28,60
Bonny Light	28,90	28,90

Kartoffeln

London (£/t)	8.10.	7.10.
Nov.	62,50	58,90
Febr.	68,00	68,00
April	80,50	81,00
Mai	86,40	87,20

New York (c/lb)	8.10.	7.10.
Nov.	1,91	1,90
März	2,15	2,17
April	2,25	2,23
Mai	2,44	2,42

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	8.10.	7.10.
Nov.	136,30	135,50-135,80
Jan.	141,00-140,80	140,90-140,50
März	147,20-146,80	146,70
Mai	151,50-152,00	150,80-151,50

Devisenmärkte

Der durchaus zu verspürenden Dollar-Nachfrage stehen die Zentralbanken am 9. 10. weiterhin einsatzbereit gegenüber. Der Kurs des US-Dollar gegen D-Mark lag zu Beginn des Handels um 1 Pfennig über Vortagsschluß bei 2,6560. Im Verlauf des Vormittags geriet der Kurs im Sog des Dollar/Yen wieder unter Druck und fiel auf 2,6340. Die Bank of Japan begann bei nachgebenden Dollar-Kursen zusätzliche Beträge dem Markt zu Verfügung zu stellen. Sie unterstrich damit ihre Absicht, den Dollar/Yen-Kurs weiter in Richtung 200 Yen zu dirigieren. Die Bundesbank intervenierte nicht und wurde auch zur Notiz von 2,6418 nicht aktiv. Der Schweizer Franken stabilisierte sich bei 121,79. Der Japanische Yen zog aufgrund der gezielten Interventionen überdurchschnittlich stark auf 1,2325 an. US-Dollar in: Amsterdam 2,9725, Brüssel 53,5250; Paris 8,0480; Mailand 1784,25; Wien 18,5460, Zürich 2,1691, Ir. Pfund/DM 3,092; Pfund/Dollar 1,4157; Pfund/DM 3,740.

Devisen und Sorten

9.10.85	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Frankf. Sorten* Verkauf
New York[1]	2,6378	2,6458	2,272	2,55	2,65
London[2]	3,733	3,747	3,681	3,67	3,82
Dublin[2]	3,085	3,099	3,055	3,05	3,18
Montreal[1]	1,9312	1,9392	1,9195	1,88	1,98
Amsterd.	88,72	88,94	88,54	87,75	89,50
Zürich	121,69	121,89	121,65	120,25	123,00
Brüssel	4,923	4,943	4,874	4,76	4,96
Paris	32,70	32,86	32,30	31,75	33,50
Kopenh.	27,53	27,65	27,295	26,25	28,00
Oslo	33,485	33,605	32,875	32,50	34,25
Stockh.**	33,12	33,28	32,385	32,00	33,75
Mailand[3]**	1,4765	1,4865	1,4495	5,43	1,53
Wien	14,208	14,248	14,192	14,13	14,35
Madrid**	1,63	1,64	1,600	1,56	1,68
Lissabon**	1,612	1,632	1,540	1,25	2,05
Tokio	1,231	1,234	–	1,17	1,24
Helsinki	46,40	46,60	45,52	45,00	47,00
Buen.Air	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen* **	1,97	2,074	–	1,50	2,50
Frankf	–	–	–	–	–
Sydney*	1,838	1,857	–	1,80	1,90
Johannbg.*	0,893	0,957	–	0,90	1,30

Alles in Hundert. [1] 1 Dollar. [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire
[4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage. * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 8.10. : In D-Mark 2,21183 (Parität 2,24184); in Dollar 0,83718 (12. März 1979: 1,35444)

Ostmarkkurs am 9.10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West, Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Abschläge für den US-Dollar schrumpften am 9. Oktober etwas. Es zeigte sich darin die auf geringfügig höherem Zinsniveau vorhandene DM-Nachfrage

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,86-0,76	2,40-2,30	4,73-4,53
Pfund/Dollar	0,46-0,44	1,18-1,15	1,94-1,89
Pfund/DM	3,00-1,60	7,10-5,70	12,2-10,8
FF/DM	23-7	57-41	106-90

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 9.10.85 ; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7⅞-8⅛	4⅝-4⅞	3⅞-4⅛
3 Monate	8⅛-8⅜	4½-4¾	4⅝-4⅞
6 Monate	8⅛-8⅜	4½-4⅞	4½-4¾
12 Monate	8½-8¾	4⅝-4⅞	4½-4⅞

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 9.10. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1235,00	1590,30
5 US-Dollar (Indiana)**	770,00	930,90
5 US-Dollar (Liberty)	490,00	672,60
1 £ Sovereign alt	205,50	257,07
1 £ Sovereign Elizabeth II.	196,00	246,24
20 belgische Franken	158,00	208,62
10 Rubel Tscherwonez	205,50	261,63
2 südafrikanische Rand	192,75	241,40
Krüger Rand, neu	866,75	1028,00
Maple Leaf	877,00	1039,68
Platin Noble Man	871,50	1053,41
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	215,00	273,60
20 schweiz. Franken „Vreneli"	177,50	230,85
20 franz. Franken „Napoléon"	169,00	221,60
100 österr. Kronen (Neuprägung)	859,00	986,67
20 österr. Kronen (Neuprägung)	159,50	204,63
10 österr. Kronen (Neuprägung)	82,75	111,44
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	374,50	461,13
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	86,75	121,70

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 9.10.: Tagesgeld 4,55-4,65 Prozent, Monatsgeld 4,65-4,75 Prozent; Dreimonatsgeld 4,65-4,75 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,80 Prozent, 6 Mon. 4,80 Prozent.
Privatdiskontsätze am 9.10. : 10 bis 29 Tage 3,55 G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,40B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 9.10. : 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Sept. 1985 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/11(Typ A) 4,00 (4,00) – 5,00 (4,49) – 6,00 (4,97) – 6,25 (5,26) – 6,50 (5,48) – 8,00 (5,84). Ausgabe 1985/12 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,00 (4,50) – 6,00 (5,00) – 6,25 (5,31) – 6,50 (5,55) – 8,00 (5,95) – 8,00 (6,24) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,05, 2 Jahre 4,79. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,25 , Kurs 100,80, Rendite 6,06 .

Junge Aktien

Berlin: Hermes 530,00 T, Kotitzer 850,00 G, VAB 1830,00 G
Düsseldorf: BASF 234,00, IWK –, Linde 540,00, Metallges. –, Nixdorf 555,00, Schering 525,00 bG, VEW 145,50
Frankfurt: Allweiler St. 265,00 G, Allweiler Vz. 210,50, BASF 235,20, Frankona 340,00, IWK 296,00, Linde 555,00, Magdeburger Feuer 435,00 B, Magdeburger Feuer Namen 800,00 G, Metallges. 280,00, Moto Meter 210,00, Nixdorf 555,00, Schering 524,00, VEW 145,50 bG, Wibau 7,50
Hamburg: Schering 522,00
München: BASF 233,00, Bremer Wolle 175,00 G, Isar Amper 348,00, IWK 294,00, Linde 535,00 bG, Metallges. 282,00 G, Nixdorf 560,00 bG, Schering 520,00 T, Stumpf 108,10 G, VAB 1980,00 bG, VEW 145,00 bG, Wanderer 360,00 B
Commerzbank Rentenindex: 110,626 (110,791)
Performance-Index: 229,227 (229,415)

WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte: 122,49 (123,02); Elektrowerte 217,84 (219,40); Autowerte 481,62 (478,30); Maschinenbau 164,83 (165,90); Versorgungsaktien 144,13 (145,26); Banken 243,48 (224,20); Warenhäuser 84,42 (84,69); Bauwirtschaft 235,33 (234,15); Konsumgüterindustrie 126,70 (126,95); Versicherung 1117,38 (1109,56); Stahlpapiere, 168,41 (172,01)

Kursgewinner:

Eschweil. Berg	125,00	+19,00	+17,9%
Hageda	126,00	+14,00	+12,5%
Pittler Masch.	110,00	+11,50	+11,6%
Brau AG	410,00	+40,00	+10,8%
Alexanderw	106,00	+8,00	+8,1%
Kempinski	321,00	+21,00	+7,0%
Aach.M.Vers.	960,00	+37,00	+4,0%
Langbein-Pfan.	105,00	+4,00	+3,9%
Kochs Adler	300,00	+11,00	+3,8%
Rieb.Mont.	270,00	+10,00	+3,8%

Kursverlierer:

Westf. Vict.	85,00	-7,00	-7,6%
Binding St	247,00	-13,00	-5,0%
St. Hofbr. St.	775,00	-40,00	-4,9%
Veith-Pirelli	248,00	-12,00	-4,6%
Seitwolff	42,00	-2,00	-4,5%
St. Hofbr. Vz.	500,00	-24,00	-4,5%
Didier	221,00	-10,00	-4,3%
Oberl. Uhr.	321,00	-14,00	-4,1%
Hutschenr.	398,00	-16,80	-4,0%
Schiqu. H.	750,00	-30,00	-3,8%

Dollar-Anleihen

	8.10.	7.10.
11½ EEC 90	102,625	102,875
10¾ EIB 93	100	100,25
11 dgl. 91	102	102
11½ dgl. 90	104	104,125
11¼ dgl. 93	105,125	105,5
12 dgl. 95	106,125	106,375
12½ dgl. 90	107,625	107,75
12¾ dgl. 94	110,375	110,625
13 dgl. 96	109,75	109,875
10½ Wld Bk 95	97	97,375
10¾ dgl. 88	101,75	102
10½ dgl. 90	101,875	102
10¾ dgl. 93	101,25	101,625
11 dgl. 92	101,5	101,75
11½ dgl. 98	102,375	102,625
11¼ dgl. 88	103,375	103,5
11¼ dgl. 90	103,5	103,625
11¾ dgl. 89	103,25	103,375
11½ dgl. 90	104	104,25
12 dgl. 93	106,25	106,625
12¾ dgl. 94	107,625	107,875
12½ dgl. 94	110,75	111
7⅞ N.Zeald.89	102,875	103,125
8¾ dgl. 87	103,5	103,5
7 Pac.Gas 94	101,75	101,75
6¾ Penney 92	99,375	99,5
6⅞ Procter 92	101,625	101,625
6½ Sears 91	102,875	103
6¾ Swed.Ex.91	100,375	100,375
7 TRW 94	101,625	101,75
6⅞ Un.Tech.92	99,625	99,75
6⅞ World Bk90	100,375	100,75

Euro-Yen

	8.10.	7.10.
6¼ Al Corp 91	100,375	100,5
5¾ ADB 88	97,875	98
7¼ dgl. 94	103,875	103,125
8½ Austral 91	101,875	101,875
8⅛ dgl. 97	103,75	103,75
7 Austria 95	101,875	101,875
6¼ Avon 91	99,25	99,25
7 BP 92	102,5	102,625
6¾ Denmark 92	99,625	100,125
7 Denm.Bk. 92	100,5	100,625
7 Dow Chem.94	101,125	101,25
6⅞ EDF 95	101,5	101,75
6½ Eurofima86	99,75	99,75
6½ dgl. 95	99	99,125
6⅞ dgl. 92	100	100
6⅞ Finl.Rep90	100,625	100,625
8⅛ dgl. 89	101,625	101,625
6½ GMAC 90	99,875	99,75
7⅛ Goodyear95	100,375	100,375
6⅞ dgl. 94	99,25	99,25
7½ IADB 94	102,375	102,625
7⅝ dgl. 93	102,875	103
6⅞ Intel 92	97,125	97,5
6¾ ITT 92	99,25	99,25
6½ McDonal.92	99,625	99,875
7¼ N.Bruns.95	102	102
7⅛ N.Zeald.90	101,875	102

Lux. Franc Bonds

	8.10.	7.10.
9¼ Akzo 87	99,75	99,75
9¼ Asea 89	101,75	101,75
6¼ Asian Dv87	97	97
10½ BFG Lux90	105,25	103
11 BNP 90	101,5	101,25
9 dgl. 93	101	100,75
10¼ Paribas89	102,75	102,75
10½ Ceca 94	104,5	104
11 dgl. 92	105,5	105,5
13 dgl. 91	104	104
12½ Consei92	105	105
8 Coptel 88	98,25	98
8½ dgl. 89	98,5	98,25
11 Cr Lyon.88	100,5	100,5
13 dgl. 89	101	101
7½ Den.Mtg 88	96,5	96,5
10¼ Euratom96	105	105
11 dgl. 93	103	102,5
12¼ dgl. 88	102	102
12½ dgl. 92	102,5	102,5
10 Eurofima91	103	103
10 dgl. 94	103,5	103,5
10½ dgl. 87	100,5	100,5
11¾ dgl. 89	102,5	102,5
8 EIB 91	98	98
9½ dgl. 95	102,75	102,75
9¾ dgl. 88	101,25	101,25
9¼ dgl. 93	102,875	102,875
10½ dgl. 94	105,5	105,5
11½ dgl. 88	101	101
12¼ dgl. 90	102,5	102,5
9¼ Hypo Bk.88	101,25	100,5
9¾ Ind.B.F95	101,25	101
8 Kredietc 86	99	99
10 dgl. 90	102,75	103
11¾ dgl. 89	102,75	102,5
8 Luxair 87	98,75	98,75
8½ dgl. 87	99,25	99,25
10½ Lux. Bk.91	102,5	102
12½ dgl. 89	105	105
10½ Lux AL92	103,5	103,5
12½ Nord L89	102	102
8 Norges 86	98,5	98,5
8 Oslo 89	98,25	98,25
8½ dgl. 87	98,5	98,5
8 Philips 89	97,375	97,75
7¾ Renault 88	96,5	97
9½ Sogenal 92	101	101,25
8 Solvay 85	99,5	99,25
10¼ dgl. 87	102	102
10¾ Stockh.86	100	100
8 Svenges 88	98,25	98,25
9¾ Volvo 87	100	100
10 WestLB 90	102,25	102,25
9¼ WorldBk.90	102,75	102,5
10¼ dgl. 89	103,5	103

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,60418

	8.10.	7.10.
8¼ Cop City91	97	97
8¾ CCA 91	97,5	97,5
9⅛ Gas d Fr86	99	99
11¼ Ned. G.88	102,5	102,5
9¼ Queb P 94	99,75	99,75
8½ SDR 94	98	98

RE 9 DM 2,65627

	8.10.	7.10.
7 Bass 91	90	90
8¼ Cp City 86	98,5	98,5
8½ Iceland 88	98	98
9¼ dgl. 86	99,5	99,5
9⅛ SDR 87	100	99,5

RE 9 DM 2,62969

	8.10.	7.10.
7 Acoba 93	90	90
7 Cop.City 93	92	92
7 Ind.Bk.F.93	92	92
7½ KLI 93	92	92
7¾ dgl. 93	92	92
8¼ Panama 93	90	90
7 SDR 95	90	90

ECU

	8.10.	7.10.
11¾ Aerop.93	106	106
9½ ABN 92	103,125	103,125
9¾ ANZ 92	103,875	103,875
10¾ Austria95	107,25	107,25

	8.10.	7.10.
9⅞ BIG 95	100	100
9 M.+Hope 92	101,375	101,5
10½ Bk.Tok.91	103,5	103,625
10¾ dgl. 91	103,25	103,375
8⅝ Bay Vbk.88	99,75	99,75
10¾ CEPME 87	101	101
11¾ dgl. 95	108	108
12⅝ dgl. 90	107	107
9¾ CNT 92	104,125	104,25
9⅞ dgl. 95	104,125	104,25
12 dgl. 86	99,5	99,5
12¼ dgl. 89	106	106
12⅝ dgl. 92	109	109
11¾ CNE 95	108	108
10¾ CECA 89	109	109,125
10 Chrysl.91	102,875	103
10½ dgl. 93	103,125	103,25
11¼ Citycp 90	101	101
13 dgl. 89	101	101
14¼ Consei90	109	109
9¾ dgl. 92	102,875	103
9½ dgl. 95	103	103,125
11½ Cp City94	105	105
10¼ Cop Tel95	105,25	105,5
13¾ Cd.Foncî89	106	106
11⅛ dgl. 96	109,5	109,5
11⅝ Cred N.91	107	107
12¼ dgl. 93	109	109
10¾ Denmark91	107	107
9½ Dresd.Bk95	102,125	102
12½ EDF 93	108	–
11½ EEC 93	107	108,25
11⅝ EEC 93	106	106
11⅝ ELF Ng.88	104	104
10 Euratom 97	104,625	104,75
12½ dgl. 90	104	104
9⅞ Eurofima93	105	105,25
11 dgl. 92	108,375	108,5
10½ EIB 94	105,375	105,625
11¼ dgl. 94	110,375	110,25
11¾ dgl. 91	106	106
13¾ dgl. 89	103	103
14 dgl. 86	102	102
8¾ Fiat 90	98,75	98,75
11½ Forsm. 98	103,75	103,75
13 G.d.Fr. 89	108	108
10½ Giroz. 93	107,25	107,25
8¼ IBM 90	99	99,125
11½ IBJ 93	104	104
12½ Ireland91	103,5	103,5
14¾ ISPaolo88	102	102
14 IMI 89	102	102
11½ Italie 90	108,875	108,875
14 dgl. 89	107	107
11½ LTCB 90	108,375	108,5
10¼ Megal 95	104,25	104,25
13½ Nena 90	105	105
8¾ Olv. 95	98,875	99,125
10¼ Peugeot90	104	104
9 Philips 93	100,625	100,75
11¼ P.Bk. 91	107	107
11½ Queb.P.89	107,25	107,25
13½ Queb.H.89	107	107
9⅝ Rabobk. 95	103,625	103,75
11⅛ R.Xer 88	105	105,25
9 SAS 95	99,625	99,625
11½ SDR 90	106,5	106,5
14 dgl. 92	105	105
11¾ SNCF 94	108,875	108,875
13 Softe 87	103	105
11¼ S.Afr 89	98	98
10⅝ SATS 2000	95,25	95,25
10½ Spark.91	104	104
9 Sumitomo 95	100,25	99,25
9¼ dgl. 93	99,125	100,25
11 Swed Ex.89	102	102
11¼ dgl. 95	99,5	99,5
12½ Brandt 87	105	105
9 U B Norw.95	99,375	99,5
11⅝ dgl. 90	104	104
9½ WestLB 90	104,5	104,375
10⅞ dgl. 91	104	104,5
9⅝ World Bk95	103,125	103,5
9½ dgl. 92	104,125	104,125
10¼ dgl. 87	106,25	106,375
10⅝ dgl. 88	106,25	106,375
10⅝ dgl. 94	108,125	108,125
11 dgl. 95	108,125	108,125

ECU-Tageswerte

	8.10.	7.10.
Dollar	0,837180	0,837504
Bfr	44,8645	44,8902
DM	2,21183	2,21269
Hfl	2,49061	2,49241
£	0,591438	0,590415
Dkr	8,01391	8,02538
FF	6,74684	6,74877
Lira	1497,48	1490,97
I-£	0,715233	0,715509
Sfr	1,81484	1,81068
öS	15,5297	15,5273
Peseta	135,205	135,173
Skr	6,67191	6,67449
Nkr	6,59991	6,59744
Kan-$	1,14517	1,14487
Esc	136,879	137,9351
Fmk	4,75853	4,75912
Yen	180,496	180,650
Drachme	110,533	110,576

Verkäufe am Aktienmarkt

Technische Reaktion als Marktbereinigung willkommen

DW. – Mit zum Teil deutlichen Abschlägen setzten am Mittwoch die Notierungen des Aktienmarktes ein. Abgabebereitschaft bei inländischen Anlegern sowie Glattstellungen des Berufshandels sorgten für die gedrückten Kurse. Es handelte sich jedoch um eine, als Marktbereinigung durchaus willkommene, technische Reaktion, die den weiterhin bestehenden Optimismus keineswegs beeinträchtigt. Daß es zu den im Verlauf verminderten Kursen zu vereinzelten Rückkäufen kam, bewies die gute Verfassung des Aktienmarktes.

Hauptsächlich bedingt durch den Plan des amerikanischen Finanzministers Baker, der der privaten Kreditwirtschaft eine große Rolle bei der Bewältigung der Schuldenkrise der lateinamerikanischen Schwellenländer zuweist, litten die Papiere der Großbanken am stärksten unter Kursabschlägen. Deutsche Bank und Commerzbank gaben um jeweils rund 8 DM nach. Deutlich vermindert auch einige Aktien des Elektromarktes. Hier verloren Siemens etwa 10 DM und Vortagsfavorit AEG knapp 6 DM. Schwächer tendierten Montane, besonders Hoesch (minus 4 DM) – nach den Kursavancen der Vorwoche. Leichter lagen die Großchemiewerte mit Abschlägen von etwa 2 DM. Uneinheitlich der Automobilmarkt. Stromversorger litten weiter unter dem Renditeanstieg am Rentenmarkt.

Frankfurt: Braun stiegen um 40 DM, Enka um 7 DM und Heidelberger Zement um 5 DM. Nachgegeben haben Binding St. um 13 DM und Hutschenreuther um 16,80 DM. Metallgesellschaft lagen um 5 DM leichter.

Düsseldorf: AEG Kabel Rheydt stiegen um 4 DM, Deutsche Atlanten um 15 DM und Gildemeister um 2 DM. Hochtief verminderten um 12 DM und Langenbrahm St. um 40 DM. Allianz Vers. gaben um 15 DM und Aachen Münchner Vers. um 10 DM nach.

Hamburg: Beiersdorf fielen um 12 DM zurück. Einen Verlust von 3 DM mußten Phoenix Gummi hinnehmen. HEW gingen um 2 DM zurück. Markt- und Kühlhallen verbesserten sich um 8 DM. Hapag und Reichelt lagen auf Vortagsbasis.

Berlin: Kempinski zogen um 12 DM und DUB-Schultheiss um 5 DM an. Bergmann ermäßigten sich um 5 DM. Herlitz St. gaben um 4 DM, Berliner Elektro und Herlitz Vz. um je 3 DM nach. Bekula lagen um 1,30 DM leichter.

München: Blattmetall stockten um 20 DM und Elektro 2000 um 12 DM auf. Tucherbräu verbesserten sich um 30 DM und Patrizier um 6 DM. Nachgegeben haben Erlus AG um 10 DM und Brauhaus Coburg um 5 DM.

Stuttgart: Daimler verbesserten sich weiter um 7,50 DM. Mercedes stockten um 2 DM auf. Porsche verloren 12 DM. Fuchs stiegen um 6 DM. Salamander waren um 9,50 DM nachgebend. Hohner verbilligten sich um 9,50 DM.

Nachbörse: leichter

WELT-Aktienindex: 226,35 (226,72)
WELT-Umsatzindex: 5208 (6119)

Inland

		9.10.	8.10.
H	Aach M Betl. 10	1699	1699
H	Aach. M. Vers. 7	950	890
D	Aach. Rück. 9	2450	2450
D	Aseag *4	460G	470G
M	Ack-Gogg. 6	148bG	146bG
H	Adca 3	149,5	146
D	Adler 9	300G	300G
F	Adt 0	60bB	58bB
F	AEG 0	169	167,1
D	AEG KABEL 9	294	290
S	Aesculap 9	447	447TG
F	AGAB 5	124,5	124
D	Agrippina *0	1450T	1450T
M	Agrob *0	205bG	208
M	dgl. Vz.* 0	160	163
M	Aigner 9	213,5	212,5
M	Akt. Kaufb.*18	1050B	1050B
H	Agiv 10	372	377
H	Albingia 8	1020G	1020
D	Alexanderw. 0	111	112T
Hn	Allerthal*0	159	157B
S	Allg.Re.**6,3	3730bG	3730bG
S	dgl.NA**6,3	3220G	3220bG
S	dgl.35%E.6,3	4850	4850bG
D	Allianz Leb. 9	6490	6500
D	Allianz V. 11	1655	1670
S	Allweiler St. 8	280G	280G
S	dgl. Vz. 9	215G	215G
F	Altana 10	426	428
F	Andreae-N.Z. 0	144,8	146,7
F	Asko 10	980	1000
H	Audi NSU 7	750B	760B
M	Augsb. Kg. 1,5	129,8	129,1
S	Bodenwerk 6	168,5	168
F	Bd.Württ.Bk. 11	544	554
D	Balcke-Dürr 3	185bG	185G
F	Bankg.v.1899 *14	584,5	584
D	Banning ** 20	890bB	890G
H	BASF 9	244,5	245
H	Bavaria 3	180	176G
D	Bayer 9	232,3	233
F	B.Br.Sch.-J. 0	220	230G
M	Bayer. Hdlb. 11	400bG	405bG
M	Bayer. Hartst. 6	697B	697b
M	Bayer.Hypo10 +2,5	437,5	440bG
M	Bayer. Lloyd 5	280	280G
H	BMW 12,5	488	486
M	Bayer. Vbk. 11	431	434bG
H	Beiersdorf 9,5	530	534
F	BHF-Bank 10,5	365	370
F	Berl. Bank 3	182	185,5
B	Berl. Kindl 4,5	131	131
B	Bekula 5	113,5	113,6
B	Berthold 0	179	180
S	Bilf.- Berg. 10	259,9	259
F	Binding 7+1	247T	260
M	Blattmetall 6	980TG	960
D	Boch.Gels. Str. 0	235T	237T
F	Brau AG 0	410T	370rG
M	Brts. Asnb. *5	720bG	720G
F	Braun Vz. 15,2	535bG	535bG
H	Br.H.Hypo 10+1	372G	372G
Hn	Brsch.Jute *0	122	125
H	Breitenb.-C. *28	620G	620G
H	Br. Straßb. *0	410T	420T
H	Br. Vulkan 0	85,5	85
H	Br. Wollk. 7	186	186
F	BBC 6	279,5	279bG
S	BSU Textil 0	1320G	1320G
D	Buckau-W. 4,1	137	134
D	Buderus *12,6	385G	385G
M	Bgl.Br.Ing. *12+1	980G	980G
S	Bgl.Brh.Rav. *0	375G	375G
S	Calw D. **18	710TG	705TG
F	Cassella *15	570	572

		9.10.	8.10.
F	Ceag 0	189	190
F	Chem. Vw. *16	530	548
D	Colonia 5	460	460
D	Commerzb. 6	241	245
D	Cobk.Reste*0 RM	17,5T	18T
D	Conc. Chem. 4,5+3	340	340G
B	Conc. Spinne * 0	405T	405B
D	Contigas 7,5	367	375
D	Conti Gummi 3	159	159
D	Dahlb. St. 7,65	257	258,5
D	dgl. Vz. 14,55	400bB	395G
S	Daimler 10,5	988,5	981
M	Deckel AG 0	208	213,8
D	Dt. Atl. Tel.10+1	525G	510G
H	Doag 5	360	364,5
D	Dt. Babcock St. 3	174	174,2
D	dgl. Vz. 3,5	175	171
F	Dt. Bank 12	667,6	671,5
D	Dt. Centrboden 12	660bB	640G
D	Dt. Conti Rück 0	3800B	3800B
D	dgl. NA 0	995G	995G
F	Dt. Eff.+Wbk. 10	495T	512
F	Degussa 9,5	455	459
H	Dt. Hyp. H.-Bln. 9	290	294bG
H	Dt.Hyp.F.-Br.10+2,5	540	539
S	DLW 11	335	339,5
Hn	Dt. Spezialgl. 9	495	495
F	Dt. Steinz. *6	223,8	225bB
H	DeTeWe 9	540B	540B
F	Dt. Texaco 2,7	207bB	205bB
B	Dt. Eisenh. *6	–	–
D	Didier 7	221	229
F	D.bl. Quellen 7,5	450T	440B
D	Dierig Holding 4	198	197
D	Dittm. & N **60	7700B	7700B
D	DAB 0	122	122
D	Dom. Ritter 7,7	315T	315T
D	DUB-Schulth. 7	278	276
D	Duewag 4	190	195
D	Dresdn. Bank 7,5	318	318,5
D	Dyckerh. Z 6	192	190T
D	dgl. Vz. 6	190T	191T
F	Dywidag 7	198bB	200
D	Edelst. Witten *0	305G	305bG
F	Eichbaum-Br. 5	170G	175
D	Esb. Verk. 10	300G	300bG
H	Elbschloß 0	299	299
M	ELECTRO. 2000 25	450bG	438TG
M	En. Oberfr. 6	369B	369bB
M	En. Ostb. 6	240	240,2
H	Elkraft 0	87	81
B	Engelhardt 7	225	225T
D	Enka 7,5	384	377
M	Erlus 10	360bG	370bB
M	Erste Kulmb. 9	1270bG	1270
S	esbi *0	7,2	7,2
S	Essl. Masch. *6	445G	445G
M	Esterer **10	595G	592G
D	Farb. Liqu. *RM 0	8,5	8,4
F	Flachglas 9	310bB	310
D	Ford *19,36	850T	850T
B	Forst. Ebn. *4 %	4100T	4100T
M	Fr. Oberl. Wk. 5	240	240
F	Frankf. Hypo 12	700G	702
F	Frankona R. 5	465bB	465bB
F	dgl. NA 5	450T	460T
F	dgl.50 % E. 2,5	350	350bB
F	Fuchs Petrol Vz. 0	162	160
H	Geestm. Bk. 3	161,5	164
M	Gehe *5	–	160,2
D	Gels.wasser 6,5	176,5	177
D	Gerresh. Gl. 5	174,9	174
F	Gestra 7	183	186
D	Gildem. 0	101,1bG	99
D	Girmes 0	159,8	155,5
D	Glas & Sp. *11	270T	270T
D	Goldschm. 8	221	220
M	Glsw. Frk. *9	–	250G
F	Grünzw. H. 0	115bG	118bB
H	Guano *8	500B	500B
D	GHH St. 3	195	195,5
D	GHH Vz. 3	180,5	181
M	Hacker-Psch. 23,3	1380	1390
H	Hageda 0	116bB	–

		9.10.	8.10.
D	Hagen Batt. 5+1	159	153T
H	Hall.-Meurer *0	158	158,5
D	Hamb. Berg 7+1	260	262
H	Hb.Hochb.*4+0,64	99B	99B
H	HEW 5	127	125,5
H	Hdl. Löb. 9	380	–G
Hn	Hann. Papier 5,5	136	140
H	Hannstorf 0	97,8	97
D	Harpener 11	361	364
F	Hartm. & B.St. 4	770G	770G
F	dgl. Vz. 4	670	685
M	Hasen-Bräu 9	1050G	1050G
S	Heidelb. Zem. 7	435	420G
M	Heilit & W. 5	290	295
D	Hein. Lehm. *0	261	250T
D	Heinr. Ind. *14+4	600bB	601bG
H	Hemmoor 12,3	260G	260G
F	Henninger 2	134	151,5bG
B	Herlitz 7	225	230
B	dgl. Vz. 7,8.	207,5	211
B	Hermes 7	580G	580G
S	Hesser *14,5	515TB	515rB
D	Hindr. Auff. *7	220B	220b
D	Hochtief 10+2	780	792
D	Hoechst 9	233	234,2
D	Hoesch 0	139,5	144
M	Hofbr. Cbg. 2	565	570bG
D	Hoffm. St. 0	200bG	200bB
S	Hohner *6	195,5	205bB
H	Holsten-Br. 6	259	260
F	Holzmann 10	513	509
D	Horten 4	211	211
B	Hw. Kayser *12	292bG	292bG
D	Hussel 8	392	390
M	Hutschenr. 9+1	419bB	410bG
H	Hypo Hbg. 10+2,5	505	520B
D	IKB 7,5	263	269
S	IWKA 3	300	305,5
M	Isar-Amper 7,5	353	353
D	Isenbeck 4,75	173bG	175bB
H	Jacobsen *8	630T	650T
H	Jute Bremen 4	–	280G
D	Kabelmetal 5	140	143
D	Kali Chemie 12	–	464
D	Kali u. Salz 8	377	380
D	Karstadt 7	273	275
D	Kaufhof 6,5	317	316
B	Kempinski 5	320	308T
D	Keramag 2,5	172	172
F	KSB 6,5	221,9	220
F	dgl. Vz. 7,25	211,5	213,5
Hn	KWS 7,5	510	512
D	KHD 9	293	295
D	Klöckner-Wk. 0	78,5	80,2
D	Kochs-Adler 8+2	288	280
D	Köln-Düssd. *16	480T	500B
D	Köln. Rück. *18	1600T	1630
B	Kötitzer *0	1200G	1200G
S	Kolb & Sch. 4+1	143	145,5
S	Kolbenschmidt 6	195	200,5
F	Kr. Rheinf. 6,5	229	229
S	Kraft Altw. *14+2	570G	572bB
M	Krauss-Maffei *15	1730	1650
D	Kromschr. 11	290	285T
M	Krones 5	640	650
D	Krupp-Stahl *0	138	139
H	Küintr. *8	550G	550G
D	Küppersb. *0	202G	202G
D	KKB 10	585bB	585T
F	Kupferberg *18	970G	960G
F	Lahmeyer 10	505	502bG
D	Langenbr. 10+5	950T	970T
D	dgl. Vz. 10,5+5	950T	970T
F	Lech Elektr. 7,5	339G	339
D	Leffers 7,5	298	295
B	Lehmann 0	123,5	123
F	Leifheit 3	420,2	423
M	Leon. Drahtw. 10+2	402	404
F	Linde 10	568	570
Hn	Lind.Glödebr. *13	445G	444
M	Löwenbräu 8+1,5	1260bG	1260G
D	Lufthansa St. 3,5+1	231	231,5
D	dgl. Vz. 3,5+1	233	231
D	Magd. Feuer 7,5	740T	725G

		9.10.	8.10.
H	Malbak 4	255rpG	250bB
F	Mainkraft *15	600G	600
F	MAB 6,5+1	370B	370B
F	dgl. Vz. 6,5+1	315	318bB
D	Mannesmann 4	229	232
F	Mannh. Vers. 8	635	675
H	Markt & K. 7	230	220,5
F	MAN St. 0	184	184
F	dgl. Vz. 0	179	179,5
F	MAN-Rol. 20,2	459B	458T
S	M.Müll.Weing. *0	285	286
D	Mauser 0	90	92
F	Mercedes 10,5	888	877
F	Metallges. 0	291	296
S	Met. u. Lack 0	121bB	120,1bG
S	Mühg 6,5	410	415G
F	Moenus 0	111	112
F	Monachia 5	2100G	2100
Hn	Mühl. Rüm. 0	153B	153B
M	Mü. Rück. Inhab. 9	1900	1865
M	dgl. 50% E.*9	1780	1749bG
M	NAK Stoffe 0	85,2	90
S	Neckarw. Essl. 7	230	230
M	N. Bw. Hof 8	259bG	256
M	Niedermayr *0	216bG	212G
D	Nino 6	193	197
D	Nixdorf 9	569,5	571,5
H	Nordcement 6+1,5	142	140
H	Nord. Steing. 4+1	132	131
D	Nordstern A. *10	1910	1920
D	dgl. NA *10	1820	1820G
B	Nordst. Leb. *18	6250G	6250G
H	NWK St. 7,50	253	255T
H	dgl Vz. 7,50	253	257
H	Old. Ldbk. 8	300	304
D	O & K *0	267	272
H	Otavi 4	128	128B
F	PWA 4	142,1	145,5
F	Parkbräu *0	360T	355B
M	Patrizier-Br. 0	355bB	349bB
M	Paulaner 34	1700	1720G
D	Peguian 7	210bG	212T
D	dgl. Vz. 8	220G	220G
F	Pfälz. Hypo 10+2,5	578	575
F	Pfaff 6	210	214
D	Philips Kom. 9+6	689	690
H	Phoenix G. 3,5	139,5	143,1
F	Pittler Masch. 0	110	98,5
S	Porsche 16	1288	1300
M	Porz. Walds. 0	160bG	160,1
H	Preussag 9	263	265
S	Progress. 8	247	247
M	Rathgeber *8	470G	470G
D	Rav. Sp. *4	309G	309G
F	Reichelbräu 6	390G	390G
H	Reichelt 0	96bB	96
S	Rheinel. 10+1	834G	840G
F	Rhein. Hypo 10	458	458
D	Rhein. Textil *6	360G	360G
D	Rhein. Boden 6+0,5	210bG	215
D	RWE St. 8	216	216,5
D	dgl. Vz. 8	209,2	210
D	RWK 0	360	360
D	Rheinmetall 7,5	385bG	398
D	Rheinmetall Vz.4,25	363	370
D	Rhenag 7,5	282G	280
Hn	Ried. d. H. *19	700	710
H	Rint. Sth.A **0	1650T	1650
H	dgl. Lit. B **0	1100T	1110B
F	Rosenthal 7,5	300	310
H	Ruberoid 5,5	900G	900G
D	Rütgers 8,5	395	395
S	Salamander 7,5+1	227	236,5
H	Scheidem. *5,1	210B	210B
D	Schering 12	538	540
D	Schiess 0	123	121bG
M	Schlenk 5+1	260G	260G
F	Schlqu.H. *14	750T	780T
F	Schmal.-Lub.1,875	165	164,5
D	Schub. & Salz 0	145	147
S	Schw. Zellst. *0	241	245
H	Securitas *0	825G	820B
F	Seitz Enz. N. 6	182,5	178
S	SEL 10,5	329	333,5

		9.10.	8.10.
S	Sekt. Wach. *8	480B	[illegible]
H	Siemens 10	618	[illegible]
F	Sinalco *13	530B	[illegible]
D	Sinn 0	240bG	[illegible]
F	Sinner *12	326	[illegible]
H	Sloman Nept. *0	85	[illegible]
M	Sp. Kolbm. *0	830bB	[illegible]
S	Sp. Pfersee *20-5	780B	[illegible]
D	St. Bochum *6	250bB	[illegible]
H	P & S *0	140G	[illegible]
F	Stempel 4,5	216G	[illegible]
D	Stern-Br. 7	270	[illegible]
D	Sinnes *18	610G	[illegible]
B	Stock 1,92	548T	[illegible]
D	Stöhr 6	159	[illegible]
D	Stolb. Zink 12,5	820G	[illegible]
D	Stollwerck 7	405	[illegible]
D	Strabag 7	270	[illegible]
M	Stumpf 0	121,3bG	[illegible]
M	dgl. Vz. 0	114G	[illegible]
M	Sturtz **80	7400TG	[illegible]
S	St. Bäckerm. *0	262G	[illegible]
S	St.Hofbräu 9+5,5	770bG	[illegible]
S	dgl. Vz. 10+5,5	519	[illegible]
M	Süd-Chemie 12,5	618	[illegible]
M	Südboden 11	468bG	[illegible]
S	Südz. 10	280bG	[illegible]
B	Temp. Feld.*4+2	848T	[illegible]
B	Terr. Rud. **9	3080G	[illegible]
D	Terrex Rumpus 0	–	[illegible]
Hn	Text. Z. Vz. 6	142	[illegible]
D	Thür. Gas. 8	405	[illegible]
F	Thuringia 10	1025bB	[illegible]
D	Thyssen 0	148,3	[illegible]
D	Thyssen Ind. 0	127	[illegible]
H	Triton- Belco 3	111,5G	111
M	Triumph-Adler 0	290	295G
M	Oberl. Uhr. 6	322G	322bG
H	Ostra Hann. V. 1	130B	[illegible]
F	Varta 7,5	258	[illegible]
D	Veba 9	259	[illegible]
F	Veith-Pirelli 7,5	248	[illegible]
M	Ver. Aach.-Bln. *13	3100TG	[illegible]
M	dgl. N.A.	1950bG	1950bG
S	V. Alt.u. Str. *0	160B	160
F	VDM *6,666	260G	260bG
D	V. Dt. Nickel *0	194,9	197
D	VEW 6	150	152
S	Ver. Filz *0	212G	212
F	VGT 5	272	279
H	V. Kammgarn 0	47,8	46,1bG
M	V. Konstanz. 5	175G	175G
D	V. Seidenw. St. 2,5	190	194,5
H	V. Werkst. 0	152T	152T
H	Vereins-Westb. 10	356	357
M	Vbk.-Nürnbg. 11	55bG	468bG
D	Vict. Leben *18	9400bB	9450
D	dgl. 50% E. *9	6340	6330
F	Vögele 5	115T	1199
M	Vogtl. Bwsp. 8	215TG	2136
D	VW 5	331,7	331
M	Wanderer *8+1	378bB	378bB
D	Wedag 3	143	145G
F	Wella 9	666	665
D	Westag & Get. 0	84	85,5
F	Wickrath *6	400B	400B
Hn	Wilke *0	–G	–G
S	Walld. Weil 0	142B	142B
S	Württ. Cattun 10+2	580bG	580bG
S	Württ. El. 8	295	310G
S	Württ. Feuer 9+1	1450	1435
S	Württ. Hypo 11+1	690bG	710
S	Württ. Leinen *16	1570G	1570G
S	WMF 4	164bG	163
S	dgl. Vz. 4	158,5	151
S	Württ. Bd. *18	1665	1675G
M	Würzb. Hofb. *0	330B	295
F	Ymos 6	172	175
M	Zahnr. Renk. 7	267,5	264bG
D	Zanders Feinp. 6	250	255
S	Zeag Zement 10	550	550
S	Zeiss Ikon *10	290bG	286bG
M	Zucker & Co. *0	404B	404B
S	ZWL Gr. & Bet. 8	380	385

Ausland

Amsterdam

	9.10.	8.10.
ACF Holding	226	223,5
Aegon	93,2	89
Akzo	117,9	115,2
Alg. Bk. Nederl.	486	483
Amev	–	267
Amro Bank	83,4	82,8
Berkel's Patent	38	38
Bijenkorf	63	60,5
Bols Lucas	96	94,2

Kopenhagen

	9.10.	8.10.
Den Danske Bank	364	353
Jyske Bank	745	735
Kopenh. Handelsbk.	323	311
Novo Industri	251	250
Privatbanken	325	313
Ostasiat. Komp.	265	259
Dan. Sukkerfabr.	505	500
For. Bryggerier St.	1100	1070
Kgl. Porc. Fabr.	380	355

Luxemburg

	9.10.	8.10.
ARBED	1700	1710
Arlco	93,5	93,5
Audiofina	4480	4470
Bque. Gen. du Lux.	7750	7750
Bque. Int. du Lux.	7350	7350
Belgo Mineira St.	0,15	0,15
Cegedel	2630	2630
Kredietbank Lux.	8150	8150
PAN Holding	–	–
SCI Techn.	550	550
SEO	870	880

	9.10.	8.10.
La Rinascente	955	981
RAS	109000	111000
SAI Risp.	22800	23490
SIP	2809	2870
Snia Viscosa	3850	3880
STET	3810	3830
Index	413,33	411,13

New York

	9.10.E	8.10.
Adv. Micro Dev.	24,375	23,75
Aetna Life	43,875	44

	9.10.E	8.10.
Curtiss Wright	–	35,75
CSX	25,5	25,375
Deere	25,75	26
Delta Airlines	38,5	38,75
Digital Equipm.	104,125	105,875
Dow Chemical	34,375	33,875
Du Pont	58,625	58,75
Eastern Gas-Fuel	23,25	23
Eastman Kodak	44,375	44,375
Exxon Corp	52,625	52,25
First Chicago	21,125	20,75
Firestone	18,625	18,75
Fluor Corp.	14,375	14,375
Ford Motor	44,875	44,875

	9.10.E	8.10.
Honeywell	60,125	60
IBM	124,75	124,375
Inco Ltd.	11,625	11,625
Inland Steel	21,875	21,75
Insp. Resources Corp.	4,625	4,5
Int. Tel. & Tel.	34,75	35,75
Int. Harvester	7	6,875
Int. Paper	46,25	45,75
Int. North. Inc.	42,625	42,75
Jim Walter	33	32,75
Kaiser Aluminium	15,25	15,5
Kerr McGee	31,5	31,5
Lehmann	14,125	14,25
Litton Industries	67	66,625
Lockheed Corp.	45,5	45,375
Loew's Corp.	45	45
Lone Star	27,875	26,875
Louisiana Land	33,5	33
LTV Corp.	5,75	5,625
Mc Dermott	25	22,5
Mc Donnel Doug.	64,875	67,75
Merck & Co.	109,25	109,75
Merrill Lynch	28,125	27,75
Mesa Petroleum	15,875	16
MGM (Film)	24,625	24
Minnesota M.	76,25	76,25
Mobil Oil	29,5	29,25
Monsanto	42,375	42,5
Morgan J.P.	48,25	48
Nat. Distillers	30,75	30,625
Nat. Semiconductor	11,375	11,25
Nat. Intergroup	26,5	26,375

	9.10.E	8.10.
Ucal Corp.	–	14,625
Union Carbide	52,75	52,25
Union Oil of Calif.	28,125	28
US Gypsum	37,625	37,5
US Steel	31,125	31,375
United Technologies	36,875	37,125
Walt Disney	86	86,5
Warner Comm.	33,625	33,75
Westinghouse El.	37,125	37
Weyerhaeuser	26,375	26,25
Whittaker	20,75	20,25
Woolworth	50	50,25
Wrigley	–	81,25
Xerox	47,125	46,875
Zenith Radio	16,875	16,625
Dow Jones Index am 9. 10. 9.30 h NY	1328,18	1323,25
Stand. & Poors	182,86	181,64

Oslo

	9.10.	8.10.
Bergen Bank	159	158
Borregaard	462,5	464
Den Norske Cred.	162,5	159
Elkem	120,5	120,5
Kreditkassen	162	159,5
Norsk Data	388	390
Norsk Hydro	127	125
Storebrand	280	281
OSE Ind. Index	376,01	376,46

Singapur

	9.10.	8.10.
Cycle + Car.	3,12	3
Cold Storage	3	2,98
Dev. Bk. of Sing.	5,35	5,3
Fraser + Neave	6	6
Kl. Kepong	2,16	–
Mal. Banking	5,65	5,7
Nat. Iron	2,15	2,1
OCBC	8,15	8,2
Sime Darby	1,82	1,79
Singapur Land	2,33	2,34
Un. Overs. Bank	3,52	3,52

Sydney

	9.10.	8.10.
ACI	2,83	2,81
Ampol. Explor.	2,9	2,85
Westpacific Banking	5,12	5,1
Bridge Oil	2,45	2,42
Brok. Hill. Prop.	8,5	8,44
Coles	4,35	4,3
CRA	5,96	5,9
CSR (Thales)	3,7	3,63
Metals Expl.	0,4	0,4
MIM-Holdings	2,54	2,55
Myer Emporium	3,6	3,6
North Broken Hill	2,55	2,55
Oakbridge	1,4	1,4
Palco Wallsend	5,98	5,84

Optionshandel

Frankfurt: 9. 10. 85

5383 Optionen = 161 750 (205 250) Aktien, davon 724 Verkaufsoptionen = 36 080 Aktien

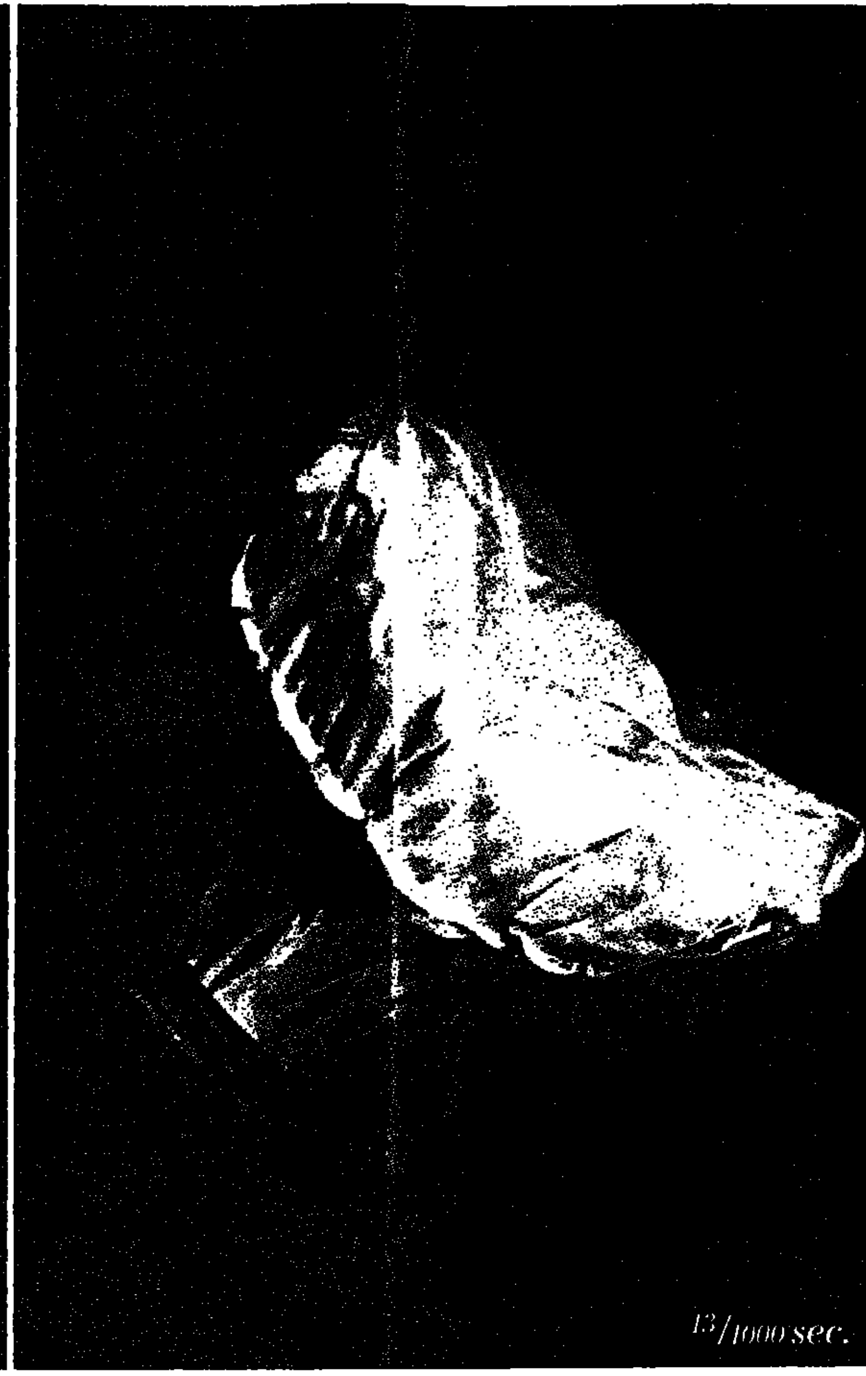
Kaufoptionen: AEG 1-140/31, 1-150/21, 1-160/13, 1-170/11,2, 1-180/9, 1-190/8, 4-150/23, 4-160/19,4, 4-170/15, 4-180/13,8, 7-170/20,2, 7-180/15, 7-190/13,5, **BASF** 1-230/32, 1-240/22, 1-250/14, 1-260/10, 1-270/7,9, 1-280/5,6, 4-220/40, 4-230/35, 4-240/25, 4-250/19,8, 4-270/13, 4-280/8,5, 4-290/6, 7-240/37, 7-250/28, 7-260/23, 7-270/19,4, 7-280/15, 7-290/10, **Bayer** 1-220/28, 1-230/18, 1-240/11, 1-250/9,4, 1-251/6,6, 1-260/6, 1-270/4, 4-220/36, 4-230/24, 4-250/16, 4-260/9,4, 4-270/8, 4-280/7, 7-270/20, 7-280/10, **Bay. Hypo** 1-470/14,5, **Bekula** 4-110/11,2, 7-120/10, **Commerzbk.** 1-200/50, 1-210/40, 1-220/32, 1-230/24, 1-240/19, 1-250/14,9, 1-260/12, 1-270/9,4, 4-220/42, 4-230/35, 4-240/35, 4-250/23,2, 4-260/19,4, 4-270/16, 7-250/32, 7-270/22, **Conti** 1-150/15, 1-160/9, 1-170/5,5, 4-160/15, 4-170/12, **Daimler** 1-979,5/48, 4-1000/8, 4-1100/26, 4-1150/18, **Dt. Babcock** 1-180/10,6, 4-200/9, **Deutsche Bk.** 1-560/85, 1-580/108, 1-620/70, 1-640/61, 1-670/45, 1-700/30, 1-720/15, 4-670/60, 4-720/40, 4-750/18, 7-740/40, 7-750/37, **Degussa** 1-450/21,2, 4-460/25, **Dresdener Bk.** 1-24/84, 1-250/71,75, 1-280/50, 1-296/41, 1-300/38, 1-310/30, 1-320/27, 1-340/14, 4-300/44,5, 4-310/38,2, 4-340/26, 4-350/22, 4-360/15, 4-370/11, 7-40/5, 7-330/45, 7-370/18, **GHH St.** 1-200/25, 4-200/23, 4-220/11,4, **Hoechst** 1-220/20, 1-230/12,5, 1-240/9,4, 1-260/5, 4-220/23, 4-230/22,5, 4-240/19,6, 4-260/11, 4-280/6, 7-250/28, 7-260/20,2, 7-280/19,9, **Hoesch** 1-110/34, 1-120/24, 1-130/17,4, 1-140/12,4, 1-150/8,85, 1-160/6,9, 4-120/32, 4-130/22, 4-140/17, 4-150/15, 4-160/9, 7-140/22, 7-150/18, 7-160/14,9, **Klöckner** 1-65/16, 1-70/14, 1-75/10, 1-80/6,4, 1-85/5, 1-90/4,4, 4-65/19,6, 4-70/18, 4-80/12, 4-85/9, 4-90/6, 7-70/24,2, 7-85/11, 7-95/3,5, **Lufthansa St.** 1-250/6,4, **Mercedes** 4-1030/15, **Metallges.** 7-300/32, **Mannesmann** 1-186/49, 1-200/38, 1-260/19, 1-220/18,4, 1-230/12,8, 1-240/9,5, 1-250/6, 4-220/25,8, 4-240/17,4, 4-250/14, 7-240/29, 7-250/18, 7-260/18, 7-270/13, **Nixdorf** 1-600/16, **RWE St.** 1-180/42, 1-190/35, 1-200/30, 1-220/16, 1-230/12, 4-190/48, 4-200/40, 4-230/20, 4-240/13, **RWE Vz.** 1-230/6, 4-210/25, 4-230/11,1, 7-240/14,9, **Kali + Salz** 4-400/28,2, 4-410/7, **Siemens** 1-570/62, 1-600/40, 1-610/38, 1-630/30, 1-640/24, 1-660/18, 1-670/15,5, 1-680/20,9, 1-700/9, 4-570/90, 4-600/71,5, 4-610/59, 4-650/40, 4-680/35, 4-680/21,9, 4-700/20, 7-700/31, **Thyssen** 1-120/30, 1-130/22,5, 1-140/15,5, 1-150/13, 1-160/9,1, 1-170/6, 4-130/30, 4-140/23,2, 4-150/17,9, 4-180/7, 7-160/25, 7-180/14, **Veba** 1-250/24,2, 1-260/29,4, 1-280/7,2, 4-210/86, 4-241/34, 4-260/25, 4-262/19,6, 4-280/13, 7-290/13, **VEW** 1-160/8,5, 4-160/10, **VW** 1-340/23,2, 1-345/15, 1-360/12,6, 1-400/5, 4-330/42,5, 4-350/29,8, 4-370/20, 4-380/15,9, 4-400/12,2, 7-370/30,5, 7-400/18, **Alcan** 4-70/9, 4-75/5,4, 7-75/9,4, **Chrysler** 1-100/8, 4-110/6,9, 7-110/10, **IBM** 1-400/10, 4-400/15, **Norsk Hydro** 1-40/4,5, 1-45/2,45, 4-40/6, 4-45/4, 7-40/8,9, 7-45/6, **Philips** 1-45/3, 4-45/4,9, 4-50/2,9, 7-45,6, 7-50/3,8, **Xerox** 4-140/9, **Verkaufsoptionen: AEG** 1-140/1, 1-150/2,5, 1-160/4,3, 1-170/7, 4-150/4,4, 4-160/7,4, 7-130/2, **BASF** 1-230/1,6, 1-240/3,6, 4-230/1,9, 4-240/4,7, 7-230/3, 7-240/5, **Bayer** 1-220/0,9, 1-230/2,5, 4-230/5, 7-230/5,4, **BMW** 1-450/4,4, 4-460/10,4, **Commerzbk.** 1-230/2,4, 1-240/5, 4-240/6, 7-240/8, **Conti** 1-150/5, 4-150/4, **Daimler** 4-900/10, 7-900/12,2, **Deutsche Bk.** 1-650/5, 1-660/8,4, **Degussa** 4-420/6,6, **Dresdner Bk.** 1-310/4,4, **GHH St.** 1-190/4,5, 4-190/6, 7-190/9, **Hoechst** 1-230/2,5, 4-220/1,5, 4-230/4,5, 7-230/6, **Hoesch** 1-140/3, 4-130/1, 4-140/5, **Klöckner** 4-75/2,5, 4-80/5, 7-80/7,9, **Mannesmann** 1-230/7,7, 4-230/5,1, 7-220/3, **Kali + Salz** 4-360/9, **Siemens** 1-570/3,4, 1-580/5, 1-590/10, 4-560/4,4 **Thyssen** 1-140/2, 1-150/4, 7-140/3, **Veba** 1-250/3, 1-260/6,5, 4-250/5, 7-250/5,6, **VW** 1-310/3, 1-320/5, 1-330/9,1, 4-310/4, 7-300/4,5, 7-320/14,4.

Düsseldorf: 9. 10. 85

486 Optionen = 24 300 (26 950) Aktien, davon – Verkaufsoptionen = 24 300 Aktien

Kaufoptionen: AEG 1-130/41, 1-140/33,6, 1-150/24, 1-190/4,35, 4-190/8, 4-200/5, **BASF** 1-240/22, 1-260/10, 1-270/5, 4-270/12, 4-280/9, 4-297/5, 7-280/15, 7-300/5,2, **Bayer** 1-230/16, 4-280/5,9, **Commerzbk.** 1-210/40, 1-250/15, **Conti** 4-170/8,5, **Daimler** 7-1140/40, 7-1150/35, 7-1160/30, 7-1170/22, **Deutsche Bk.** 4-750/13, **Dresdner Bk.** 1-300/33, 1-320/22, 4-300/42, **GHH St.** 4-210/17, **Hoechst** 4-280/5, 7-280/11, **Hoesch** 1-130/15, 1-140/7, 4-140/17,5, **Klöckner** 1-75/9,5, 1-80/7, 1-85/5,4, 4-85/7,8, **Mercedes** 1-830/65,35, **Mannesmann** 1-200/39, **Siemens** 1-650/18, 1-680/10, 1-700/6, 4-630/55, **Thyssen** 4-170/9,15, 4-180/6, 7-160/18,5, 7-200/3, **Veba** 1-251/19, **VW** 1-350/13, 1-360/12, 1-370/9, 4-370/20, 4-380/16, 4-410/5,1







13 Jahre Entwicklung für 30 Millisekunden.

Sicherheit im Automobil ist ein Thema von ganz besonderer Bedeutung.

Zumindest für uns.

Das zeigen nicht nur unsere vielen Entwicklungen von Sicherheitselementen aus der Vergangenheit, die nicht selten für den Automobilbau wegweisend waren: wie gestaltfester Fahrgastraum, Knautschzone, Sicherheitslenkung oder Antiblokkier-System.

Das zeigt vor allem auch die Entwicklung des Airbag, eines Luftsack-Sicherheits-Systems zur Ergänzung des Sicherheitsgurts, die uns 13 Jahre beschäftigt hat und seit 1980 von uns angeboten wird.

Warum diese Entwicklung so schwierig war, versteht man erst, wenn man weiß, wie sie funktioniert.

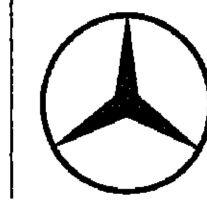
Der Luftsack befindet sich im Lenkrad. Bei einem Frontalaufprall löst ein elektronischer Sensor einen Gasgenerator aus, der den Luftsack innerhalb von nur 30 Millisekunden mit ungefährlichem Gas füllt.

Gerade rechtzeitig genug, um Brustkorb und Kopf des Fahrers sicher aufzufangen und das Verletzungsrisiko noch weiter zu verringern. 150 Millisekunden nach dem Aufprall ist der Luftsack schon wieder leer. Das geht also alles in einer so kurzen Zeit vor sich, daß man kaum merkt, was passiert ist.

Eine der Aufgaben, die wir bei der Entwicklung lösen mußten, war, daß dieses hochsensible System nicht schon bei kleineren Karambolagen losgeht. Zum Beispiel auf Parkplätzen. Daß es aber dann, wenn es eines Tages wirklich gebraucht wird, auch in Millisekunden funktioniert. Selbst nach Jahren.

Zusammen mit dem Sicherheitsgurt und dem elektronisch gesteuerten Gurtstraffer, der serienmäßig in allen Mercedes-Benz Personenwagen eingebaut wird, ist der Airbag das heute denkbar beste Sicherheitssystem für den Fahrer eines Automobils.

Eine Sicherheit, der wir schon immer besondere Beachtung geschenkt haben. Und daran wird sich auch in Zukunft mit Sicherheit nichts ändern.



DAIMLER-BENZ AG

D. Thompsons „Geheimschublade": Mixtur aus Intrige, Spionage und „l'amour"

Dem toten Gatten auf der Spur

Wenn ein Star wie Michèle Morgan nach zehn Jahren Film- und Fernsehabstinenz dazu überredet werden kann, wieder vor die Kameras zu treten, ist das Beste gerade gut genug. Nach diesem Motto ist „Die Geheimschublade" konzipiert, eine deutsch-französische Gemeinschaftsproduktion im Auftrag des Westdeutschen Werbefernsehens, bei der es um Intrigen, Spionage und selbstverständlich „l'amour" geht.

Danièle Thompson, die Drehbuchautorin und Stieftochter von Michèle Morgan und an der „Wiederauferstehung" des französischen Stars maßgeblich beteiligt, hat schon für Jean Paul Belmondo Kinoknüller wie „As der Asse" geschrieben und will aus den oben zitierten Zutaten einen komödiantisch aufgeputzten Politkrimi brauen.

Krimis, Politkrimis zumal, bei denen das Lachen nicht im Halse stekken bleibt, sind rar wie Perlen in der Auster. Sollte ihr Vorhaben also gelingen, sind die 35 Millionen Franc, die der französische Produzent als Produktionskosten zuzugeben bereit war, ausgezeichnet angelegt. Alles läuft darauf hinaus, daß es eine außergewöhnliche, das Publikum fesselnde Serie werden soll, wenn sie wohl auch „nur" im Vorabendprogramm gesendet wird.

Außergewöhnlich brisant und aktuell ist das Thema nicht zuletzt durch die Spionagefälle der bundesdeutschen Wirklichkeit geworden. Da mag Madame Thompson, die ihr Handwerk als Autorin von der Pike auf bei ihrem Vater Gérard Oury gelernt hat, noch so tief in die Drehbuch-Trickkiste greifen, nichts ist so phantasievoll, als daß es von der Realität nicht noch bei weitem übertroffen werden könnte.

Ausgangspunkt des Films ist eine Geheimschublade, in der Collette am Tage der Beerdigung ihres Mannes André Dokumente und Fotos findet. Was sie liest und sieht läßt darauf schließen, daß André, mit dem sie in dritter Ehe vierzehn Jahre lang glücklich verheiratet war, gleich zwei oder mehr Leben geführt haben muß. Als sie daraufhin diesen Geheimnissen nachgeht, erlebt sie absonderliche und oftmals nicht ungefährliche Abenteuer.

Ein seltsamer Schweizer Polizist spielt eine Rolle, Collettes verflossene Ehemänner und Liebhaber treten auf und verschwinden, zwei geheimnisvolle Männer sind immer gerade da, wo Collette im Vorleben ihres Mannes herumforscht, Mikrofilme verschwinden, Terroristen sind mit von der Partie, ein italienischer Instrumentenhändler und eine Ex-Gattin ihres verstorbenen André sorgen dafür, daß Collette heftig ins Grübeln kommt: Sollte André etwa gar nicht tot sein? Eine in der Tat höchst ungemütliche Perspektive für eine Frau, die sich gerade frisch verliebt hat...

Die Besetzung ist handverlesen: Michèle Morgan spielt die Hauptrolle; eine zweite Hauptrolle wird von Jeanne Moreau verkörpert. Die fröhliche Lilo Pulver, für die der Film auch ein Comeback bedeutet, und Heinz Bennent als André sind neben Daniel Gélin, Michael Londsdale, Robert Hoffmann und Marie-France Pisier die weiteren Mitwirkenden. Der illustren Besetzung adäquat ist das Regie-Trio, das mit Eduard Molinaro – Schiff der Narren –, Michel Boisrond und Nadine Trintignant wirklich allererste Klasse hat.

Gedreht wurde in der Bretagne, in Florenz und in der Seine-Metropole. Wenn man den Beteiligten glauben darf, eine Sonnenschein-Produktion. Dreharbeiten ohne Wenn und Aber. Michèle Morgan und Jeanne Moreau, zum ersten Mal gemeinsam vor der Kamera, demonstrierten kollegiales Wohlwollen. Heinz Bennent und Lilo Pulver, für die es auch die erste gemeinsame Produktion war, zeigten in den Drehpausen eine Probe deutsch-schweizerischen Humors, eine Blokkade der Seine-Schiffer ging just an dem Tage der Dreharbeiten zu Ende, und über der imposanten Kulisse des Eiffelturms schien sogar die Sonne.

In diese nahezu idyllische Szenerie wieselte der französische Produzent Nahum, beschwor mit gestenreichem, italienisch gefärbten Englisch die Wiedergeburt des Starkinos und läutete schon eine neue Fernsehära ein. Weg mit den alten Zöpfen – her mit den Stars. Spätestens Mitte '86, wenn die sechsteilige Serie über bundesdeutsche Bildschirme flimmert, wird sich zeigen, ob er recht hatte.

G. CARRASCO

Zählt schon seit den dreißiger Jahren zu den großen französischen Stars: Michèle Morgan, hier zusammen mit Marie-France Pisier und Jeanne Moreau. FOTO: WWF

KRITIK

Das große Dilemma der Konfektionsstädte

Der öffentliche Raum ist plötzlich wieder interessant geworden. Jahrzehntelang waren die Straßen und Plätze in den Städten ausgeräumt worden, um für das Auto Platz zu machen – nun plötzlich sind ganze Industrien entstanden, die die kahlen Städte wieder wohnlicher machen sollen.

Das beste Indiz für den Wirtschaftsboom auf diesem Gebiet ist die neue Frankfurter Messe „Public Design", die im Anschluß an den sechsten Deutschen Architektentag stattfand und auch den Anlaß zur ZDF-Diskussion 5 nach 10 gab. „Alptraum – Traumstadt" lautete das Thema.

In der Diskussionsrunde unter Leitung von Alexander U. Martens und Dieter Schwarzenau kam sehr bald heraus, daß die mit Straßenmöbeln und Blumenkübeln vollgestopften Fußgängerzonen zu einem Alptraum der Architekten und Designer zu werden beginnen, zumal die zuständige Industrie keine „Maßanzüge" mehr fertigt und die Städte sowieso nur „Konfektion" bezahlen wollen, wie der Designer Herbert Lindinger bildkräftig erklärte.

Aber wessen „Traumstadt" soll die übermöblierte, „überdesignte" Stadt eigentlich sein? Die Bürger, die ins Studio eingeladen worden waren, distanzierten sich jedenfalls ganz entschieden von dem riesigen Aufgebot an Gebrauchskitsch, aus dem Stadtväter allüberall im Lande das Passende für ihre Altstadt ordern.

Was nur selten in einer Fernsehdiskussion gelingt: Die ZDF-Runde brachte das Problem trotz furchtbarer Längen und endloser Abschweifungen schließlich doch noch auf den Punkt: wenn die Kommunen „ihren" Stil finden und nicht in einem Chaos von unsäglichen „Geschmacks"-Gütern ersticken wollen, sollten sie möglichst schnell Zuflucht zu Gestaltungssatzungen nehmen und die Verantwortung für individuelle Entscheidungen in die Hände jeweils eines einzelnen, hinreichend kompetenten Beauftragten für Stadtgestaltung legen.

DANKWART GURATZSCH

ARD / ZDF / SAT 1

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info Arbeit und Beruf
u.a. Arbeitslose Jugendliche
10.00 heute
10.03 Defekte
11.40 Damals
12.10 Kennzeichen D
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

14.00 Tagesschau
14.10 Musikladen
TV-Discotheque International
16.55 Links und rechts vom Äquator
Die Reportagen aus aller Welt drehen sich diesmal um Rentierfang in Lappland, Kindergerichte in New York und einen bunten Bus, der in den Niederlanden Schulschwänzer einfängt.
17.25 Gorgonzola Löwenherz
Die Bewohner des Planeten Ratamon, allesamt rote Ratten, kommen auf die Idee, in ihrer eigenen Vergangenheit zu forschen. Astronaut Gorgonzola Löwenherz bekommt den Auftrag, die Erde aufzusuchen. Das erweist sich alsbald als recht abenteuerlich.
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Pro und Contra
Asylrecht verschärfen?
Leitung: Emil Obermann
21.00 Die Krimistunde
Geschichten für Kenner nach Henry Slesar
22.00 Titel, Thesen, Temperamente
U. a.: Ein Porträt über Teddy Kollek, Bürgermeister von Jerusalem
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Ende des Regenbogens
Spielfilm (1979) von Uwe Frießner
„Das Ende des Regenbogens" ist die Geschichte eines kleinen Kriminellen, der sich als solcher kaum über Wasser halten kann und daher den Versuch unternimmt, Arbeit zu bekommen.
0.45 Tagesschau
0.50 Nachtgedanken
Mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

16.00 heute
16.04 Unsere Nachbarn, die Briten
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Tips für Aktive
Mit Tieren leben: Katzen (2)
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Der rosarote Panther
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Die Nervensäge
Der Untermieter
Um zu Geld zu kommen, vermietet Willi sein Zimmer tagsüber an einen griechischen Nachtwächter. Doch Katharina hatte ganz andere Pläne.
19.00 heute
19.30 Der große Preis
Ein heiteres Spiel für gescheite Leute mit Wim Thoelke in Verbindung mit der Deutschen Behindertenhilfe Aktion Sorgenkind
20.50 Die große Hilfe
Eine Bilanz der Deutschen Behindertenhilfe Aktion Sorgenkind
21.00 Wie würden Sie entscheiden?
Rechtsfälle im Urteil des Bürgers
Ich will mein Kind zurück
21.45 heute-journal
22.10 Klartext
Verlorenes Land
Die letzten Chancen, den Boden zu retten
Bericht von Horst Danker, Jacqueline Pérard, Jörns Thorsting und Horst Wünsche
Sachverständiger: Professor Dr. Manfred Haber
22.55 Im Reservat
Zum Tode von Wolfgang Kieling
Fernsehspiel von Peter Stripp
0.30 heute

SAT 1

15.00 [illegible]
15.30 Musicbox
16.30 Die Bären sind los
17.00 Kobra, übernehmen Sie
18.00 Abenteuer Wildnis
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Die Schlucht der Stadt
20.30 Holiday Island – Die Trauminsel
21.20 Der Frauenarzt von Bleichenbach
21.50 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Ardenner Schinken
23.45 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Bilder aus Deutschland
19.00 heute
19.30 Derrick
20.30 Rundschau
Politik und Wirtschaft aus Schweizer Sicht
21.35 Kulturjournal
21.45 Club 2
Zur Frankfurter Buchmesse
Anschl. 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.35 Komm doch mal in die Küche
18.53 7 vor 7 – Newsshow
19.22 Karlchen
19.30 Dr. Jonathan Ferrier
20.28 RTL-Spiel
20.30 Sein Name war Pot – aber sie nannten ihn Halleluja
22.05 RTL-Spiel
22.15 Bücher für Millionen
22.37 Wetter
22.40 Horoskop
22.45 Betthupferl

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Duell
Amerikanischer Spielfilm (1972)
21.45 Landesspiegel
Es zogen einst die Lippischen Schützen
22.15 Hugo Kükelhaus
Leben ist Schwingung
23.20 Eine Nacht der Lieder und Texte
0.20 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Formel Eins
19.15 Wildnis zwischen Donau und Drau
Der Sumpf der Reiher und Kormorane
20.00 Tagesschau
20.15 Der Preis fürs Überleben
Deutscher Spielfilm (1979)
21.55 Bücherjournal
22.45 Musik im III.
23.35 Nachrichten

HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Konrad Zuse (3)
19.00 Autoreport
19.20 Matto regiert
Schweizer Spielfilm (1945)
20.55 Kulturkalender
21.20 Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 Schweizermann, ich liebe Dich
22.30 Dalli und Brenton

SÜDWEST
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Martin Luther (4)
Hier stehe ich...
21.00 Kultur für Kinder, Kultur von Kindern
Nur für Baden-Württemberg:
21.45 Freiplatz
22.30 Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.45 Gesundheitstreff
22.30 Landesspiegel
Nur für das Saarland:
21.45 Bilder und Erinnerungen

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Die Untersuchungsrichterin
20.40 Z. E. N.
20.45 „Die Apostel von Waal"
Glaubensspiele in einem bayerischen Dorf
21.30 Rundschau
21.45 Gewagtes Spiel
Amerikanischer Spielfilm (1982
23.15 Rundschau
23.20 Actualités

Wir verneigen uns in tiefer Trauer vor

Dr. Hanskarl Freiherr von Müffling

der am 7. Oktober 1985 im Alter von 70 Jahren verstorben ist.

Herr Dr. von Müffling gehörte seit 1946 in leitender Funktion und ab 1959 bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand 1976 unserem Unternehmen als Vorstand an.

Unser Unternehmen verdankt Herrn Dr. von Müffling viel. Durch sein hohes Fachwissen und seinen unermüdlichen Einsatz war er in den schwierigen Jahren des Wiederaufbaus maßgeblich mit an der Ausweitung und dem Erfolg unseres Geschäftes beteiligt. Sein hohes Verantwortungsbewußtsein und seine menschliche Güte waren uns immer ein Vorbild. Wir werden ihn und seine Verdienste immer in ehrender Erinnerung behalten.

Aufsichtsrat, Geschäftsführung, Betriebsrat und Mitarbeiter der METRAWATT GmbH

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geital, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Rainer Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und [illegible]

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

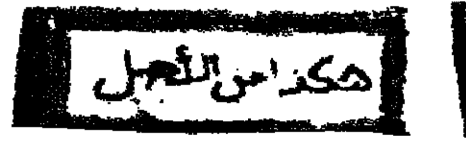
Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

هكذا من الأصل



Apotheker – quo vadis?

pje. – Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hat die Linie vorgegeben, die den „Medizinbetrieb" zum Handeln zwingt: Die Bundesregierung sei nicht bereit, eine weitere Kostensteigerung im Gesundheitswesen und damit eine Gefährdung der Beitragsstabilität in der gesetzlichen Krankenversicherung hinzunehmen. Dieses Postulat ist verständlich: Eine weitere Belastung der Arbeitnehmer durch höhere Sozialabgaben schwächt die Kaufkraft, verführt zu höheren Tarifforderungen. Ebenso richtig ist, daß die Lohnnebenkosten, die Soziallast der Arbeitgeber, nicht weiter steigen darf, sollen nicht die Preisstabilität und damit die Kaufkraft, sollen nicht der wirtschaftliche Aufschwung und letztlich die Beseitigung der Arbeitslosigkeit gefährdet werden.

Angesichts dieser Prämissen ist der Verteilungskampf unter den „Leistungserbringern" um den Honorarkuchen der Krankenkassen (1984: 105 Milliarden Mark) entbrannt. Da eine wirksame Kostendämpfung im Krankenhausbereich auch durch das novellierte Krankenhausfinanzierungsgesetz nicht zu erreichen ist, konzentriert sich die Kostendämpfung auf andere Leistungserbringer.

Schwächstes Glied in dieser Kette sind die Apotheker. Einmal aus lobbyistisch quantitaven Gründen: Da stehen 17 000 selbständige Apotheker zum Beispiel der Phalanx von 64 000 niedergelassenen Ärzten gegenüber. Aber auch deshalb, weil sie auf Preis und Menge der Arzneimittel, die die gesetzliche Krankenversicherung mit 15 Milliarden Mark belasten, kaum einen Einfluß haben. Und so läuft jede Diskussion über kostendämpfende Maßnahmen im Arzneimittelbereich, von denen sie letztlich betroffen sind, über ihre Köpfe hinweg.

Die Pharmaindustrie plant ein Einfrieren der Arzneimittelpreise, die Kassenärzte wollen die Arzneimittelverordnungen verbilligen (Verordnung preiswertester Präparate) und die Verordnungszahl senken. Beides würde zu Umsatzeinbußen der Apotheken führen.



Aufgaben des Apothekers auch heute noch: Qualitätskontrolle von Fertigarzneimitteln und eigene Herstellung von Medikamenten FOTOS: AMW

KOMPETENZ / Berater von Arzt und Patient

12 000 Medikamente in der Apotheke vorrätig

„Leider haben wir das Ihnen verschriebene Mittel nicht vorrätig. Wir besorgen es Ihnen aber gern bis morgen." Diese oder ähnliche Sätze sind in deutschen Apotheken mehrmals täglich zu hören. Zum Ärger nicht nur der Kunden, die wiederkommen müssen. Zum Ärger auch der Apotheker, die ihren beruflichen Ehrgeiz daransetzen, jeden Arzneimittelbedarf unverzüglich zu befriedigen.

Mehr als 130 000 verschiedene Arzneimittel sind in Deutschland für die ärztliche Verschreibung verfügbar, aber nur ein Bruchteil davon wird vom einzelnen Arzt tatsächlich verschrieben. Zwischen 200 und 400 Mittel hat ein Arzt im Durchschnitt „in der Feder". Was die Ärzte im Einzugsbereich üblicherweise verschreiben, nimmt eine Apotheke auf Lager, so daß dort mit einem Vorrat von etwa 8000 bis 12 000 verschiedenen Mitteln gerechnet werden kann. Dennoch können binnen weniger Stunden nicht vorrätige Mittel vom Apotheker beim Pharmagroßhandel beschafft werden, der etwa 60 000 Mittel lagert.

Für den Apotheker als Arzneimittelfachmann ist es ohne Schwierigkeiten möglich, sowohl dem Arzt als auch dem Apothekenkunden bei der Auswahl wirksamer, aber auch kostengünstiger Arzneimittel behilflich zu sein.

Das gilt zum Beispiel für die vielen Fälle wirkstoffidentischer Arzneimittel. Der lebhafte Wettbewerb in der deutschen Pharmaindustrie bedingt, daß nach Ablauf des Patentschutzes der Originalhersteller eines Wirkstoffes sich oft mit Nachahmerfirmen auseinandersetzen muß. Diese erfinden Phantasienamen und behaupten Produktvorteile, die für Arzt und Patient nicht ohne weiteres nachprüfbar sind. Auf diese Weise gibt es beispielsweise vom Wirkstoff Diclofenac, einem Rheumamittel, 203 Produktvarianten. Selbstverständlich kann keine Apotheke alle vorrätig haben.

Jede deutsche Apotheke hat aber praktisch jederzeit verschiedene Diclofenac-haltige Fertigarzneimittel vorrätig, so daß niemand unversorgt die Apotheke verlassen müßte. Das gleiche gilt auch für eine große Zahl anderer wirkstoffidentischer Arzneimittel, für die vergleichende Untersuchungen dem Apotheker bekannt sind.

Trotzdem darf der deutsche Apotheker seine Fachkenntnisse nicht anwenden, weil ihm dies durch Rechtsverordnung verboten ist. Nur wenn der Arzt bei verschreibungspflichtigen Arzneimitteln „aut simile" auf dem Rezept vermerkt, ist der Apotheker zur Substitution, also zum Austausch, berechtigt. Die Möglichkeit von „Aut-simile"-Verordnungen wird von deutschen Ärzten praktisch nicht genutzt. Auf diese Weise bleiben auch erhebliche Einsparpotentiale ungenutzt.

Nach Berechnungen der Krankenkassen könnten bis zu 1,3 Milliarden Mark gespart werden, wenn statt des jeweils teuersten das jeweils billigste wirkstoffidentische Mittel ärztlich verordnet würde.

Im Interesse der Verbraucher haben die US-Bundesstaaten seit 1973 die Apotheker zunehmend in die Produktauswahl einbezogen. Heute ist es für den amerikanischen Arzt durchweg üblich, dem Apotheker auf dem Rezept die Produktauswahl ausdrücklich aufzutragen. Arzt und Patient erwarten dabei, daß der Apotheker unter Qualitäts- und Kostengesichtspunkten die Produktentscheidung trifft, so daß der Verbraucher mit einem qualitätshochwertigen Arzneimittel zum geringstmöglichen Preis rechnen kann.

Auch in der Bundesrepublik gibt es Überlegungen, die Apotheker an Maßnahmen zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen zu beteiligen. So könnte bei den zahlreichen wirkstoffidentischen Fertigarzneimitteln eine Produktauswahl durch den Apotheker zu Einsparungen führen. Entsprechende Modellversuche nach dem Muster „Arzt bestimmt den Wirkstoff – Apotheker bestimmt das Produkt" laufen zum Beispiel in Bayern, Hessen und in Niedersachsen.

WALTER LEETSCH

NEBENWIRKUNG UND NUTZEN / Sachliche Information ist gefordert, nicht Verunglimpfung des Heilmittels

Wenn Angst die Hoffnung auf Heilung überwiegt

Ärzte, Apotheker, die Pharmaindustrie und auch die breite Öffentlichkeit haben seit geraumer Zeit eine hohe Dosis bitterer Kommentare bis hin zu destruktiven Pauschalurteilen zum Thema Arzneimittel schlucken müssen. Das bleibt natürlich nicht ohne (Neben-)Wirkungen. Sie reichen von völlig überzogenen Erwartungen an ein Arzneimittel bis hin zu einer ebenso übertriebenen, kaum begründeten Angst vor seinem Gebrauch.

Daß die Öffentlichkeit ein Höchstmaß an Sicherheit von Arzneimitteln fordert, ist selbstverständlich. Ein unübersichtlicher Arzneimittelmarkt, dem Laien unverständliche Beipackzettel, erhoffte Wunderwirkungen bei nicht selten unkritischem Gebrauch von Arzneimitteln sowie allgemeine Informationsmängel tragen aber nicht gerade zu der gewünschten Versachlichung der Diskussion bei. Im Gegenteil: Sie können das Vertrauen des Patienten in das Arzneimittel zerstören, das ebenso wichtig sein kann wie das Arzneimittel selbst.

Zum Arzneimittel als Therapeutikum gibt es keine vernünftige Alternative. Also können wir den Einsatz eines Medikamentes niemals allein von seinen unerwünschten Wirkungen abhängig machen.

Nutzen und Risiko sorgfältig abwägen

Nutzen und Risiko müssen immer sorgfältig abgeschätzt werden. Hier ist vor allem der Schweregrad der jeweiligen Krankheit zu berücksichtigen. Deshalb wird die Abwägung beim Einsatz von Antibiotika oder Medikamenten zur Bekämpfung von Krebskrankheiten gewiß anders ausfallen als etwa bei Abführmitteln.

Fest steht auch, daß niemals zuvor so viele Arzneimittel so gründlich untersucht wurden. Dafür sorgt schon das strenge Arzneimittelgesetz. Es fordert den Nachweis von Qualität, Wirksamkeit und Unbedenklichkeit nicht nur von den neu auf den Markt kommenden, sondern auch von älteren Arzneimitteln.

Während sich die Wirksamkeit eines Medikaments aus der Summe der erwünschten Wirkungen im Hinblick auf das therapeutische Behandlungsziel errechnet, ergibt sich seine Unbedenklichkeit aus der Abwägung von Nutzen und Risiko. Das Arzneimittelgesetz verlangt, daß das Risiko unerwünschter Wirkungen vertretbar ist. Hier spielen insbesondere die Schwere und der Verlauf der jeweiligen Krankheit eine Rolle, daneben Art, Schwere und Häufigkeit der unerwünschten Wirkungen, das Wahrscheinlichkeitsverhältnis zwischen dem Eintreten der angestrebten und dem Auftreten der unerwünschten Wirkungen. Auch Nutzen und Risiko alternativer Therapieformen werden berücksichtigt.

Freilich wird die Unbedenklichkeit oft mit Unschädlichkeit verwechselt. Dabei kann es unschädliche Arzneimittel gar nicht geben, weil sie gleichzeitig unwirksam wären. Selbst die frei verkäuflichen Medikamente, sogar die, die man in Lebensmittelmärkten kaufen kann, sind nicht frei von Nebenwirkungen. Wer also unschädliche Arzneimittel fordert, setzt sich praktisch für ein Verbot der wirksamen und unentbehrlichen Medikamente ein.

Die Folgen haben Experten ausgerechnet: Ohne Medikamente würde sich die Lebenserwartung in der Bundesrepublik Deutschland um zehn bis 20 Jahre verringern. Damit wäre anschaulich bewiesen, daß der Nutzen unserer Arzneimittel ihr Risiko und den Schaden durch sie bei weitem übersteigt.

Auch die Behauptung, es wären längst zu viele Arzneimittel auf dem Markt, ist unbegründet. Von den etwa 30 000 verschiedenen Krankheitsbildern, die die Humanmedizin heute kennt, kann bisher lediglich ein Drittel *medikamentös behandelt* werden. Bekanntlich fehlen uns in unserer hochentwickelten Zivilisationsgesellschaft auch heute noch wirksame Medikamente, zum Beispiel gegen Krebs und Viruserkrankungen, verschiedene Stoffwechsel- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen sowie gegen einige tropische Krankheiten. Deshalb ist eine innovative Arzneimittelforschung im Interesse der an solchen Erkrankungen leidenden Menschen so wichtig. Wird sie durch ein überzogenes Sicherheitsdenken blockiert, werden die vorhandenen Arzneimittel zwar immer sicherer. Aber die Chance wird immer geringer, denjenigen helfen zu können, die auf neue, wirksame Mittel gegen bisher unheilbare Krankheiten warten. Deshalb ist nicht nur zwischen Nutzen und Risiko abzuwägen, sondern auch zwischen Sicherheitserwägungen und dem dringenden Bedarf an innovativen Arzneimitteln.

Daß sogar eine wohlgemeinte Risikoreduzierung Menschenleben kosten kann, zeigt das verschleppte Zu*lassungsverfahren* bei *der Einführung* eines Beta-Blockers und ähnlicher Substanzen in den USA. Dadurch mußten jährlich etwa 17 000 Menschen vorzeitig sterben. Das sind mehr Opfer, als alle arzneimittelbedingten Unfälle der Neuzeit je gefordert haben. Bei der hitzigen Diskussion um die Risiken werden der therapeutische und der ökonomische Nutzen der Arzneimittel oft zu wenig beachtet. Unbestreitbar ist doch, daß Arzneimittel unsere Lebensqualität wesentlich verbessert haben. Wir leiden weniger Schmerzen als unsere Vorfahren. Krankheiten werden früher erkannt, schneller geheilt – und oft sogar verhütet, bevor sie auftreten. Unsere Lebenserwartung hat sich nicht nur deutlich erhöht, durch hochwirksame Arzneimittel kann auch das hohe Alter lebenswert bleiben.

Arzneien helfen Kosten sparen

In diesem *Zusammenhang* darf auch die volkswirtschaftliche Bedeutung nicht übersehen werden. Arzneimittel helfen bei der Verminderung von Arbeitsunfähigkeit, der Verkürzung von Krankheiten und damit auch bei der Verringerung der Invalidität. Ein durchschnittlicher Krankenstand von fünf Prozent der Beschäftigten bedeutet für unser Bruttosozialprodukt eine jährliche Einbuße von etwa 80 Milliarden Mark. Eine Absenkung des Krankenstandes durch die Anwendung von vorbeugenden und heilenden Arzneimitteln um nur zehn Prozent würde eine volkswirtschaftliche Ersparnis von rund acht Milliarden Mark bringen.

Wir müssen heute mehr denn je lernen, mit unseren Arzneimitteln kritisch umzugehen. Hier sind Ärzte und Patienten, aber auch die Politiker gefordert. Und der Apotheker. Sein Beitrag besteht vor allem in einer sorgfältigen Beratung des Patienten und Kunden. Durch die Weitergabe seiner Erfahrungen an die Arzneimittel-Kommission der Deutschen Apotheker trägt er zur wirkungsvollen Anwendung von Arzneimitteln bei und hilft, Mißstände abzustellen. Damit stärkt er nicht zuletzt das so bitter notwendige öffentliche Vertrauen in das Arzneimittel, eine wichtige Voraussetzung für seine Wirksamkeit.

C.-L. WACHSMUTH-HELM

ENTWICKLUNGS-PHASEN EINES ARZNEIMITTELS

Tausende von Substanzen mussen geprüft, 10 bis 12 Jahre Forschungs- und Entwicklungsarbeit investiert und Kosten von 150 Millionen DM und mehr aufgebracht werden, ehe ein neues, wirksames Arzneimittel eingeführt werden kann.

Phase	JAHRE
EINFÜHRUNG + weitere ärztliche Erprobung	2–3
ZULASSUNG BEIM BGA	2–3
KLINISCHE PRÜFUNGEN	3–4
GALENIK – Entwicklung der endgültigen Arzneiform	3–4
PATENTSICHERUNG (Schutz der Erfindung) – Entwicklung von Herstellungs-Verfahren	1–2
ERMITTLUNG DER THERAPIE-MÖGLICHKEITEN (Marktforschung)	1–2
PHARMAKOLOGIE + TOXIKOLOGIE (Erprobung am Tier) – Entwicklung der Arzneiform für die klinische Prüfung	1–2
CHEMIE (Gewinnung des Arzneistoffes)	1–2
FORSCHUNGS-PLANUNG	1–2

ANALYTIK (Qualitäts-Sicherung)

ca. 10–12 Jahre Entwicklungs-Zeit

Die Entwicklung eines neuen Medikaments dauert etwa zehn bis zwölf Jahre. Dabei liegt aber die Erfolgsquote nur bei etwa 1:6000. Das heißt, von 6000 synthetisierten Substanzen entspricht nur eine hinsichtlich Wirksamkeit und Sicherheit den Anforderungen, die an ein neues Präparat zu stellen sind.

GRAFIK: BAYER

INFORMATION / Betriebsordnung stärkt den Beruf

Wandel: Ärzte erkennen jetzt Apotheker an

Die Arzneiversorgung der Bevölkerung durch den Apotheker ist gekennzeichnet durch die ordnungsgemäße Abgabe von Arzneimitteln sowie durch die Beratung des Kunden und der Informationen über Arzneimittel. Die Beratung umfaßt etwa die Aufklärung über die Darreichungsformen, Aufbewahrung, Anwendung, Wirkungsweise und die Preise und sie erstreckt sich auch auf Empfehlungen zur sachgerechten Vernichtung von Präparaten.

Damit leistet der Apotheker wesentliche Beiträge zur Erhöhung der Arzneimittelsicherheit, aber auch zur Kosteneinsparung im Gesundheitswesen, wenn er zum Beispiel vor falscher oder übermäßiger Anwendung von Arzneimitteln warnt oder auf eventuell resultierende weitere oder neue behandlungsbedürftige Erkrankungen hinweist. Das ist besonders wichtig, wenn es sich um den Einsatz von Arzneimitteln ohne ärztliche Verordnung handelt, also um Mittel, die im Rahmen der Selbstmedikation vom Kunden erworben werden.

Gerade im Bereich der Selbstmedikation kann der Apotheker seine aufgrund umfassender pharmazeutischer Ausbildung erworbene Kompetenz unter Beweis stellen. Stieß man noch vor wenigen Jahren in dieser Frage auf den erheblichen Widerstand der Ärzte, so hat sich hier erfreulicherweise ein Wandel vollzogen; der Präsident der Bundesärztekammer, Karsten Vilmar, hat sich vor kurzem erst für eine Stärkung der Rolle des Apothekers im Rahmen der Selbstmedikationsmittel ausgesprochen.

Informationsfunktionen nimmt der Apotheker aber nicht nur dem Patienten, sondern auch dem Arzt gegenüber wahr, besonders, wenn es darum geht, ihm das Arzneimittelangebot transparent zu machen. Dazu gehört die Information über neue Arzneimittel sowie die laufende Information über Mittel, die er ständig seinem Patienten verordnet, schließlich auch Informationen über Verschreibungsirrtümer.

Auch die Politik gesteht dem Apotheker eine wachsende Informations- und Beratungskompetenz zu. So erkannte die gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion, Irmgard Adam-Schwaetzer, einen Beratungsbedarf in Fragen der Selbstmedikation, im Hinblick auf Wirkungen, Nebenwirkungen, Interaktionen bei Langzeitpatienten (Diabetes, Stoma), bei neuen Arzneiformen (Pflaster, Implantate) und in Fragen der Compliance. Darüber hinaus sollten Versuche zur Beteiligung des Apothekers an der Arzneimittelauswahl vorgenommen werden und der Apotheker an Transparenzfragen mitwirken.

Auf zahlreichen berufspolitischen Veranstaltungen wurde die Informations- und Beratungspflicht des Apothekers hervorgehoben. Der Apothekertag 1984 forderte in einer Resolution den Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit auf, die „Beraterfunktion" des Apothekers in einer neuen Betriebsordnung zu verankern.

Der Bundesminister hat die Apotheker beim Wort genommen. In dem im Mai dieses Jahres vorgelegten Entwurf einer Apothekenbetriebsverordnung heißt es dazu: „Der Apotheker hat Kunden oder die zur Ausübung der Heilkunde, Tierheilkunde oder Zahnheilkunde berechtigten Personen zu informieren und zu beraten, soweit dies aus Gründen den Arzneimittelsicherheit erforderlich ist. Durch die Information und Beratung des Kunden darf die Therapie der zur Ausübung der Heilkunde, Tierheilkunde oder Zahnheilkunde berechtigten Personen nicht beeinträchtigt werden. Soweit Arzneimittel ohne Verschreibung abgegeben werden, hat der Apotheker dem Kunden die Informationen zu geben, die erforderlich sind, um das Arzneimittel sachgerecht anwenden zu können."

Es ist unerheblich, ob diese Formulierungen das Gewünschte schon voll treffen. Entscheidend ist, daß Information und Beratung als wesentliche Anteile einer ordnungsgemäßen Arzneiversorgung anerkannt sind und daß bestätigt wird, daß sie in Richtung Patient und in Richtung Arzt beim Apotheker angesiedelt sind.

Der diesjährige Apothekertag wird ausführlich den Entwurf der Apothekenbetriebsverordnung in dieser und allen anderen Fragen diskutieren.

KLAUS STÜRZBECHER

ZENTRALLABOR DER APOTHEKER / 3600 Prüfungen im Jahr

Beitrag zur Arznei-Sicherheit

Arzneimittel müssen, bevor sie in der Apotheke abgegeben werden, auf ihre einwandfreie Beschaffenheit hin geprüft sein. Diese Verpflichtung gilt nach der Apothekenbetriebsordnung uneingeschränkt und vollständig bei der Qualitätskontrolle von Arzneigrundstoffen, Chemikalien und Teedrogen. Bei Fertigarzneimitteln, die zur Abgabe an den Patienten verpackt von der pharmazeutischen Industrie geliefert werden, muß nur eine stichprobenartige Prüfung in der Apotheke erfolgen.

Diese Prüfverpflichtung des Apothekers dient der Arzneimittelsicherheit, schützt vor Verwechslungen und garantiert eine gleichbleibende Qualität der Medikamente. Eine solche Dienstleistung für die Gesellschaft kostet Geld. Es muß zum Beispiel hochqualifiziertes Personal und ein gut ausgestattetes Laboratorium in jeder Apotheke vorhanden sein.

Die industrielle Entwicklung von zahlreichen neuen, wirksameren und spezifischeren Arzneistoffen und das erhöhte Sicherheitsbedürfnis haben allerdings dazu geführt, daß die erforderlichen Untersuchungen zur Identität, zur Reinheit, zur Haltbarkeit, zur Wirkstoff-Freisetzung der Medikamente häufig den Einsatz hochspezialisierter analytischer Methoden notwendig machen. Diese sind in vielen Fällen nur mit sehr komplizierten und teuren Geräten durchführbar und übersteigen die Möglichkeiten einer öffentlichen Apotheke bei weitem.

Die Apothekerkammern der Länder haben aus diesem Grund bereits 1971 das Zentrallaboratorium Deutscher Apotheker in Eschborn gegründet. Das Institut hat die wesentliche Aufgabe, den Offizinapotheker bei der Durchführung komplizierterer Prüfmethoden zur Untersuchung von Arzneimitteln zu unterstützen und zu entlasten.

Im Laufe des letzten Jahrzehntes haben sich die Aufgabenbereiche des Zentrallaboratoriums erheblich erweitert. Neben der Chargenprüfung von Arzneigrundstoffen, Teedrogen und Untersuchungsaufträgen aus öffentlichen Apotheken, werden vergleichende Reihenuntersuchungen zur pharmazeutischen Qualität von Fertigarzneimitteln durchgeführt, werden neue Analyseverfahren erarbeitet, werden Verbandstoffe geprüft und Packmaterialien entwickelt. Ein



Im Arznei-Prüfungs-Institut seit rund 30 Jahren sogenannte „Wundermittel" entlarvt. Aber noch immer verstehen dubiose Hersteller, verzweifelten Kranken per Inserat Hoffnung auf Heilung zu versprechen.

FOTO: CENTER PRESS

weiteres wichtiges Gebiet ist die Mitarbeit am Deutschen und am Europäischen Arzneibuch, die Erarbeitung des Deutschen Arzneimittel-Codex, die Entwicklung von Standardrezepturen und experimentelle Arbeiten im Auftrage des Bundesgesundheitsamtes im Bereich der Standardzulassungen.

Eine enge Zusammenarbeit besteht auch mit der 1975 gegründeten Arzneimittelkommission der Deutschen Apotheker. Diese ebenfalls ausschließlich von der Apothekerschaft getragene Einrichtung hat die Aufgabe, Arzneimittelrisiken, die aus öffentlichen Apotheken gemeldet werden, zentral zu sammeln, zu dokumentieren und in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden weiterzuverfolgen. Unter Arzneimittelrisiken werden nach dem Arzneimittelgesetz sowohl Nebenwirkungen, Wechselwirkungen, Mißbrauch und Vielverbrauch von Medikamenten, als auch Mängel der pharmazeutischen Qualität (Verwechslungen, Deklarationsfehler, Verunreinigungen, galenische Mängel) verstanden.

In den vergangenen zwölf Monaten haben die Apotheker mehr als 3600 spezielle Berichtsbogen ausgefüllt, um den Verdacht auf Sicherheits- oder Qualitätsmängel bei Medikamenten an ihre Arzneimittelkommission zu melden. Wenn es sich auch oft um Einzelfälle handelt, die selbst bei sorgfältigsten Kontrollen durch die Hersteller im Rahmen einer Massenproduktion nicht immer vermeidbar sind, so ließen sich doch eine Reihe von Fabrikationsfehlern durch Untersuchungen des Zentrallaboratoriums nachweisen. Die betroffenen Chargen werden dann unverzüglich über die Fachpresse der Apotheker aus dem Handel zurückgerufen.

Berichte über Nebenwirkungen und Mißbrauch von Arzneimitteln sind Grundlage und Entscheidungskriterium für das Bundesgesundheitsamt bei der Abwägung von Nutzen und Risiko und bei der Anordnung von Sicherheitsauflagen für Medikamente (beispielsweise Warnhinweise, Verschreibungspflicht oder Widerruf der Zulassung).

Auch die Spontanmeldungen der Apotheker, die über die Arzneimittelkommission der Behörde zur Kenntnis gebracht werden, tragen zur Erhöhung der Arzneimittelsicherheit bei.

V. DINNENDAHL / H. BLUME

OFFIZIN / Eine maßgeschneiderte Therapie

32 Millionen Präparate aus dem eigenen Labor

Die Apotheke hat mit der Entwicklung einer leistungsfähigen pharmazeutischen Industrie in den letzten 60 Jahren einen erheblichen strukturellen Wandel durchgemacht. Dabei ist ihre wichtigste Funktion, Arzneimittel herzustellen, mehr und mehr in den Hintergrund getreten. Dennoch spielt die Herstellung von Arzneimitteln in der Apotheke auch heute noch eine nicht zu unterschätzende Rolle. Mehr als 24 000 in der Apotheke zubereitete Arzneimittel sind beim Bundesgesundheitsamt angemeldet.

Untersuchungen der Arzneimittelkommission. Deutscher Apotheker aus dem Jahre 1984 haben ergeben, daß in Apotheken jährlich über 22 Millionen Arzneimittel auf Verordnung eines Arztes und etwa zehn Millionen auf Verlangen eines Kunden hergestellt werden. Daneben werden in den Laboratorien etwa drei Millionen Vorstufen gefertigt, die später zu Arzneimitteln weiterverarbeitet werden können.

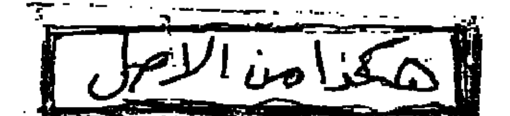
Gegenüber industriell gefertigten Arzneimitteln mit ihrer starren Zusammensetzung haben vom Arzt verordnete, in der Apotheke für den Patienten hergestellte Arzneimittel den Vorteil, daß die Zusammensetzung der Wirkstoffe, ihre Menge, sowie Dosierung genau auf die individuellen Bedürfnisse des einzelnen Patienten und seine Krankheit abgestellt werden können. Die pharmazeutische Industrie kann bei aller Vielfalt nur für den statistischen Durchschnitt produzieren. Dies hat zwangsläufig starre Dosierungsformen und eine ebenso starre Palette von Darreichungsformen zur Folge. Der einzelne Mensch entspricht eben nur bedingt dem statistischen Durchschnitt. Diesem Nachteil sucht der pharmazeutische Hersteller zu begegnen, indem er mehrere unterschiedliche Stärken ein und desselben Arzneimittels oder Tabletten mit einer Bruchrille in den Handel bringt.

Darüberhinaus gibt es zahlreiche selten benötigte Arzneistoffe und auch selten vorkommende Krankheiten, für die sich die Herstellung von Fertigarzneimitteln im industriellen Maßstab nicht lohnt. Hier springt die Apotheke ein, indem sie diese nur wenig verwendeten Arzneistoffe zu Arzneimitteln in kleinen Chargengrößen verarbeitet. Besonders im Bereich der Naturheilkunde, die in der Therapie einen immer größeren Raum einnimmt, spielt diese Art der Herstellung von Arzneimitteln eine Rolle.

Ein weiterer Vorzug der Herstellung von Arzneimitteln in der Apotheke liegt in der bis auf wenige Ausnahmen betriebenen Nichtverwendung von Konservierungsmitteln, weil solche Arzneimittel zum alsbaldigen Verbrauch bestimmt sind. Schon seit Jahren wird beobachtet, daß bei längeren Anwendungen von Kosmetika und Arzneimitteln, vor allem in Salbenform, allergische Erscheinungen auftreten. Diese sind nicht selten auf Konservierungsmittel zurückzuführen, die beispielsweise in industriell hergestellten Arzneimitteln wegen der langen Vertriebswege von bis zu fünf Jahren aus Gründen der Stabilisierung vorhanden sein müssen. Insofern kann die Anwendung von Arzneimitteln, die keine Konservierungsmittel enthalten, von Vorteil sein.

Von der Arzneimittelkommission Deutscher Apotheker ist eine Sammlung herausgegeben worden, die zur Zeit 82 Vorschriften für die Herstellung von Arzneimitteln in Apotheken enthält, welche vom Arzt verordnet werden können, teilweise aber auch ohne ärztliche Verschreibung verkäuflich sind. Das Zentrallaboratorium Deutscher Apotheker hat diese Vorschriften modernen pharmakologischen und pharmazeutisch-technologischen Erkenntnissen angepaßt und wird sie im Laufe der kommenden Jahre auf alle wichtigen Anwendungsgebiete ausdehnen. Sie sollen dem Arzt die Möglichkeit erschließen, Arzneimittel in individueller Dosierung verordnen und damit einen Beitrag zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen leisten zu können, denn so gefertigte Arzneimittel sind in der Regel billiger als die Fertigarzneimittel der Industrie. Zur Vermeidung von Mißverständnissen: Die Apotheker bezweifeln nicht die Notwendigkeit industrieller Massenfertigung, aber es gibt eben eine ganze Reihe Bereiche der Therapie, bei denen die Einzelanfertigung vorzuziehen ist.

HERBERT GEBLER



PHARMA-INDUSTRIE / Widerstreit der Meinungen

Die Hersteller fordern eine eindeutige Politik

Die pharmazeutische Industrie befindet sich gegenwärtig in einer schwierigen Situation. Es werden von den verschiedenen Seiten Forderungen an sie gestellt, die sich gegenseitig ausschließen.

Sowohl die Sicherheit neuer als auch der bereits im Markt befindlichen Arzneimittel soll erhöht werden, fordern die Behörden, die Medien und die Öffentlichkeit.

Gleichzeitig kämpfen kleine, aber wortstarke Gruppen, unterstützt von einem Teil der Medien und von Politikern, vehement gegen Tierversuche. Unabhängig davon gibt es Forderungen, die klinische Erprobung von Arzneimitteln noch weiter zu reglementieren.

Wie sollen wir die Arzneimittelsicherheit erhöhen, wenn gleichzeitig die Tierversuche und die klinische Erprobung erschwert werden?

Die Arzneimittelpreise werden als zu hoch angesehen. Ihr Niveau in Italien – im Durchschnitt etwa 30 Prozent unter dem unseren – wird als erstrebenswert angesehen. Bei diesem Vergleich wird leider übersehen, daß in Italien die Steuern und Handelsspannen bei Arzneimitteln niedriger sind, ebenso die Produktionskosten infolge niedrigerer Löhne.

Auf der anderen Seite fordert man von uns mehr Aufwand für die Forschung. Wie sollen wir die Forschung intensivieren, wenn man uns gleichzeitig die Möglichkeit nimmt, das dazu erforderliche Geld zu verdienen?

Wenn jemand behauptet, auf dem Arzneimittelmarkt finde kein Wettbewerb statt, kann er sich allgemeiner Zustimmung sicher sein. Ebenso wenn er behauptet, es gäbe zu viele Arzneimittel. 145 000 sind beim Bundesgesundheitsamt registriert. Davon sind 10 000 Tierarzneimittel, die in diesem Zusammenhang nicht zur Diskussion stehen. Verbleiben: 135 000.

Verböte man den Krankenhäusern, Apotheken, Drogerien, Reformhäusern, staatlichen Quellenverwaltungen, Handelsketten und der Bundeswehr die Produktion von Produkten, die bei uns nach dem Arzneimittelgesetz als Fertigarzneimittel zählen, verringerte sich die Zahl der Arzneimittel mit einem Schlag um 70 000, also von 135 000 auf 65 000.

Die Bundesrepublik Deutschland ist einer der Industriestaaten, in denen mehrere medizinische Lehrmeinungen mit ihren unterschiedlichen Arzneimitteln existieren. Beseitigte man die homöopathischen und sonstigen Naturheilmittel, verringerte sich die Zahl der Medikamente um weitere 35 000 auf 30 000. Tatsächlich aber wollen natürlich weder die Politik noch die Bevölkerung noch unsere Industrie die Naturheilmittel eliminieren.

Beim Bundesgesundheitsamt werden alle Darreichungsformen und Stärken eines Medikamentes extra gezählt. Verringert man die Zahl der 30 000 um diese Varianten eines jeden Präparats, verbleiben weniger als 15 000 industriell hergestellte Medikamente. Und: Wettbewerb ist nur möglich, wenn mehrere Anbieter mit vergleichbaren Medikamenten auf dem Markt sind. In der Roten Liste 1985 sind 8882 Präparate der Mitgliedsfirmen des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie aufgeführt, die etwa 95 Prozent des Wertes der Arzneimittelproduktion repräsentieren.

Aus alledem folgt: In der Diskussion um das Arzneimittelwesen muß das aufgeregte Durcheinanderreden endlich aufhören. Alle, die an dieser *Diskussion teilnehmen, sollten* Redlichkeit üben, was ohne Kenntnis der Tatsachen nicht möglich ist. Die pharmazeutische Industrie sträubt sich nicht gegen sinnvolle Änderungen. Wir sind bereit, daran mitzuarbeiten. Wir sind aber nicht bereit, schweigend zuzuschauen, wenn mit kurzatmiger Politik von falschen Voraussetzungen ausgehend unsere Branche kaputtreglementiert wird.

Heute werden in unseren Unternehmen Forschungsprojekte begonnen, die vielleicht im Jahr 1994 abgeschlossen sein werden. Wir können nur so langfristig planen, wenn wir sichere Rahmenbedingungen haben. Wir fordern die Einlösung des Versprechens der Bundesregierung für eine klare, zukunftsorientierte und langfristige Politik, auch für unseren Bereich. ROLF MADAUS

Der Autor ist Vorsitzender des Bundesverbandes der pharmazeutischen Industrie



Alt-Arzneien gehören nicht in den Müll FOTO: LOTHAR KUCHARZ

PHARMAMÜLL / Apotheker helfen bei der Entrümpelung der Hausapotheke

Wohin mit den alten Arzneien?

Fast täglich gibt es Meldungen, in denen berichtet wird, daß Kinder Mengen von weggeworfenen Arzneimitteln im Müll, auf Abbruchgrundstücken oder am Straßenrand gefunden haben. Hierbei empört die Tatsache, daß nicht nur Gedankenlosigkeit oder Nachlässigkeit zu einer Gefährdung des Bodens oder des Wassers führen können, sondern daß auch Leben und Gesundheit von Menschen in Gefahr geraten.

Arzneimittel werden zum allergrößten Teil großindustriell hergestellt. Die Probleme der Entsorgung haben für den Bürger den gleichen Stellenwert wie die üblichen Umweltprobleme bei der Herstellung anderer Produkte oder bei der Energiegewinnung. Bei der Entsorgung im Bereich Arzneimittel ist jedermann persönlich betroffen, denn er wird zwangsläufig mit der Frage des „Wohin?" konfrontiert, wenn er seine Hausapotheke entrümpelt, wenn er die von ihm nicht vollständig verbrauchten oder gar nicht benutzten und über längere Zeit gelagerten Arzneimittel aufräumen will.

Hier setzt ein Aufgabenbereich für den Apotheker ein, der weit über seine typischen Tätigkeiten der Herstellung, Prüfung oder Information über Arzneimittel hinausgeht. Und hier hat der Apotheker schon seit vielen Jahren – längst bevor das Wort Umwelt zur Mode wurde –, ohne staatlichen Auftrag und ohne großes Aufsehen zu erregen, erhebliche Arbeit geleistet.

Bei der Entsorgung von Altmedikamenten entsteht auch die Frage nach der Beurteilung der Haltbarkeit des Arzneimittels. Hier kann es neben den eindeutigen und deutlichen Aufbrauchfristen für den Patienten nur die Beratung eines Fachmannes sein, die ihn vor Schaden bewahrt, vor Schaden durch nicht sichtbare Unwirksamkeit oder gar Verdorbenheit eines Heilmittels. Das Angebot des Apothekers, die Wirksamkeit oder Unschädlichkeit eines fertigen Arzneimittels zu beurteilen, wird von einem Großteil unserer Mitbürger rege angenommen. In der Zeit von August 1982 bis Dezember 1983 wurden in mehr als der Hälfte aller hessischen Apotheken, die sich freiwillig an der Aktion beteiligten, mehr als 7000 Säcke Alt-Arzneimittel einer geordneten Vernichtung zugeführt. Sämtliche zwölf Apothekerkammern des Bundesgebietes haben für ihre Bereiche eine geradezu vorbildliche Organisation für die ordnungsgemäße Vernichtung aufgebaut. Das Engagement des Staates, also in diesem Falle der einzelnen zuständigen Ministerien der Länder, ist durchaus unterschiedlich. So kassiert zum Beispiel die „Hessische Industriemüll GmbH", eine Tochter des Landes Hessen, für jeden von ihr verbrannten und anschließend endgelagerten Sack mit Altmedikamenten fünf Mark, die der Apotheker bezahlt, wenn er auch in Einzelfällen bei größeren Mengen den Verbraucher oder den Arzt in Anspruch nimmt.

In Schleswig-Holstein und Teilen Nordrhein-Westfalens tragen die dafür zuständigen staatlichen Stellen die Kosten, in anderen Bundesländern sind es die Kommunen oder der pharmazeutische Großhandel.

Nicht jedes gesellschaftspolitische Problem bedarf der staatlichen Reglementierung. Regelungsmechanismen wie ein „Pharmazeutisches Abfallbeseitigungsgesetz" oder die Verankerung der Entsorgungspflicht in der Apothekenbetriebsordnung sind dann nicht nötig, wenn staatsbürgerlicher Freiraum mit Verantwortungsbewußtsein und wirtschaftlicher Unabhängigkeit gekoppelt sind.

JÜRGEN FUNKE

KRANKENHAUS-APOTHEKE / Zumeist rentabel

Wenn Medikamente das Skalpell ersetzen

Vom Arzneimittelverbrauch in Höhe von zwei Milliarden Mark in deutschen Krankenhäusern im Jahre 1984 wurden rund 85 Prozent von Krankenhaus-Apotheken bereitgestellt. Den Rest lieferten die öffentlichen Apotheken.

Nach einer Untersuchung der Deutschen Krankenhausgesellschaft arbeitet eine Krankenhaus-Apotheke immer dann rentabel, wenn sie wenigstens 400 Betten mit Arzneimitteln versorgt. Diese Bettenzahl kann auch auf verschiedene Krankenhäuser verteilt sein; diese werden dann von einer Zentralapotheke versorgt. Neben der Sicherstellung der ordnungsgemäßen Arzneimittelversorgung des eigenen oder der mitzuversorgenden Krankenhäuser haben viele Krankenhaus-Apotheken auch die Belieferung von Verbandstoffen, chirurgischem Instrumentarium, medizinischen Gasen, Röntgen-, Labor- und Bäderbedarf sowie Diätetika übernommen.

Die 1100 Apotheker, die in den 513 deutschen Krankenhaus-Apotheken (Stand: Juni 1985) arbeiten, sind die Garanten dafür, daß die Arzneimittelsicherheit bis zum Patienten gewährleistet ist. Der Apotheker ist für die ordnungsgemäße Lagerung und den sorgfältigen Umgang mit den Arzneimitteln auch auf den Stationen verantwortlich. Durch die enge Zusammenarbeit zwischen Arzt – Apotheker – Pflegekräften in der Klinik wird für den Patienten eine optimale Arzneimitteltherapie erreicht.

Krankenhaus-Vorrat

Von den mehr als 10 000 in der Bundesrepublik Deutschland im Handel befindlichen Arzneimitteln haben Krankenhaus-Apotheken einen Vorrat von 800 bis 1500, zuzüglich der verschiedenen Zubereitungsformen. Dieser geringe Arzneimittelvorrat kommt dadurch zustande, daß in jedem deutschen Krankenhaus eine Arzneimittelkommission besteht. Dieses Gremium besteht aus den Vertretern der medizinischen Fachabteilungen des Krankenhauses; ihr Vorsitzender ist üblicherweise der Chefapotheker. Die Kommission berät nach wissenschaftlichen Grundsätzen, welche Arzneimittel in dem Krankenhaus verwendet werden sollen. Diese Medikamente werden in einer Arzneimittelliste zusammengefaßt. Sie ist für alle Ärzte des Krankenhauses verbindlich. Der Chefapotheker entscheidet nach Qualität und Wirtschaftlichkeit, bei welcher pharmazeutischen Firma die Arzneimittel gekauft werden.

Die Arzneimittelherstellung, früher eine Domäne der Apotheker, spielt heute in der Krankenhaus-Apotheke noch immer eine Rolle. Die Eigenherstellung bringt für das Krankenhaus erhebliche Einsparungsmöglichkeiten. Die Produktion im Krankenhaus kann sich mit einer pharmazeutischen Firma messen, müssen doch beiden den gleichen hohen Qualitätsanforderungen gerecht werden. Der Sicherung der Qualität dienen chemische und biologische Kontrollen.

Geringe Kosten

Bei der Diskussion um die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen wird häufig übersehen, daß die Arzneimittelkosten lediglich 4,5 Prozent der Ausgaben eines Krankenhauses ausmachen, während für das Personal 70 Prozent der Kosten aufgebracht werden müssen.

Der therapeutische Wert von Arzneimitteln wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß

- Arzneimittel in nahezu 100 Prozent der klinischen Fälle mittelbar beziehungsweise unmittelbar, allein oder im Verbund mit anderen therapeutischen Maßnahmen zur Behandlung eingesetzt werden,
- Arzneimittel für die heute noch unbehandelbaren Krankheiten, die große Leiden und Kosten verursachen, mit hoher Wahrscheinlichkeit die einzige wirksame Therapieform darstellen werden, und
- Arzneimittel 80 Prozent der Wirksamkeit aller existenten Therapieformen leisten.

Die komplexe Eigenart der Dienstleistung einer Krankenhaus-Apotheke für den Kranken läßt es nicht zu, diese Leistungen denen eines Hersteller- oder Dienstleistungsbetriebes gleichzusetzen, deren Betriebsergebnis am Ende in Stück und Stunde meßbar ist und Gewinn bringen muß.

GÖTZ SCHÜTTE

COMPLIANCE / Apotheker tragen zur Akzeptanz der medikamentösen Therapie bei

Was nutzt die beste Arznei, wenn sie der Patient nicht schluckt

Zur Frage der Compliance von Patienten, ihrer Bereitschaft also, an einer Therapie mitzuwirken, ein Medikament zu schlucken, kann gerade der Apotheker aus seiner täglichen Praxis zahlreiche Beiträge beisteuern. Zudem kennt er aus den vielen Veröffentlichungen, die sich mit dem Beitrag des Patienten zu seiner Therapie beschäftigen, die individuellen Verhaltensmerkmale der Patienten und ihre Reaktionen.

Der Apotheker weiß deshalb, daß er sich als Berater des Patienten in bezug auf Arzneimittel auf die individuellen Nuancen einstellen muß. Aus dem Umgang mit den Kunden ist ihm viel über das Verhältnis Arzt – Patient bekannt. Er weiß, daß sich dieses Verhältnis gegenüber früher sehr gewandelt hat. Der Arzt ist heute meist nicht mehr der „weise Finder" einer Diagnose oder der „souveräne Leiter" einer Therapie. Er wird häufig mehr als Erbringer einer Dienstleistung gesehen. Natürlich ist dies Bild stark vereinfacht.

Die Apotheker kennen aus den Offizinen die Klagen der Patienten, wie zum Beispiel distanzierte, kühle Behandlung durch den Arzt oder systematische, schnelle Befragung des Patienten nach Symptomen, nicht selten ohne dabei auf Gegenfragen des Patienten einzugehen.

Der wichtige Informationsfluß zwischen Arzt und Patient scheint gestört. Aus Unsicherheit und Verwirrung ist der Patient nicht mehr in der Lage, Informationen vom behandelnden Arzt aufzunehmen oder sie gar später umzusetzen. Kurz: Der Patient kommt in die Apotheke und versucht dann oft beim Apotheker das zu erfahren, was er während der ärztlichen Konsultation nicht verstanden hat oder was ihm vielleicht nicht gesagt worden ist.

Da das Vertrauen zum Arzt eine wichtige Voraussetzung für die Patienten-Compliance ist, weiß jeder Apotheker, wie er sein Beratungsgespräch in bezug auf den Arzt aufzubauen hat. Der Apotheker kennt auch die Vorbehalte der Patienten gegen Arzneimittel, etwa seine Angst, abhängig oder gar süchtig zu werden oder die Angst vor Nebenwirkungen und Unverträglichkeiten.

Informationen sind im Bemühen um gute Compliance besonders wichtig. Zu den Informationen, die die Non-Compliance fördern, zählt der Beipackzettel. Er ist nach dem Arzneimittelgesetz (AMG) bindend vorgeschrieben und muß, damit man seinen Inhalt versteht, im Zusammenhang mit dem Paragraph 84 Absatz 2. AMG gesehen werden, der die Frage der Gefährdungshaftung regelt.

Der Hersteller haftet danach nicht nur bei fehlerhaften Produkten, sondern auch dann, wenn bei bestimmungsgemäßem Gebrauch des Arzneimittels schwere Schäden oder gar der Tod des Patienten eintritt. Diese Gefährdungshaftung kann aber nicht in Anspruch genommen werden, wenn der Hersteller in der Packungsbeilage auf die möglichen Gefahren aufmerksam gemacht hat.

Die Folge dieser Bestimmung ist, daß jeder Hersteller den Beipackzettel mit allen nur denkbaren Nebenwirkungen, Gegenanzeigen und Interaktionen befrachtet. Während der Fachmann die Risiken und das Ausmaß der Möglichkeiten von Schäden abwägen kann, ist der Laie in hohem Maße verunsichert. Wir haben in der Bundesrepublik, in der sich die Packungsbeilage übrigens rechtlich gesehen nur an den Verbraucher wendet, Gebrauchsinformationen, die sich rühmen können, ein hohes Maß an Arzneimittelsicherheit zu produzieren, die aber durch ihre Überinformation die Patienten-Compliance schwer erschüttern. Apotheker sprechen Tag für Tag mit verängstigten Patienten und versuchen sie zu beruhigen.

Zu den anderen Negativ-Informationen für den Patienten gehören negative Veröffentlichungen in den Medien über „schädliche" Medikamente oder pseudo-wissenschaftliche Bücher, in denen Nebenwirkungen über die Wirkung gestellt werden. Sich gegen diese Vielzahl von Fehlleistungen auf dem Gebiet der Patienten-Compliance zu stellen, ist tägliche Aufgabe in der Apotheke. Gemeinsam mit dem Arzt geht es dabei um den Erfolg der Therapie, um das Wohl des Patienten. ERNST-D. AHLGRIMM



Nur rund 60 Prozent der Patienten halten sich an die vom Arzt verordnete Einnahme-Vorschrift. Damit ist eine wirksame Therapie infrage gestellt. Der Patient sollte sich deshalb bei Arzt und Apotheker über den Zweck der Therapie informieren und die Dosierung nach Vorschrift befolgen. FOTO: AMW

PHYTOPHARMAKA

Renaissance der Kräuter und Drogen

Der Trend „Zurück zur Natur" macht auch vor den Türen der Apotheken nicht halt. Hatten bereits vor einigen Jahren Arzneimittel auf rein pflanzlicher Basis einen Anteil von 40 bis 45 Prozent am Umsatz aller rezeptfreien Arzneimittel in Apotheken, so beobachten die Apotheker seit einiger Zeit eine verstärkte Nachfrage nach diesen Arzneimitteln.

Zwei Ursachen sind nach Auffassung der Apotheker in erster Linie für den Anstieg dieser Nachfrage verantwortlich: Zum einen wurden in den letzten Jahren die Verbraucher durch zahlreiche, zum Teil sachlich unangemessene Veröffentlichungen über Nebenwirkungen sogenannter chemischer Arzneimittel verunsichert. Zum anderen spiegelt das Interesse an pflanzlichen Arzneimitteln die Rückbesinnung auf eine natürliche Lebensweise und auf ein wachsendes Bewußtsein bei der Vorsorge für die eigene Gesundheit wider.

Die Bedeutung dieser Arzneimittel liegt besonders im Bereich der Gesundheitsvorsorge, denn einige von ihnen können offenbar die natürlichen Abwehrsysteme des Körpers stimulieren und damit gegen Infektionen vorbeugen.

Aus den breitgefächerten Anwendungsbereichen pflanzlicher Arzneimittel zur Therapie und Vorbeugung sei hier nur eine Auswahl genannt:

Mariendistel-Arzneien können Leberschäden vorbeugen; Weißdornpräparate können die Herzfunktion verbessern; Brennesselkrautextrakte wirken gegen Erkrankungen der Harnwege; Hopfen, Baldrian und Melisse haben sich als Beruhigungsmittel bewährt; die pflanzlichen Sedativa sind eine wichtige, unbedenkliche und wirkungsvolle Ergänzung der hochwirksamen chemischen Präparate, zuweilen sogar eine echte Alternative.

Da Arzneimittel pflanzlicher Herkunft oft außerhalb der Apotheken angeboten werden und auch für diese Präparate der Satz gilt, daß es keine wirksamen Arzneimittel ohne Nebenwirkungen gibt, sollte der Verbraucher vor deren Einnahme immer den Rat des Apothekers in Anspruch nehmen. Schließlich sind sie seit Jahrhunderten die Fachleute für Heilkräuter. pje

CHRONOPHARMAKOLOGIE / Jüngster Zweig der Pharmawissenschaft

Oft bestimmt die innere Uhr die Wirksamkeit der Arznei-Therapie

Die Chronopharmakologie ist ein relativ junger Zweig der Pharmakologie, obwohl wissenschaftliche Beiträge zu dieser Thematik schon seit Beginn des letzten Jahrhunderts veröffentlicht wurden. Ausgangspunkt der Chronopharmakologie ist die Beobachtung, daß fast alle physiologischen Funktionen bei Mensch und Tier eine ausgeprägte Zeitstruktur besitzen. Physiologische Funktionen weisen somit biologische Rhythmen auf, deren Frequenzen vom Millisekundenbereich bis zu jahreszeitlichen Variationen reichen.

Am besten untersucht sind Tagesrhythmen, die mit einer Frequenz von etwa 24 Stunden auftreten und die, wenn sie endogener Natur sind, als zirkadiane (circa = etwa, dies = Tag) bezeichnet werden. Vor allem in den letzten 20 Jahren sind beim Menschen in lebensnotwendigen Körperfunktionen (Körpertemperatur, Blutdruck, Herzfrequenz, Lungen-, Leber-, Nierenfunktionen), im Stoffwechsel, Hormonkonzentrationen (Cortisol, Insulin, Adrenalin, Renin, Aldosteron), aber auch in der physischen und psychischen Leistungsfähigkeit 24-Stunden- oder zirkadiane Rhythmen nachgewiesen worden.

Biologische Uhr

Von J. Aschoff wurde der Begriff „biologische Uhr" nicht nur geprägt, um den Motor endogener Rhythmen zu charakterisieren, sondern auch ihre Existenz nachgewiesen. Rhythmen sind jedoch nicht nur bei Gesunden, sondern auch bei Patienten mit den verschiedensten Erkrankungen (zum Beispiel endogene Depression, Hochdruck, Angina pectoris, Asthma bronchiale, Rheuma) nachzuweisen.

Teilweise sind solche Rhythmen bei Erkrankungen im Vergleich zu Gesunden in ihrem Muster verändert, was von diagnostischer Bedeutung sein kann. Auch Krankheitszeichen können mit unterschiedlicher Häufigkeit zu verschiedenen Tageszeiten auftreten. So sind Anfälle von Asthma und Angina pectoris häufiger in der Nacht zu beobachten; ein Herzinfarkt tritt statistisch gesehen häufiger in den frühen Morgenstunden als zu anderen Tageszeiten auf.

In Anbetracht dieser ausgeprägten zeitlichen Strukturierung des gesamten Organismus ist es eigentlich nicht überraschend, daß auch Arzneistoffe zu verschiedenen Tageszeiten nicht gleich ausgeprägte Wirkungen haben. Im Extremfall kann das gleiche Arzneimittel bei gleicher Dosierung zu einer bestimmten Tageszeit keine nachweisbare Wirkung haben oder sogar eine Verschlechterung der Krankheitssymptome bewirken, während es zu einer anderen Tageszeit hochwirksam ist. In der Regel wurde jedoch festgestellt, daß sich lediglich das Ausmaß der Wirkungen (erwünscht, unerwünscht) innerhalb von 24 Stunden eines Tages ändert.

Die tageszeitabhängigen Wirkungen von Arzneimitteln können nun von einer Tageszeitabhängigkeit in der Pharmakokinetik (Aufnahme in den Organismus, Verteilung, Ausscheidung) beziehungsweise von einer tageszeitabhängigen Variation in der Empfindlichkeit oder Ansprechbarkeit des Organismus abhängig sein. Ersteres bezeichnet man als Chronopharmakokinetik, letzteres als Chronopharmakodynamik. Für beides liegen eine Vielzahl von Befunden vor, die weltweit an Versuchstieren und am Menschen erhoben wurden. So wurden signifikante tageszeitabhängige Wirkungen beschrieben für zum Beispiel Analgetika, Opiate, Likalanästhetika, Narkotika, Antihistaminika, Theophyllin, Diuretika, Beta-Rezeptorenblocker, Calciumantagonisten, Glyceroltrinitrat, Heparin, Sedativ-Hypnotika, Diazepam, Psychopharmaka, Zytostatika, aber auch für Placebo. Tageszeitabhängige pharmakokinetische Unterschiede wurden unter anderem für Beta-Rezeptorenblocker, Herzglykoside, Analgetika, Antibiotika, Diazepam, Psychopharmaka, Lithium, Kaliumchlorid nachgewiesen.

Im Einzelfall ist nicht immer einfach zu entscheiden, ob die Chronopharmakokinetik oder eine Änderung in der Empfindlichkeit auf das Arzneimittel überwiegend zum Rhythmus in der Wirkung eines Arzneistoffes beitragen. Aufgrund dieser Befunde ist jedoch festzuhalten, daß bei Diagnostik, Arzneimitteltherapie und Therapiekontrolle chronobiologische und chronopharmakologische Erkenntnisse berücksichtigt werden sollten, um die Arzneimitteltherapie zu verbessern, also sicherer zu machen und unerwünschte Arzneimittelwirkungen zu vermindern.

Rhythmus und Therapie

So konnte in den USA bei Patienten mit Ovarial- beziehungsweise Blasenkrebs durch die Veränderung des Darreichungszeitpunktes von bestimmten Zytostatika die Häufigkeit schwerer unerwünschter Arzneimittelwirkungen (Nierenschädigung, Blutbildveränderung, Erbrechen) drastisch reduziert werden. Aus den zur Verfügung stehenden Befunden deutet sich auch an, daß in bestimmten (den meisten?) Fällen es nicht sinnvoll sein muß, die Arzneistoffkonzentrationen im Organismus über 24 Stunden oder sogar länger konstant zu halten, in der Erwartung, dann auch über einen längeren Zeitraum gleiche Arzneimittelwirkungen zu erzielen. Vielmehr sollten physiologische und pathophysiologische Rhythmen – die zeitliche Strukturierung und Organisation des Organismus – und chronopharmakologische Erkenntnisse als weitere Parameter bei der Entwicklung und Prüfung von Arzneimitteln als auch bei ihrer therapeutischen Verwendung und der Therapiekontrolle mit einbezogen werden. BJÖRN LEMMER

BERUFSAUSSICHTEN / Rückbesinnung auf die originären Aufgaben

Welche Apotheker brauchen wir?

Der Apotheker, weiland zu Spitzwegs Zeiten neben Arzt, Lehrer und Pastor angesehenster Berufsstand und Respektsperson, hat dieses Image heute verloren. Allenfalls gelten die Apotheker heute als Spitzenverdiener der Republik; die berüchtigten „Apothekenpreise" sind gar zum Synonym für eine überteuerte Ware geworden. Die Tatsache schließlich, daß sie heute vornehmlich industriell gefertigte Fertigarzneimittel in der Mehrzahl auf Rezept abgeben, daß nur noch etwa fünf Prozent ihrer Tätigkeit ihre eigentlich originäre Aufgabe – die Beratung des Kunden –, beinhaltet, hat sie in den Ruf geraten lassen, bessere, weil akademisch ausgebildete Gewerbetreibende zu sein. Dieser Ruf wird noch gefördert durch jene Kollegen, die ihre mindestens 110 Quadratmeter große Ladenfläche (Apothekenbetriebsordnung) vollstopfen mit einem Nebensortiment von Kosmetikartikeln bis hin zu Windeln.

Stellt sich die Frage: Brauchen wir solche Apotheker noch? Und wenn nicht – welche brauchen wir dann?

Die Arzneimittelversorgung der Bevölkerung aus öffentlichen Apotheken kostet die gesetzliche Krankenversicherung jährlich rund 15 Milliarden Mark. Dabei entfällt etwa die Hälfte dieser Kosten auf den Herstellerabgabepreis. Rund zwei Milliarden Mark, 14 Prozent der Aufwendungen, kassiert der Staat über die Mehrwertsteuer.

67 Prozent Kassenumsatz

Den gut 17 000 selbständigen Apothekern schließlich bleiben aus dem Honorarkuchen der Krankenkassen knapp sechs Milliarden Mark. Diese Summe entspricht ungefähr 67 Prozent ihres Umsatzes; den Rest erzielen sie im Rahmen der Selbstmedikation aus freiverkäuflichen Präparaten und aus dem Nebensortiment.

Doch zufrieden können die Apotheker damit nicht sein. Sie klagen zu Recht über fallende Umsätze, sie beklagen, daß bereits 40 Prozent der Apotheken – betriebswirtschaftlich gerechnet – rote Zahlen schreiben. Das Bild vom Apotheker, der sich eine goldene Nase verdient, trifft für die Mehrzahl der Zunft längst nicht mehr zu.

Die Ursachen für diese Entwicklung sind vielfältig. Wesentlichstes Kriterium für die schrumpfenden Umsätze ist die zunehmende Zahl der Apotheken bei gleichzeitig sinkender Bevölkerungszahl. Heute versorgt eine Apotheke nur noch durchschnittlich 3600 Einwohner. Und diese Relation wird künftig weiter zurückgehen, weil aufgrund der weiter wachsenden Studentenzahlen mit zahlreichen Neugründungen zu rechnen sein wird. Daneben wirkten sich natürlich auch die kostendämpfenden Eingriffe des Gesetzgebers aus, die die Renditeerwartungen durchkreuzten. Die konstant gebliebene Handelsspanne schließlich bröckelte durch die Preis- und Produktpolitik der Pharmaindustrie und nicht zuletzt auch durch das veränderte Verordnungsverhalten der Kassenärzte, die weniger Medikamente verschreiben, ab.

Ein weiterer Grund verspricht der Zunft keine goldene Zukunft: Die Bundesregierung erwägt die Einführung einer Preisvergleichsliste, nach der die Ärzte gehalten sind, möglichst das preiswerteste Medikament zu verordnen. Das bedeutet für die Apotheker bei geringerer Handelsspanne weiter sinkenden Umsatz. Einen Vorläufer dieser Liste hat die Kassenärztliche Bundesvereinigung bereits jetzt in Postkartenform für jeweils verschiedene Indikationsgebiete an die niedergelassenen Ärzte verteilt. Dabei wird der Preis je Tagesdosis der medikamentösen Therapie miteinander verglichen. Diese Liste ist freilich nicht verbindlich. Schließlich wird auch erwogen, die Selbstbeteiligung der Patienten an ihren Arzneimittelaufwendungen zu erhöhen, etwa in Form einer prozentualen Selbstbeteiligung von 20 Prozent bis zu einem Höchstbetrag von zehn Mark je Medikament. Folge: Manch ein Versicherter wird sich überlegen, ob er das Rezept seines Arztes in der Apotheke einlöst.

Aus dieser Entwicklung nun zu folgern, das Heil der Apotheken liege im großzügig erweiterten Nebensortiment, wäre für die Branche tödlich.

Zu teuer ausgebildet

Der Apotheker würde von der Entwicklung überrollt: Als Arzneimittelverteiler mit Drogistenchrakter ist er nicht nur zu teuer ausgebildet. Er kostet die Solidargemeinschaft der Versicherten in dieser Rolle auch zu viel Geld. Solche „Apotheker" brauchen wir also nicht. Denn ohnehin bestimmen die Ärzte einen Teil der Kassenkosten über die Menge der verordneten Präparate, die Industrie über den Herstellerabgabepreis den Rest. Die Krankenkassen haben bisher auf die Arzneimittelkosten keinerlei Einfluß.

Der Apotheker muß sich also zurückbesinnen auf seine ureigene Rolle als Berater des Patienten, vielleicht auch als Berater des Arztes, der ohnehin im allgemeinen unzureichend pharmakologisch ausgebildet ist. Diesem Selbstverständnis kommen Überlegungen entgegen, wonach der Arzt nur noch den Wirkstoff verschreibt, der Apotheker dann dem Patienten ein entsprechendes, möglichst preiswertes Präparat aushändigt und ihn dabei berät. Dadurch könnte die Arzneimitteltherapie nicht minder wirksam, aber preiswerter als heute gestaltet werden können. Und auch die Compliance, die Akzeptanz des Medikaments durch den Patienten, könnte erhöht werden. So könnte der Apotheker seine Zukunft sichern, auch wenn abzusehen ist, daß künftig nicht jede Apotheke ihren Mann ernährt. PETER JENTSCH

SELBSTMEDIKATION / In jedem Fall den Arzt oder Apotheker fragen

Gefahr beim schnellen Griff zur Pille

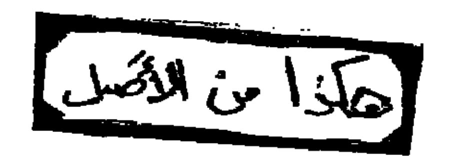
Der schnelle Griff vieler Bürger zur Tablette, die oftmals als „Problemlöser" für alle Beschwerden und Unpäßlichkeiten herhalten muß, ist nicht unproblematisch.

Die Apotheker machen deshalb darauf aufmerksam, daß unkontrollierte Arzneimitteleinnahme, zum Beispiel zur Schmerzbetäubung, zum Abbau von Streßzuständen, zur Gewichtsreduktion oder zur Beseitigung von Schlafstörungen, zu gesundheitlichen Schäden führen kann.

Trotz vielfältiger Warnungen und Hinweise nehmen viele Menschen immer noch regelmäßig und über lange Zeit Abführmittel ein. Bei der Mehrzahl dieser Arzneimittel können schnell Gewöhnungseffekte sowie andere unerwünschte Wirkungen auftreten. Neben krankhaften Veränderungen der Darmschleimhaut kann die Einnahme von Abführmitteln zu Muskelkrämpfen und zur Schädigung des Herzmuskels führen. Jede Verdauungsstörung sollte zunächst durch Änderung der Nahrungszusammensetzung behandelt werden. Erst wenn dies nicht zum Erfolg führt, sollte man sich vom Arzt oder Apotheker über weitere Behandlungsmaßnahmen beraten lassen.

Bedenklich ist nach Ansicht der Apotheker auch die unkritische Einnahme von Arzneimitteln bei Schulkindern. Probleme wie Konzentrationsmangel, Leistungsschwäche oder Übererregtheit lassen sich selten durch Arzneimittel nachhaltig lösen. Auch wenn diese Mittel über einen gewissen Zeitraum die Symptome kurieren können, lassen sich die Ursachen der Schulschwierigkeiten nur durch gezielte Therapie beseitigen. Das bedeutet: Nur wenn der Arzt im Rahmen dieser Therapie die Einnahme der Arzneimittel befürwortet und überwacht, können sie zu einer erfolgreichen Behandlung beitragen.

Es soll nochmals betont werden: Arzneimittel als wirksame Waffe im Kampf gegen zahlreiche Krankheiten sind nicht mehr wegzudenken. Aber sie sind keine alltägliche Konsumware. Ihr Einsatz erfordert Wissen und Erfahrung. Der Einsatz von verschreibungspflichtigen Arzneimitteln erfolgt durch den Arzt. Die Arzneimitteltherapie unterliegt seiner Kontrolle. Auch wer rezeptfreie Arzneimittel im Rahmen der Selbstmedikation kauft, sollte wissen: Medikamente helfen nur dann, wenn sie entsprechend ihrer Zweckbestimmung eingesetzt werden. WR



Anfassen inklusive

A.W. – So etwas mußte ja mal kommen: In Mainz ist ein lauter Streit zwischen dem Kulturdezernenten und der derzeitigen „Stadtschreiberin", der nicht ganz unbekannten Gabriele Wohmann, ausgebrochen. Der Kulturdezernent Dr. Keim beklagte sich öffentlich über die „mangelnden Aktivitäten" von Frau Wohmann, woraufhin diese in einem Zeitungsinterview mit schwerem Geschütz zurückschoß. Die freie Wohnung, die in der Ende 1984 erfolgten Ernennung zur Stadtschreiberin eingeschlossen war, sei erst Ende August 1985 bezugsfertig geworden, vereinbarte Honorare für Rathaus-Lesungen seien nicht gezahlt worden usw. usw.

Engagiert sich die Schriftstellerin in diesem Putzlappenstreit nicht ein bißchen zu heftig? Schließlich ist sie ja bekanntermaßen die allerletzte, der man mangelnden Fleiß vorwerfen kann. Sie ist eine der Fleißigsten überhaupt. Soeben ist ihr neues Buch unter dem bezeichnenden Titel „Der Irrgast" erschienen, obwohl ihre vorletzte Publikation noch nicht einmal ein ganzes Jahr zurückliegt. Nein, über fehlende „Aktivitäten" kann man sich bei ihr wahrhaftig nicht beklagen.

Aber der Dr. Keim hat eben einen ganz anderen Begriff von schriftstellerischen Aktivitäten. Er moniert, daß die Wohmann „menschenscheu" sei, daß sie zu wenig mit „Mainzer Autoren" zusammenarbeite, daß sie, mit einem Wort, keine „Autorin zum Anfassen" sei. „Anfassen" aber wollen die Mainzer ihre Stadtschreiberin, das ist im Preis einbegriffen, und da stehen sie nicht allein.

Resümee: Wer scheu ist und sich nicht gerne anfassen läßt, der darf eben keine Stadtschreiberin werden. Der bleibt ein Irrgast auf Erden, und darüber hilft dann auch der allergrößte Fleiß beim Schreiben selbst nicht hinweg.

Die Premieren beim „steirischen herbst" in Graz

Auch Ameisen träumen

Folgt man den Worten, die Peter Vujica, der Grazer Intendant des „steirischen herbstes", zur Eröffnung gefunden hat, so ist zur Zeit etwas wie ein Stillstand in den *Riesenschritten* eingetreten, mit denen die Produzenten der modernen Kunst auf der Stelle treten. Man sei, sagte Vujica, in eine Phase der Aufarbeitung gekommen, es gäbe eine Annäherung an das Publikum, die ja bisher in bewußter Provokation negiert worden war. Diese Wochen mit dem 25jährigen Jubiläum des „Forums Stadtpark" neigen also zur Rückschau, die in der Tat auf *verschiedenen Gebieten der diesjährigen* Produktion Gestalt annimmt. Schon der Monolog „Credo" des Franzosen Enzo Cormann (das Stück wurde deutsch zum ersten Mal gezeigt) bestand aus einem wortreichen Rückblick, den eine verzweifelte Frau einem fiktiven Gegenüber angedeihen läßt.

Und Gerhard Roth nannte seine Collage (im Schauspielhaus uraufgeführt) selbst „Erinnerungen an die Menschheit". Dieser Titel darf allerdings nicht retrospektiv genommen werden, er ist, nicht eben zu seinem Vorteil, viel anspruchsvoller und soll *in 28 nicht zusammenhängenden Szenen* den unglückseligen Zustand der Menschheit zu Anschauung bringen, wobei dem Dramatiker eine Reihe bedeutender Autoren wie Beckett, Artaud und Ionesco *zur Seite* gestanden sind und nicht zuletzt Elemente des Dadaismus mit einfließen. Er spricht vom Witz der Gurken, der Sonnen, von einer schrill kreischenden Kinderjause und von Ameisen, die „telepathische Zukunftsträume in das Mesozoikum lallen". Jedoch finden sich auch wieder überzeugende Metaphern, die den Autor als sprachlichen Könner ausweisen.

Suggeriert wird, mit Nonsens, Farcen und etwas Tragik, ein eher banales Abbild unserer Zustände. Die meisten Szenen enden tödlich, manche haben rührend kindliche Züge. Was der Zuschauer aus ihnen entnehmen soll, wechselt so abrupt, daß es zu keinem „Denkanstoß" kommt. Eine große Hilfe hatte der Autor in den gelungenen Bühnenbildern von Günter Brus, auch bei Darstellern wie *Ernst Prassel* und *Gerhard Balluch*, während die Regie Emil Breisachs außerstande war, die hier benötigte Einheitlichkeit der Idee anzudeuten. Ihr Verdienst lag bei der reibungslosen Schauspieleraufführung.

Erinnerungen, also Rückschau, will auch Heiner Müller mit seiner „Bildbeschreibung" wecken, wie aus einer ziemlich rätselhaften Nachbemerkung zum Text hervorgeht: „Die *Handlung ist* beliebig, da die Folgen Vergangenheit sind, Explosion einer Erinnerung in einer abgestorbenen dramatischen Struktur." Erinnerung mag sein, Rückschau gewiß, aber Rücksicht *auf den Theaterbesucher*, wie sie Vujica angedeutet hat, kennt diese Arbeit gewiß nicht, deren dürrer Text von Ginka Tscholakowa mit allen Mitteln auf einen Abend aufgepäppelt worden ist.

Das Stück ist natürlich kein Drama im hergebrachten Sinn. Es wird zunächst eine „Bildbeschreibung" genannter Text mit Betrachtungen über ein imaginäres Bild vorgelesen, während auf der Bühne vereinzelte Figuren stumm und unbeweglich verharren. Dann setzt marionettenhafte, wieder stumme Bewegung ein. Wir befinden uns im Jenseits, ein Mann *aber zetert seine Verzweiflung* in sein Spiegelbild, was seiner mäßigen Artikulation nicht bekommt (Gerhard Balluch). Die Figuren wandern eckig durch den Saal, endlich tritt der Tod im Stechschritt auf und mäht alles Erreichbare nieder. Die Beziehung zur Beschreibung des Bildes bleibt defekt, die zur „Odysee" und „Alkeste", von der Müller spricht, ebenso. Alles ist fragmentarisch gehalten, Gedanken *treten in Wortfetzen auf* und verflüchtigen sich, zumal dann, wenn eine Lösung vorzuschweben scheint. Schiere Verstörtheit bei der Uraufführung: sparsamer Beifall der gewiß interessierten Zuschauerschaft.

ERIK G. WICKENBURG

Köln: Kostprobe des niederländischen „Cabaret"

Die Mauer und Blumen

In den Niederlanden lebt eine Tradition weiter, die hierzulande so gut wie ausgestorben ist: jene Gattung, die gern mit dem irreführenden Etikett „Kleinkunst" beklebt wird, gemeinhin auch *Cabaret* genannt. Vom Kabarett politischer Couleur, was nun bei uns wieder auf eine gewisse Vergangenheit zurückblicken kann, ist das Cabaret nicht nur durch seine Schreibweise unterschieden; auch inhaltlich liegen Welten dazwischen. In der Kölner „Comedia Colonia" konnte man sich jetzt in einer Matinée davon überzeugen.

Vom Niederländer Robert Kreis, der in der Bundesrepublik mit seinem Zweiteiler „Ihr, ich und das Pianola" bereits eine kleine Fangemeinde um sich scharen konnte (ihnen sei's verraten: er bereitet zur Zeit den dritten Teil dieser nostalgischen Revue vor), hielt eine kleine Einführung, aus der man *einiges über diese spezifische* niederländische Cabaret-Szene erfuhr. So gibt es z. B. übers ganze Land verteilt Schulen, die sich auf die Ausbildung von Kleinkünstlern *spezialisiert haben, und* viele arbeitslose Schauspieler machen aus der Not eine Tugend und ziehen, wenn Bühne und Fernsehen sie verschmähen, als Alleinunterhalter durchs Land.

Falls *dann einer ungewöhnlich* gut ist („gewöhnlich" gut sind sie fast alle), spricht sich das in dem kleinen flachen Land schnell herum, und der Ruf dringt auch schnell bis ins Ausland, vornehmlich *nach* Deutschland, das ja, unterhaltungsmäßig gesehen, im Vergleich zum nordwestlichen Nachbarn immer noch Entwicklungsland ist und gerne von dem profitiert, was *sich zwischen Amsterdam* und Zwolle (klein-)künstlerisch tut.

Was Robert Kreis nach seinem Vortrag an einschlägigen Künstlern präsentierte, war eine buntgemischte Auswahl, *die* vom *Hochprofessionellen* bis zum arg Dilettantischen reichte. Zur ersten Kategorie gehört zweifellos Marjol Flore, eine Diseuse von beachtlichem Format, die aus jedem Song ein kleines Theaterstück *macht*, sei es, *daß* sie ihren Haß auf Blumen temperamentvoll ins Mikrophon schreit, sei es, daß sie ein Chanson *über das geteilte* Berlin vorträgt, ohne sich im geringsten anzubiedern. Der deutsche Gast war sehr davon berührt, daß man sich im Nachbarland offensichtlich über die perverse Situation der geteilten Stadt so intensiv Gedanken macht. Denn auch dieses Lied war – wie übrigens alles, was zu Gehör gebracht wurde – ein original niederländischer Beitrag.

Während Thérèse Steinmetz eher *dem „niveauvollen* Schlager" zuzurechnen ist, der Bedeutungstiefe vorgibt, wo Flachheit herrscht, stellte sich Wim Hogenkamp – hierzulande ebenfalls kein Unbekannter mehr – mit Chansons vor, die Reminiszenzen an Yves Montand wachriefen – auch was den charmant-lässigen Vortrag anbetraf. Und dann war da noch eine Kabarett-Gruppe, die sich „Drie Heren" nannte, von denen *einer* aus unerfindlichen *Gründen als Dame* verkleidet war. Vielleicht waren sie – trotz einer hübschen a-capella-Einlage im close-harmony-Stil – als abschreckendes Beispiel gedacht, denn ihre Darbietung *erreichte nicht* einmal das Niveau eines Primaner-Ulks.

Kreis, der selber einige umwerfende Szenen aus seinen alten und neuen Programmen zum Besten gab – die Parodie der niederländischen Diseuse Heintje Davids wird wohl seine Paradenummer werden –, erwähnte eher nebenbei, daß es auch „politisches Kabarett" in den Niederlanden gebe. Doch davon *gab es leider* keine Kostprobe. Oder glaubte man beim als Produzenten zeichnenden Deutschlandfunk, damit das Publikum zu überfordern?

RAINER NOLDEN

Meister der Spiegel – Pierre de Marivaux, ein Klassiker, der von uns endlich entdeckt werden sollte

Wenn eine Kutsche im Schlamm steckt

Im achtzehnten Jahrhundert war er in Deutschland einer der meistgelesenen französischen Autoren. Seine beiden großen Romane wurden zehnmal ins Deutsche übersetzt und siebenunddreißigmal aufgelegt, seine Dramen wurden allerorten gespielt, Lessing übersetzte eines seiner am *wenigsten gelungenen* Stücke. Von wem ist die Rede? Von Diderot? Nein: von *Marivaux*, dem Autor, der zur Zeit an drei Pariser Theatern gespielt wird, der die Kassen mit Geld und die Blätter mit Elogen füllt (betont wurde in „Le Monde" besonders, daß die Jugendlichen sich für ihn interessieren).

In Deutschland ist gerade eine Marivaux-Inszenierung, der „Triumph der Liebe" von Luc Bondy an der Berliner Schaubühne, als beste Aufführung des Jahres ausgezeichnet worden. Im Verzeichnis der bei uns lieferbaren Bücher, das man in jeder Buchhandlung einsehen kann, sind jedoch nur zwei Theaterstücke von Marivaux vermerkt, die es bei Reclam gibt, und ein Band „Betrachtende Prosa", übersetzt von Gerda Scheffel, im Insel-Verlag. Das ist alles.



Soeben als beste Aufführung des Jahres ausgezeichnet: Szene aus Luc Bondys Berliner Inszenierung des Marivaux-Stückes „Triumph der Liebe"
FOTO: JOCHEN CLAUSS

Norbert Miller hat einmal, es ist schon lange her, die beiden großen Romane, „La vie de Marianne" und „Le paysan parvenu" (übersetzt von Paul Baudisch), herausgegeben. Offenbar „gingen sie nicht". Heute sind sie vergriffen. Bei einer Tagung, die Ende Januar in Düsseldorf stattfand und die dem Thema „Französische Literatur in deutscher Übersetzung" galt, wurde festgestellt, daß Marivaux vorrangig zu unserem Nachholbedarf an großer französischer Literatur zählt, und zwar als Theaterautor wie als Erzähler.

Gerda Scheffel, die schon genannte Übersetzerin, die sich seit Jahren liebevoll und energisch, mit Gewissenhaftigkeit und Geschick (und zugleich mit der Bescheidenheit, die neben der Ausdauer die größte Über*setzertugend ist) für Marivaux in* Deutschland einsetzt, hat elf der spritzigen Komödien neu übersetzt; das ist noch nicht einmal ein Drittel des gesamten Theaterwerks. Der Bühnenerfolg Marivaux' in Paris und Luc Bondys in Berlin sollte unsere Theaterleute zu neuen Versuchen ermuntern, diesem „sanften Revolutionär", diesem „Aufklärer im Rokokogewand" hierzulande einen festen Platz auf den Bühnen zu verschaffen.

Doch nicht in erster Linie der Theaterautor, sondern viel mehr noch der Erzähler Marivaux *harrt* der Wiederentdeckung. Was hier im Verborgenen blüht, hat uns soeben ein kleiner Schweizer Verlag so recht bewußt gemacht, indem er ein hübsch illustriertes Bändchen herausbrachte, das den originalgetreuen Titel „Die Kutsche im Schlamm" (für: „La voiture embourbée") trägt. Übersetzt ist es (von wem denn sonst?) von Gerda Scheffel. Es liest sich in ihrer Übersetzung so unauffällig und selbstverständlich, als wäre es auf deutsch geschrieben worden. (Marivaux: „Die Kutsche im Schlamm". Eine abenteuerliche Erzählung. Mit Zeichnungen von Tatjana Hauptmann. Haffmans Verlag, Zürich, 176 S., 18 Mark).

Waren die „großen Romane" Marivaux' seinerzeit möglicherweise eine zu schwere Kost, boten sie vielleicht zuviel heimliche Tiefenpsychologie für das deutsche Publikum, so könnte, so müßte eigentlich dieser kleine Roman geeignet sein, ihm die Augen *zu öffnen.* Wer es gelesen hat und nicht merkt, was ihm entgeht, wenn er nicht *mehr* von Marivaux gelesen hat, dem ist nicht zu helfen.

Die Übersetzerin geht in einem kurzen Nachwort zu Recht gegen das Vorurteil von Marivaux als dem „frivolen" Rokokoautor an, der immer nur „zierlich" sei und dem der Mut zum Zupacken fehle. Man braucht nur die Rahmenerzählung des Stück*leins zu lesen, das hier übrigens zum* ersten Mal auf deutsch vorgelegt wird, und man wird sich über einen Mangel an Realismus nicht mehr beklagen können.

Fünf Personen aus der vornehmen Pariser Welt müssen spätabends fluchtartig die Kutsche verlassen, mit der sie über Land fuhren und die – eben – im Schlamm steckengeblieben ist. Man sucht das dürftigste aller Landgasthäuser auf, ernährt sich aufs kärglichste mit Pellkartoffeln und Quark, und sieht sich gezwungen, bis die Kutsche wieder startklar ist, sich die Zeit mit Geschichtenerzählen zu vertreiben. Dies der Rahmen (und mehr soll auch nicht verraten werden).

Die Originalität Marivaux' beginnt erst wirklich mit der Füllung des Rahmens, obwohl die Art und Weise, wie dieser präsentiert wird, auch schon ungewöhnlich genug ist: Erzählt werden nämlich nicht soviele Geschichten, wie Personen da sind, sondern einer beginnt die Erzählung, und alle anderen setzen, der Reihe nach, diese eine Erzählung fort. Sie nimmt daher von Erzähler zu Erzähler eine andere Tönung, einen anderen Charakter an, und der Reiz der Sache besteht darin, daß aus dieser Verschiedenartigkeit der Fortsetzungen die Verschiedenartigkeit der Personen erhellt, die jeweils erzählen. Man kennt sie zwar von Anfang an ungefähr, aber nun bestätigt sich erst allmählich, wie romanhaft-sentimental die eine Dame, wie humorvoll-trocken die andere ist usw.

Spiegeleffekte sind das – und sie passen natürlich ins Rokoko. Aber die Leichtigkeit des Stils, das Nichtschwernehmen der Dinge, das für diese Kunst so kennzeichnend ist, ist ja kein Unernst, und es ist vor allem keine Oberflächlichkeit. Die Autoren des französischen Rokoko, deren größter Marivaux ist, zu denen aber auch der frühe Voltaire und der Montesquieu der „Persischen Briefe" zählen, sind eben deswegen so kühne Innovatoren gewesen, weil sie die Dinge leichter nahmen als ihre Vorgänger. Sie warfen den Ballast der Rhetorik, der Gattungszwänge, der Stiltrennung ab und experimentierten mit den Mitteln der Sprache wie keiner zuvor.

Frech, unmittelbar, ungeniert, was immer man sagen mag: so fühlt sich der Leser hier angesprochen – und vergißt vollkommen, zumal in dieser modernen und doch nicht saloppen, gepflegten und alles andere als steifen Übersetzung, daß es sich nicht um einen unserer Zeitgenossen handelt, sondern um einen Rokoko-Menschen. Aber was soll's: Marivaux *ist* ja ein Zeitgenosse von uns. Er hat nur – was kann er dafür? – im frühen achtzehnten Jahrhundert gelebt.

JÜRGEN von STACKELBERG

Zürich: Ballettstart mit Haydns „Die Schöpfung"

Skyline aus Mikrochips

Einem jungen Mann, 26 Jahre alt, ausgewiesen durch ein paar Talentproben, aber noch nicht durch ein einziges großes, reifes Werk, wird die Leitung der Ballettcompagnie eines der führenden Opernhäuser Europas anvertraut: Zürich. Der junge Herr, Uwe Scholz, verläßt die Geborgenheit seines heimatlichen Stuttgarter Balletts, wo er umsorgt, gepflegt, gefördert wurde. Undank nennen das die Stuttgarter, seine Tanzfreunde ziehen mit ihm, seine Talentproben fallen aus dem Repertoire, Scholz ist ganz auf sich gestellt.

Die Versuchung, der Uwe Scholz erlegen ist, muß übermächtig gewesen sein: Seinen Zürcher Einstand nun mit einem riesenhaft schweren Werk zu geben, um sich, seinem alten und seinem neuen Theater zu beweisen, daß er doch schon jede Herausforderung besteht. Scholz wählte sich Haydns Oratorium „Die Schöpfung" aus, ein Werk, das sich in Dichtung und Musik genug ist, Tanz und Bühne gern entbehren kann.

Er holt sich dazu als Ausstatterin die Malerin Rosalie, sie nicht minder als riesiges Talent heimlich hochgehandelt. Auch sie macht sich nicht klein, nimmt die Herausforderung einer „Schöpfungs"-Ausstattung voll an. Der Bühnentechnik wird keine Ruhe gegönnt. 30 oder 40 Verwandlungen geschehen, immer neue Bilder fluten herab, die aus liebenswert naiver Phantasie geboren sein mögen, aber mit ganz sicherer Hand formuliert werden. Das Paradies wird zum Garten fürwahr. Tausend bunte Seidenpapierblumen *blühen im* Gras. Schmetterlinge gaukeln darüber. Erdbeeren, rund und riesig und rot, liegen herum, Eva schält sich aus einer Zitrone: eine Szenerie von einer geradezu prunkenden Lust an Natur.

Aber auch die andere Seite des Schöpfungsaktes, das Wort, das am Anfang steht, gewinnt Gestalt: Zu einem wie mit Hieroglyphen übersäten Monolithen läßt sich ein Mikrochip auf der Bühne vergrößern. Am Schluß des Werkes gar ragen derer sieben im Hintergrund wie die Skyline einer Millionenstadt. Der Mensch hat sich selbst zum Schöpfer aufgeschwungen, und was daraus wird für die Erde, wird die Zukunft noch zeigen.

Auch sonst spart die Ausstattung nicht mit Ideen, wie wir denn heute Haydns Alterswerk und den klassisch gebildeten Text van Swietens verstehen könnten. Zu schauen und zu staunen gibt es ohne Unterlaß. Das wäre zusammen mit Haydns Musik, die Ralf Weikert zwar forsch, aber ein bißchen gedankenblaß dirigiert, wahrhaftig genug gewesen und läßt für den Tanz allenfalls auf der Bühne Platz, aber nicht mehr im geistigen Kontext.

Als müsse sich seine Truppe nicht nur einen tollen Einstand ertanzen, sondern auch noch gegen die Bühnenbilder antanzen, gibt der Choreograph Uwe Scholz keine Ruhe. Er drängt seine Tänzer in eine Hektik, die mit Haydns Frische gar nichts zu tun hat. Haltungen des akademischen Balletts werden gebrochen, was oft nicht grotesk aussieht, sondern wie eine Körperbehinderung. Wo eine Schrittfolge sich logisch ihrem Ende *zu entwickelt*, findet Scholz noch immer ein paar Fiorituren, mit denen er den Ablauf komplizierend stört. Das alles ginge vielleicht als hochgradig manieristische Choreographie durch – Neumeier hat seinem Max Midinet so etwas episodenweise aufgegeben –, wenn es wirklich mit einer präzisen Brillanz getanzt würde, aber davon ist die Zürcher Compagnie noch weit entfernt. Immer öfter im Verlauf des Abends nimmt Scholz doch Zuflucht zu sehr pauschalen Bewegungsarrangements, deren Zusammenhang mit dem Stück dann nicht mehr recht klar wird.

Am Schluß der inszenierte Jubel nach Stuttgarter Vorbild: Geplünderte Kleingärten rieseln von rechts und links oben auf die Bühne. Und die alten Stuttgarter Ensembleverwandten sind alle da, zu schauen, was der Benjamin in der Fremde treibt. Nun, er hat sich halt übernommen fürs erste.

REINHARD BEUTH

KULTURNOTIZEN

Ausgewählte Schmuckstücke aus fünf Jahrtausenden zeigt das Kölner Kunstgewerbemuseum im Overstolzenhaus bis zum 12. Januar.

Picassos Arbeiten auf Papier sind bis zum 9. November in der Galerie Norber Blaeser in Düsseldorf zu sehen.

Die erste interkonfessionelle Bibelübersetzung in moderner italienischer Sprache ist in Rom vorgelegt worden.

Zu François Mauriacs 100. Geburtstag (11. Okt.) ist in Vemars bei Pontoise das frühere Haus des Autors als Museum eröffnet worden.

Die erste internationale Theater-Messe findet vom 12. bis 16. April 1986 in Paris statt.

„Gaugins Wege, Entstehung und Ausstrahlung" heißt eine Ausstellung, die im Prieure-Museum in Saint Germain en Laye bei Paris eröffnet wurde.

Claude Chabrols neuer Film „Hühnchen in Essig"

Blut unterm Teppich

Claude Chabrol, neben Truffaut und Godard einer der wichtigsten Treibkräfte der „Neuen Welle", ist – sehr im Gegensatz zu seinen Mitumstürzlern einer alten Filmästhetik – thematisch eingleisig geblieben. Er verfolgt mit wechselndem Glück, seit er, 1958, die Kinowelt mit *seinem Film „Schrei wenn du kannst ..."* überraschte, die gleiche Erkenntnis. Er deckt, böse, starrsinnig suptil, satirisch, oft komisch, immer wieder aber auch blutrünstig, den gleichen bösen Tatbestand auf.

Der heißt: die französische Provinz sei schrecklich! Die kleinstädtischen „Notablen und Honoratioren sind, so gemütlich und ehrenwert sie nach außen auch scheinen mögen, – sie sind *allesamt suspekt.*

Chabrol geht in ihre feinen Villen und scheinbar unschuldigen Liegenschaften. Er findet überall Dreck unter den teuren Teppichen. Er findet Leichen im Keller. Fast alle diese nur scheinbaren Ehrenmänner führen ein Dasein von bigotten Sündern, oft potentiellen Mördern.

Chabrol hat einmal das abgründig Schreckliche in der provinziellen *Oberwelt entlarvt. Er weidet sich an* dieser Grunderkenntnis immer wieder. Feine Leute in den kleinen Städten Frankreichs sind Barbaren. Hinter sauberen Gardinen spielen sich Dramen von schier Skakespearescher Blutigkeit ab.

Chabrol hat in seinen inzwischen mehr als fünfzig Kinostücken, oft erschreckend, dann wieder entzückend unterhaltsam, immer aber mit gelenkter Bösartigkeit und oft fröhlichem Abscheu den Wurm in dieser französischen Abart provinzieller Scheinheiligkeit aufgedeckt.

Mit seinem neuesten Film, „Hühnchen in Essig", spielt er seine altgewohnte Grundthematik wiederum ab. Eine schöne, arme Witwe (sie ist an den Rollstuhl gebunden) soll um jeden Preis aus ihrem Hause entfernt werden. Drei fragwürdige Ehrenmänner des Ortes wollen sie aus ihrer Bruchbude heraussteigern. Sie sind *lüstern auf* den *zu* erwartenden Gewinn.

Die Witwe weigert sich. Sie wird von den drei unfreundlichen Bietern gnadenlos in die Enge getrieben. Sie *wehrt sich trotzdem. Ihr Sohn sitzt* als Briefträger auf dem örtlichen Postamt. Im häuslichen Keller öffnet er am Dampfkessel die schlimme Post, die die drei Halsabschneider miteinander wechseln.

Der junge Verteidiger des mütterlichen Anwesens geht in die Offensive. Er träufelt einem der Halsabschneider heimlich Zucker in den Autotank. Der Mann fährt sich auf der Landstraße zu Tode.

Der armselige Kämpfer für Gerechtigkeit schnüstert in der Villa des zweiten Grundstücksspekulanten nächtlich herum. Heraus kommt, daß dessen Frau längst beiseite geschafft wurde. Ihr Mann hat ihre Leiche in eine Statue eingegossen.

Ein kalter, zynischer Kriminalist kommt darob in das verruchte Städtchen. Der deckt die gehäufelten Schofeltaten auf, brutal und ohne Rührung. Inzwischen hatte die verfolgte Hausbesitzerin ihr Anwesen selber schon angesteckt. Drei Filmtote – und an ziemlich allen Händen klebt Blut. Chabrols *Rechnung geht* wieder einmal auf. Die französische Provinz ist schließlich eine mörderische Idylle.

Nur daß einen diesmal kaum schaudert. Der Meisterregisseur repetiert sich selber. Er setzt seine schön schauderhaften Effekte schon wie schematisch an ihren blutigen Platz. Ihn scheint die Leichtigkeit, mit der er sonst ähnlich Schlimmes unter den Teppich der Wohlanständigkeit aufgedeckt hat, diesmal verlassen zu haben.

Er mischt sein schönes Gift wie mit lässiger Hand. Die subtilen Schrekken, die er auch an diesem Exempel statuieren möchte, zünden nur geringfügig. Der verbissene Spaß an seinem Generalthema scheint dem Meisterregisseur dieses Mal einfach entfallen zu sein.

Dieser Film wirkt, als habe ihn (ein immerhin geschickter) Parodist Chabrols gedreht – nicht der große Meister selber. Ein subtiler Meister der Gänsehaut steht diesmal, wie von eigener Hand, wie nackt da. Er möge sich, hofft man, bald wieder rappeln.

FRIEDRICH LUFT



An seinen Händen klebt Blut: Michel Bouquet in Chabrols Film
FOTO: CONCORDE

JOURNAL

Weniger Fördermittel für Büchereistellen

dpa, Karlsruhe

Die staatlichen Büchereistellen in der Bundesrepublik beklagen einen weiteren Rückgang der Fördermittel auf Länderebene. Der Vorsitzende der Fachkonferenz der Staatlichen Büchereistellen, Reinhard Meyer (Nürnberg), sagte jetzt in Karlsruhe, ein weiteres Absinken der Fördermittel sei „kulturpolitisch verhängnisvoll", da dann keine flächendeckende Literaturversorgung mehr gewährleistet werden könne. Die 27 staatlichen Büchereistellen beraten derzeit rund 8000 öffentliche Bibliotheken und versuchen, durch die Förderung staatlicher Zuwendungen zu einer gleichmäßigen Literaturversorgung in Stadt und Land beizutragen.

Unterschriften gegen Fassbinder-Stück

dpa, Frankfurt

Eine Liste mit über 1600 Unterschriften gegen die geplante Uraufführung des Fassbinder-Stücks „Der Müll, die Stadt und der Tod" an den Städtischen Bühnen Frankfurt ist dem Intendanten Günther Rühle überreicht worden. Eine Gruppe von drei Frankfurter Kommunalpolitikerinnen von SPD, CDU und FDP hatte Mitte August eine Initiative gegründet und Unterschriften aus Protest gegen die vorgesehene Premiere am 31. Oktober gesammelt. Die Originalunterschriften werden im Frankfurter Stadtarchiv hinterlegt, um zu dokumentieren, *daß die geplante Aufführung* von „verantwortungsbewußten Bürgern nicht unwidersprochen hingenommen" werde. Gegen die Frankfurter Schauspielpläne wurde von jüdischer Seite bereits Strafanzeige erstattet, ferner gab es offizielle Proteste und Papiere von verschiedenen Seiten, darunter auch von der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit *in Darmstadt.*

New Yorker Protest gegen Godards Film

AFP, New York

Rund 12 000 Katholiken haben vor dem Lincoln-Center in New York gegen den Film „Je vous salue Marie" von Jean-Luc Godard protestiert, der dort in amerikanischer Erstaufführung gezeigt wurde. *Die* Demonstranten beteten laut und sangen Kirchenlieder. Personen, die das Gebäude, in dem derzeit das New Yorker Filmfestival stattfindet, betraten, wurden von der Menge ausgebuht. Der Kardinal-Erzbischof von New York, John O'Connor, hatte den Film bei seiner Sonntagspredigt in der Patrick-Kathedrale öffentlich verurteilt und die Art und Weise, in der Godard das Dogma der Unbefleckten Empfängnis aktualisiert, als „tragisch" bezeichnet. Der Film läuft nach seiner US-Premiere im Lincoln-Center in einem New Yorker Kino.

Premiere zugunsten der AIDS-Hilfe

dpa, Stuttgart

Zwei Wochen früher als vorgesehen eröffnet das Staatstheater Stuttgart seine erste Spielzeit unter dem neuen Schauspielintendanten Ivan Nagel. So finden bereits am 12. und 13. Oktober Voraufführungen von William M. Hoffmans AIDS-Stück „Wie Du" („As Is") statt. Offizielle Premiere der deutschen Erstaufführung in der Regie von Arie Zinger ist dann am 3. November. Die Einnahmen und beide Tagesgagen der auf eine Initiative des Ensembles vorverlegten Aufführung sollen der Deutschen AIDS-Hilfe zugute kommen.

Die erste mobile Museums-Werkstatt

dpa, Düsseldorf

Als erste Privatinitiative in Nord*rhein-Westfalen will* die „Mobile Museums-Werkstatt" besonders die kleinen Museen des Landes bei der pädagogischen Arbeit unterstützen. Eine Düsseldorfer Gruppe von Museumspädagogen, die telefonisch (0211/308 753) „alarmbereit" ist, will für kleinere, meist finanzschwache Museen und Sammlungen Kinder- und Jugendarbeit leisten, Wochenend- und Ferienkurse einrichten.

In Tibet gibt es große Sprachprobleme

rst. Peking

Alle aus verschiedenen Teilen Chinas nach Tibet versetzten Funktionäre und „Kulturkader" müssen die tibetische Sprache beherrschen. Diese Forderung wurde auf einer Konferenz in der nordtibetischen Präfektur Naggu gestellt. Sogar tibetische „Kader" beherrschen oft ihre eigene Sprache nur unzulänglich, heißt es in der Kritik. Im Rahmen der „Re-Tibetisierung", erhielten in Lhasa und anderen tibetischen Städten alle Straßen und Parks ihre alten tibetischen Namen zurück. Auch Fabriken, Schulen, Büros und Institute werden künftig zweisprachig bezeichnet. An den religiösen Grund- und Mittelschulen wird wieder überwiegend in der lokalen Sprache unterrichtet.

Mexiko-City kommt nicht zur Ruhe

WERNER THOMAS, Mexico City

Während tausende Arbeiter noch mit der Beseitigung von Trümmern der Erdbebentragödie vor fast drei Wochen beschäftigt waren, wurde die mexikanische Hauptstadt von einer neuen Naturkatastrophe heimgesucht: Ein Unwetter wütete über der Millionenmetropole und verursachte schwere Überschwemmungen.

In der größten Stadt der Welt (18 Millionen Einwohner) herrschten wieder Chaos und Panik. Wichtige Hauptverkehrsstraßen glichen reißenden Strömen. An vielen Kreuzungen fielen die Ampeln aus. Heftiger Hagelschlag zerstörte die auf Parkanlagen und freien Plätzen errichteten Zelte obdachloser Erdbeben-Opfer. Nun verloren diese Menschen auch noch ihre aus den Ruinen geretteten Habseligkeiten.

Die Wasserversorgung ist ein ernstes Problem geworden, weil viele eben erst reparierte Leitungen schon wieder beschädigt wurden. Mindestens vier Millionen Menschen müssen ohne Trinkwasser auskommen. Die Stadtverwaltung schickte hunderte Tankwagen in die Slums.

Das Unwetter erhöhte die Angst vor der Seuchengefahr. Obgleich das Gesundheitsministerium bisher keine Typhus-Fälle registrierte, reagiert die Bevölkerung beunruhigt. Tausende von Leichen liegen ja noch unter den Trümmern und verwesen von Tag zu Tag stärker. Die Bergungsmannschaften arbeiten schon lange nur noch mit Gesichtsmasken. Die Geruchsentwicklung ist zu einem höchst unangenehmen Problem geworden.

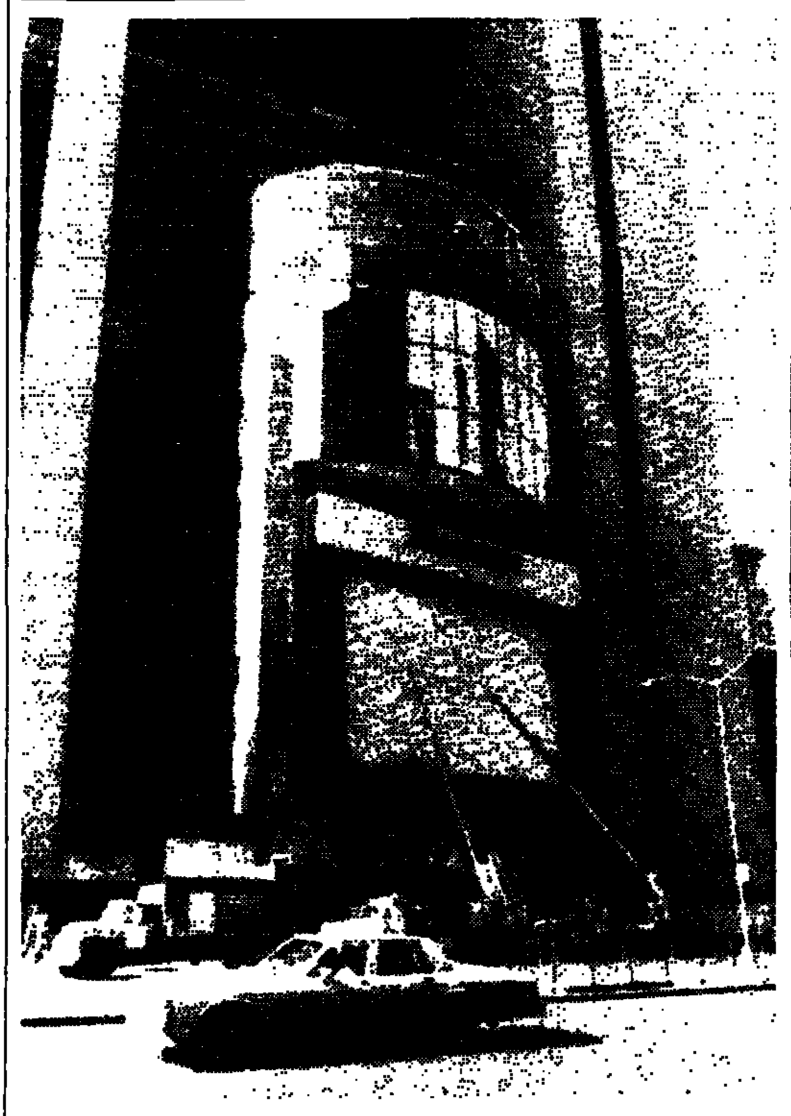
Noch immer ist unbekannt, wieviele Menschen bei der Erdbebenkatastrophe ums Leben kamen. Die Polizei spricht von „mehr als" 5000 Todesopfern, die Presse rechnet mit 7000 bis 10 000. Diplomatische Beobachter stimmen mit der Ansicht des US-Botschafters John Gavin überein, daß „mindestens" 10 000 Personen den Tod fanden.

Unter ihnen befindet sich auch der neunjährige Luis Ramón Navarrete, der vergangene Woche der Weltpresse Schlagzeilen lieferte. Fieberhaft hatten Arbeiter bis in den Sonntag hinein nach dem kleinen Jungen in der Ruine eines eingestürzten Wohnhauses gesucht.

Hunderte Journalisten verfolgten das Drama. Tausende Schaulustige warteten mit Transparenten vor dem Trümmergelände: „Wir hoffen auf ein Wunder, Luisito". In der Nähe stand ein startbereiter Hubschrauber, der den Knaben nach der wundersamen Rettung in ein Krankenhaus fliegen sollte. Noch am Freitag hieß es, „Luisito" habe sich auf das Rufen seines Namens mit einem schwachen „si" (ja) gemeldet.

Inzwischen bezweifeln einige Zeitungen, daß Luis Ramón Navarrete das Erdbeben länger als ein paar Stunden oder Tage überlebt hat. Manche Bergungsarbeiter würden wegen Erschöpfung schon an Halluzinationen leiden, hieß es. Die verzweifelten Angehörigen der Vermißten gaben oft blinden Alarm.

Am Dienstag bargen Arbeiter die Leiche des Großvaters von Luis aus den Trümmern. Jetzt wollen sie auch den toten Jungen bergen. „Luisito" soll eine große Beisetzung erhalten. (SAD)





„Marriott Marquis" – neuer Riese am Time Square

New Yorks aufregende Silhouette ist um eine phantasievolle Fassade reicher geworden: Die des „Marriott Marquis" am Time Square. Für fast 1,5 Milliarden Mark hochgezogen erwartet das Luxushotel – die Übernachtung zu knapp 600 Mark – die Crème de la Crème. Rund ist „in" unter New Yorks Modernbauten. Die konvexe Frontansicht (links), überwiegend aus Glas, beweist es einmal mehr. Die Broadway Lounge im achten Stock (rechts, Fotos: Paul Adao) gibt den Blick frei auf den Time Square, das Perpetuum mobile der Rastlosigkeit in der Hudson-Metropole. Spitze des Hotels ist ein im 46. Stockwerk drehendes Restaurant; das Corned-Beef-Sandwich zu 25,50 Mark. Ein Superlativ steht noch offen. Der Ball-Saal des Hotels – für 3500 Gäste New Yorks größter – soll im Herbst eingeweiht werden. Mit diesem neuen Flaggschiff des Konzerns stockte die „Marriott"-Gruppe ihre weltweite Hotel-Kette auf 126 auf. Firmengründer John Willard Marriott, Sohn eines Schafzüchters aus Utah, erlebte diesen Glanzpunkt seines Unternehmens nicht mehr. Der Seniorchef verstarb am 13. August im Alter von 84 Jahren. Mit geborgtem Geld hatte er Anfang der 20er Jahre in Washington einen Imbißstand aufgezogen. Das Geschäftsjahr '84 meldete einen Umsatz von elf Milliarden Mark bei 140 000 Angestellten. Die Karriere eines Selfmademan, wie sie seinerzeit auch Leuten vom Schlage eines Joe Kennedy oder J. Paul Getty I. gelang. Heute ist so etwas kaum noch möglich. K. T.

Mit Königin Beatrix besucht erstmals ein niederländisches Staatsoberhaupt offiziell Spanien

Geschichte einer Todfeindschaft

ROLF GÖRTZ, Madrid

Lächelnd reichten sie sich im Escorial die Hände: Königin Beatrix der Niederlande und Cayetana Fitzjames Steward, Herzogin von Alba. Die Königin im schlichten Hütchen, die Herzogin im Afro-Look. Beatrix, die Nachfahrin Wilhelms von Oranien (1533–584), jenes „Rebellen wider die spanische Unterdrückung", und die Erbin seines Gegners, des Herzogs von Alba (1507–1582). Was vor fünf Jahren mit dem Besuch des spanischen Königs Juan Carlos I. an der Gruft von Wilhelm von Oranien begann, beschloß Beatrix jetzt bei einem Gegenbesuch im Escorial.

Der Versuch Karls V. (1500–1558) und seines Sohnes Philipp II.(1527–1598), ein europäisch-katholisches Reich zu schmieden, scheiterte. Im Namen der Europäischen Gemeinschaft fand dieses Streben jetzt in einem neuen Anlauf seinen vorläufigen Abschluß. Von 1986 an gehört auch Spanien der EG an.

Zu Beginn der Geschichte ihrer Todfeindschaft, noch unter Kaiser Karl V. von Deutschland – in Spanien König Carlos I. –, standen die niederländischen Provinzen des Reiches durchaus auf seiten dieses Kaisers. Aber schon unter Philipp II., dem Sohn Karls, erhoben sich die Niederlande 1564 gegen den spanischen Erben des Reiches. Katholiken, Protestanten und Calvinisten kämpften jahrzehntelang um ihre Selbständigkeit – und setzten sich schließlich durch. (SAD)

Wird Versöhnung mit Heirat besiegelt?

H. HETZEL, Den Haag/Madrid

Mit Königin Beatrix der Niederlande weilt in diesen Tagen zum ersten Mal in der Geschichte ein niederländisches Staatsoberhaupt zu einem offiziellen Besuch in Spanien. Gastgeber König Juan Carlos und seine Frau Sophia wissen das zu würdigen und ließen das ansonsten starre Protokoll um einige Nuancen ändern. So wird Königin Beatrix, die von ihrem Gemahl Prinz Claus begleitet wird, unter anderem erspart bleiben, Kränze an Denkmälern niederzulegen.

Der Grund: Es gab in den letzten drei Jahrhunderten zwischen beiden Ländern keine Auseinandersetzungen oder Kriege mehr. Der letzte Waffenkampf zwischen Spanien und Holland datiert aus dem 16. und 17. Jahrhundert und ging in Holland als „großer vaterländischer Befreiungskrieg" in die Annalen der Geschichte ein. Dieser Kampf der aufständischen niederländischen Provinzen gegen die spanische Krone dauerte 80 Jahre. Erst der Westfälische Friede 1648 brachte den Niederlanden die erbittert erkämpfte Souveränität.

Mit den beiden Monarchen König Juan Carlos auf spanischer und Königin Beatrix von Oranien auf holländischer Seite begegnen sich jetzt in Madrid erstmals auf spanischem Boden zwei direkte Nachfahren jener europäischen Herrscherhäuser, die sich damals bekämpften. Sie sind heute, wird in Den Haag und Madrid versichert, „gute Freunde". Die Beziehungen beider Länder wurden vor Antritt der Reise von einem Haager Regierungssprecher als „ausgezeichnet" umschrieben.

Im Mittelpunkt der Gespräche zwischen Beatrix und Juan Carlos, die sich bereits seit ihrer Kindheit kennen, wird Spaniens EG-Mitgliedschaft stehen. „Europa braucht Spanien und Spanien braucht Europa", mit diesen Worten brachte die Königin der Niederlande dies gleich zu Auftakt des Besuches auf eine griffige Formel. Und um die kulturelle



Historische Visite: Königin Beatrix der Niederlande in Madrid. An ihrer Seite König Juan Carlos von Spanien FOTO: DPA

Verbundenheit zu untermauern und zu vertiefen, brachte Beatrix zur Ausstellung eine einzigartige Kunstkollektion aus ihrer Heimat mit, darunter Gemälde der holländischen Meister Rembrandt und Vermeer.

Besondere Aufmerksamkeit aber bringen die spanischen Medien Prinz Claus entgegen. Eine ganze Armada von Journalisten war vor Beginn dieser historischen Visite von Madrid nach Den Haag gereist, um den Ehegatten des niederländischen Staatsoberhauptes interviewen zu können. Prinz Claus, der sich von seinen Depressionen nichts mehr anmerken läßt und bei öffentlichen Auftritten sogar zu Scherzen aufgelegt ist, versucht, souveräne Gelassenheit zu demonstrieren. Engagiert trat er dafür ein, die sich durch Spaniens EG-Mitgliedschaft für Europa ergebende Chance für engere politische und wirtschaftliche Beziehungen mit Südamerika und Afrika nicht entgehen zu lassen.

Neben Prinz Claus gilt die Aufmerksamkeit der spanischen Medien aber auch den beiden Thronfolgern der Königshäuser in Den Haag und Madrid, wobei dem designierten niederländischen König Willem Alexander (18) eine besondere Rolle zugedacht wurde. Hinter vorgehaltener Hand wird nämlich geflüstert, der Oranienspröß, der zur Zeit seinen Wehrdienst bei der königlich-niederländischen Marine absolviert, würde sich für eine der beiden Töchter von König Juan Carlos und Königin Sophia interessieren.

Ob das zutrifft, und falls es so sein sollte, wer von den beiden spanischen Prinzessinnen in seiner Gunst ganz oben steht – die 20jährige Christina oder die 22jährige Elena –, das wollte man weder in Den Haag noch in Madrid bisher offiziell bestätigen. Jedenfalls wäre es mehr als eine Sensation, wenn der Oranienprinz aus der Hochburg des Calvinismus eine katholische Königstocher aus Spanien heiraten würde. Es wäre die späte Aussöhnung zweier einstmals tödlich verfeindeter Königshäuser.

LEUTE HEUTE

Verplappert

Prinzessin Diana hat bei jenen Müttern helle Empörung ausgelöst, die ihre Kinder vor gefährlichen Sendungen schützen wollen, als sie ausplauderte, daß ihr dreijähriger Sohn **Prinz William** Sendungen wie die harte amerikanische Krimi-Serie „Starsky und Hutch" sehen darf. Lady Di verplapperte sich auch mit dem Eingeständnis, daß ihr Willie, statt brav ins Bett zu marschieren, die um 20 Uhr beginnende auf den Kanalinseln spielende Polizeiserie der BBC „Bergerac" sehen darf.

Rückversichert

Dem französischen Rennfahrer **Alain Prost**, der am vergangenen Sonntag Weltmeister in der Formel 1 wurde, droht der Führerscheinentzug. Der Briefträger brachte ihm eine Vorladung vor das Polizeigericht im südfranzösischen Valence ins Haus. Er soll zu schnell gefahren sein. Prost, der in seinem Maclaren in den Rennen oft 300 km/h und schneller fährt, war im November '84 auf einer Landstraße, wo nur 90 Stundenkilometer erlaubt sind, mit 174 km/h gemessen worden. Aber Prost bleibt gelassen: Als Wahlschweizer besitzt er noch einen eidgenössischen Führerschein.

Gelassen

Die über ihn kursierenden Witze hat Bundeskanzler **Helmut Kohl** in einem Illustrierten-Interview kommentiert.



Auf Fragen, was er von der Kanzlerwitze-Welle halte, meinte er: „Ich halte es mit Papst Johannes XXIII, der einmal sagte: 'Giovanni, nimm dich nicht so ernst'." Witze oder Karikaturen könnten ihn, Kohl, weder kränken noch ärgern.

Schnapsidee?

Ein waschechter Pariser Clochard wurde als Modell für eine amerikanische Exklusiv-Schuhmarke engagiert. Der 37jährige bärtige **Louis Colignon**, bekannt als „P'tit Louis de Saint Germain", wurde von einem Werbemann von der Straße weg in ein Fotoatelier gebracht. Für die Aufnahmen mit den Herrenschuhen, die er ohne Socken trägt, erhielt er 1000 Francs (rund 330 Mark), ein Paar Timberland-Schuhe und eine warme Decke für die kalten Tage, die er meistens im Freien verbringt. Sein Wohnsitz ist eine Bank vor der Kirche im St. Germain-Viertel. Mit dem Geld hat Louis, der jeden Tag sieben Flaschen Rotwein trinkt, sein erstes Konto eröffnet.

Jährlich 156 000 Mißhandlungen von Kindern

F. D. Berlin

In der Bundesrepublik Deutschland werden nach Erhebungen der Landesjugendämter jährlich etwa 156 000 Fälle von Kindesmißhandlungen bekannt. Dabei ist die Dunkelziffer hoch. Viele Verletzungen bei Kindern würden nicht als Mißhandlungen erkannt. Das Berliner Kinderschutz-Zentrum war 1975 das erste Projekt dieser Art in Deutschland. Es betreute inzwischen rund 3000 Familien. Ziel der Therapie sei es, den Kindern eine Rückkehr ins Elternhaus zu ermöglichen und Spannungen zu entschärfen. Als einziges Kinderschutzzentrum verfügt die Berliner Einrichtung über eine sogenannte „Kinderwohngruppe", in der mißhandelte Kinder wohnen, solange die Risiken einer Rückkehr ins Elternhaus noch zu hoch sind. Mitarbeiter sprachen sich entschieden gegen eine Meldepflicht von Kindesmißhandlungen aus, da dies die Isolation der Betroffenen wahrscheinlich nur noch erhöhe.

Höhlenforscher geborgen

SAD, Flaine

Drei Tage nachdem ihm in einer Höhle 170 Meter unter der Erde ein Felsbrocken den linken Oberschenkel zerschmetterte, wurde gestern abend der 39jährige Höhlenforscher Michel Bugnet aus Lyon von den Rettern an die Erdoberfläche gebracht und ins Krankenhaus eingeliefert.

Kein Dienstunfall

dpa, Münster

Die vor zwei Jahren in Ausübung seines Dienstes erlittene Gehirnblutung wurde einem 31jährigen Polizeihauptmeister aus Recke im Kreis Steinfurt vor dem Verwaltungsgericht Münster nicht als versorgungsrechtlicher Dienstunfall anerkannt (AZ: 4 K 970/84). Der Beamte hätte die Gehirnblutung zwar bei einer Verfolgungsjagd erlitten, gleichwohl könne das Hinterherrennen – so das Gericht – nur als „auslösendes Ereignis" gewertet werden, da der Kläger wahrscheinlich „stark vorgeschädigt" gewesen sei.

Juristisches Nachspiel

dpa, Aachen

Vor dem Aachener Landgericht begann gestern der Prozeß gegen drei Polizeibeamte, denen die Schuld am Tod von zwei Geiseln bei einem Bankraub am 29. September 1983 in Alsdorf-Höngen im Landkreis Aachen gegeben wird. Einer der Polizisten, denen vom Staatsanwalt fahrlässige Tötung vorgeworfen wird, soll gewußt haben, daß die beiden Bankangestellten von den Räubern zum Fluchtauto geschleppt wurden. Das freilich soll er seinen Kollegen nicht mitgeteilt haben. Daraufhin durchsiebten die Polizisten das Auto mit mindestens 40 Schüssen und töteten die Geiseln. Die Räuber kamen mit dem Leben davon.

Tod durch Herzinfarkt

SAD, Avignon

Das Blutbad im Hotel Sofitel in Avignon, bei dem im August 1983 sieben Menschen getötet wurden, wird wahrscheinlich nie aufgeklärt. Der Hauptangeklagte Jean Rousel, 41, starb an einem Herzinfarkt in einem Polizeiwagen, als er zu einem letzten Verhör der Untersuchungsrichterin von Avignon vorgeführt werden sollte.

Beben in Alaska

DW. Jakarta/Sand Point

Die indonesische Hauptstadt Jakarta wurde gestern morgen von einem starken Erdbeben erschüttert. Der Erdstoß erreichte die Stärke 5,7 auf der Richterskala. Auch in Alaska bebte es gestern. Ein Erdstoß vom Stärkegrad 6,5 auf der Richter-Skala wurde im Gebiet von Sand Point in Südwest-Alaska verzeichnet.

Mehr als 200 Tote

dpa, San Juan

Die schweren Unwetter vom vergangenen Wochenende haben auf Puerto Rico vermutlich mehr als 200 Menschenleben gefordert. Am schwersten wurde die südliche Inselortschaft Ponce betroffen. Dort wurden Bewohner von rund 275 Behausungen eines Armenviertels in der Nacht von einer Schlammlawine überrascht und begraben.

WETTER: Nur im Westen Besserung

Wetterlage: An der Nordflanke eines Hochs über Südwesteuropa lenken Tiefausläufer frische Meeresluft nach Deutschland.

Deutscher Wetterdienst 9. Oktober 1985, nachm.

Vorhersage für Donnerstag:
Im Norden und Süden überwiegend stark bewölkt und zeitweise Regen, Temperaturen tagsüber um 13, nachts bei 8 Grad. Im Westen wolkig mit kurzen Aufheiterungen und im wesentlichen niederschlagsfrei. Tagestemperaturen um 15, nachts bei 8 Grad. Mäßiger Südwestwind.

Weitere Aussichten:
Am Freitag in der Nord- sowie am Samstag in der Südhälfte erneut unbeständig bei vorerst wenig geänderten Temperaturen.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	13°	Kairo	26°
Bonn	13°	Kopenh.	12°
Dresden	14°	Las Palmas	24°
Essen	9°	London	14°
Frankfurt	14°	Madrid	17°
Hamburg	13°	Mailand	15°
List-Sylt	11°	Mallorca	23°
München	12°	Moskau	10°
Stuttgart	14°	Nizza	24°
Algier	22°	Oslo	7°
Amsterdam	14°	Paris	12°
Athen	14°	Prag	12°
Barcelona	21°	Rom	22°
Brüssel	13°	Stockholm	11°
Budapest	17°	Tel Aviv	29°
Bukarest	19°	Tunis	26°
Helsinki	11°	Wien	13°
Istanbul	20°	Zürich	14°

Sonnenaufgang* **am Freitag:** 6.38 Uhr, Untergang: 17.38 Uhr; **Mondaufgang:** 2.25 Uhr, Untergang: 17.00 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

„Coca-Bauern die Ernte abkaufen"

Bolivien schlägt der UNO neue Wege zur Drogenbekämpfung vor / Finanzierung unklar

tho, New York

Die bolivianische Regierung hat mit einer pragmatischen Idee zur Rauschgiftbekämpfung Aufsehen erregt und eine positive Resonanz gefunden: Eine internationale Organisation soll in Zukunft den Coca-Bauern der südamerikanischen Andentäler die Ernte abkaufen.

Vizepräsident Julio Garrett Aillon erläuterte vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen diese Vorschläge. Er fand mit seiner Ansprache mehr Interesse als andere Redner, die lediglich trockene politische Themen behandelten.

Der bolivianische Politiker erklärte dem Forum, durch den Ankauf der Ernte bliebe den Bauern die Existenzgrundlage erhalten. Viele bisherigen Programme im Kampf gegen das Kokain konzentrierten sich auf die Vernichtung der Coca-Sträucher und die Finanzierung alternativer Agrarkulturen. Die Campesino-Bevölkerung konnte sich jedoch oft nicht schnell genug umstellen. Denn der Coca-Anbau hat seit Generationen Tradition.

Garrett Aillon schlug die Schaffung eines internationalen Fonds vor, der die Bauern entschädigen soll, bis sie sich langsam auf alternativ-Kulturen umstellen könnten. Er ist davon überzeugt, daß die Coca-Pflanzer dann ihre Ernte nicht mehr den Rauschgifthändlern verkaufen.

Der Fonds müsse vor allem Bolivien, Kolumbien und Peru zur Verfügung stehen, meinte Garrett Aillon, die als „klassische" Kokain-Staaten gelten. Keine dieser Nationen sei in der Lage, mit eigenen Mitteln das Rauschgiftproblem zu lösen.

In Bolivien befinden sich die größten Anbauflächen der Welt. In Peru stehen die meisten Labor-Anlagen zur Verarbeitung der Coca-Blätter. In beiden Staaten bringt der Rauschgiftschmuggel mehr Devisen als legale Exportgüter.

Die neue Regierung des jungen peruanischen Präsidenten Alan Garcia (36) ist seit ihrer Amtsübernahme im Juli energisch gegen das Kokain-Gewerbe vorgegangen. Garcia schickte Polizisten und Soldaten in entlegene Dschungelgegenden, um heimliche Verarbeitungsstätten besetzen und schließen zu lassen. Er säuberte die Sicherheitskräfte von hunderten Offizieren, die unter Korruptionsverdacht standen. Die Rauschgift-Bekämpfung zählte zu seinen bisherigen Prioritäten.

Sein bolivianischer Kollege Victor Paz Estenssoro, 77, seit August im Amt, mußte sich dagegen anderen Problemen widmen. Er war ausschließlich mit einer chaotischen Streikwelle beschäftigt, die er erst jetzt unter Kontrolle bringen konnte. Paz setzt jetzt auf die von seinem Vize unterbreiteten Vorschläge.

Bolivien steht nicht allein. Auch andere südamerikanische Diplomaten unterstützen die Idee. Ungeklärt blieb bisher jedoch die wichtige Frage der Finanzierung des Coca-Fonds.

In der Vergangenheit hatte sich die US-Regierung auf diesem Gebiet stark engagiert. Sie stellte lateinamerikanischen Ländern Gelder zur Verfügung, um die Kulturen vernichten und die Bauern entschädigen zu lassen. Die Bolivianer wünschen dagegen ein internationales Engagement und denken dabei an die Vereinten Nationen. (SAD)

ZU GUTER LETZT

„Starke Zunahme der Analphabeten in Indien erwartet", meldet dpa.

